

# Stenographischer Bericht

## 26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 16. November 1993

### Inhalt:

1. Nachruf nach Abg. a. D. Edda Egger (1922).
2. a) Zuweisungen:
  - Anträge, Einl.-Zahlen 724/1, 726/1, 727/1, 728/1, 729/1, 730/1, 733/1, der Landesregierung (1922);
  - Antrag, Einl.-Zahl 725/1, dem Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten (1923);
  - Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 86/6, 734/1, 735/1, 737/1, 740/1, 741/1, 742/1 und 744/1, dem Finanz-Ausschuß (1923);
  - Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 743/1 und 743/2, dem Gemeinde-Ausschuß (1923);
  - Antrag, Einl.-Zahl 731/1, und Bericht dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (1923);
  - Antrag, Einl.-Zahl 732/1, dem Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien (1923).
- b) Anträge:
  - Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß) zur Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie der Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform (1924);
  - Antrag der Abgeordneten Dr. Grabensberger, Bacher, Dr. Maitz und Fußwald, betreffend die ambulante Diabetikerschulung in der Steiermark;
  - Antrag der Abgeordneten Dr. Klausner, Dipl.-Ing. Grabner, Trampusch und Gennaro, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974;
  - Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klausner, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes 1992;
  - Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger und Minder, betreffend eine Projektstudie für modernes Informationsmanagement in der öffentlichen Verwaltung;
  - Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Schrittwieser, betreffend die umweltgerechte Verwertung und Entsorgung von Verpackungsmüll;
  - Antrag der Abgeordneten Schleich, Günther Prutsch, Minder, Dr. Wabl, Vollmann und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Beteiligung an der Gleichenberger und Johannisbrunnen AG.;
  - Antrag der Abgeordneten Heibl, Trampusch, Günther Prutsch und Schleich, betreffend die Errichtung einer Verbindungsstraße von der A 9, Autobahnknoten Gralla, nach Sajach;
  - Antrag der Abgeordneten Dr. Klausner, Heibl, Gennaro und Schrittwieser, betreffend den Ausbau bzw. die Neuasphaltierung der B 74 zwischen Hohlbach und Wieden (1924).
3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 711/1, betreffend die Zustimmung zum Verkauf der Parzellen 732/2 LN, KG. Fürstenfeld, und 729/46 LN, KG. Dietersdorf, zu einem Kaufpreis von 2 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Fürstenfeld an Herrn Josef Michelitsch, 8280 Fürstenfeld, Franz-Bauer-Weg 4.  
Berichterstatter: Abg. Majcen (1924).  
Beschlufassung (1925).
4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 719/1, betreffend die Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1992.  
Berichterstatter: Abg. Gross (1925).  
Beschlufassung (1925).
5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 720/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1993 (5. Bericht für das Rechnungsjahr 1993).  
Berichterstatter: Abg. Dr. Flecker (1925).  
Beschlufassung (1925).
6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 721/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 250, KG. Stadtbergen, an Herrn Ing. Josef Riedl, 8280 Fürstenfeld, Stadtbergen 2, um einen Kaufschilling von 1,803.044 Schilling.  
Berichterstatter: Abg. Majcen (1925).  
Beschlufassung (1926).
7. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 573/3, zum Antrag der Abgeordneten Kanduth, Grillitsch, Dr. Hirschmann und Tasch, betreffend die Förderung der Medienvielfalt durch begünstigte Posttarife für lokale Zeitungen.  
Berichterstatter: Abg. Dr. Cortolezis (1926).  
Redner: Abg. Korp (1926), Abg. Kanduth (1926).  
Beschlufassung (1927).
8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 722/1, zur Vereinbarung der Länder gemäß Artikel 15 a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft.  
Berichterstatter: Abg. Dr. Karisch (1927).  
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (1927), Abg. Riebenbauer (1929), Abg. Peinhaupt (1930), Landesrat Pörtl (1930).  
Beschlufassung (1931).
9. Selbständiger Antrag des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 739/1, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes an den Kontroll-Ausschuß über seine gemäß Paragraphen 10 bis 15 LRH-VG ausgeübte Tätigkeit für das Berichtsjahr 1992.  
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Grabner (1931).  
Redner: Abg. Dr. Wabl (1932), Abg. Dr. Karisch (1933), Abg. Dr. Ebner (1934), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (1935), Abg. Dr. Flecker (1936), Abg. Dr. Maitz (1936), Abg. Trampusch (1937).  
Beschlufassung (1938).
10. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse (1938).
- c) Mitteilungen (1924).

**Dringliche Anfragen:**

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP an Landesrat Dr. Strenitz, betreffend die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H. und den Baustopp im Bereich Landeskrankenhaus.

Begründung der Anfrage: Abg. Dr. Maitz (1939).

Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Landesrat Dr. Strenitz, betreffend die Lage und weitere Entwicklung des Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens in der Steiermark.

Begründung der Anfrage: Abg. Dörflinger (1939).

Beantwortung der dringlichen Anfragen: Landesrat Dr. Strenitz (1940).

Redner: Abg. Dr. Frizberg (1948), Abg. Dörflinger (1951), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (1954), Abg. Schrittwieser (1955), Abg. Dr. Grabensberger (1956), Abg. Dr. Wabl (1958), Abg. Heibl (1960), Abg. Bacher (1961), Abg. Dörflinger (1963), Landesrat Dr. Strenitz (1963), Abg. Trampusch (1964), Abg. Dr. Lopatka (1965), Landesrat Dr. Hirschmann (1967), Abg. Ing. Löcker (1969), Abg. Dr. Flecker (1969), Abg. Dr. Karisch (1972), Abg. Gennaro (1972), Abg. Ing. Löcker (1974), Abg. Mag. Rader (1974), Abg. Dr. Grabensberger (1976), Abg. Vollmann (1976), Abg. Dr. Maitz (1977), Landesrat Dr. Strenitz (1980), Abg. Dr. Maitz (1981), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (1983).

Beschlußfassung (1983),

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!**

Heute findet die 26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wir haben heute einer Frau zu gedenken, die ein Leben lang der Republik Österreich, dem Land Steiermark und dem Bildungswesen gedient hat.

Edda Egger, Mitglied des Steiermärkischen Landtages von 1957 bis 1970, und Mitglied des Bundesrates von 1970 bis 1977, ist am 15. Oktober 1993 im Alter von 83 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles verstorben.

Edda Egger, geborene Luschin von Ebengreuth, ist das zweite von vier Kindern des Offiziers der k. und k. Kriegsmarine Friedrich Luschin von Ebengreuth und seiner Gattin Edith, geborene Schreiner, in Bruck an der Mur am 29. Juni 1910 geboren und verlebte die ersten Jahre in Pula. Ab 1914 war Graz vorerst kriegsbedingt und dann ständig ihr Wohnsitz.

Beruflich war sie Lehrerin an der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und seit 1965 Schulinspektorin für den hauswirtschaftlichen Fachunterricht.

Von 1953 bis 1958 war Edda Egger Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz.

Als Mitglied des Steiermärkischen Landtages war sie Vorsitzende des Volksbildungs-Ausschusses und zusätzlich noch Obmannstellvertreter des Fürsorge-Ausschusses und Mitglied des Finanz-Ausschusses sowie des Kontroll-Ausschusses.

Die Jugend, die Bildung und die Stellung der Frau waren stets wichtige Anliegen für Edda Egger.

Neben diesen öffentlichen Funktionen übte Edda Egger auch in ihrer Gesinnungsgemeinschaft wichtige Ämter aus:

Sie war von 1964 bis 1974 die Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung in der Steiermark und von 1970 bis 1976 die Bundesleiterin der österreichischen Frauenbewegung.

Sie hat 1954 die österreichische Hausfrauenunion mitbegründet, deren Ehrenpräsidentin sie bis zu ihrem Tod blieb.

Darüber hinaus hat sie auch auf internationaler Ebene gewirkt.

Die Anerkennung für ihr vielfältiges Wirken blieb Edda Egger nicht versagt.

Die Republik Österreich und das Land Steiermark ehrten Edda Egger mit hohen Auszeichnungen für ihre Verdienste.

Ihr wurde 1968 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Hohes Haus!

In Ihrem und in meinem Namen sage ich Frau Edda Egger ein herzliches Danke für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle des Landes Steiermark und der Republik Österreich.

Der Steiermärkische Landtag wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise. Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Landtagsabgeordnete Erna Minder, die Zuweisungen vom Rednerpult aus zu verlesen:

**Abg. Minder:**

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 724/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung auf Grund des Steiermärkischen Tierschutz- und Tierhaltegesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klausner, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster, Trampusch, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1964;

den Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster, Trampusch, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die ÖBB-Nebenbahnenproblematik;

den Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Schrittwieser, betreffend die Novellierung der Verpackungsverordnung, BGBl. Nr. 645/1992;

den Antrag, Einl.-Zahl 729/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Ussar, betreffend die Nichtauflassung der ÖBB-Bahnstrecke Vordernberg bis Vordernberg-Markt;

den Antrag, Einl.-Zahl 730/1, der Abgeordneten Beutl, Ing. Kaufmann, Majcen und Köhldorfer, betreffend die Gleichenberger und Johannisbrunnen AG., Bad Gleichenberg;

den Antrag, Einl.-Zahl 733/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Lopatka und Kaufmann, betreffend die Schaffung eines einheitlichen Kennzeichens für Bioprodukte und die Einrichtung eines entsprechenden Kontrollsystems.

Zuweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Mag. Rader und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend die Änderung hinsichtlich des Empfangsberechtigten bei der Kindergartenbeihilfe.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 86/6, 230/27 und 406/2, zum Antrag, Einl.-Zahl 86/1, der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Cortolezis, Glössl und Tasch, betreffend die Dotierung des Landesumweltfonds, und Beschluß Nr. 86 des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992 über den Antrag der Abgeordneten Trampusch, Kaufmann, Majcen, Dr. Karisch und Dr. Ebner, betreffend Einführung einer Landesumweltlenkungsabgabe, sowie zum Antrag, Einl.-Zahl 406/1, der Abgeordneten Dr. Klauser, Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Tilzer, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Erlassung eines Landesumweltabgabengesetzes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 734/1, betreffend das Amtsgebäude Graz, Dietrichsteinplatz 15, Ankauf des von der Pertlsteiner Energie Ges. m. b. H. im Haus Graz, Dietrichsteinplatz 15, um 1,850.000 Schilling angebotenen Geschäftslokals im Ausmaß von 138,03 Quadratmeter sowie des von der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG. im selben Haus um 2,374.000 Schilling angebotenen Geschäftslokals im Ausmaß von 128,32 Quadratmeter inklusive Nebenkosten von 4,650.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 735/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in der Höhe von 7,820.217 Schilling für die EDV-Ausstattung der politischen Büros;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 737/1, betreffend den Verkauf des Schlosses Ehrnau an Herrn Franz Krakhofer, 2450 Bruck an der Leitha, Lagerstraße 5, zu einem Kaufpreis von 3,5 Millionen Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 740/1, betreffend den Verkauf einer Fläche von rund 2000 bis 2300 Quadratmeter der EZ. 590, KG. Radkersburg, an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark um einen Quadratmeterpreis von 650 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 741/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1993 (6. Bericht für das Rechnungsjahr 1993);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/1, betreffend die Budgetvorschau des Landes Steiermark für die Jahre 1993 bis 1997;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Bestätigung der Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden durch den Steiermärkischen Landtag.

Zuweisungen an den Gemeinde-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 743/1, Beilage Nr. 69, Gesetz, betreffend die Personalvertretung in den steirischen Gemeinden (Gemeinde-Personalvertretungsgesetz 1993);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 743/2, betreffend den Bericht über das Ergebnis des allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 7 des Steiermärkischen Volksrechtsgesetzes 1986 über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Personalvertretung in den steirischen Gemeinden (Gemeinde-Personalvertretungsgesetz 1993).

Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 731/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Schützenhöfer, Dr. Karisch und Purr, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landespersonalvertretungsgesetzes 1989, LGBl. Nr. 5/1990, in Kraft getreten am 9. Februar 1990;

den zehnten, elften und zwölften Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag, Einl.-Zahl 738/1.

Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien:

den Antrag, Einl.-Zahl 732/1, der Abgeordneten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Cortolezis, Dr. Karisch und Dr. Maitz, betreffend die Errichtung eines Wissenschafts- und Forschungsförderungsbeirates des Landes Steiermark zur Objektivierung der Vergabe von Wissenschafts- und Forschungsförderungsmitteln beziehungsweise zur begleitenden Kontrolle dieser Aufwendungen.

**Präsident:** Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche wiederum die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Erna Minder, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

**Abg. Minder:**

Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß) zur Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie der Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform;

Antrag der Abgeordneten Dr. Grabensberger, Bacher, Dr. Maitz und Pußwald, betreffend die ambulante Diabetikerschulung in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Dr. Klauser, Dipl.-Ing. Grabner, Trampusch und Gennaro, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes 1992;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger und Minder, betreffend eine Projektstudie für modernes Informationsmanagement in der öffentlichen Verwaltung;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Schrittwieser, betreffend die umweltgerechte Verwertung und Entsorgung von Verpackungsmüll;

Antrag der Abgeordneten Schleich, Günther Prutsch, Minder, Dr. Wabl, Vollmann und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Beteiligung an der Gleichenberger und Johannisbrunnen AG.;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Trampusch, Günther Prutsch und Schleich, betreffend die Errichtung einer Verbindungsstraße von der A 9, Autobahnknoten Gralla, nach Sajach;

Antrag der Abgeordneten Dr. Klauser, Heibl, Gennaro und Schrittwieser, betreffend den Ausbau bzw. die Neuasphaltierung der B 74 zwischen Hohlbach und Wieden.

**Präsident:** Eingbracht wurde eine dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz, betreffend die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H. und den Baustopp im Bereich Landeskrankenhaus.

Eingbracht wurde weiters eine dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz, betreffend die Lage und weitere Entwicklung des Gesundheits- und Krankenanstaltens in der Steiermark.

Diese dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Gemäß Paragraph 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, daß der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß in seiner Sitzung am 9. November 1993 die Anzeige, Einl.-Zahl 718/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Candidus Cortolezis beraten und genehmigend beschlossen hat.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß im Kontroll-Ausschuß am 9. November 1993 ein selbständiger Antrag, Einl.-Zahl 739/1, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes an den Kontroll-Ausschuß über seine gemäß Paragraphen 10 bis 15 LRH-VG ausgeübte Tätigkeit für das Berichtsjahr 1992, beschlossen wurde.

Ich weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 12 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Landtag zu beschließen hat, ob über einen selbständigen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob er einem anderen Ausschuß oder der Landesregierung zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden soll.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, über diesen selbständigen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Hohes Haus!

Es ist mir eine Freude, einem Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung sowie einem Mitglied des Steiermärkischen Landtages zum runden Geburtstag zu gratulieren.

In wenigen Tagen begeht Herr Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel seinen 50. Geburtstag, und Frau Landtagsabgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa hatte erst kürzlich einen runden Geburtstag.

Namens des Hohen Hauses und in meinem Namen darf ich die allerherzlichsten Glück- und Segenswünsche zu diesen besonderen Geburtstagen aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum Tagesordnungspunkt

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 711/1, betreffend die Zustimmung zum Verkauf der Parzellen 737/2 LN, KG. Fürstenfeld, und 729/46 LN, KG. Dietersdorf, zu einem Kaufpreis von 2 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Fürstenfeld an Herrn Josef Micheliß, 8280 Fürstenfeld, Franz-Bauer-Weg 4.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Majcen (10.16 Uhr):** Ich erstatte Bericht namens des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage mit der schon genannten Einlagezahl. Im Zuge der Betriebsansiedlung der Firma Verdichter in Fürstenfeld im Jahr 1982 hat die Landesregierung mehrere Grundstücke erworben. Diese Grundstücke sind grundbücherlich im Eigentum der Stadtgemeinde Fürstenfeld, wurden jedoch von der Landesregierung vor-

finanziert. Nun soll aus diesem Grundstücksrest, der im Rahmen der Betriebsansiedlung nicht benötigt wurde, eine Fläche für eine neuerliche Betriebsansiedlung einer Werkstätte, einer Waschstraße und eines Büfetts verkauft werden. Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Parzellen 737/2, KG. Fürstenfeld, im Ausmaß von 4623 Quadratmeter, und Parzelle 729/46 in der KG. Dietersdorf im Ausmaß von 377 Quadratmeter um einen Quadratmeterpreis von 400 Schilling, somit insgesamt um 2.000.000 Schilling, durch die Stdtgemeinde Fürstenfeld an Herrn Josef Michelitsch, Franz-Bauer-Weg 4, zu genehmigen. Der gesamte Kaufpreis ist dem Land Steiermark bis längstens 31. Dezember 1993 zur Überweisung zu bringen. Die näheren Vertragsbedingungen sind mit der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung abzustimmen. (10.18 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 719/1, betreffend die Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1992.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (10.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage beinhaltet den Jahresabschluß, den Geschäftsbericht und den Prüfungsbericht 1992. Der Jahresabschluß 1992 wurde von der Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung in der Zeit vom 15. März bis 2. April 1993 der Abschlußprüfung unterzogen, bei der Ergebnisse einer Vorprüfung vom Herbst 1992 auch verwertet wurden. Der Bericht stellt fest, daß das gesamte Bilanzvolumen um 1,231 Millionen Schilling oder 4,7 Prozent angestiegen ist. Diese Steigerung liegt im Vergleich zu den Vorjahren eher unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Deckungsdarlehen ging mit rund 53,4 Prozent an der Bilanzsumme etwas zurück. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen, wie gebremste Geschäftsausweitung, Verengung der Zinsspanne, Zusatzaufwendungen aus der Fertigstellung des Hauses Keesgasse und ähnliches, konnte das Teilbetriebsergebnis des Vorjahres mit 99,1 Millionen Schilling nach 99,5 Millionen Schilling fast gehalten werden. Auf Grund des Überprüfungsergebnisses wurde der Jahresabschluß der Landes-Hypothekenbank Steiermark für das Jahr 1992 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Es ergibt sich ein Reingewinn für das Jahr 1992 von 2,107.369,80 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Jahresabschluß 1992 und den Geschäftsbericht der Landes-Hypothekenbank Steiermark sowie der Bericht der Pflichtprüfer für das Jahr 1992 wird zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Aufsichtsrates, dem Vorstand sowie

den Beamten und Angestellten der Landes-Hypothekenbank Steiermark der Dank ausgesprochen. (10.22 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 720/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1993 (5. Bericht für das Rechnungsjahr 1993).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker** (10.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich um außer- und überplanmäßige Ausgaben in der Zeit vom 30. Juli 1993 bis 27. September 1993 in Höhe von 3,172.350 Schilling. Die Bedeckung findet sich im ordentlichen Haushalt bei der Bindung von Ausgabenersparungen beziehungsweise der Entnahme aus der Investitionsrücklage in Höhe von 1,172.350 Schilling und im außerordentlichen Haushalt bei der Bindung von Ausgabenersparungen in Höhe von 2,000.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich Sie, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen. (10.23 Uhr.)

**Präsident:** Die Damen und Herren, die sich nicht zu Wort gemeldet haben und die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 721/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 250, KG. Stadtbergen, an Herrn Ing. Josef Riedl, 8280 Fürstenfeld, Stadtbergen 2, um einen Kaufschilling von 1.803.044 Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen** (10.24 Uhr): Es geht in dieser Vorlage darum, daß das Land Steiermark im Jahr 1991 eine Liegenschaft mit mehreren Grundstücken gekauft hat und diese Liegenschaft wiederum mit Bestandsvertrag vom 30. März 1992 der Firma Stahlcord in Fürstenfeld in Bestand gegeben hat. Dieser Bestandnehmerin wurde in Optionsrecht auf den Erwerb sowohl hinsichtlich der Betriebsliegenschaft als auch hinsichtlich eines Einfamilienhauses, das als Wohnhaus für den Betriebsleiter diente, bis 31. Dezember 2001 eingeräumt. Nunmehr hat die Firma Stahlcord beim Land Steiermark den Antrag gestellt, daß ihr Mitarbeiter, Ing. Josef Riedl, dieses Grundstück mit Einfamilienhaus kaufen möchte. Es hat mehrere Schätzgutachten gegeben. Der Antrag des Finanz-Ausschusses lautet: Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 250,

KG. Stadtbergen, an Herrn Ing. Josef Riedl, 8280 Fürstenfeld, Stadtbergen 2, um einen Kaufschilling von 1,803.044 Schilling ist zu genehmigen. (10.25 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung vorliegt, ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**7. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 573/3, zum Antrag der Abgeordneten Kanduth, Grillitsch, Dr. Hirschmann und Tasch, betreffend die Förderung der Medienvielfalt durch begünstigte Posttarife für lokale Zeitungen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Candidus Cortolezis. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Cortolezis** (10.26 Uhr): Mit dem genannten Antrag wurde im Sinne einer Förderung der Medienvielfalt die Frage releviert, inwieweit die Posttarife nicht gegenläufig zu einer solchen Medienvielfalt sind. Es wurde daraufhin von der Landesregierung der zuständige Verkehrsminister befaßt, der gleichzeitig in seiner Stellungnahme auf Versuche und Möglichkeiten der Tarifgestaltung hingewiesen hat, die zu einer Verbesserung des Kostendeckungsgrades im Postzeitungsdienst einerseits sowie andererseits zur Berücksichtigung dieser angesprochenen Punkte führen sollen. Dieser Antrag ist wie folgt zu formulieren: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Kanduth, Grillitsch, Dr. Hirschmann und Tasch, betreffend die Förderung der Medienvielfalt durch begünstigte Posttarife für lokale Zeitungen, wird zur Kenntnis genommen. (10.27 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp** (10.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem mir ein Antrag, in dem es um die Förderung der sogenannten Medienvielfalt geht, außerordentlich wichtig erscheint, möchte ich zu diesem Tagesordnungspunkt ein paar grundsätzliche Feststellungen machen. Wie die Damen und Herren dieses Hauses wissen, hatten wir nach 1945 insgesamt 36 Tageszeitungen in unserem Bundesgebiet. Heute ist, wie Sie auch wissen, es nur mehr ein Bruchteil davon. Die sogenannten Mächtigen in diesem Metier erreichen damit heute den absoluten Löwenanteil aller Leser. Zudem betreuen unsere Mediengrößen auch wesentliche Wochen- und Monatszeitschriften dieses Landes. Sie alle wissen das. Die im Bericht angeführte Initiative zur Förderung der Medienvielfalt, unter anderem durch begünstigte Posttarife für lokale Zeitungen, ist aus meiner Sicht außerordentlich zu begrüßen. Ein anhaltendes Bemühen zuständiger Persönlichkeiten, unter anderem für eine günstige Zustellgebühr, nicht nur für Bezirks-, Regional-, sondern auch auf Gemeindeebene für Gemeindezeitungen, wäre meines Erachtens absolut erstrebens-

wert. Hier sei auch die Gelegenheit genützt, um alle Gemeinden, die sich um eigene Mittelungsblätter mit zum Teil erheblichem Budgetaufwand kümmern und bemühen, ausdrücklich in positiver Weise herauszustreichen. Es ist, verehrte Damen und Herren, erstaunlich, welche professionelle journalistische Gestaltung zum Teil diese kommunalen Mittelungsblätter aufweisen, und dieses Bemühen verdient unter dem Übertitel „Presseförderung“ auch bestmögliche ideelle Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten des Landes. Ich denke, verehrte Damen und Herren, daß wir angesichts der eingangs erwähnten Entwicklung einfach die Verpflichtung haben, Regionalzeitungen im Rahmen der Möglichkeiten des Landes bestmöglich zu forcieren und sogenannte Leserblattbindungen durch persönliches Bemühen auf kleiner Ebene zu steigern. Wie sonst, verehrte Damen und Herren, soll das bestehende Ungleichgewicht auf Kosten der sogenannten Kleinen, wenigstens in Ansätzen gemindert werden?

Ich weiß, daß die Sorge um die Erhaltung notwendiger Medienvielfalt von vielen geteilt wird. Schließlich haben wir bei uns eine der größten Zeitungskonzentrationen der freien demokratischen Welt. Der Zeitungsmarkt hat, wie wir alle wissen, nun einmal eine ungeheure Bedeutung als Instrument politischer Meinungsbildung. Daher sei Vielfalt immer wieder und vor allen Dingen auch nachdrücklich eingefordert. Diese hat durch Einstellung namhafter Tageszeitungen in den letzten Jahren ohnehin schmerzhaftes Niederlagen erlitten. Mir ist klar, daß es dazu nicht nur einer gehörigen Portion Zivilcourage, sondern gerade in diesem Bereich eines außerordentlich mutigen Eintretens zuständiger relevanter Kräfte bedarf. Im Sinne politischer, kultureller Vielfalt ist Mut, wie man aus eigener Lebenserfahrung weiß, besonders hier gefragt. Wenn ein Kärntner Politiker vor einigen Tagen ein in der Vor- und Nachkriegszeit weit verbreitetes Wort auf ungläubliche Weise zu buchstabieren wußte, hätte ich in diesem Zusammenhang mit dem Eintreten für Medienvielfalt mit dem Wort Mut steirische sozialdemokratische Buchstabierungsvorschläge im Gegensatz dazu, verehrte Damen und Herren, zu bieten. Demnach buchstabiert sich Mut folgend nach unserem Verständnis:

M – wie Moral beweisen,

U – wie unerschrocken sein,

T – wie Tendenzen positiv beeinflussen.

Das, verehrte Damen und Herren, sind jene Werte, die auch ganz allgemein gesehen viel, viel öfter Platz greifen sollten. Vor allem im Zeitalter sogenannter Zeitungsdinosaurs erscheint mir dies besonders wichtig. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.34 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kanduth das Wort.

**Abg. Kanduth** (10.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Sorge der Zeitungsverleger der Gratiszeitungen und der Regionalzeitungen hat meine Kollegen und mich veranlaßt, einen Antrag einzubringen, in dem die Bundesregierung, der zuständige Minister, aufgefor-

dert wird, in der Frage des Posttarifes einsichtiger zu sein und diesen Zeitungen entgegenzukommen. Mein Vorredner hat in aller Deutlichkeit ausgeführt, wie wichtig und wie notwendig diese Regional- und Gratiszeitungen sind, und wir alle wissen, daß sie von der Bevölkerung in unserem Lande im besonderen angenommen werden.

Das Land Steiermark hat in den letzten Jahren die Förderung für diese Lokalzeitungen wesentlich erhöht und somit seinen Teil dazu beigetragen. Umso mehr macht es mich betroffen, daß man seitens des Bundes, seitens des Postministeriums, hier kein Verständnis aufbringt. Sie dürfen nicht vergessen, daß ein Kilogramm Kaufzeitungen für 7 Schilling ausgetragen wird; ein Kilogramm Gratiszeitungen kostet 13 Schilling. Das heißt eine Erhöhung um 86 Prozent. Sicherlich hat sich eine Reihe von Persönlichkeiten in der Sache selbst bis heute verwendet, nur leider ohne sehr großen Erfolg. Mir wurde erst vor einigen Tagen mitgeteilt, daß man am 21. Jänner dieses Jahres beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen hat, der von sich aus gesagt hat, er wird die Sache sehr wohl genau überprüfen, aber bis heute ist eine Antwort an die Zeitungsherausgeber nicht erfolgt.

Ich meine also, vielleicht sollten wir gemeinsam noch einmal etwas unternehmen, damit wir diese wichtige Mediengeschichte auch wirklich in unserem Land erhalten. Meine Damen und Herren, das ist, was man dazu zu sagen hat. Ich sage Ihnen noch eine Zahl dazu: Eine Regionalzeitung im Ennstal zahlt für eine Aussendung bei der Gratiszeitung 33.345 Schilling, während eine Kaufzeitung für dieselbe Aussendung 17.955 Schilling bezahlt. Sie wissen und sehen daraus also, wie schwierig es für die Herausgeber der Gratiszeitungen und Regionalzeitungen ist. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 10.37 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

#### **8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 722/1, zur Vereinbarung der Länder gemäß Artikel 15 a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (10.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorarbeiten für eine akkordierte Vorgangsweise der Länder auf dem Gebiet der Intensivtierhaltung reichen bis in das Jahr 1984 zurück. Im Juni 1992 hat sich die Landeshauptmännerkonferenz dafür ausgesprochen, Mindeststandards für den Schutz von Tieren bei der Intensivtierhaltung durch eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG festzulegen. Diese Vereinbarung bezweckt einerseits einen Fortschritt im Bemühen um eine artgerechte Tierhaltung in Übereinstimmung mit einschlägigen EG-Richtlinien und dem

Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, andererseits soll den beharrlichen Versuchen des Bundes entgegengewirkt werden, den Ländern die Tierschutzkompetenz zu entziehen. Die vorliegende Vereinbarung enthält Mindestanforderungen für die Haltung von Rindern, Schweinen und Hausgeflügel sowie für die Pelztierhaltung. Ein Verbot der Käfighaltung für Legehennen ist in Übereinstimmung mit der einschlägigen EG-Richtlinie noch nicht vorgesehen. Während einer Probezeit von fünf Jahren sollen die noch offenen betriebswirtschaftlichen und markttechnischen Fragen für die Umstellung der Betriebe von Käfighaltungen auf Volierehaltung geklärt werden. Im Anschluß daran soll über ein Verbot der Käfighaltung neu verhandelt werden. Die beiliegende Vereinbarung wurde im September 1993 von den Herren Landeshauptmännern unterzeichnet. Die Landesregierung hat die vorliegende Vereinbarung ebenfalls bereits gebilligt. Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Genehmigung der vorliegenden Vereinbarung nach Artikel 15 a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft. (10.39 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (10.40 Uhr): Meine Damen und Herren!

Man muß grundsätzlich feststellen, daß man dieser Artikel-15 a-Vereinbarung gegenüber sehr positiv eingestellt sein muß, stellt sie doch eine wesentliche Verbesserung der derzeitigen Situation dar. Die derzeitige Situation wird durch die bisherige Intensivtierhaltungsverordnung der Steiermärkischen Landesregierung normiert. Es stellt also grundsätzlich einen Fortschritt dar, einen Fortschritt, der wohl auch auf die sehr lang anhaltende und sehr intensiv geführte Diskussion um die Intensivtierhaltung von Tieren in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Diese Diskussion bezieht sich einerseits auf Tierschutzargumente – sie sind Ihnen bekannt. Immer wieder gibt es Medienberichte darüber, daß Tiere bei der Intensivtierhaltung in der Landwirtschaft gequält werden – durchaus auch in anderen Bereichen gequält werden! Dieser Aspekt wurde in den Diskussionen im Landwirtschaftsausschuß auch angesprochen. Ich würde aber meinen, daß wir heute über die Intensivtierhaltung sprechen und uns diesem Problem widmen sollten. Ich meine also, daß Fortschritte in diesem Bereich erzielt werden einerseits aus der Perspektive des Tierschutzes, andererseits aus der Perspektive des Umweltschutzes. Ihnen ist sicherlich auch bekannt, daß Intensivtierhaltung auch im Bereich Umweltschutz, also was die Geruchsbelästigung betrifft, aber auch die Einwirkung von diversen Schadgasen, zum Beispiel Ammoniak, ein großes Problem darstellt. Ammoniak, das sei hier vielleicht einmal festgestellt, ist ein sehr sehr gefährliches, sehr wirksames Waldgift, das heißt, es schädigt unsere Wälder. Insofern beißt sich die Katze in den Schwanz. Es geht also in keiner Weise, wie das immer wieder behauptet wird, hier gegen die Landwirtschaft,

sondern es geht auch um die Lösung eines Problemes, das durch die Landwirtschaft erzeugt wird, aber auch in der Landwirtschaft selbst besteht.

Meine Damen und Herren, einige Bereiche sind in dieser Artikel-15 a-Vereinbarung allerdings unbefriedigend gelöst. Ich würde meinen, daß die tierethologischen Erkenntnisse, wie sie in der Enquete Ende Oktober uns präsentiert wurden, verstärkt Eingang finden hätten sollen in diese Vereinbarung, Erkenntnisse etwa, was die Notwendigkeit der Bewegungsfreiheit von Nutztieren betrifft. Das schlägt sich schlicht und einfach auf den Flächenbedarf für Nutztiere zurück; Erkenntnisse auch hinsichtlich der Gruppenhaltung von Tieren: Es ist mittlerweile eindeutig erwiesen, daß selbstverständlich auch Tiere soziale Bedürfnisse haben und daß diese sozialen Bedürfnisse in erhöhtem Maße durch die Gruppenhaltung, und hier gibt es bereits die entsprechenden Stallbauformen, befriedigt werden können. Darüber hinaus ist auch noch kein Anzeichen in dieser Artikel-15 a-Vereinbarung zu erkennen, daß man sich von der sicherlich tierungerechten Haltungsform auf Spaltenböden bei Schweinen verabschieden möchte.

Ich möchte noch einige Punkte anführen, die auch Ergebnis der schon erwähnten Enquete waren, nämlich daß sich das Land Steiermark dafür einsetzen sollte, daß es zu einem Gütesiegel für Produkte aus biologischer Landwirtschaft kommen sollte. Entsprechende Anträge von verschiedenen Fraktionen liegen dem Landtag bereits vor. Ich glaube, daß das vom zuständigen Agrarreferenten sehr rasch behandelt werden sollte und an das zuständige Landwirtschaftsministerium beziehungsweise auch Gesundheitsministerium weitergeleitet werden sollte, da es erwiesen ist, daß die biologischen Landwirte sicherlich die tiergerechtesten Haltungsformen forcieren.

Darüber hinaus, als zweiten Punkt – auch ein Ergebnis dieser Enquete – möchte ich anführen, daß das Land Steiermark auch im Bereich des öffentlichen Einkaufes einiges dazu beitragen kann, daß tiergerechte Haltungsformen verstärkt und intensiviert werden können. Als Beispiel sei hier auf das Abfallwirtschaftsgesetz verwiesen, in dessen Paragraph 4 vom Land Steiermark verlangt wird, daß das Land in seinem Wirkungsbereich umweltgerecht einkauft. Diese Intention des Gesetzgebers beim Abfallwirtschaftsgesetz könnte man durchaus auch auf den Einkauf landwirtschaftlicher Produkte übertragen, und ich würde es als gerechtfertigt ansehen, daß die Forderung erhoben wird, daß der öffentliche Einkauf des Landes Steiermark und der angeschlossenen Organisationen beziehungsweise Einrichtungen auch auf diesen Aspekt verstärkt Rücksicht nehmen sollte. Ein weiterer Punkt, der auch in der Diskussion dieser Enquete zum Tragen gekommen ist, der den Konsumentenschutz betrifft und den wir auch vom Land Steiermark her forcieren sollten, wäre die Kennzeichnung der Eier – im Hinblick auf die Käfighaltung, auf die Bodenhaltung beziehungsweise Volierehaltung und auf die Freilandhaltung. Ich bin der Ansicht, daß die Konsumenten ein Anrecht darauf haben zu erfahren, aus welcher Haltungsform die Eier, die sie konsumieren, auch wirklich stammen. Und last not least ist auch bei dieser Enquete mehrfach zur Sprache gekommen, daß die Käfighaltung von Geflügel jedenfalls nicht als tiergerecht

bezeichnet werden kann, daß es also darum geht, ein entsprechendes Szenario zu entwickeln hinsichtlich eines Ausstieges aus der Käfighaltung, ein Szenario, das durchaus in dieser Artikel-15 a-Vereinbarung angesprochen wird, aber doch mit sehr, sehr langen Übergangsfristen. Es geht, wie schon die Antragstellerin erwähnt hat, zunächst darum, daß unser Agrarlandesrat, daß das Land Steiermark entsprechende Probebetriebe ausfindig macht, Probebetriebe, die sich bereiterklären, auszustiegen aus der Käfighaltung, umzusteigen auf Volierehaltung.

Ich glaube, daß es recht schwierig sein wird, diese Probebetriebe zu finden, da natürlich die intensivste Haltungsform von Geflügel, die Käfighaltung, auch ökonomisch sehr lukrativ ist. Ich war gerade gestern im Bezirk Hartberg bei einem landwirtschaftlichen Betrieb, der Geflügel intensiv hält, der Legebatterien besitzt. Hier sieht man sehr deutlich, was wir schon in Radkersburg beobachten können, den Widerspruch von zum Beispiel Interessen des Fremdenverkehrs, des Gastgewerbes und der Landwirtschaft. In unmittelbarer Nähe des Betriebes befindet sich ein Gastgewerbebetrieb, der nämlich auch ökonomisch sehr unter der Existenz dieses landwirtschaftlichen Betriebes leidet und durchaus Ertragsminderungen hinzunehmen hat. Hier einen entsprechenden Mittelweg zu finden, einen Weg zu finden, der beiden Ansprüchen gerecht wird, der beiden Erfordernissen gerecht wird, den ökonomischen Erfordernissen des Fremdenverkehrs, der Gastwirtschaft und auch den ökonomischen Erfordernissen der Landwirtschaft, wird sicherlich nicht leicht sein, aber wie schon gesagt, der Ausstieg aus der Käfighaltung ist in dieser Artikel-15 a-Vereinbarung jedenfalls vorprogrammiert. Meine Fraktion ist allerdings der Ansicht, daß dieser Ausstieg zu forcieren wäre.

Ich erlaube mir deshalb, einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Dr. Wabl und Krop, betreffend die Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987, einzubringen. Als Begründung, meine Damen und Herren, darf ich ausführen:

Der horizontale Gliedstaatsvertrag gemäß Artikel 15 a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft stellt einen wichtigen Schritt in tiergerechte Haltungsformen dar.

Auch die Enquete des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 1993 über Intensivtierhaltung hat zutage gebracht, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der Tiergerechtigkeit in der Nutztierhaltung intensiviert werden müssen. Ein wichtiges Instrument dazu ist die Steiermärkische Intensivtierhaltungsverordnung, die aus diesem Grund – unter Einbeziehung der Ergebnisse der erwähnten Enquete – einer raschen Novellierung zugeführt werden sollte.

Als wichtiges Ergebnis dieser Enquete ist die von allen Experten getätigte Feststellung anzusehen, daß die Käfighaltung von Hühnern als nicht tiergerecht bezeichnet werden kann. Diesem Umstand sollte durch entsprechende Maßnahmen der Steiermärkischen Landesregierung, insbesondere durch eine angemessene Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung aus dem Jahre 1987, Rechnung getragen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, möglichst rasch und auf der Basis der Ergebnisse der Enquete zur Intensivtierhaltung des Steiermärkischen Landtages vom 28. Oktober 1993 eine Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987, durchzuführen.

Zweitens: Darüber hinaus wird die Steiermärkische Landesregierung dringend ersucht, Maßnahmen zu setzen, die – nach Ablauf einer Übergangsfrist – ein Verbot der Käfighaltung für Hausgeflügel möglich machen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 10.50 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Riebenbauer (10.50 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Nach dem Theoretiker versucht es nun der Praktiker. Einige Gedanken aus meiner Sicht. Am 19. Juni 1992 hat sich die Landeshauptmännerkonferenz dafür ausgesprochen, Mindeststandards zum Schutz von Tieren festzulegen. Ich hoffe, daß die Bauern dieses Wort überhaupt verstehen. Am 23. September 1993 wurde die Vereinbarung abgeschlossen und unterzeichnet. Die Bauern finden es positiv, daß auch in Zukunft der Tierschutz Sache des Landes bleibt und daß wir bei einer zukünftigen Intensivtierhaltungsverordnung als Bauern und auch als Landtag ein Mitspracherecht haben.

Einige Gedanken am Anfang. Jeder normal denkende Betriebsführer ist bestrebt, seine Tiere gesund und artgerecht zu halten, weil ihm die Tiere dankbar sind und weil sie ihm auch den größten Nutzen dafür bringen. Denn wir Bauern sind keine Hobbytierhalter, wir müssen von unseren Tieren leben. Eine Entscheidungsfreiheit für den bäuerlichen Betriebsführer wird es auch in Zukunft geben müssen. Es hängt sehr von der Betriebsgröße ab, welche Ställe man hat, und vor allen Dingen auch, wie man seine Tiere betreuen kann. Eine ganz alte Volksweisheit sagt: Man verwahrt den Stall zu spät, wenn die Kuh fort ist. Was will ich damit sagen? Ich möchte aus der Sicht eines Praktikers auf die Auswirkungen dieser Vereinbarung hinweisen. Ein Verbot der Batterienhaltung von Legehennen wurde diskutiert und nicht festgelegt. Ich bin deshalb froh darüber, weil die Zeit dazu noch nicht reif ist und wir alle darauf nicht vorbereitet sind. Das ist der Grund, warum ich froh bin. Es muß eine Probezeit geben, und die betriebswirtschaftlichen, aber vor allem markttechnischen Fragen sind zu klären. Denn, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, so wie in der Schweiz, so kann es bitte bei uns nicht gehen: Man rühmt sich, daß man die Batterienhaltung verboten hat, und importiert 50 Prozent der Eier, die man braucht, aus dem Ausland, aus Batterienhaltungen. Das kann doch nicht der Wunsch des Konsumenten sein, und wer für ein Verbot von Batterienhaltungen ist, muß bereit sein, für das Ei von glücklichen Hüh-

nern mehr zu zahlen, denn sonst bringen wir unseren bäuerlichen Familienbetrieb um. Darüber kommen wir nicht hinweg. Noch eines zu diesem Bereich: Wer von uns Bauern eine artgerechte Tierhaltung verlangt, seinen Singvogel, seinen Papagei aber zu Hause über dem Ofen einsperrt, seinen Hund, sein Katzerl den ganzen Tag nicht aus dem Haus läßt, ist für mich in der Frage der artgerechten Tierhaltung nicht glaubwürdig. Das möchte ich klar und deutlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu den Schweinen und Rindern. Selbstverständlich wollen wir alle, daß unsere Tiere möglichst viel Bewegungsfreiheit haben. Wir bekennen uns dazu. Aber bitte, was bedeutet das in der Praxis? Viele unserer Rinder- und Schweineställe – Saustall, wie man im Volksmund sagt – sind für den dauernden Auslauf nicht gebaut und nicht geeignet. Insbesondere in kleineren Betrieben sind Mutter- und Masttiere in einem Stall, weil es eben die Betriebsgröße so erfordert. Manche werden über das, was ich jetzt sage, lachen, aber ich kann die Kuh und den Stier nicht gleichzeitig in den Auslauf bringen, weil es nicht möglich ist. Mehr Bewegungsfreiheit bedeutet natürlich, daß die Gefahr der Verschmutzung für die Tiere größer wird. Dadurch brauchen die Tiere selbstverständlich mehr Pflege, und natürlich bedeutet das für unsere bäuerlichen Betriebe mehr Arbeit. Denn die Tiere lassen sich nicht vorschreiben und noch weniger verordnen, wohin sie misten und wohin sie sich legen. Wer einmal einen dreckigen Kuhschweif über die Augen bekommen hat, der wird mir das sicherlich bestätigen. Wir werden Ställe umbauen müssen, wenn wir nicht haben wollen, daß die Bauern, aber vor allem die Bäuerinnen in der Arbeit ersticken, und deshalb bin ich persönlich froh, daß es lange Übergangszeiten gibt, weil wir diese Paragraph-15-Verordnung erst in die Praxis umsetzen müssen. Hoffentlich geben durch diese Vereinbarung so manche kleine Betriebe die Tierhaltung nicht auf. Denn nicht jeder wird sich einen Laufstall bauen können, und daß die Bäuerin einen 500 Kilogramm schweren Stier spazieren treibt, kann ich mir auch nicht gut vorstellen, denn auch das Verhalten der Tiere läßt sich nicht verordnen. Deshalb werden wir, und darauf mache ich heute schon aufmerksam, in den nächsten 15 Jahren vermehrt Fördermittel für den Umbau und Zubau von Ställen brauchen, wenn wir diese Vereinbarung ernst nehmen. Wir Bauern bekennen uns schon immer zur artgerechten Tierhaltung, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir wurden vielfach gezwungen, mehr zu produzieren, weil eben der Preis nicht paßt.

Abschließend hoffe ich, daß wir in der Steiermark eine Verordnung zum Schutz der Nutztiere zusammenbringen, die die Tiere wirklich schützt und die in der Praxis durchführbar ist. Denn es hilft die theoretisch beste Verordnung nichts, wenn es den Bauern nicht mehr gibt. Nehmen wir zur Kenntnis, daß die Tierhaltung in all ihren Sparten in unserer Steiermark das Rückgrat des bäuerlichen Familienbetriebes ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 10.57 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Peinhaupt zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Peinhaupt** (10.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie viele von Ihnen wissen, bin ich nicht nur am Papier Bauer, und als solcher setze ich mich natürlich für eine artgerechte Tierhaltung und für einen optimalen Tierschutz ein. Es ist aber auch klar, daß Tierschutz nicht am Schreibtisch gemacht werden kann. Es ist aber ebenso klar, daß nicht nur biologische Landwirte für artgerechte Tierhaltungen sorgen, sondern auch all jene Landwirte, deren Betriebserfolg von einer artgerechten Tierhaltung abhängig ist. Es steht aber auch fest, daß, je weiter sich die Landwirtschaft von den natürlichen Produktionsbedingungen hat entfernen müssen, desto schlechter ist es ihr ja gegangen. Die Schuld daran trägt die Wirtschaft, die Politik, die Beratung, aber auch die Förderung. Tierschutz und artgerechte Tierhaltungssysteme sind teuer, und sie erfordern zumeist auch einen erhöhten Arbeitskraftbedarf. Der Bauer selbst kann aus seinem Produkterlös diesen Mehraufwand sicherlich nicht bezahlen. Ich spreche mich dafür aus, daß wir sofort artgerechte Tierhaltungssysteme nach einer dementsprechenden Bestandsaufnahme einführen, wenn die budgetären Mittel dafür zur Gänze zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Die mißliche Einkommenssituation in der Landwirtschaft, wir wissen, daß das landwirtschaftliche Einkommen um etwa 40 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt nachhinkt, aber auch der Unwille der für die Agrarpolitik Verantwortlichen, von der Produktförderung abzugehen, bringen den Bauern dazu, daß er mit seinen Erträgen in der Wirtschaft den erhöhten Erfordernissen in der Tierhaltung nicht mehr gerecht werden kann. Die Bewußtseinsbildung, jetzt nur beim Bauern anzusetzen, ist der falsche Weg. Die Bewußtseinsbildung muß beim Konsumenten angesetzt werden. Denn er ist es, der beweisen muß, wieviel ihm das Produkt aus artgerechter Tierhaltung wert ist. Die Zeit zeigt aber, daß der Konsument im Augenblick noch nicht reif dafür ist. Denn er ist ja auch nicht bereit, für die Pflege der Landschaft, für die Pflege des Erholungsraumes etwas zu bezahlen. Und im Lebensmittelbereich sind nur etwa 17 Prozent dazu bereit, etwas mehr für qualitativ hochwertigere Lebensmittel zu bezahlen. Man sollte den ganzen Berufsstand Bauer nicht in Mißkredit bringen. Erst unlängst konnte man im ORF hören, daß sogar Kinder, und ich spreche das jetzt etwas hart aus, manipuliert werden, indem man ihnen eine Stimmung vorspielt, wenn ihr hinausgeht aufs Land, ihr seht keine Kühe mehr, denn die sind alle geknechtet, die stehen alle im Stall, die werden unterjocht, damit ihr eure Lebensmittel bekommt. Wie soll es da, wenn beim Kind schon der Eindruck entsteht, daß der Bauer nicht mehr der Ernährer, der Träger der Volkskultur ist, sondern der Umweltschänder und der Tierquäler, zu einem Schulterschluß mit dem Konsumenten kommen? Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg, den wir beschreiten. Wir sollten uns ein Beispiel an der Müllproblematik nehmen. Dort geht man her und setzt beim Konsumenten den Hebel an. Und dieses Bewußtsein muß auch hinsichtlich der bäuerlichen Qualitätsprodukte gewährleistet sein. Dann können wir auch mit Zuversicht eine artgerechte Tierhaltung und die dementsprechenden Verordnungen dazu erlassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. - 11.02 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Entschuldigung, der Herr Landesrat Erich Pörtl hat sich zu Wort gemeldet.

**Landesrat Pörtl** (11.02 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich vorerst sehr herzlich für die Wortmeldungen bedanken, vor allem aber für den sehr langen Vorlauf, und zwar um das Ringen, daß es zumindest einen Ansatz in die richtige Richtung gibt. Ich sage das ganz im Bewußtsein, daß Tierschutz eine gesellschaftliche Frage ist, und daß auf der anderen Seite sehr konsequent und beinhart der freie Markt, dem wir praktisch alle tagtäglich huldigen und frönen, in Wahrheit diese bäuerliche Tierhaltung aussetzt. Es war gerade die letzte Wortmeldung vom Kollegen Peinhaupt präzise, und der Abgeordnete Riebenbauer hat das direkt auf den Punkt gebracht. Wir können alles verordnen, wir können alles regeln. Nur, die Naturgesetze haben wir in diesem Ausmaß, was die Tierhaltung betrifft, in unmittelbarer Form nicht in der Hand, und zwar dahin gehend nicht in der Hand, daß wir vor allem in unseren Siedlungsgebieten und Siedlungspunkten, wenn wir das ganz konkret ansprechen, in den Dorfgebieten, in den Märkten, in den Ortsgebieten, sozusagen diese freilaufende Tierhaltung rein pragmatisch nicht möglich machen können. Ich bin aber persönlich überzeugt, weil heute ein Antrag gestellt worden ist, daß wir möglichst schnell die Vorbereitung vor allem auf die Gewichtung in Richtung Käfighaltung treffen sollen. Es ist in diesem Artikel-15a-Vertrag enthalten, daß wir umgehend die Intensivtierhaltungsverordnung novellieren. Wir haben ja bereits die Vorverhandlungen geführt, wo auch Kollege Bartussek bisher als Berater zur Verfügung stand. Er wird uns auch weiter zur Verfügung stehen. Wir haben vor allem einige Fragen, die die Kälberhaltung und die Vollspaltenböden betreffen, auch bei der Intensivtierhaltungsenquête zur Kenntnis nehmen müssen, und daß die Stohalmethode bei Schweinen nicht funktioniert und nicht tier- und artgerecht ist, vor allem was die Auswirkungen durch die verschiedenen Ammoniakbeeinflussungen auf die Tiere selbst betrifft. Ich glaube daher, daß wir nicht im Purzelbaum an diese Arbeit gehen können. Fast 70 Prozent der Existenzsicherung liegt in der tierischen Veredelung und jetzt schon mit einer weitestgehenden artgerechten Haltung in den bäuerlichen Betrieben. Und es stimmt selbstverständlich, daß nicht die Tierhaltungsdichte, sondern die ganz konkrete Haltungform entscheidend ist. Ich möchte da nicht zu weit zurückschauen, aber die alten Ställe, die uralten Ställe in der Schweinehaltung waren die dunkelsten Ställe, die es jemals in der Geschichte gegeben hat. Das waren gemauerte Ställe, wo nie ein Funken Licht hineingekommen ist, natürlich mit Holzplanken, weil es nichts anderes gegeben hat. Das heißt, auch auf dem Gebiet haben wir heute technische, ich möchte fast sagen High-Tech-Möglichkeiten, wo wir in Gruppenhaltung und durch Individualfütterung und Betreuung Einrichtungen zur Verfügung haben und so die artgerechte Tierhaltung weiterentwickeln können; natürlich aber mit einem gewaltigen Ausmaß an finanziellen Ausgaben. Ich glaube vor allem, daß die Übergangsregelung, und ich möchte das doppelt unter-

streichen, nicht nur für die Tierhalter und für die landwirtschaftlichen Betriebe gilt, sondern ganz speziell die Übergangsregelung auch für die Bevölkerung und für die Konsumenten. Das ist ja auch der Grund, daß wir diese Probetriebe mit Volierenhaltung weiter in Betrieb halten. Ich könnte ein konkretes Beispiel sagen: Der Hubmann Toni bietet Hühnereier aus der Volierenhaltung an, aber leider nur teilweise – und jetzt geht es uns durch Mark und Bein –, denn die Hühnereier, die er nicht anbringt, bietet er der Gnaser Eierfabrik an, damit sie diese verkaufen. Da stellen sich bei mir alle Haare auf, wenn ich diese beiden Haltungsformen miteinander vergleiche. Aber das ist dieser brutale Markt, der heute in Wahrheit sozusagen das Geschehen an sich gerissen hat. Ich glaube daher, daß es sehr notwendig ist, eine intensive, leidenschaftliche Weiterentwicklung, vor allem auch mit dem Tierschutz, und zwar nicht den aggressiven, wie er dargestellt worden ist, wo in den Schulen fast verkündet wird, der beste Tierschutz ist, wenn man kein Fleisch isst. Da bin ich mir nicht ganz sicher, wenn ich die Ernährungswissenschaftler abfrage. Ich glaube, daß diese Partnerschaft Landwirtschaft und Tierschutz mit gemeinsam erarbeiteten Broschüren und Grundlagen eine Basis schaffen kann und die artgerechte Tierhaltung in der Zukunft eine Chance hat. Wir haben selbstverständlich – das möchte ich offen zugeben – in der Vergangenheit, in den letzten Jahrzehnten, was die Käfighaltung betrifft, in Wahrheit nur das Produkt gesehen. Wo ist das hygienischste und das billigste Produkt? Es waren unsere lieben Freunde aus der Schweiz, ich habe das am eigenen Hof erlebt. Ich habe 250 Legehühner am Dachboden mit Einstreu- und mit Kotgrube gehabt. Dann sind die Experten gekommen und haben gesagt: Du mußt einen Käfig machen. Dann ist der Stall warm, weil er dichter besetzt ist. Du hast die Chance, daß beim Legevorgang Kot und Ei getrennt ist. Die haben uns dort intensivst beraten in Richtung Käfighaltung. Zum Glück haben wir das Geld nicht gehabt, sonst hätte ich heute Käfighühner. Heute geht es massiv retour und richtigerweise retour. Ich glaube, daß uns das auch beflügeln muß bei der Intensivtierhaltungsverordnung, den Ist-Stand massiv mit der Zielsetzung einer artgerechten Tierhaltung zu verbessern, denn das Wesen Tier ist letzten Endes auch für die gesamte Menschheit ein Gradmesser der Selbstachtung. Mir geht nur ein bißchen der Schiach an, daß manche mit den Tieren so gut umgehen, aber den Leuten gegenüber grauslicher werden. Das möchte ich auch in diesem Zusammenhang sagen. Es ist auch eine gesellschaftliche Frage, wenn wir über gemeinsame Arbeiten im Bereich Tierschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft an und für sich wieder diesen neuen Kitt entwickeln zu einer vernünftigen Lebensweise, wie wir das mit diesen Schritten eigentlich schon vorbereitet haben. Nur steht fest: Wenn wir mit Verordnung gewisse Dinge festschreiben, beinhaltet versuchen durchzupressen, dann ist die Konsequenz ähnlich wie in der Schweiz. Dort werden nur mehr 10 Prozent aus der eigenen Eierproduktion nach der Freilaufhaltung angeboten. Das halte ich nicht für korrekt. Das ist gerade so, als ob ich sage: Bioenergie muß her, und 60 Prozent Atomstrom importieren. Ob das ganz korrekt ist? Ich halte das nicht für vernünftig. Ich glaube, daß wir ein gutes Beispiel durch konkrete Maßnahmen geben müssen, aber daß wir auch natio-

nal – in unserem Tierschutzgesetz steht drinnen, daß nur im Rahmen einer 15 a-Vereinbarung solche Maßnahmen vertretbar sind – und vor allem aus europäischer Sicht massiv weiter drängen, so daß in der Endkonsequenz eine Gesamtveränderung in der Tierhaltung erreicht wird. Das ist auch im Sinne einer bäuerlichen Landwirtschaft die beste Voraussetzung zur Existenzsicherung. (Allgemeiner Beifall. – 11.10 Uhr.)

**Präsident:** Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Dr. Wabl und Korp, betreffend die Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Dr. Wabl und Korp, betreffend die Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987.

Ich komme nun zur Abstimmung: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Dr. Wabl und Korp, betreffend die Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

### **9. Selbständiger Antrag des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 739/1, betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes an den Kontroll-Ausschuß über seine gemäß Paragraphen 10 bis 15 LRH-VG ausgeübte Tätigkeit für das Berichtsjahr 1992.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (11.14 Uhr):** Der Kontroll-Ausschuß hat in den letzten drei Sitzungen das Thema vertraglicher Kontrollvorbehalt zur Schärfung unseres Kontrollinstrumentariums beraten. Auf Antrag und Empfehlung des Rechnungshofes werden drei Dinge insbesondere vorgeschlagen, daß auch bei der Projektkontrolle der vertragliche Vorbehalt häufiger, wie es heißt, regelmäßig angewandt werden möge. Das gilt auch für die Bereiche, wo nach den derzeitigen Bestimmungen die Grenze von zwei Promille, das sind derzeit 75,5 Millionen Schilling des Gesamtausgabevolumens, annähernd erreicht wird. Dasselbe gilt für die vertragliche Gebärungskontrolle, die häufiger und grundsätzlich vorbehalten werden möge. Es wäre

im Sinne dieses Antrages wünschenswert, daß die Steiermärkische Landesregierung auch in anderen Bereichen regelmäßig von der Möglichkeit eines vertraglichen Kontrollvorbehaltes Gebrauch macht. Der Antrag lautet daher, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von den im Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz vorgesehenen Möglichkeiten des vertraglichen Vorbehaltes zur Gebarungskontrolle und zur Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof regelmäßig Gebrauch zu machen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (11.15 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl** (11.15 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben gerade den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört, wo es ihm und dem Kontroll-Ausschuß vor allem darum geht, die Tätigkeit des Kontroll-Ausschusses, somit die Kontrolltätigkeit im weiteren Sinn des Landtages, an sich zu verschärfen. Ich möchte mich jetzt gar nicht mit dem Bericht näher befassen, sondern nur auf eine Situation hinweisen, die mir unhaltbar erscheint, und möchte vor allem den Herrn Präsidenten und auch die Verantwortlichen des ÖVP-Klubs daran erinnern, daß sie einen Eid auf die Gesetze unseres Landes und auf die Verfassung unseres Landes geschworen haben. (Abg. Schinnerl: „Alle!“)

Alle haben wir das gemacht. Ich danke für den Hinweis. Und, Herr Präsident, ich schätze Sie als korrekten, verantwortungsbewußten Politiker. Ich weiß auch, daß Sie Ihr neues Amt als Landtagspräsident zweifellos ernst nehmen wollen. Und ich habe noch in Erinnerung, nachdem es erst bei der letzten Sitzung passiert ist, daß Sie diesen Eid das letzte Mal geschworen haben. Ich stelle daher an Sie die Frage, die ich schon schriftlich eingebracht habe, ob es mit den Intentionen des Landtages, ob es mit den Gesetzen und mit der Verfassung übereinstimmt, daß der Landtag, in dem Fall Sie als Präsident, sich damit begnügt, einen Zustand zur Kenntnis zu nehmen, der offensichtlich mit 1. Jänner eintreten wird, der nicht verfassungsgemäß ist. Bei der ÖVP sitzen einige hochkarätige Juristen - der Dr. Cortolezis, den ich von manchen Plädoyers und manchen hochjuristischen Ausführungen kenne. Der Dr. Maitz ist ein sehr gewissenhafter, penibler, exakter Klubobmann, wie er von Herrn Landeshauptmann Krainer in den Medien geschildert worden ist. Umso mehr bin ich verwundert, daß Sie, sehr geehrter Herr Präsident, und offensichtlich die ÖVP und auch die FPÖ diesen Auftrag des Gesetzgebers und auch unseren Beschluß vom 15. Juni 1993 offensichtlich nicht ernst nehmen. Sie werden vielleicht sagen, daß das Kleinigkeiten sind, und der Wabl will sich vielleicht wichtig machen und davon profitieren. Ich frage aber, ob nicht der Landtag, gesetzgebende Körperschaften sich selbst in Frage stellen, wenn sie aus parteipolitischen oder taktischen Überlegungen in Kauf nehmen, daß ein so wichtiges Instrument, wie es der Landesrechnungshof ist, nicht voll

funktionstüchtig ist. Ich erinnere mich noch daran, daß Sie die Einrichtung des Landesrechnungshofes mehr als gepriesen haben, für ganz Österreich als herzeigbar hingestellt haben, was ich auch unterstreichen möchte. Und ich selbst als Jurist glaube daher, und, Frau Kollegin Karisch, Sie sind ja auch Juristin, mich wundert es, daß Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, daß diese Ausgewogenheit zwischen Exekutive und Legislative, und die Legislative kontrolliert hier die Verwaltung, gewährleistet sein muß. Und jetzt frage ich mich, was ein Landtag, ein Landtagspräsident von seiner Bedeutung hält, wenn man einfach sagt, naja, momentan paßt mir der entsprechende Paragraph des Landesrechnungshofgesetzes nicht, weil ich einen Kandidaten habe, der, und das möchte ich gerne zugeben, Kollege Räder, weil wir kennen uns auch schon lange, mindestens ebenso qualifiziert ist wie manch anderer, aber es ist halt einmal Gesetz, und wir haben es damals beschlossen, daß ein Landtagsabgeordneter erst nach Ablauf einer fünfjährigen Frist Rechnungshofpräsident werden kann. Das Gesetz gibt es, das ist ein Verfassungsgesetz. Ich frage daher, warum wird nun dieses Verfassungsgesetz nicht eingehalten? Hofrat Lieb wird in Pension gehen, wie es auch im Gesetz steht, mit Erreichung des 65. Lebensjahres.

Es geht, was auch der Herr Berichterstatter hier besonders ausgeführt hat, um eine effektive und scharfe Kontrolle, die auch immer mehr von der Bevölkerung verlangt wird. Wir wissen, daß die Bevölkerung sehr viel Wert darauf legt, daß es Kontrolleinrichtungen in dieser Demokratie gibt, die den Mächtigen in diesem Lande auf die Finger schauen, die darauf hinweisen, nicht nur nachher, was falsch gelaufen ist, die auch schon von vornherein sagen, wo es besser gehen könnte. Wir von der SPÖ-Fraktion vertreten ja nicht diese Auffassung. Aber Sie, meine Herren, sagen einfach, Mehrheit ist Mehrheit. Der Herr Präsident, und ich warte auf eine Antwort auf meine Anfrage, hat zwar einen einstimmigen Beschluß des Landtages. Sie haben damals selbst mitgestimmt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben den Antrag gestellt, Herr Kollege!“)

Sie haben den Antrag gestellt. Einen einstimmigen Beschluß gibt es, daß dieser verantwortungsvolle Posten, dieser wichtige Posten für unsere Demokratie, für unser Land, ausgeschrieben wird, damit am 1. Jänner nahtlos dieser Landesrechnungshof hier wieder weiter tätig sein kann mit einem qualifizierten Mann an der Spitze. Da könnte sich ja die Frage stellen, nachdem ohnedies von Ihrer Seite soviel vom Einsparen geredet wird, ja, wenn der nicht notwendig ist, dann sparen wir uns den ein. Aber das kann ja hier nicht Ihre Intention sein. Daher, Herr Präsident, weiß ich nicht, ob ich die Antwort heute bekomme oder in den nächsten Tagen, weil der Herr Hofrat Anderwald auch dort steht, ich schätze auch Sie, Herr Hofrat. Aber ich erinnere mich an viele Landtagsausschüsse, wo es heißt, das ist nach der Geschäftsordnung nicht passend, weil das muß gedruckt werden vorher, und dort steht noch ein Beistrich, und dort gehört ein Rufzeichen, und dort gehört ein Fragezeichen, und da heißt es, wir im Landtag, die wir alle keine hochqualifizierten Juristen, mit Ausnahme der Kollegen Cortolezis und ein paar anderer, sind, und daß wir hier oft

belehrt werden, welche Schritte wichtig sind, damit ein Gesetz zustandekommt. Aber in dem Punkt habe ich bisher vermisst, und ich würde mir wünschen, daß Sie den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, und ich will dieses Wort nicht in den Mund nehmen, daß der Verdacht eines Verfassungsbruches gegeben ist. Ich behaupte nur, daß bei Nichteinhalten dieser Bestimmungen zumindest der Verdacht vorliegt, daß ein Verfassungsgesetz nicht eingehalten wird, ob bewußt oder unbewußt und aus welchen Gründen immer.

Leider Gottes sind es ja taktische Gründe, damit die Situationen oder die Verhältnisse so adaptiert werden, daß der Kollege Rader auf diesen Sessel gehievt werden kann, wie der Landesrat Hirschmann das im „Profil“ damals angekündigt hat. Denn wenn jetzt ein Neuer besetzt wird, ist ja der Posten praktisch dann für die nächsten fünf Jahre vergeben. Daher wäre diese Möglichkeit nicht mehr da. Ich frage Sie, Herr Präsident, und auch den Hofrat Anderwald und alle, die dafür verantwortlich sind, daß unsere Demokratie funktioniert, warum wird erstens den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes nicht entsprochen, und warum wird dem Willen des Landtages, und da heißt es immer der Hohe Landtag, in dem Fall merke ich vom Hohen Landtag nichts, wir sind sehr nieder, weil wir offensichtlich nicht sehr viel gelten in dem Fall, wenn es um parteipolitische oder taktische Interessen geht, also warum hier nicht diesem Beschluß Rechnung getragen wird, damit am 1. Jänner der Rechnungshof wieder voll tätig werden kann in voller Besetzung? Um diesen Bedenken und Einwänden Rechnung zu tragen, hat unsere Fraktion einen Beschlußantrag vorbereitet, den ich hiemit zur Antragstellung bringe, einfach auch deshalb, weil ich glaube, daß es gerade jetzt darum geht, wo noch Zeit wäre, dieser unserer Meinung Nachdruck zu verleihen. Daher stelle ich diesen Beschlußantrag zur Diskussion und schlage zur Abstimmung vor:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Wabl, Grabner (ich lasse die Titel weg), Flecker und Dörflinger, betreffend Ausschreibung des Postens des Landesrechnungshofdirektors. Begründung – ich habe sie auch schon mündlich vorweggenommen: Der Landtag hat am 15. Juni 1993 mit der Einlaufzahl 652/2 die raschestmögliche Nachbesetzung der Position des in Pension gehenden Landesrechnungshofdirektors Hofrat Dr. Herbert Lieb sowie die Abhaltung eines Hearings mit den Kandidaten und Kandidatinnen beschlossen (ein Hearing ist an sich eine sehr positive Einrichtung, die zukunftsweisend sein könnte). Um die möglichst einwandfreie Funktion dieses Organes des Steiermärkischen Landtages aufrechtzuerhalten, sollte nunmehr diese Stelle raschestmöglich ausgeschrieben und besetzt werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Präsident des Steiermärkischen Landtages wird aufgefordert, raschestmöglich für die Ausschreibung der durch Pension von Hofrat Dr. Lieb freiwerdenden Stelle des Landesrechnungshofdirektors zu sorgen. Unterschrieben von den Gefertigten. Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen: Unsere Demokratie funktioniert dann, wenn die Gesetze eingehalten werden. Was hätten Sie gesagt, als letztes

Mal der Präsident Wegart in Pension gegangen ist, wenn jemand auf die Idee gekommen wäre, aus parteipolitischen Gründen zu sagen, jetzt brauchen wir den Präsidenten nicht gleich nachzubersetzen, das können ohnehin die beiden Stellvertreter machen. Die haben es bis jetzt auch nicht schlecht gemacht. Wo ist die Grenze bitte, wo wir verpflichtet sind, Verfassungsgesetze einzuhalten? Wenn man sich diese Handlungsweise auf die Dauer zu eigen macht, läuft man Gefahr, unsere ganze Demokratie langfristig in Frage zu stellen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 11.26 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Herr Abgeordneter. Bevor ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort erteile, darf ich Ihnen versichern, Herr Abgeordneter Dr. Wabl, daß ich selbstverständlich den einstimmigen Beschluß des Landtages vom 15. Juni 1993 mit größtem Respekt einzuhalten interessiert bin. Umso mehr, weil ich seit dem 19. Oktober wieder Abgeordneter bin. Ich habe Ihre über die Medien mehrfach angekündigte Anfrage allerdings erst am 8. November schriftlich erhalten, und die in der Begründung angeführten Überlegungen und Befürchtungen Ihrerseits – Sie haben sie ja jetzt selbst ausgeführt – machen eine sehr gewissenhafte und genaue rechtliche Überprüfung notwendig. Ich werde Ihre Anfrage selbstverständlich umgehend, sobald diese rechtlichen Überprüfungen abgeschlossen sind, beantworten.

Nun hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Karisch (11.28 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf drei Schwachpunkte bei der heutigen Landesrechnungshofkontrolle hinweisen, die dem gegenständlichen Beschlußantrag des Kontroll-Ausschusses zugrunde liegen.

Erstens: In der Vergangenheit konnten mehrere Prüfungen des Landesrechnungshofes im Rahmen der Gebarungskontrolle, darunter auch solche auf Grund von Anträgen aus dem Landtag, nicht sofort durchgeführt werden, weil die sogenannte vertragliche Kontrollkompetenz aus Anlaß der Gewährung von finanziellen Zuwendungen oder Ausfallhaftungen nicht vorbehalten worden war. Diese vertragliche Kontrollkompetenz mußte dann erst nachträglich vereinbart werden, wobei es jeweils vom guten Willen des Geprüften abhängig war, ob eine solche nachträgliche Vereinbarung überhaupt abgeschlossen werden konnte. Das, meine Damen und Herren, sollte sich in Zukunft ändern.

Ein zweiter Punkt: Auch bei der Projektkontrolle besteht die Möglichkeit, die im Paragraphen 11 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes vorgesehene Projektkontrolle dadurch zu vermeiden, daß bei der Abwicklung des Projektes weniger als 50 Prozent der erforderlichen Mittel durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Eine vertragliche Vereinbarung könnte nach Paragraph 11 Absatz 1 Ziffer 4 leg. cit. die Möglichkeit zur Projektkontrolle herstellen. Meine Damen und Herren! Das erscheint mir vor allem für die Klinikbauten in unserem Land sehr notwendig. Heute würden auf Grund des Vertrages des Landes Steiermark mit dem Bund geplante Klinikbauten im Bereich

des LKH Graz nicht unter die Projektkontrolle fallen, weil nicht mindestens 50 Prozent der für die Abwicklung des Projektes erforderlichen Mittel durch Stammkapital, Beihilfen, Darlehen und die Übernahme von Ausfallhaftungen vom Land zur Verfügung gestellt werden. Vertragsgemäß kommen nämlich 50 Prozent vom Bund. Kommen dazu noch einige wenige Prozente aus Eigenkapital oder vom KRAZAF, so ist die Projektkontrolle schon verhindert. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle müssen uns wünschen, und die Bevölkerung und der Steuerzahler haben ein Recht darauf, daß Klinikneubauten, die Hunderte Millionen Schilling an Landesgeldern kosten, einer Projektkontrolle unterzogen werden. Bisher haben wir mit der Projektkontrolle die besten Erfahrungen gemacht. Sie hilft uns, sehr viel an öffentlichen Geldern einzusparen.

Noch ein dritter Punkt: Es gibt auch Fälle, bei denen die Kostenschätzung sich der Grenze von 2 Promille des Gesamtausgabevolumens des letztgültigen Landesvoranschlages für die Projektkontrolle nähert. Um auch hier eine Projektkontrolle durchführen zu können, sollte von vornherein von der Möglichkeit des Paragraphen 11 Absatz 2 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes, wonach auf begründetes Ersuchen der Landesregierung eine Projektkontrolle durchzuführen ist, Gebrauch gemacht werden. Ich halte es für sehr notwendig und wichtig, daß die Landesregierung von der Möglichkeit, vertraglich eine Kontrolle des Landesrechnungshofes auszubedingen, regelmäßig Gebrauch macht. Die Kontrolle muß deshalb ja nicht immer und in jedem Fall stattfinden. Aber sie sollte wenigstens möglich sein. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem vorliegenden Beschlußantrag des Kontroll-Ausschusses zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.32 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr, Frau Abgeordnete. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ebner das Wort.

**Abg. Dr. Ebner (11.32 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mich als Mitglied des Verfassungs-Verhandlungsunterausschusses, wenn ich so sagen darf, zu Wort melden. Zumindest kann ich das nicht so im Raum stehen lassen, wenn der Kollege Wabl hier zwar andeutungsweise – er will es sagen, aber doch nicht sagen – vom Verfassungsbruch redet. Genau die Bedenken, die er hier hat, habe ich in die andere Richtung. Wir haben am 15. Juni 1993 diesen Beschluß gefaßt, der lautet: Im Falle des Freiwerdens der Position des Leiters des Landesrechnungshofes oder dessen Stellvertreters sind die jeweils zu besetzenden Funktionen rechtzeitig auszuschreiben und die Kandidaten einem Hearing zu unterziehen. Kollege Wabl hat unserem Antrag damals – so nehme ich doch an – zugestimmt. Ich weiß es nicht, ich habe nicht nachgeschaut im Protokoll. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es war einstimmig!“) Es war einstimmig, dann wird er wohl dagewesen und auch zugestimmt haben. Wir waren damals bereits in den Verfassungsverhandlungen mit den Verhandlungen der Novellierung der Verfassung befaßt und haben auch über das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz gesprochen. Es war in diesen Verhandlungen völlig klar, daß das Landesrechnungshof-

Verfassungsgesetz novelliert wird. Interessanterweise – das ist eben einmal in der Politik so – waren dann bestimmte Punkte, nämlich dieser eine Punkt – fünf Jahre dem Landtag angehören – dann, als ein konkreter Name in die Diskussion gekommen ist, plötzlich nicht mehr klar. Vorher war alles klar. Wir haben auch Verhandlungen zum Beispiel am 15. September dieses Jahres durchgeführt, wo alles klar war und dieser Punkt dann plötzlich nicht mehr klar war. Aber wie lautet dieser Paragraph 25 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes? „Der Leiter des Landesrechnungshofes und sein Stellvertreter dürfen nicht Mitglied der Bundes- oder einer Landesregierung sein, keinem Allgemeinen Vertretungskörper angehören oder eine dieser Funktionen in den letzten fünf Jahren innegehabt haben.“

Der heutige Landesschulratspräsident Schilcher, der damals bei den Verhandlungen ja maßgeblich mitgewirkt hat und beim Entstehen dieses Gesetzes maßgeblich mitgewirkt hat, hat gemeint, das wäre heute obsolet, aber man wollte damals ein Signal nach außen setzen, daß der neu geschaffene Landesrechnungshof völlig unabhängig ist. Aber, Kollege Wabl, wenn du schon vom Verfassungsbruch redest, ist es ja gerade das Problem des Verfassungsbruches, das hier so große Bedenken aufkommen läßt. Es ist ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht, und das wirst gerade du als Jurist wissen, daß der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern nicht eingeschränkt werden darf. Das heißt, der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern darf nur dann eingeschränkt werden, wenn er sachlich begründet ist.

Jetzt rede ich auch einmal als Jurist, wohl auch als Freiheitlicher, der die Verfassung besonders hoch hält und gerade den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern, wie auch andere Grundrechte, sehr hoch hält. Aus dem Grunde sage ich hier klipp und klar, daß meiner Meinung nach diese Bestimmung bereits damals, aber auch heute, bundesverfassungswidrig ist und ich größte Bedenken gegen diese Bestimmung habe, weil mir – und nicht nur mir, sondern auch den Verhandlern deiner Partei und auch den Verhandlern der ÖVP – beim besten Willen kein sachlicher Grund eingefallen ist, warum hier differenziert werden soll und ehemalige Landtagsmitglieder oder Landtagsabgeordnete von der Bewerbung um dieses öffentliche Amt ausgeschlossen sein sollten. (Abg. Vollmann: „Hast du die Reden gelesen, die es damals dazu gegeben hat? Ich habe sie mir herausgesucht!“) Überdies hat man damals auch noch insofern über das Ziel hinausgeschossen, daß man überhaupt gleich jeden Landtag ausschließt, egal, ob es jetzt der steirische Landtag ist, auch ein Abgeordneter des Salzburger Landtages wurde von der Bewerbung um dieses Amt ausgeschlossen, was natürlich überhaupt nicht mehr einzusehen ist. Es wurden auch andere Beschränkungen einvernehmlich herausgenommen.

Nun aber doch noch einmal zu dieser Verhandlungsrunde am 15. September 1993: Ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll und begehe damit sicher keinen Vertrauensbruch. Unter dem Punkt B ist hier zu lesen: „Novelle zum Gesetz über die rechtliche Stellung des Leiters des Landesrechnungshofes.“ Darunter steht: „Es besteht Konsens, also Konsens unter allen drei Parteien, daß dieses Gesetz an das Bezugesgesetz des

Landes angepaßt werden soll.“ Kollege Wabl, zu einem Zeitpunkt, wo der Name Rader bereits in Diskussion war und wo am selben Tag bei der selben Verhandlungsrunde gesagt worden ist, die Sache mit fünf Jahre Landtag angehören ist noch offen und noch ein Verhandlungspunkt. Das heißt, es wurde klipp und klar festgestellt, daß das Gesetz über die rechtliche Stellung des Leiters des Landesrechnungshofes zu novellieren ist. Was heißt das aber jetzt? Zu novellieren heißt, daß dieses Gesetz den heutigen Gegebenheiten überhaupt nicht mehr entspricht. Es entspricht insofern nicht, daß der Landesrechnungshofdirektor nach wie vor mit 55 Jahren in Pension gehen wird. Und, Kollege Wabl, du wirst mir sicherlich auch recht geben, wenn ich den Namen Rader hier einwerfe, es wird dir wahrscheinlich nicht recht sein, wenn er schon, ich will nicht sagen jetzt gleich, weil er ist ja noch jung, aber mit 55 Jahren in Pension geht, und wir haben das Bezügegesetz einvernehmlich in der letzten Legislaturperiode angehoben, das Pensionsalter des Bezügegesetzes angehoben auf 60 Jahre. Gleichzeitig geht das Gesetz über die rechtliche Stellung des Leiters des Landesrechnungshofes in allen Passagen davon aus, daß ein Landesbeamter Landesrechnungshofdirektor wird. Und das paßt in Wahrheit bei den Bezügen und nirgends. Das paßt hinten und vorne nicht zusammen. Wir haben uns geeinigt gehabt, wir wollen Bestimmungen über eine mögliche Befangenheit und alle möglichen Dinge darin aufnehmen.

Die Einigung ist erzielt. Das heißt, es wird Anfang nächsten Jahres, wenn die Verhandlungen so weiterlaufen, gehe ich davon aus, eine Novelle hier eingebracht werden über die Änderung der rechtlichen Stellung des Leiters des Landesrechnungshofes. Wenn ich jetzt davon ausgehe, daß wir jetzt ausschreiben, dann würde das bedeuten, daß ein möglicher Bewerber gar nicht weiß, für was er sich eigentlich bewirbt, außer daß er weiß, es ist der Leiter des Landesrechnungshofes. Das ist aber schon fast das einzige, was er weiß. Über seine eigene Stellung weiß er nichts. Jeder, der sich um einen Posten bewirbt, muß doch wissen, für was er sich eigentlich bewirbt und wie seine eigene Stellung inklusive Pensionsregelung und inklusive Gehalt ausschaut. Ich würde es in höchstem Maße für unfair und auch für eine Augenauswischerei halten, jetzt hier auszuschreiben und dann im Jänner, Februar zu sagen, schön, du hast dich zwar für etwas beworben, aber es schaut jetzt völlig anders aus. Ich will gar nicht daran denken, wie es ausschauen würde, wenn er bestellt ist und es gilt noch das alte Gesetz, was dann eigentlich ist, ob ich das neue Gesetz oder die neue Regelung auf den gerade bestellten Leiter überhaupt anwenden kann. Denken wir nur an die Entscheidung im Zusammenhang mit den ehemaligen Grazer Politikern, wo sehr viel von sogenannten wohl-erworbenen Rechten die Rede war, das heißt, eine völlig unhaltbare Situation. Kollege Wabl, ich gebe dir völlig recht, wenn du sagst, die Ausschreibung soll so rasch wie möglich erfolgen. Ich bin auch der Meinung, daß die Ausschreibung so rasch wie möglich erfolgen soll, und zwar dann, wenn es klar ist, welche rechtliche Stellung der neue Direktor des Landesrechnungshofes hat. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nämlich weder klar, wer sich bewerben kann (gegebene Verfassungswidrigkeit derzeit), noch ist klar, wie seine eigentliche Stellung lautet. Alles andere ist eine Unfairneß, eine

ausgesprochene Unfairneß gegenüber möglichen Bewerbern. Und eines sage ich dir: Wir halten uns sicher an den Beschluß, den wir hier eingebracht haben, daß hier das auszuschreiben ist und ein objektives Hearing aller Kandidaten vorzunehmen ist. Und ich sage, der Beste soll dann zum Zug kommen. Aber du wirst mir und uns wohl zubilligen, daß wir einmal davon ausgehen und der Meinung sind, daß Kollege Rader sicherlich nicht zu den Schlechteren gehören wird, und bis zum Beweis des Gegenteiles halte ich ihn eben auch für den Besten. Ich kenne ja noch keine und kann auch keine kennen. Zusammenfassend gesagt, ich bin gegen Verfassungswidrigkeit, und ich bin gegen Augenauswischerei. Deshalb machen wir die Ausschreibung so rasch wie möglich – deine Worte, Kollege Wabl. (Abg. Dr. Wabl: „Es wird zwei Jahre dauern!“) Machen wir die Ausschreibung so rasch wie möglich. Möglich ist es allerdings erst dann, wenn wir die Novelle auch wirklich durchgeführt haben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.42 Uhr.)

**Präsident:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (11.42 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mein Kollege Dr. Ebner hat gerade sehr eindrucksvoll die rechtliche Situation zu diesem Thema dargestellt. Daher kann ich mich im wesentlichen auf ein paar andere Details, die du, Kollege Wabl, in deiner Ausführung gebracht hast, beschränken. Ich war selbst hier an diesem Rednerpult derjenige, der diese Forderung in diesem Hause plazierte hat. Es war am 15. Juni dieses Jahres – zu einem Zeitpunkt, wo über alle wesentlichen Punkte in den Parteienverhandlungen zu diesem Thema durchaus Einigkeit herrschte und wo man davon ausgehen konnte, daß diese Novellierung rechtzeitig in dieses Haus eingebracht wird und somit eine Ausschreibung erfolgen kann. Interessanterweise warst du es in deinen Ausführungen, der gesagt hat und auch den massiven Vorwurf erhoben hat, die parteipolitischen und taktischen Interessen der Freiheitlichen hätten dazu geführt, daß man jetzt das Ganze anders machen will, „weil der Rader kommt“. Nein, Kollege Wabl, es sind die parteipolitischen und taktischen Interessen deiner Fraktion, die dazu geführt haben, das zu ändern, sonst hätten wir in der Zwischenzeit längst die Vereinbarungen, die damals in den Ausschüssen (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Unterausschuß!“) getroffen wurden, bereits als Antrag in den Landtag eingebracht und die Revision durchgeführt. Darüber hinaus hätten wir gesorgt, daß die Ausschreibung rechtens und objektiv erfolgt, daß es zu einem Hearing kommt, bei dem eben jeder Kandidat diesem Hearing unterzogen wird. Interessanterweise hat sich diese Meinung nicht bei uns, sondern bei deiner Fraktion sehr wesentlich geändert, und zwar gerade zu dem Zeitpunkt, wo Präsident Rader so nebenbei sein Interesse an dieser Funktion bekundet hat. Dann haben die Glocken bei euch zu läuten begonnen, nicht bei uns. Und die taktisch-politischen Überlegungen sind in den Reihen der SPÖ gefallen, und nirgendwo anders. Daher halte ich es für nicht sehr geschickt, jetzt den Spieß umdrehen zu wollen, um das anders zu sehen. Es ist mir schon klar, daß

es euch in der jetzigen Situation keine Freude macht, einen Präsidenten Rader als Rechnungshofpräsidenten zu bekommen. Das kann ich mir alles sehr gut vorstellen. Ich kann nur eines sagen: Wir haben auch im Präsidium, in der Präsidiale sehr klar auf die Reaktion des Ausschusses, diese Dinge zu ändern, Stellung bezogen und gesagt, es hat keinen Sinn, jetzt auszusprechen, wenn die Voraussetzungen für die Position im Detail nicht gegeben sind, weil ich zumindest den Bewerbern die Chance einräumen muß und die Chance einzuräumen habe, die Voraussetzungen, unter denen sie ihre spätere Arbeit ausüben und ausführen sollen, im Detail zu kennen.

Daher kann es nur heißen, unverzüglich die Arbeit im Ausschuß abzuschließen, die Revision durchzuführen, auszuschreiben und zu besetzen. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, es soll der beste Kandidat die Funktion einnehmen, weil wir von dieser Funktion als Kontrollorgan des Landes sehr, sehr viel halten und das auch in Zukunft tun werden. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 11.46 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (11.46 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus zwei Gründen diskutieren wir heute zu diesem Beschlußantrag. Der erste Grund ist die unwahrscheinliche Arroganz eines Mitgliedes dieses Hauses, das für sich in Anspruch nimmt, als einziger in diesem Lande für den Posten des Landesrechnungshofdirektors befähigt zu sein. (Abg. Dr. Maitz: „Es spricht der Oberlehrer!“) Ich weiß schon, daß die Koalition da nervös wird. Die wirkliche Ungerechtigkeit ist die, daß dieser Herr Präsident des Hauses erwartet, daß der Landtag zu seiner Beliebigkeit ein Verfassungsgesetz ändert. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie sind selbst in dem Ausschuß!“) Ich werde Ihnen das erklären, Herr Klubobmann Vesko, Sie sind nicht in dem Ausschuß und offensichtlich auch nicht richtig informiert. Dort sitzt ja der Herr Präsident Rader drinnen, vielleicht hat er da nicht immer objektiv informieren können.

Ein zweiter Grund ist der, daß es im Sommer vereinbarte Sache zwischen ÖVP und FPÖ war, hier einen Postenschacher zu betreiben. Eine Geschichte, die von der Freiheitlichen Partei bislang immer so fürchterlich angeprangert wurde, aber ich verstehe Sie. Vielleicht haben Sie auch interne Gründe, hier diesen Postenschacher voranzutreiben. (Abg. Dr. Ebner: „Aber das ist doch kein Grund, eine Ausschreibung so zu machen. Lösen Sie sich los!“) Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Ebner, ich finde Ihre Auslegung des Rechtsstaates äußerst interessant, und sie ist zu merken, daß Sie sagen, wir haben ein geltendes Gesetz, ein geltendes Verfassungsgesetz, das uns zu einer Handlung verhält, und sagen, eigentlich haben wir schon darüber geredet, daß wir das vielleicht anders haben wollen, und deswegen halten wir uns nicht an das geltende Gesetz. Eine etwas eigenartige Auslegung aus dem Munde eines Juristen und Abgeordneten. (Abg. Dr. Ebner: „Das habe ich überhaupt nicht gesagt!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Melde dich zu einer tatsächlichen Berichtigung!“) Das Zweite, Herr

Abgeordneter Dr. Ebner, ist, daß wir, politisch gesehen, einen einstimmigen Beschluß dieses Landtages haben und den vollziehen sollten und vollziehen im Sinne der geltenden gesetzlichen Regelungen. Nachdem der Hofrat Dr. Lieb mit Ende dieses Jahres in Pension geht, ist halt auf Basis des derzeit geltenden Verfassungsgesetzes der Bestellungsverfahren vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das alles bestreiten und jetzt versuchen, ein sachliches Mäntelchen um Ihre gemeinsamen Schultern zu hängen, so braucht man doch wohl nur zitieren, was der Herr Dr. Hirschmann sehr offen in einem Interview im „Profil“ gesagt hat. Ich glaube, ich brauche Ihnen dieses Interview nicht näher vor Augen zu führen. Herr Dr. Ebner, wenn Sie die Erwartung hegen, daß Verfassungsverhandlungen – Sie sind erst jetzt in den Ausschuß hinein gekommen – so in einem halben Jahr abgehandelt sind, dann ist das sehr optimistisch zu sehen (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja!“), weil wir wissen zum Beispiel, und der Herr Präsident Rader weiß das genauso wie ich, die derzeitigen laufen zum Beispiel bereits 15 Jahre. (Abg. Dr. Ebner: „Und dann soll der nächste Rechnungshofpräsident mit 55 Jahren in Pension gehen!“) Ich bin dafür, daß wir das auf Basis des derzeitigen Gesetzes durchziehen. Herr Abgeordneter Vesko, eines zu Ihnen, und da irren Sie sich oder haben nicht den korrekten Vorgang gesagt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie verwechseln das. Sie sagen, daß Sie unseren Antrag eingebracht haben!“)

Am 15. Juni 1993 ist im Unterausschuß über Verfassungsfragen das Landesrechnungshofgesetz – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Am 15. Juli hier eingebracht!“) Warten Sie ein bißchen. Sie haben gesagt, Sie haben es eingebracht zu einem Zeitpunkt, als im Verfassungsunterausschuß bereits eine Einigung zu diesen Fragen da war, und ich kann Ihnen sagen, und das wird Ihnen jedes Protokoll bestätigen, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt zum Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz noch kein Wort verloren haben. Der Unterschied war, daß es nachher zur Koalition gekommen ist. Sie setzen einen Schritt mehr in diese Richtung. Bekennen Sie sich wenigstens zur Päckerei (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Bravo!“), seien Sie ehrlich, und tun Sie nicht mit Scheinheiligkeiten argumentieren. (Beifall bei der SPÖ. – 11.52 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

**Abg. Dr. Maitz (11.52 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Flecker hat so gesprochen, wie er immer gesprochen hat (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ätzend!“), wenn es ihm nicht nach seinem Kopf geht. Wenn dem Herrn Abgeordneten Flecker die Sachargumente ausgehen, dann flüchtet er in die Polemik, in die persönliche Bosheit, Unterstellung, in Haßtiraden, die geradezu kurios sind. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dörflinger: „Bei welcher Sitzung wären Sie?“) Flecker forever: Er ist so wie er ist, und wenn er von Arroganz, Postenschacher und Päckerei spricht, dann ist das sein Wortschatz, in dem er denkt. Wir denken nicht so. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dörflinger: „Ihr handelt so!“)

Ich respektiere die Wortmeldung des Abgeordneten Wabl, weil sie ehrlich gemeint war. Ich ersuche die SPÖ-Abgeordneten, die diesen Antrag mit unterschrieben haben, mit ihm gemeinsam diesen zurückzuziehen. Denn ich respektiere die Meinung des Herrn Klubobmannes Trampusch, der gemeinsam mit uns in der Präsidialkonferenz übereinstimmend den Vorgang festgelegt hat, so wie ihn der Herr Präsident Hasiba vorhin dargestellt hat. Es gibt eine Rechnungshof-Verfassungsgesetz-Novelle, die selbstverständlich bis auf einen Punkt fertig ist und die Übereinstimmung aller drei Parteien hat. Sie können den Kopf schütteln, sie können wieder etwas anders sagen, aber es ist so. Der eine einzige Punkt ist die Vakanz von fünf Jahren für Abgeordnete für die Bewerbung ja oder nein. Da wollte die SPÖ-Fraktion ausdrücklich noch eine Nachdenkpause. Jede Junktimierung mit der Gesamtverfassung ist nicht vereinbart, sondern, wenn das Rechnungshof-Verfassungsgesetz Übereinstimmung hat und wenn wir das Gesetz über den Leiter und den Stellvertreter des Rechnungshofes, das zur Zeit im Verfassungsdienst – wer sollte sonst korrekter vorgehen als dieser – zur Bearbeitung aufliegt und gemeinsam eine Lösung gesucht wird, dann ist es sinnvoll, an Hand der dort bestehenden Rahmenbedingungen die Position des Rechnungshofdirektors beziehungsweise künftigen Präsidenten auszuschreiben. Dies, um allen Berufen, die dazu sachlich und fachlich geeignet sind, das können Richter sein, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Bundesbeamte, Magistratsbedienstete, Landesbeamte, die Möglichkeit zu eröffnen, sich zu bewerben, und zwar nach Rahmenbedingungen, die vorher feststehen. Absolut der einzig richtige und faire Vorgang. Alles, was „Flecker forever“ an Polemik hier anbringt, ist so zu verstehen. Parteitaktische Bosheit steht an der Spitze. Ich möchte Sie bitten, die Funktion des Rechnungshofes nicht in Frage zu stellen in diesem Hohen Haus, wegen dieser parteitaktischen Position einiger weniger Abgeordneter der SPÖ. Die Funktionstüchtigkeit des Rechnungshofes ist absolut gewährleistet. Oder? Ich frage die Abgeordneten Dörflinger, Flecker, Gräbner und Wabl, ob sie kein Vertrauen zum stellvertretenden Leiter, Hofrat Leikauf, der von Ihrer Seite nominiert und von allen gewählt und akzeptiert wird, haben. Dann sagen Sie das bitte deutlich. (Abg. Schrittwieser: „Billiger gehts nicht!“ – Abg. Schützenhöfer: „Sie wollen jetzt ausschreiben, damit sich der Strenitz nicht bewerben kann!“) Künftig kann sich auch der Kollege Flecker bewerben. Es kann sich künftig auch eine Abgeordnete von uns bewerben, die sich in diesen Kontrollsachen sehr bewährt hat. Das ist ganz klar. Zum Beschlußantrag, den die Abgeordneten Maitz, Frizberg, Vesko und Weilharter einbringen, würde ich alle Fraktionen dieses Hauses einladen, beizutreten. Der Beschlußantrag lautet, falls der Kollege Vollmann mich das sagen läßt (Abg. Vollmann: „Viel fällt euch nicht ein. Es wird immer billiger!):

Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Vesko und Weilharter, betreffend die Ausschreibung der Position des Direktors des Landesrechnungshofes. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Präsident des Steiermärkischen Landtages wird aufgefordert, die freiwerdende Position des Direktors des Landesrechnungshofes sofort nach Beschlußfassung über die Novellierung des Landesver-

fassungsgesetzes über den Landesrechnungshof und des Gesetzes über die Stellung des Leiters und des Stellvertreters des Landesrechnungshofes auszuschreiben. Ich ersuche alle Fraktionen, diesem Vorgang, der bereits einmal von allen drei Fraktionen festgelegt wurde, beizutreten. (Beifall bei der ÖVP. – 11.57 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

**Abg. Trampusch (11.57 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin nicht glücklich über die Diskussion, die jetzt geführt wird (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das glaube ich!“), aus einem einfachen Grund: Wir haben den Rechnungshof gemeinsam geschaffen, wir sollen alle zum Rechnungshof und zu den dort Verantwortlichen stehen. Das ist einmal ein Grundsatz. Nur, uns jetzt zu unterstellen, Kollege Maitz, daß wir das aus parteitaktischer Bosheit machen, das kann nicht stimmen. (Abg. Dr. Maitz: „Nicht ihr, sondern einige von Ihnen!“)

Aus einem einfachen Grund, und Kollege Flecker hat insofern recht. Ich habe die Protokolle der Parteienverhandlungen zur Verfassung hier – und, Kollege Maitz, du bist dort der Vorsitzende. Die achte Sitzung dieses Ausschusses hat am 11. März 1993 stattgefunden, vor dieser Landtagssitzung, wo wir einvernehmlich und einstimmig die Ausschreibung der Leiterposition festgelegt haben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „15. Juni!“)

Zu diesem Zeitpunkt war kein Antrag auf Änderung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes. Die nächste Sitzung, die neunte, hat unter deiner Leitung am 6. Juli 1993 nach dieser Landtagssitzung stattgefunden. Dort wurde dieser Antrag auf Abänderung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes eingebracht. Und jetzt geht ihr raus und sagt, wir waren uns alle schon im Ausschuß einig, als dieser einstimmige Beschluß erfolgt ist. Und da hat Flecker recht gehabt. Weil er das jetzt feststellt, ist er plötzlich jetzt voll parteitaktischer Bosheit. Die Fakten sprechen dafür, daß dieser einstimmige Beschluß im Landtag vor der Einbringung des Novellierungsantrages zum Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz stattgefunden hat, weil sonst würden diese Resümeeprotokolle nicht stimmen. (Abg. Dr. Maitz: „Du hast insofern recht, als du vom Ausschuß hier im Landtag redest. Wir haben vom Unterausschuß, in dem wir uns im wesentlichen geeinigt haben, gesprochen!“)

Das ist das Protokoll der neunten Sitzung des Arbeitsausschusses, Kollege Maitz. Da gibt es kein Herumreden. Wir haben diesen Beschluß gefaßt ohne Kenntnis dieses Antrages auf Abänderung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes. Und das stelle ich ein für allemal klar. Aber wenn jemand etwas anderes hineininterpretiert, dann versucht er, die Vorgänge in diesem Arbeitsausschuß, in dem gut gearbeitet wird, zu verändern. Und dagegen möchte ich mich verwahren auch im Interesse des Rechnungshofes und der weiteren Verfassungsverhandlungen. Das ist das eine. Das Zweite ist, und ich stehe nicht an zu sagen, und ich habe es oft gesagt, ich halte den Herrn Präsidenten Rader für eine sehr geeignete Person für eine

solche Funktion. Das ist keine Frage auf Grund seiner Kenntnisse. Nur, spätestens zu dem Zeitpunkt, als der Kollege Hirschmann voll Stolz erklärt hat, sein Leben ist die Strategie, und er sozusagen ist der Erfinder dieser Konstruktion laut „Profil“-Aussage, haben wir uns gesagt, bitte schön, so kann es ja nicht sein, daß sozusagen sich jemand feiern läßt für eine Konstruktion, die noch gar nicht vereinbart ist. Weil wir haben ja angefangen, Verhandlungen über eine Änderung der Verfassung zu führen in bezug auf den Rechnungshof, und hier ist schon der Vorwurf entstanden, wir betreiben Anlaßgesetzgebung, und die lassen wir uns sicher nicht bei einem Verfassungsgesetz, bei einer Novelle, unterstellen. Das hat dazu geführt. Und wenn jetzt die Damen und Herren bei dieser Vorgangsweise geblieben wären, daß wir den Rechnungshof jetzt nicht zum Mittelpunkt solcher Äußerungen machen, dann wäre sozusagen die Frage sicher relevant gewesen. Denn ich bin auch der Auffassung, daß die Ausgrenzung von Abgeordneten, wenn sie aus dem Landtag ausscheiden, von der Bewerbung nicht sinnvoll ist und nicht aufrechtzuerhalten ist, weil jeder andere in der Steiermark, der mit dem Vollzug von Beschlüssen des Landtages, also der Exekutive, befaßt ist, viel eher befangen ist als ein Abgeordneter. Da sind wir uns einig. Aber wir lassen uns nicht dazu degradieren, das sage ich auch sehr offen, bei der Anlaßgesetzgebung dann der Dritte zu sein, den man gerade noch braucht, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Daher haben wir gesagt, wir verhandeln in Ruhe, und da sind wir sehr weit, dieses Verfassungsdinge weiter, und es ist jetzt nicht unsere Aufgabe, und das sage ich auch noch einmal, als SPÖ-Fraktion eine Begründung dem Hohen Haus gegenüber zu liefern, wieso nicht ausgeschrieben wird. Es hat einen einstimmigen Beschluß gegeben, und ich beneide auch nicht den Herrn Präsidenten, der die Aufgabe hat, jetzt darüber zu befinden oder auszuschreiben oder nicht auszuschreiben. Er hat auch mit Recht gesagt, aus anderem Anlaß, das ist sicher kein Geheimnis, daß er wie irgendein Heiliger ins Kredo kommt, diese Geschichte entscheiden zu müssen. Das heißt also, in Wirklichkeit ist dieses Ansinnen an den Herrn ehrenwerten Vorgänger, Präsident Wegart, ergangen, und der Präsident Hasiba muß sozusagen darüber befinden. Daher ist es nicht unser Anliegen, dafür eine Begründung zu liefern. Nur, nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir die Sache auch im Interesse des Landesrechnungshofes in aller Ruhe ausverhandeln werden. Die Begründung dafür, wieso sozusagen nicht ausgeschrieben wird, sollen jene liefern, die nicht für die Ausschreibung sind. Wenn wir uns hier einig sind, brauchen wir eine Polemik im Hohen Haus nicht fortsetzen.

Ein Letztes, das hat nichts mit der Wertschätzung des Kollegen Hofrat Leikauf zu tun: Wir sind überzeugt davon, daß auch er ein guter Präsident, wie es in Zukunft heißen soll, jetzt heißt es Direktor, des Landesrechnungshofes wäre. Wir werden ihn auch nicht von einer Bewerbung ausschließen. Aber uns jetzt zu unterstellen, daß wir an der Qualität des Hofrates Leikauf – (Abg. Dr. Maitz: „Eine Frage!“) das war keine Frage, das war schon mehr – zweifeln, dagegen würden wir uns auch verwahren. Bleiben wir dabei, der Rechnungshof ist eine gemeinsame Schöpfung des Landtages, und stellen wir den Rechnungshof außerstreit, und führen wir die Verhandlungen zur Ände-

rung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes in Ruhe zu Ende, wie andere auch. Aber die Begründung dafür, wenn nicht ausgeschrieben wird, soll die Mehrheit dieses Hohes Hauses liefern. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 12.04 Uhr.)

**Präsident:** Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker und Dörflinger, betreffend Ausschreibung des Postens des Landesrechnungshofdirektors.

Weites wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter und Dr. Frizberg, betreffend die Ausschreibung der Position des Direktors des Landesrechnungshofes, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters, zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker und Dörflinger, betreffend Ausschreibung des Postens des Landesrechnungshofdirektors, und drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter und Dr. Frizberg, betreffend die Ausschreibung der Position des Direktors des Landesrechnungshofes.

Ich komme nun zur Abstimmung: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker und Dörflinger, betreffend Ausschreibung des Postens des Landesrechnungshofdirektors, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, das ist die Mehrheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Weilharter und Dr. Frizberg, betreffend die Ausschreibung der Position des Direktors des Landesrechnungshofes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

**Präsident Dr. Klauser:** Auf der Tagesordnung stehen als Punkt 10

#### **Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.**

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmtzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in einzelne Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Österreichische Volkspartei hat mir folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden Wahlvorschlag nach jedem Ausschuß gesondert zur Abstimmung bringe:

#### **Im Kontroll-Ausschuß:**

Frau Landtagsabgeordnete Sieglinde Zach anstelle von Herrn Landtagsabgeordnetem Franz Majcen als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

#### **Im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:**

Frau Landtagsabgeordnete Hermine Pußwald als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP an Landesrat Dr. Strenitz, betreffend Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H. und Baustopp im Bereich Landeskrankenhaus.

Eingebracht wurde weiteres eine dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Landesrat Dr. Strenitz, betreffend Lage und weitere Entwicklung des Gesundheits- und Krankenanstaltenwesens in der Steiermark.

Diese dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt. Die Behandlung dieser dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Wir kommen nun zur Behandlung der beiden dringlichen Anfragen der ÖVP-Abgeordneten und der SPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz.

Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Karl Maitz das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage von den Abgeordneten der ÖVP.

**Abg. Dr. Maitz** (12.09 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Weil wir selbstverständlich zu unseren Landeskrankenanstalten stehen und weil wir selbstverständlich die Arbeit der Spitalsbediensteten, Ärzte, des Pflegepersonals, der Verwaltung und der Hilfsdienste außerordentlich schätzen und weil wir diese steirischen Landeskrankenanstalten in ihrer Funktion auch in der Zukunft sichern wollen, treten wir gegen jede Verun-

sicherung der Betroffenen auf. Für uns ist die mittel- und langfristige Finanzierungssicherheit das Wesentlichste. (Abg. Trampusch: „Jetzt beschließt ihr doch ein Budget?“) Das liegt nämlich im Interesse der Bevölkerung, und es kann keine Rede von Demontage sein, sondern es kann nur die Rede sein, wie wir diese wesentlichen Einrichtungen auch in Zukunft realistisch finanzieren. Wir wenden uns also gegen jene SPÖ-Schockbrigaden unter der Leitung der Abgeordneten Dörflinger und Flecker, die mit der Sorge der Bevölkerung um eine zeitgemäße Krankenversorgung ihr einseitiges, ausschließlich parteitaktisch motiviertes Spiel treiben. Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist auch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß der für die Gesundheit und das Spitalswesen zuständige Landesrat Dr. Dieter Strenitz diese sachlich nicht begründeten SPÖ-Aktionen toleriere. Ausgegliedert, meine verehrten Damen und Herren, wurde seinerzeit im Bereich der Krankenanstaltenges. m. b. H. die tägliche Führung der Geschäfte. Nicht ausgegliedert wurde die Gesamtverantwortung des Landesrates für Spital und Gesundheit und in seiner Rolle als Eigentümerversorger gegenüber der Krankenanstaltenges. m. b. H. Deshalb stellen die unterzeichneten Abgeordneten die dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz. Es wurde zum Beispiel am 12. November vom Abgeordneten Heibl die Presse informiert, daß im Bereich des LKH Graz drei Baustellen kurzfristig von einer auf die andere Stunde eingestellt worden seien. Angeblich seien rund 30 Arbeiter und Angestellte von Firmen nach Hause geschickt worden. Wir stellen daher folgende dringliche Anfrage an Sie, Herr Landesrat:

Erstens: Gibt es den vom Abgeordneten Heibl bekanntgegebenen Baustopp an drei Baustellen im Landeskrankenhaus Graz oder nicht?

Zweitens: Wenn ja, aus welchem Grunde wurde er verfügt?

Drittens: Um welche Projekte handelt es sich hierbei?

Viertens: Wann wurde dieser Baustopp verfügt – falls es einen gibt?

Fünftens: Von wem wurde dieser verfügt?

Sechstens: Wann wurden Sie informiert, und was haben Sie gegen diese gezielte Aktion unternommen? (12.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nun erteile ich das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der SPÖ-Abgeordneten Herrn Landtagsabgeordneten Günter Dörflinger.

**Abg. Dörflinger** (12.12 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Wortwahl des Herrn Klubobmannes Maitz und die Wortwahl, die schon vorher in dieser Diskussion gefunden wurde, zeigt, daß die Diskussion über die Spitäler vor allem bei der FPÖ-ÖVP-Koalition auch eine Frage der Nerven zu werden scheint. (Abg. Schützenhöfer: „Sie sprechen von etwas, was Sie offensichtlich nicht mehr haben!“) Herr Kollege Schützenhöfer, daß Sie immer fehl am Platze sind, wenn es darum geht, sachlich zu agieren, haben Sie wirklich schon bewiesen, das brauchen Sie gar nicht mehr.

Fest steht, daß durch den zu erwartenden Beschluß der FPÖ-ÖVP-Mehrheit, ein Budgetprovisorium zu machen, in den Landeskrankenhäusern massive Einschnidungen zu befürchten sind. Fest steht, daß ein Budgetprovisorium im Personalbereich und bei den Investitionen massive Probleme bringen wird. Wir haben deshalb diese Landtagssitzung zum Anlaß genommen, um eine dringliche Anfrage an den Herrn Landesrat Dr. Strenitz zu stellen, die folgenden Inhalt hat:

Erstens: Welchen Weg haben die steirischen Spitäler seit ihrer Ausgliederung im Jahr 1986 genommen? a) in baulicher Hinsicht, b) in personeller Hinsicht.

Zweitens: Wie waren die Entscheidungsabläufe im Rahmen der ausgegliederten KAGES in diesen Jahren?

Drittens: Wie sieht der Weg in die Zukunft aus? Welche Pläne haben Sie vorgelegt?

Viertens: Wie sieht die Kostensituation der steirischen Spitäler aus? Vor allem im österreichischen Bundesländervergleich.

Fünftens: Welche Einnahmen für den Spitalsträger gibt es? Wie weit sind sie durch die KAGES oder das Land Steiermark beeinflussbar? Welche Kompetenzen sind dafür gegeben?

Sechstens: Welche organisatorische Entwicklung gab es in der Konstruktion der KAGES seit 1986? Wie wirkte sich die Entpolitisierung per 1. Oktober 1992 aus? Ist diesbezüglich eine Politik von ÖVP und FPÖ erkennbar?

Siebtens: Was ist Ihr Standpunkt für die künftige Gesundheits- und Krankenanstaltenpolitik in der Steiermark? (12.14 Uhr.)

**Präsident:** Nun erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz das Wort zur Beantwortung der beiden dringlichen Anfragen.

**Landesrat Dr. Strenitz** (12.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Landtages von der Steiermärkischen Volkspartei an mich gerichtete dringliche Anfrage, betreffend die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H., Bau-stopp im Bereich des LKH Graz, beantworte ich wie folgt:

Frage eins: Ja.

Frage zwei: Aus Wahrung der Verantwortung für das Budget des LKH Graz.

Frage drei: Es handelt sich um Sanitäreinrichtungen in der Lungenabteilung, einen Umbau im Wäschereigebäude und Umbauten in der Verwaltungsdirektion.

Frage vier: Am 11. November 1993 mittags.

Frage fünf: Vom stellvertretenden Verwaltungsdirektor.

Frage sechs: Ich wurde von der Krankenanstaltenges. m. b. H. nicht informiert, weil es sich um eine interne Maßnahme des laufenden Betriebes im LKH Graz handelte. Es ist nicht Sache des politischen Referenten, in Beschlüsse einzelner Häuser einzugreifen, die von den Verantwortlichen vor Ort aus Sorge um die Budgetentwicklung getroffen werden.

Lassen Sie mich nun zur Beantwortung der Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten des Hohen Hauses kommen. (Abg. Kowald: „Ist die auch so kurz?“)

Die steirischen Spitäler haben in den vergangenen Jahren sowohl auf dem Bausektor als auch beim Personal eine bemerkenswerte Entwicklung, ja einen über-ragenden Aufholprozeß genommen. Rund 100 Jahre nach der ersten großen Spitalsbauwelle am Ausgang des 19. Jahrhunderts wurde ein zweites Jahrzehnt des Spitalsbaus in der Steiermark in Angriff genommen. Seit dem Jahr 1984 bis heute wurden folgende Spitäler gebaut beziehungsweise ausfinanziert: Die Strahlentherapie 190 Millionen, Deutschlandsberg 586 Millionen, Rottenmann 438 Millionen, in Radkersburg die Ambulanz 39 Millionen, Pathologie Graz 136 Millionen, Knittelfeld – Patiententrakt 17 Millionen, Mürz-zuschlag – Patiententrakt 27 Millionen, Eisenerz 40 Millionen, Stolzalpe – Haus zwei 52 Millionen, die Generalsanierung Feldbach 567 Millionen, Funktionstrakt in Judenburg 152 Millionen, Kinderchirurgie in Graz 494 Millionen, Bruck 1,1 Milliarden, 29 Einzelprojekte in Graz 1,020 Milliarden, 13 Großgeräte 163 Millionen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die meisten von Ihnen haben die jeweiligen Eröffnungen mit großer und auch berechtigter Freude miterlebt. (Abg. Dr. Cortolezis: „Sie waren immer dabei!“) Insgesamt wurde in diesen zehn Jahren eine Gesamtsumme von 4,926 Milliarden verbaut. Und man kann also ohne Übertreibung von einem großen Dezennium des steirischen Spitalsbaues sprechen. In vielen Häusern wurde zeitgemäße Bauqualität im Interesse der steirischen Patienten geschaffen. Damit waren, meine Damen und Herren, aber auch ungeheure Impulse für die steirische Wirtschaft verbunden, weil von allen Investitionen rund 85 Prozent an Firmen der Region und insgesamt rund 90 Prozent an steirische Firmen vergeben wurden. Volkswirtschaftler errechnen, daß mit einer Bauinvestition mindestens das Doppelte an Geld im Wirtschaftskreislauf einer Region in Bewegung gesetzt wird. In diesem Fall insgesamt also rund 15 Milliarden Schilling in der Steiermark – eine Investition, die dieses Land wahrhaft gebraucht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Demnach sind wir, meine Damen und Herren, bei diesem Aufholinvestitionsprogramm etwa erst am Ende des ersten Drittels angelangt. Lassen Sie mich auch die Entwicklung im Personalbereich schildern: Sie ist nicht minder bemerkenswert, was unsere Mitarbeiter in unseren 20 Spitälern betrifft. In dieser Zeit wurde die Zahl der Turnusärzte um rund 100 erhöht. Damit wurde die Wartezeit, der berüchtigte Flaschenhals im Turnus in der Ärzteausbildung, bei den Medizinerinnen in der Steiermark auf ein Jahr gesenkt. Sie beträgt heute in Wien nach wie vor vier Jahre. Das Ergebnis ist aber, daß der Bedarf an niedergelassenen Ärzten der Allgemeinmedizin in der Steiermark heute nach übereinstimmender Meinung von Gebietskrankenkasse und Ärztekammer praktisch gedeckt ist. In dieser Zeit wurden ferner rund 400 Fachärzte in Ausbildung beziehungsweise in den Dienststand mehr genommen. Dies erfolgte zum Beispiel im Zusammenhang mit der Schaffung von zehn Anästhesieprimariaten (die Narkosen wurden ja bis dahin von Chirurgen oder in Ausbildung stehenden Ärzten gemacht). Es wurden andere Fachabteilungen,

wie Radiologie, Unfallchirurgie und ähnliches geschaffen. Wesentlichstes Ergebnis ist aber, und das ist, glaube ich, sehr bemerkenswert, daß damit der drückende Fachärztemangel in der Steiermark in diesen Jahren entscheidend gemindert wurde. Zur Zeit haben sich Gebietskrankenkasse und Ärztekammer über die Neuschaffung von 40 Fachärztedienstposten geeinigt, die praktisch auch alle besetzt werden können. Der Stand an diplomiertem und sonstigem Pflegepersonal wurde in diesen Jahren um rund 1600 erhöht. Damit wurde der vielleicht wichtigsten Forderung nach mehr Menschlichkeit in der Medizin nach Lainz entscheidend Rechnung getragen, meine Damen und Herren. Insgesamt wurden in diesen Jahren mehr als 2000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im patientennahen Bereich zusätzlich und neu eingestellt. Durch diese Anstrengungen im Personal- und Baubereich, aber auch durch neue medizinische Konzepte und Anschaffungen in der Medizintechnik ergab sich in diesen Jahren im Bereich unserer steirischen Spitäler ein Qualitätssprung wie nie zuvor. Wenn Sie, meine Damen und Herren, diese Entwicklung beklagen sollten und mir daran die Schuld geben, dann sage ich Ihnen, daß ich diese Schuld gerne und freudig auf mich nehme. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Dieter, schau, was wir für dich tun!“) Es wäre besser, wenn der Herr Landesrat Hirschmann für die Spitäler mehr tun würde, vor allem wenn er mehr Zeit aufwenden würde. Wir haben in den letzten Tagen mit Mühe versucht, vier Verhandlungstermine zu finden. Landesrat Hirschmann hat akzeptiert, aber kurzfristig wieder abgesagt. Offenbar hat er anderes und wichtigeres zu tun. (Abg. Dr. Karisch: „Es geht nicht um die Qualität, sondern um die Belastung der Kinder und Enkel!“)

Ich frage nicht, was das ist. Es wäre besser, er würde sich um die Spitäler kümmern. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das ist vielleicht die Preferencerkoalition.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Beantwortung der dritten Frage kommen: (Abg. Schützenhöfer: „Den Vortrag habe ich schon ein paarmal gelesen!“) Ich hoffe, der Herr Präsident rechnet mir die Zeit ein, weil sonst sagen die Damen und Herren der ÖVP, sie haben wieder nichts erfahren von den Spitalern.

Ich komme zur Beantwortung der dritten Frage. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt etwas sagen, was für die ÖVP auch etwas Gutes ist: Fairerweise muß ich zugeben, und das ist die Beantwortung der Frage zwei der Sozialdemokratischen Fraktion, daß die Damen und Herren des Hohen Hauses und die Kollegen der Landesregierung diese Entwicklung seit acht Jahren gemeinsam beschlossen haben. Wir alle haben gemeinsam jeden Wirtschaftsplan beschlossen, jeden Dienstpostenplan, jedes Bauprogramm, jedes medizinische Konzept, jeden Zuschuß in der Landesregierung und jeden Zuschuß im Steiermärkischen Landtag beschlossen. Und da, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, haben Sie gemeinsam die Politik und den Weg der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mitbeschlossen, mitgetragen, die Schienen gelegt, die Weichen gestellt, auch für die Kosten und auch für die Folgekosten, die Sie heute so lautstark beklagen. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshaupt-

mann Dr. Krainer: „Die Generalversammlung genauso!“) Darf ich Sie mit allem Respekt, geschätzter Herr Landeshauptmann, daran erinnern, daß Sie vom 1. Jänner 1986 bis zum 1. Oktober 1992 Generalversammlung und höchstes Organ der KAGES waren und alle Beschlüsse der KAGES durch Ihre Unterschrift mitgetragen, mitbeschlossen und auch mitgewollt haben. Da wundere ich mich jetzt über die Diskrepanz, die ich sonstwo höre. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat das in Zweifel gestellt?“)

Sie haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in der ÖVP auch das von Ihnen nunmehr in der Budgetnacht am 5. November 1993 in Zweifel gestellte Projekt LKH 2000 mitgetragen und beschlossen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Bevor ich einen Herzinfarkt bekomme, darf ich hinausgehen!“)

Schützenhöfer, achten Sie auf Ihren Blutdruck. Sie haben jetzt schon einen roten Kopf. Sind Sie vorsichtig. (Abg. Schützenhöfer: „Sollte ich ins Spital kommen, von Ihnen lasse ich mich nicht behandeln!“) Lieber Kollege Schützenhöfer, deswegen müssen wir ja investieren. (Abg. Schützenhöfer: „Von Ihnen lasse ich mir nicht einmal den Blutdruck messen!“) Sie führen eine ungesunde Lebensweise, viel Streß, Sie könnten ein Risikopatient sein. Ich wünsche es Ihnen nicht. (Abg. Dr. Frizberg: „Glauben Sie, Ihre Lebensweise ist gesund?“)

Lassen Sie mich wieder auf das Projekt LKH 2000 zurückkommen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Sei vorsichtig!“) Kollege Hirschmann, seien Sie vorsichtig. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Bleiben wir beim Du-Wort. Auch heute!“) Wenn Sie am Personalsektor die längst überfällige Verwaltungsreform endlich in die Wege leiten, dann brauchen Sie sich um die Schwestern und die Fachärzte keine Sorgen mehr zu machen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Der arme Dörfinger muß auch immer klatschen. Er tut mir leid!“) Aber lassen Sie mich weiters sagen. Sie haben das Projekt LKH 2000 nach rund zweijähriger Vorarbeit durch Vorstand, Fakultät und Klinik, Wissenschaftsministerium am 6. Juli 1990 in der Landesregierung nicht nur einstimmig zur Kenntnis genommen, sondern anläßlich dieses Beschlusses auch den Grundsatzbeschuß für den Zubau der ersten Med. hinzugefügt und erweitert. Die Wahrheit ist also, daß Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und auch von der Freiheitlichen Partei, bis Ende 1993, und solle es zu einem Budgetprovisorium kommen, auch noch für einige Monate des Jahres 1994, die Mitverantwortung für jeden Schilling tragen, der ausgegeben wird oder auch nicht ausgegeben wird, zur ungeteilten Verantwortung. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gerade deswegen!“) Denn Sie haben seit acht Jahren die Schienen gelegt, die Weichen gestellt, und Sie verleugnen heute diese Beschlüsse und Ihre Mitverantwortung seit über acht Jahren. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Grade deswegen. Ja, ja!“ – Abg. Dr. Karisch: „Es geht um die Finanzierung. Sie verstehen es noch immer nicht!“)

Kollegin Karisch, Sie sind mir eine liebe Zeugin. Sie haben so oft lautstark den Schwesternmangel, den Fachärztemangel beklagt. Ich kann Ihnen nur dafür danken. Ob Sie allerdings heute im Einklang mit Ihrer Parteilinie stehen, da müssen Sie den Herrn Klub-

obmann fragen. Ansonsten danke ich Ihnen für die Aussagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie gestatten, möchte ich jetzt die Frage drei beantworten – künftige Entwicklung. Meine Damen und Herren! Das wird nicht ganz lustig sein. (Abg. Dr. Cortolezis: „Soweit Sie es absehen können!“) Länger als Sie. (Abg. Schützenhöfer: „Das wir Ihr Parteivorsitzender als Drohung empfunden haben. Denn länger als Sie heißt länger als er!“ – Abg. Dr. Karisch: „So tief ist eure Empfindungsschwelle!“) Es liegen alle Unterlagen auf dem Tisch.

Wenn der Herr Präsident gestattet, werde ich mit der Beantwortung der Fragen fortfahren. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wenn es sein muß!“) Es liegen seit langem alle Unterlagen auf dem Tisch. Auf dem Tisch liegt der Gesundheitsplan, ein Zehn-Jahres-Ziel, Zeit-, Aktions- und Finanzplan für den Vorsorgebereich, der Krankenanstaltenplan, das vernetzte stationäre Pflegebettenkonzept, die Abstimmung mit Ärztekammer und Gebietskrankenkasse und rund 20 Verhandlungsprotokolle über diese Materie. Ich sage am Rande: Es ist ein von mir sehr geschätzter Abgeordneter aus Ihren Reihen, der sehr konstruktiv mitgearbeitet hat, der mir gesagt hat, es tut ihm sehr leid, daß über Hunderte von Stunden von Ihnen wieder für die Katz gemacht worden sind. (Abg. Dr. Maitz: „Ohne deine Einsicht!“)

Fragen Sie ihn, wie er das gemeint hat. (Abg. Bacher: „Nehmen Sie das zurück!“) Nein, ich nehme es nicht zurück. Sie können ihn ja fragen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie waren nicht bereit!“) Lassen Sie mich jetzt aber die Chronik der Ereignisse sagen. (Abg. Dr. Maitz: „Kannst du nicht einmal etwas zusammenfassen?“) Mein Gott, Maitz, was soll ich zu Klubobmann Maitz sagen? Über seine Gespräche in den Parteienverhandlungen? Manchmal ist es in Nachhilfestunden ausgeartet. (Abg. Dr. Maitz: „Sag, daß du mir recht gibst!“) Wenn Sie dabei gewesen wären – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Diese Arrögananz heute paßt genau zu Ihnen!“ – Abg. Dr. Maitz: „Hochmut kommt vor dem Fall!“) Lautstärke ersetzt Argumente nicht, meine Herren. (Abg. Schützenhöfer: „Ihr Parteivorsitzender ist schon gegangen!“ – Abg. Dr. Frizberg: „Nein, er hat die Fronten gewechselt!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten Dr. Klauser.)

Meine Damen und Herren! Der Gesundheitsplan wurde unter Mitarbeit von rund 60 Experten des von mir ins Leben gerufenen Gesundheitsforums bereits am 30. November 1992 der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt. Nachdem dieser Gesundheitsplan dem Gesundheits-Ausschuß zugewiesen wurde, wurden Anfang 1993 hierüber Parteienverhandlungen beschlossen, welche auch unter Beiziehung von Experten am 23. März, 13. April, 12. Mai, 2. Juni und 22. Juni stattgefunden haben. Was den Krankenanstaltenplan betrifft, hat die Steiermärkische Landesregierung bereits am 28. Juni 1992 eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten unter Teilnahme aller im Landtag vertretenen Parteien eingesetzt. Diese Kommission hat zehn Sitzungen abgehalten und neben der Erarbeitung eines Landesleitbildes und eines KAGES-Leitbildes in einem rund 200 Seiten umfassenden Endbericht den Entwurf eines Krankenanstaltenplanes einstimmig ausgearbeitet, wobei lediglich der Vertreter der ÖVP nicht sachlich, aber politisch den Vorbehalt angemel-

det hat, daß seine Zustimmung noch von der politischen Willensbildung seines Klubs abhängig sei. Dieser Krankenanstaltenplan wurde von mir am 12. Juli 1993 der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt. Im Anschluß daran fand ein umfangreiches Begutachtungsverfahren statt, an dem 15 Institutionen teilgenommen haben. Die Stellungnahmen der großen Institutionen sind im wesentlichen positiv. Mit den Vertretern der Ärztekammer für Steiermark fanden hierüber außerdem am 23. September, 30. September und 6. Oktober Gespräche statt, deren Ergebnisse in den vorliegenden Entwurf eingearbeitet wurden. Der Gesundheits- und Krankenanstaltenplan in seiner Vorlage stellt nunmehr eine Vernetzung des Gesundheits- und Vorsorgebereiches, des Akutbereiches und des Pflegebereiches dar. Auf Grund einer überaus detaillierten Studie des Herrn Landesrates Tschernitz wird der Bedarf an stationären Pflegebetten auf Grund der laufenden Maßnahmen im Jahr 1996 zu 96 Prozent gedeckt sein. Das Bild wird abgerundet durch die im Aufbau begriffenen integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel und die Vereinbarung mit Gebietskrankenkasse und Ärztekammer mit dem Spitalsträger, bei künftigen wesentlichen Maßnahmen jeweils miteinander das Einvernehmen herzustellen.

Meine Damen und Herren! Der Krankenanstaltenplan ist eine Rahmenvorgabe mit einem Zeitraum auf zehn Jahre. Er orientiert sich an einem zeitgemäßen Personal-, Bau- und Leistungsstandard. Er soll im Rahmen dieser Vorgabe Entwicklungsteams Definitionen für die einzelnen Häuser, bezogen auf das Jahr 2004, ausarbeiten. Und weil Sie, meine Damen und Herren, in all diesen Gesprächen immer wieder gefordert haben, man möge heute schon den Aufgabenbereich jedes einzelnen Hauses für das Jahr 2004 definieren, sage ich Ihnen, daß eine solche Definition erstens arbeitstechnisch unseriös wäre, weil die rasante Entwicklung der Medizin es ganz einfach nicht zuläßt, heute schon bindend zu sagen, was in zehn Jahren in jedem einzelnen der 20 Spitäler medizinisch angeboten werden soll und kann, und zweitens eine solche starre Vorgabe auch die Manövrierfähigkeit des Vorstandes total binden würde.

Ich erspare mir in diesem Zusammenhang die Erinnerung an solche starre, zentralistische Planvorgaben, deren Untauglichkeit sich in den kommunistischen Systemen des Ostens nach 70 Jahren leidvoller Erfahrung erwiesen hat. (Abg. Schützenhöfer: „Haben Sie die Rede vom Gorbatschow?“) Schützenhöfer, Vorsicht. (Abg. Schützenhöfer: „Sie können sagen, bis zum Jahr 2004 schaue ich nicht vor. Ich will meinem Nachfolger nicht schaden!“)

Einen wesentlichen Teil des steirischen Krankenanstaltenplanes bildet das Projekt LKH 2000. Ich sage das ganz bewußt, weil Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, mit dem Papier, das Sie uns in den Abendstunden des 5. November, also nicht gerade zeitgerecht, vorgelegt haben, dieses Projekt LKH 2000 neuerlich in Frage stellen und gefährden. Das Projekt LKH 2000 ist seit dem Jahr 1987 durch das Institut für Funktionsanalyse Kopenhagen, welches schon 26 europäische Kliniken geprüft hat, von 1987 bis 1989 ausverhandelt und erarbeitet worden zwischen den Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung, der Medizinischen Fakultät Graz, dem Landeskran-

kenhaus und den Krankenanstaltenträgern. Es ist höchst gefährlich, diese bereits mit dem Bund geschlossene Vereinbarung neuerlich in Frage zu stellen und möglicherweise diesbezüglich wieder mit der Stunde Null anzufangen. Daß Sie dieses Projekt bereits in der Regierungssitzung vom 6. Juli 1990 zustimmend zur Kenntnis genommen haben, habe ich bereits gesagt. Es ist, meine Damen und Herren, schade, daß nach insgesamt mehreren Jahren an Planungen und über 20 Verhandlungen und Gesprächsrunden die Entwicklung dieser Dinge von Ihnen offenbar verschleppt wurde. (Abg. Dr. Karisch: „Nur, weil Sie keine ordentliche Finanzierung vorlegen. Es geht nicht um den Plan!“) Das ist die letzte Argumentationslinie Ihrer Partei, und da legen Sie mir einen schönen Ball auf, Frau Kollegin Karisch. Die erste Argumentationslinie, und das ist ja nicht nur intern gesagt worden, das stand ja dann auch in allen Zeitungen, war, es gibt überhaupt keinen Plan. Nachdem dann so gut wie alle Institutionen zugestimmt haben, einschließlich Ärztekammer und Gebietskrankenkasse, war die zweite Argumentationslinie, der Plan würde zu große Hoffnungen erwecken. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ist ein Brief an das Christkind. Plan ist das keiner!“) Und weil Sie auch bei dieser Argumentation Bauchweh bekommen haben gegenüber Ihren eigenen Politikern vor Ort in den Häusern, ist die dritte und letzte Argumentationslinie, der Strenitz soll das Geld beschaffen. Damit haben Sie mir, liebe Frau Kollegin, einen schönen Ball aufgelegt. (Abg. Dr. Karisch: „Ihr Landesfinanzreferent!“) Ich freue mich sehr. Ich sage gar nicht, daß das für alle anderen Kollegen auch gelten würde, Landeshauptmannstellvertreter Klasnic für alle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, Hirschmann für alle Personalmaßnahmen. Sie sind herzlich eingeladen, die Gelder dafür aufzutreiben. Aber so weit gehe ich gar nicht.

Aber lassen Sie mich jetzt etwas über die finanzielle Situation der steirischen Krankenhäuser sagen: Die steirischen Spitäler zählen nach allen offiziellen und letzten und allgemein einsehbarer Statistiken zu den kostengünstigsten Spitalern in ganz Österreich. Kosten je Belagstag der zweitniedrigste Platz für die Steiermark, Kosten je Pflage tag der zweitniedrigste Platz für die Steiermark. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weil wir für die Leistungen zu wenig bekommen!“) Er versteht es nicht. Koste was es uns kostet. Der Herr Architekt versteht nicht den Unterschied zwischen Kosten und Einnahmen. (Abg. Vollmann: „Er ist auch Architekt!“)

Kosten je systemisiertem Bett der drittniedrigste Platz in der Steiermark, Bettenauslastung der beste Platz und die wirtschaftlichste Führung unter allen österreichischen Bundesländern. Und jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich auch ein paar Worte zu dem Märchen sagen, die steirischen Spitäler seien der Ruin des Landesbudgets. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Der Ruin!“) Ich stelle einmal fest, und da würde ich Hirschmann bitten, ein bißchen aufzupassen, daß mit aller Deutlichkeit festgehalten werden soll (Abg. Dr. Lopatka: „Die Ruine der Ruinen!“), daß der Personalaufwand des Landes für die allgemeine Verwaltung, und Sie können das nachlesen im Sammelnachweis eins, vom Amtsboten bis zum Hofrat um einiges höher ist als der gesamte, das Land effektiv belastende

Zuschuß für die Spitäler. Voranschlag 1994 – Landeszuschuß für die Spitäler, laufender Betrieb, 2,6 Milliarden, Sammelnachweis für die allgemeine Verwaltung 3,7 Milliarden. Und mir ist, meine Damen und Herren, und vielleicht stimmt mir der eine oder andere von Ihnen auch diesbezüglich zu, diese Logik nicht ganz einsehbar.

Ich komme dann schon noch dazu. Sein Rezept ist halt schreien und unterbrechen. Mir ist aber, meine Damen und Herren, eines nicht einsehbar: (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Es gibt ein paar Hofräte und Senatsräte, die man einsparen kann!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Wozu hat der Finanzlandesrat Ressel ein Gutachten bei Suter/Suter in Auftrag gegeben?“) Lopatka, Sie haben mit dem steirischen Hilfswerk auch schon Parteipolitik gemacht, und nicht Gesundheitspolitik. Tun Sie so weiter. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Eine schwache Antwort auf meine Frage, wozu die 4 Millionen, wenn alles in Ordnung ist!“) Lieber Kollege Lopatka, wenn Sie schon fragen, wozu Suter/Suter, dann frage ich Frizberg und Maitz, wozu ein neuerliches Gutachten Suter/Suter. Das ist ja von Ihnen gefordert worden. Das wissen Sie nicht? Dann funktioniert die Information nicht. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wir sind der Meinung, daß er eine Kontrolle braucht!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Keine sachliche Antwort!“) Ich bin sehr froh, und das tut mir gut. (Abg. Dr. Maitz: „Kein Sachargument!“)

Klubobmann Maitz, nachdem wir Ihnen begreiflich gemacht haben, daß dieses weitere Gutachten sinnlos wäre, sind Sie in der nächsten Sitzung mit einem neuen Gutachten gekommen und haben ein ominöses Planungsinstitut für eine neuerliche Begutachtung vorgeschlagen. Sie müssen sich schon entscheiden, ob der Lopatka recht hat oder der Maitz recht hat. (Abg. Dr. Maitz: „Es ist wieder falsch, so wie du immer alles verdrehst!“ – Abg. Trampusch: „Kollege, beruhige dich. Denke, was du sagst!“) Meine Damen und Herren, ich sage noch eines, und vielleicht finden wir uns da in dem einen oder anderen Punkt: Mir ist eine Logik nicht einsehbar. Mir ist die Logik nicht einsehbar, daß der an sich schon höhere Personalaufwand mit 3,7 Milliarden für die allgemeine Verwaltung automatisch und ohne mit der Wimper zu zucken um 3,5 Prozent erhöht werden soll, während man eine solche Pflichtausgabe bei den Krankenschwestern und Ärzten nicht annimmt. Das verstehe ich nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir ist genauso nicht verständlich, daß in Ihren Vorschlägen für ein allfälliges Budgetprovisorium der Dienstpostenplan für die allgemeine Verwaltung, für die von mir sehr geschätzten Amtsboten, Straßenarbeiter und Hofräte beschlossen werden soll, nicht aber der Dienstpostenplan für die Ärzte und Krankenhausbenedeten. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil Sie immer so empört sind über die summierten Nachholinvestitionen der Krankenanstalten. 16 Milliarden, valorisiert und aufsummiert bis zum Jahre 2006. Wissen Sie, was der Sammelnachweis für die allgemeine Verwaltung, valorisiert ganz normal 2,5 Prozent plus 1,2 Prozent sagen mir die zuständigen Hofräte der Personalabteilung, was das kostet? 60 Milliarden. Man stelle gegenüber: Nachholinvestitionsbedarf Krankenanstalten 16 Milliarden, Personalaufwand 60 Milliarden. Dann komme mir einer und sage, die Spitäler sind schuld an der Budgetproblematik des Landes. Das

hieße doch die Welt auf den Kopf stellen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Wo bist du in die Schule gegangen? Weil da hätte der Nachhilfeunterricht auch nicht mehr geholfen!“) Diese Frage ist einfach zu beantworten. Es sind die Ziffern des dir unterstehenden Hofrates Dr. Greimel.

Ich erspare mir jetzt, das Spiel aufzuzeigen, das immer gespielt wird. Hier rufen Sie nach sparen, und draußen klingt es ganz anders. Da gibt es die lokalen Bürgerinitiativen, da gibt es die Anträge, da legen Sie mir 10.000 Unterschriften und Resolutionen auf den Tisch. Dann beschließen Sie es auch, und am Schluß muß ich sagen, gibt uns auch – und sogar – der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer die Ehre, bei den größeren Projekten selbst die Eröffnungsrede zu halten. Ich will nicht annehmen, daß da irgend jemand dieses Rezept im Köpfe hätte. Hier herinnen wollen wir mit Sparforderungen treiben, und draußen wollen wir mit Bauwünschen treiben. Das unterstelle ich Ihnen gar nicht. Aber ich sage jetzt etwas ganz Ernstes. (Abg. Dr. Cortolezis: „War das bisher nicht ernst?“) Ich würde Sie bitten, bei den Sparwünschen die Größenordnungen nicht zu übersehen. Wer einen Blick auf die Ausgabenstruktur der Steiermärkischen Krankenanstalten wirft, wird erkennen, daß den ständigen Sparforderungen sehr rasche und enge Grenzen gesetzt sind. Ich sage jetzt etwas Theoretisches, damit man mir das nicht falsch auslegt und es nicht in die falsche Kehle kommt. Sie können im Land Steiermark insgesamt zehn Spitäler sperren beziehungsweise in zwei Fällen die Landeszuschüsse streichen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die Horrorversion, die Sie verbreiten!“) Sie können mit dem Caterpillar drüberfahren, und wissen Sie, was Sie sich damit ersparen würden? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Den Strenitz!“) Das hättest gerne. Acht Prozent der gesamten KAGES-Ausgaben. (Abg. Dr. Karisch: „Es kommt darauf an, welche Spitäler es sind!“ – Landesrat Ing. Ressel: „Das Landeskrankenhaus in Graz ist teuer!“)

Geschätzte, liebe Frau Kollegin Karisch. Die Antwort kommt schon. Zu diesen theoretischen Spitälern gehören (Abg. Tasch: „Das ist nicht mehr anzuhören und zu verstehen!“ – Abg. Trampusch: „Für Sie nicht!“), und jetzt würde ich Sie bitten, mir endlich zuzuhören, sonst sagen Sie hinterher, Sie hätten nichts gewußt, so große Häuser wie Knittelfeld, Mürzschlag, Radkersburg, Bad Aussee sowie sechs kleinere, Mariazell, Eisenerz, Hörgas, Schwanberg sowie die Landeszuschüsse für Kapfenberg und Weiz. Da Sie aber das medizinische Angebot woanders aufrechterhalten müßten und dazu auch Investitionen notwendig wären, würde sich der Erfolg einer solch theoretischen irrsinnigen und vernichtenden Sperrmaßnahme praktisch auf Null reduzieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieviel ersparen wir uns, wenn wir noch ein paar aufsperrn?“) Will der Herr Architekt noch Spitäler bauen? Das muß er dann noch sagen. Unsere Spitäler, die gebaut werden, sollen ja 100 Jahre halten. (Abg. Vollmann: „Bitte nicht! Er bringt schon so kein ordentliches Haus zusammen!“)

Der Preis dafür wäre eine gravierende Verschlechterung der regionsnahen medizinischen Versorgung, der Verlust von Arbeitsplätzen, der Verlust von Wirtschaftsimpulsen. Diesen Weg werden wir Sozialdemokraten mit Sicherheit nicht gehen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Schulden machen, Schulden machen!“

– Abg. Karisch: „Der Bünd zahlt nichts dazu?“) Frau Karisch, Sie bekommen auch die Antwort, warten Sie ein bißchen. Die ständig wiederkehrende Sparformel relativiert sich auch angesichts der Tatsache, daß über 70 Prozent unserer Kosten Personalkosten sind. Der Spitalsbetrieb ist eben ein Dienstleistungsbetrieb von Menschen an Menschen. Wollten Sie wirklich nennenswert weniger Ausgaben haben – ich sage noch einmal, zehn Spitäler mit dem Caterpillar sind minus 0,0 Prozent (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So ein Blödsinn!“), dann müßten Sie sich an das Personal halten. Wenn aber von Ihnen jemand der Meinung sein sollte, daß wir irgendwo zu viele Schwestern oder Ärzte haben, dann bitte ich Sie, mir das schlicht und einfach zu sagen. Trotzdem muß ich Sie jetzt mit der Entwicklung des gestrigen Abends konfrontieren.

Auf Grund der gegebenen Budgetsituation ist der Vorstand der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft gestern nachmittag bis heute in die frühen Morgenstunden gesessen und hat auf Grund der Budgetentwicklung die Konsequenzen aufgezeigt. Ich habe mir erlaubt, das ein bißchen plastisch mit der blauschwarzen Bremsspur zu bezeichnen. Darf ich Ihnen nun den vom Vorstand vorgeschlagenen Inhalt zur Kenntnis bringen:

Personalaufwand minus 170 Millionen. Eine Detaillierung wird in den nächsten Tagen folgen. Arzneien, Medizinen, Infusionen minus 20 Millionen. Instandhaltungsmaßnahmen, laufender Betrieb minus 30 Millionen. Investitionen aus Eigenmitteln minus 280 Millionen.

Ich sage schon, daß damit mindestens das Dreifache an Bundes- und KRAZAF-Mitteln lukriert werden könnte. Jetzt bitte ich die Damen und Herren in Graz und in den einzelnen Häusern zuzuhören. Das bedeutet in Graz:

Zentralröntgeninstitut minus 4,7 Millionen. Frauenklinik minus 20 Millionen. OP-Chirurgie minus 30 Millionen. Versorgungssystem minus 46 Millionen. Operationssaal Augenklinik minus 40 Millionen. Weiterbau der Kinderklinik minus 36 Millionen. Zentrale Aufnahme minus 10 Millionen. Lungen minus 25 Millionen. HNO minus 10 Millionen.

Der Entwurf und Vorschlag des Vorstandes auf Grund der blauschwarzen Bremsspur. Nun, meine Damen und Herren, in den Häusern in der Steiermark: (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer hat gebremst?“) Ich erkläre es dann. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer hat gebremst? Es wäre wichtig, wenn Sie es gleich sagen!“) Dann sage ich es gleich. Die Bremsung liegt darin, daß Sie uns in den Budgetverhandlungen nicht anerkannt haben, die Garantie für die Abfertigungsrückstellung in Höhe von 230 Millionen. Das ist ein Betrag, der dem Eigentümer Land keinen Schilling kostet, aber in der KAGES 230 Millionen auf der hohen Kante bindet. Sie haben uns nicht zugestanden die Kreditermächtigung für einen ausgegliederten Betrieb in Höhe von 300 Millionen. Das bedeutet aber in der Struktur der Investitionsmaßnahmen, 500 Millionen nicht zu haben, in der Summe 1,4 Milliarden nicht flüssigstellen zu können. Ich sage noch einmal, daß diese 230 und 300 Millionen das Land keinen Schilling gekostet hätten, weil auch die Bedienung des Kredites in Zinsen und Tilgung von der KAGES in ihre Finanzpläne der kommenden Jahre mitübernommen worden wäre.

Aber jetzt zu dem, was in den Häusern draußen gebremst wird: Leoben - Operationssaal und Intensivstation minus 20 Millionen, Bad Baussee - Bäder, Sanitäreinrichtungen für Patienten minus 3 Millionen, Feldbach - Radiologisches Institut minus 24 Millionen, Judenburg - Gynäkologie, Frau Abgeordnete Grabensberger, die Küche, Sonderklasse dieser Stationen minus 16 Millionen, Wagna - Stationsanierung minus 5 Millionen, Hörgas minus 8 Millionen, LNKH - E-Gebäude minus 10 Millionen, Stolzalpe - OP-Zentrum, Kollege Bacher, es tut mir sehr leid, Sie haben sich immer sehr konstruktiv für die Stolzalpe eingesetzt (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Weilharter!“), aber auch bei Ihnen minus 26 Millionen, Schwanberg 3 Millionen, medizinisches EDV-System minus 10 Millionen, Personalwohnhaus in Graz und Leoben minus 10 Millionen, Kriseninterventionszentrum für extramurale Psychiatrie 12 Millionen und Wirtschaftsinvestitionen in allen Krankenhäusern minus 8 Millionen. Meine Damen und Herren, es ist überaus bedauerlich, daß auf Grund der blauschwarzen Bremsspur, die an sich in diesem Fall nicht notwendig gewesen wäre, weil es ja dem Land keinen Schilling gekostet hätte, derartige Projekte praktisch in allen Häusern unserer Steiermark zum Stillstand gekommen sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt aber auch zu dem etwas sagen, was Sie in der letzten Zeit immer mehr in den Vordergrund gespielt haben, nämlich der Vorwurf an den Krankenanstaltenreferenten, er würde nicht genügend Einnahmen lukrieren. Hören Sie bitte, weil es sich um gesetzliche Grundlagen handelt: Die Einnahmen der KAGES sind zum allergrößten Teil weder vom Land Steiermark allein und noch viel weniger von der KAGES allein irgendwie beeinflussbar. Rund 80 Prozent der Einnahmen sind durch Bundesgesetze, wie das Krankenanstaltengesetz, im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag gemäß Artikel 15 a über den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds verbindlich festgelegt. Damit sind aber auch die von den Krankenversicherungen, die in den KRAZAF miteingebunden waren, zu leistenden Pflegegebührensätze gesetzlich fixiert. Auch die Höhe der jährlichen Steigerungsraten ist gesetzlich fixiert, und das allein betrifft rund 80 Prozent der Einnahmenpalette überhaupt. Die Geltungsdauer dieser KRAZAF-Vereinbarung läuft bekanntlich von 1988 über die Verlängerung 1991 bis Ende 1994. Und ich bemerke nur en passant, daß nicht ich diesen Staatsvertrag zwischen dem Bund und den Ländern unterschrieben habe, sondern mit allem Respekt der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer. Ich muß allerdings zu seiner Entschuldigung anführen, gerechterweise, daß ein eigenmächtiges Vorgehen der Steiermark in diesen Angelegenheiten ohnedies nicht möglich wäre, weil ein Bundesland einseitig eine nach 15 a B-VG abgeschlossene Vereinbarung mit dem Bund während der Geltungsdauer nicht kündigen kann. In Frage käme ausschließlich im Zuge der Verlängerungsgespräche ab 1995, den steirischen Standpunkt vehement zu vertreten. Und ich würde es als sehr erfreulich empfinden, wenn die Landeshauptleutekonferenz als wichtiges und bedeutendes Organ diesbezügliche Vorgespräche mit dem Bund und der Bundesregierung führen würde und den Bund gegenüber den Ländern an seine Verantwortung erinnert. Ich sage aber auch dazu, weil Sie mir da Untätigkeit vorwerfen.

(Abg. Dr. Lopatka: „Tatsachenfeststellung!“ - Abg. Dr. Frizberg: „Wann haben Sie verhandelt?“)

Es hat die Krankenanstaltengesellschaft mit mir und gemeinsam in meinem Einvernehmen und auch in Fachzeitschriften publiziert ein Konzept der Krankenanstaltenfinanzierung vorgelegt, um dieses zu Lasten der Länder gehende System, das auch volkswirtschaftlich unsinnig ist, zu ändern. Ich kann auch diese Überlegungen, die auch in der österreichischen Krankenanstaltenzeitung veröffentlicht wurden, gerne zur Kenntnis nehmen. (Abg. Dr. Maitz: „Wir hätten gerne gewußt, wann sich der ressortzuständige Landesrat für die Spitäler der Steiermark in die Gespräche eingeschaltet hat!“) Jetzt habe ich gerade gesagt, daß das auf Bundesebene die Regierung macht. Er versteht es nicht. (Abg. Trampusch: „Laßt euch aufklären, was der KRAZAF ist und worüber er verhandelt!“ - Abg. Dr. Maitz: „Der Zuständige hat nichts getan!“) Kollege Maitz, hören Sie zu.

Jetzt komme ich zu den 20 Prozent der Einnahmenpalette, die möglicherweise verhandelbar sind. Und da muß ich Ihnen auch ein bißchen was erklären, Sie sind nicht böse, wenn ich das so sage:

Erstens klinischer Mehraufwand. Beim klinischen Mehraufwand wurden in den letzten Jahren mit dem Bund im Jahr rund zehn Verhandlungen geführt, wobei nachstehende und wesentliche Verbesserungen erzielt werden konnten, unter anderem bei der Beteiligung der Betriebskosten für die Pathologie, bei der Festschreibung der Bundesdienstposten auf 2146 klinische Betten, das bringt uns ja zusätzliche Bundeseinnahmen, bei der Strukturierung der Universitätskliniken, beim Nachziehen des Bundespersonals, bei der rückwirkenden Anerkennung der 50-zu-50-Kostenteilung im EDV-Bereich. Insgesamt haben diese Verhandlungen in den letzten Jahren die Bundeszahlungen gegenüber früher mindestens verdoppelt. (Abg. Dr. Karisch: „Wir sind noch immer schlechter als Innsbruck und Wien, also haben die besser verhandelt!“) Schön, wir sind aber gegenüber Innsbruck und Wien, wenn wir schon die Kliniken anführen, noch immer diejenigen, die am besten wirtschaften. Schauen Sie sich die Statistiken an. Diese werden Sie aber nicht kennen. Aber ich gebe Sie Ihnen gerne.

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem zweiten Teil, der verhandelbar ist und wo Sie wieder Versäumnisse vorwerfen. (Abg. Dr. Lopatka: „Nicht wir, sondern der Rechnungshof!“) Interessieren wird Sie die Causa Ambulanzgebühren, Rechnungshofbericht (Abg. Dr. Maitz: „Nicht dem Rechnungshof etwas unterstellen!“), seltsame Verquickung und zeitliche Übereinstimmung. Drei Regierungsbüros haben den Bericht bekommen, zwei sozialdemokratische, eines von der ÖVP. Sie können sich ausrechnen, erstens warum der Rechnungshof gerade in dieser Causa so schnell gearbeitet hat und zweitens wer es in die Zeitung gebracht hat. (Abg. Trampusch: „Nicht der Rechnungshof hat langsam gearbeitet, sondern die Verteilung des Rohberichtes war zu schnell!“)

Aber ich sage jetzt folgendes: Ich weise darauf hin, meine Damen und Herren, daß die Verhandlungen über die Ambulanz- und Sondergebühren, ob Ihnen das jetzt gefällt oder nicht gefällt, paßt oder nicht paßt, zum laufenden Betriebsaufwand gehören und damit in die Verantwortung des Vorstandes fallen. Der

Vorstand hat mir diesbezüglich eine Stellungnahme übermittelt, deren erste und wichtigste Aussage – (Abg. Dr. Maitz: „Man darf den Moser nicht alleinlassen, wenn es um das Spitalsbudget geht!“) das kommt schon noch und wird gar nicht lustig sein – (Abg. Dr. Maitz: „Wo ist die politische Unterstützung? Man darf den Moser nicht alleinlassen!“) Maitz, jetzt machst du einen Selbstfaller. Warte noch zwei Absätze, dann wirst du dich anschauen. (Abg. Dr. Maitz: „Er wird nicht kommen. Das kann ich dir garantieren!“)

Aber ich lese jetzt noch die Stellungnahme der Herren der KAGES vor. Die KAGES schreibt mir: Die KAGES hat die historisch nie kostendeckenden Ambulanzentnahmen seit 1986 nicht nur steigern, sondern auch das Deckungsverhältnis verbessern können. Das betriebswirtschaftliche Gesamtergebnis ist auf dem Ambulanzsektor insgesamt, das sollte man auch sagen, nur rund 4 Prozent der Gesamteinnahmen, umfaßt im Gegensatz zum Rechnungshof das Ergebnis, positiv. Und ich sage Ihnen jetzt noch etwas aus meiner Sicht dazu (Abg. Dr. Maitz: „10 Prozent macht es aus, nicht 4 Prozent!“): Ich würde bitten, sich das mit den Herren des Vorstandes auszumachen. (Abg. Dr. Maitz: „Ist der Wirtschaftsbericht!“)

Da wird es Herren Ihrer Fraktion geben, die hier andere Papiere hinausgeben. Aber ich sage dazu, daß hier selbst ein optimales und überproportionales Verhandlungsergebnis in dieser Causa eine Verschiebung im Bereich dieser disponiblen Einnahmen vielleicht um ein viertel oder um ein halbes Prozent ergeben hätte. (Abg. Dr. Maitz: „40 Millionen!“) Ich nenne die Größenordnung. Aber Sie sollten auch Ihre Aufregung relativieren. Jetzt komme ich zum Eigentor beziehungsweise zum Selbstfaller des Herrn Klubobmannes Maitz. (Abg. Dr. Maitz: „Sehr neugierig!“) Wir haben gehört, daß die Kompetenz zur Verhandlungsführung heute eine Kompetenz des Vorstandes ist. Vielleicht weiß das der Abgeordnete und Klubobmann Maitz nicht, daß diese Kompetenz der zuständige Landesrat bei den Gesprächen zur Neustrukturierung der KAGES im Sommer 1992 für sich beansprucht hat. Beweis: Vorlage des ersten von mir vorgelegten Regierungsbeschlusses. Sie haben mir im Zuge der Gespräche diese Kompetenz nicht zugebilligt. Beweis: Ihre Verhandlungspapiere, die ich gerne Ihnen und der Presse vorlege. Das Ergebnis war, daß der Kompetenzregierungsbeschuß vom 17. Juli 1992, der die Neustrukturierung der KAGES regelt, mir diese Kompetenz über Ihren Wunsch gestrichen hat. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ärgert euch!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Entpolitisierung!“)

Eines dürfen Sie nicht machen: Nachdem Sie mir diese Kompetenz entzogen haben, mir vorwerfen, daß ich sie jetzt nicht wahrnehme. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist die berühmte Entpolitisierung!“ – Abg. Trampusch: „Das war Nachhilfeunterricht, Beihilfe zur Aufklärung!“) Das ist eine eigene Situation.

Jetzt erzähle ich Ihnen noch etwas aus diesem Bereich der 20 Prozent disponiblen Einnahmen. Das wird jetzt wieder den Kollegen Hirschmann interessieren. Es handelt sich um folgende Causa – bitte passen

Sie auf: Im März 1993 haben Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion Gennaro, Dörflinger und andere den Antrag eingebracht, die Sondergebühren im Land Steiermark neu zu regeln. Es gab das gewisse ideenmäßige Vorgeben, Glättung der Einkommensspitzen. Da gibt es ja Sondergebühren pro Monat über die 200.000-Grenze. Die Beseitigung der ungleichen Verteilung zwischen den Häusern innerhalb von Graz, aber auch zwischen Häusern außerhalb von Graz. Wir wollten die Einführung eines Leistungsprinzips, und wir wollten auch überlegen, nichtmedizinisches Personal bis zu einem gewissen Grad daran zu beteiligen. Nun kommt es: Nachdem der Vorstand nachweislich von mir schriftlich – ich lege all diese Briefe gerne auf den Tisch – aufgefordert wurde und ich urgier habe, entsprechende Modelle vorzulegen, und der Vorstand solche Modelle auch nach sechs Monaten nicht vorgelegt hat, bin ich Anfang September in die Landesregierung mit einem Sitzungsantrag gegangen und habe die Kollegen von ÖVP und FPÖ eingeladen, die Herren des Vorstandes mit einer Weisung schriftlich an ihre Pflicht, Modelle vorzulegen, zu erinnern. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das muß er!“) Das Ergebnis war, daß ÖVP und FPÖ diesem Antrag nicht zugestimmt haben und daß ich wenige Tage später vom Herrn Parteiobmann Hirschmann den Brief bekommen habe, daß die ÖVP nicht daran denkt, in einer Verbesserung der Situation der Sondergebühren eine Weisung zu erlassen. Das ist die Wahrheit und Realität. (Abg. Vollmann: „Jetzt seid ihr aufgedeckt!“ – Abg. Dr. Frizberg: „Das ist eine ungeheuerliche Verwechslung!“ – Abg. Dr. Maitz: „Äpfel mit Birnen!“ – Abg. Vollmann: „Das ist ein Skandal!“ – Abg. Trampusch: „Bei 200.000 im Monat kann man Äpfel mit Birnen nicht mehr verwechseln!“)

Ich komme jetzt, was die Einnahmen betrifft, zu einem weiteren Punkt. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist alter Klassenkampf!“) Es ist natürlich ungeheuer interessant, daß ein gar nicht unbedeutender Mann, wie der Klubobmann der ÖVP, das Glätten dieser Spitzen als Klassenkampfstrategie bezeichnet. Die Menschen draußen in der Steiermark werden sich das merken, Herr Klubobmann. Denn Sie sprechen ja für die ÖVP. (Unzählige unverständliche Zwischenrufe von ÖVP, SPÖ und FPÖ. – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten Dr. Klauser.)

Jetzt sage ich noch einmal etwas zum Vertrag Bund/Länder – Vranitzky/Schachner war der erste Kontakt. In weiterer Folge kamen Busek und auch der Herr Landeshauptmann dazu. Die Situation ist folgende: Der große Erfolg dieses Gespräches und dieser Vereinbarung war, daß der Bund nunmehr für das Projekt LKH 2000, das Sie allerdings dem Grunde nach in Frage stellen und bei Adam und Eva wieder aufholen wollen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist falsch!“) Das steht ja in Ihrem Parteipapier drinnen vom 5. November. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist wieder falsch!“) Das werden wir ja der Presse mit Vergnügen mitteilen, daß Sie das wollen. (Abg. Schützenhöfer: „Darf ich eine Frage stellen?“) Aber zurück zum Vertrag. Der große Erfolg ist, daß dieser Vertrag Vranitzky/Schachner in der Summe 9,1 Milliarden Schilling grundsätzlich in die Steiermark gebracht hat. (Abg. Schützenhöfer: „Eine kurze Frage!“) Lassen Sie mich ausreden. (Abg. Trampusch: „Sei nicht so hart, Herr Landesrat. Die ÖVP hat in der

Dringlichen einige Fragen vergessen!" – Abg. Schützenhöfer: „Sind Sie Spitals- und Gesundheitslandesrat, ja oder nein?“) Mit Freude. (Abg. Vollmann: „Seit 1987!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ich danke für die Klarstellung, Sie sind es. Es ist mir bis jetzt nicht möglich gewesen, das herauszubekommen!“)

Sie wurden vom Bund außer Streit gestellt, nicht aber von der ÖVP. Der große Erfolg war, daß der Bund sich bereiterklärt hat, die Hälfte, nämlich 4,6 Milliarden, zu tragen. Das ist vom Bund außer Streit gestellt, nicht aber von der steirischen ÖVP. Der große Erfolg ist, daß mit dieser Änderung des Prozentsatzes von 40 auf 50 Prozent die Steiermark in der Summe 913 Millionen zusätzlich gegenüber dem alten System erhält. Gefährden Sie diesen Vertrag nicht, indem Sie ihn von vorne aufrollen und neu diskutieren wollen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Horrorzenario!“)

Nun, meine Damen und Herren, Frage sechs, politische Entwicklung, was wollen Sie mit der KAGES? Der Weg der Krankenanstaltenpolitik hat bisher auf Ihrer Seite fünf merkwürdige Stationen umfaßt. Jetzt zähle ich es einmal auf: Ausgliedern – Einmischungsvorwurf – Entpolitisieren – Repolitisieren – Wiedereingliedern. Was wollen Sie wirklich außer einem Wirbel? (Beifall bei der SPÖ.)

1986 war die treibende Kraft zur Ausgliederung die ÖVP. Gründervater, Vordenker Bernd Schilcher, der damals noch seine große Zeit gehabt hat. (Abg. Schützenhöfer: „Das wissen Sie nicht, was eine große Zeit ist!“) 1986 bis 1992: Der ständige Vorwurf Ihrerseits, der Spitalsreferent würde sich zu sehr in die KAGES-Angelegenheiten einmischen. Jene Damen und Herren, die in diesen Jahren hier waren, können sich an die Schreiszene erinnern, wo Sie geschrien haben, ich würde mich einmischen und solle endlich die KAGES in Ruhe arbeiten lassen. Dann kommt 1992 die große Entpolitisierung. Die war so: unpolitischer Aufsichtsrat, hochkarätige Fachleute. Die ÖVP hat hochkarätige Herren in dieses Gremium entsandt. Sie stellt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Sie hat den KAGES-Vordenker Bernd Schilcher in den entpolitisierten Aufsichtsrat entsandt, und sie hat auch den großen Fachmann und Dekan der medizinischen Fakultät Prof. Kenner in diesen Ausschuß entsandt. (Abg. Schützenhöfer: „Und auf all das antworten Sie mit Moser!“)

1992 hat sich dann plötzlich das Blatt gewendet. Nun höre ich den Vorwurf, der Krankenanstaltenreferent würde seine Kompetenzen zu wenig wahrnehmen. Und den Schlußpunkt setzen Sie am Abend des 5. November mit ihrem Positionspapier, das wir im Anschluß auch gerne der Presse mitteilen, in dem Sie die Rückführung des Personals in den Landesdienst vorschlagen. Ich sage dazu, daß ja auch bekannt ist, daß diesbezügliche Gespräche mit dem Landesrat Dr. Hirschmann geführt wurden. (Abg. Dr. Cortolezis: „Wenn Sie so weiterreden, erleben wir das Neujahrsbaby. In sechs Wochen ist es wieder soweit!“)

Sie waren auch schon besser, Herr Kollege. Gesundheit erlernt man nicht davon, daß man einmal einen Schnupfen hat oder daß man sich den Fuß bricht und ins Spital muß. Sie sind ja gut behandelt worden. Aber wissen Sie, was mir Ärzte sagen? Wenn ein Politiker ins Spital kommt (Abg. Dr. Maitz: „Wir heißen nicht Strenitz!“), dann kann es gar nicht schnell genug

gehen, und es kann nicht fein genug sein. Es werden Telefone und Leitungen gelegt. (Abg. Purr: „Ist das so?“) Ja, das ist so. (Abg. Dr. Maitz: „Polemik!“)

Purr, ich nenne aus dem Respekt vor dem Amt nicht den Namen, um den es sich gehandelt hat. Aber da hat man allgemeine Aufenthaltsräume gesperrt und Büros eingerichtet, und hinterher reden wir vom Sparen. Das ist auch eine Demonstration von Spargesinnung. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Polemik!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten Dr. Klausner.)

Meine Damen und Herren! Es ist also bekannt, und das ist schon eine ernste Frage (Abg. Dr. Maitz: „Das sind Bosheiten. Wir bitten um Antworten ohne Polemik!“), daß es Gespräche mit dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann gibt über eine Rückführung des Personals in den Landesdienst. Ich sage dazu, das wissen Sie wahrscheinlich auch nicht, in der Geschäftsordnung der Landesregierung ist noch immer verankert, daß der Herr Landesrat Dr. Hirschmann das Weisungsrecht bezüglich der Landesbediensteten hat, nicht ich. (Abg. Dr. Cortolezis: „Manchmal kommt mir vor, Sie sind fehl am Platz!“) Und die Personalverhandlungen in Sachen Ärzte und Schwestern habe nicht ich geführt. Die hat der sehr geschätzte Landeshauptmannstellvertreter Hasiba mit den Hofräten Greimel und, und geführt. Das waren dann die Ergebnisse – pro Arzt, pro Jahr 70.000 Schilling mehr. Die KAGES konnte ja nur nachziehen. Aber mir wirft man vor, ich würde nicht sparen – auch ein nettes Beispiel. Lesen Sie die Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung. Sie sind nicht in der Landesregierung und können sie auch nicht kennen.

Aber ich sage ihnen eines (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das Budget ist über Nacht hereingebrochen. Ein Weltwunder ist passiert – wir haben ein Budget!“): Sollte es Ihnen, meine Damen und Herren, mit dieser Idee wirklich ernst sein, dann müssen diejenigen, die diese Idee verfolgen, wissen, was sie damit anzünden und welche Diskussion damit ausgelöst wird. Aber einen guten Rat gebe ich Ihnen noch diesbezüglich: Ich würde Ihnen gerne empfehlen, sich in dieser Frage einmal mit dem Zentralbetriebsratsobmann Fischer-Felgitsch ins Einvernehmen zu setzen, der ja bekanntlich Ihrer Partei angehört. (Abg. Dr. Maitz: „Das stört euch auch!“)

Er ist ein sehr konstruktiver Mann. (Abg. Tramusch: „Uns stört nicht, daß er der ÖVP angehört!“)

Ich begrüße bei dieser Gelegenheit sehr herzlich und mit Freude den Zentralbetriebsratsobmann Fischer-Felgitsch. Er wird es Ihnen selber sagen, was er von diesem Ihrem Vorschlag hält. Es werden Ihnen die Haare zu Berge stehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Irrfahrten und Purzelbäume ist die Frage berechtigt, was ÖVP und nunmehr auch FPÖ mit den Steiermärkischen Krankenanstalten tatsächlich vorhaben. Ich komme zum Schluß und möchte Ihnen die Position der Sozialdemokratischen Partei dieses Landes sagen: Wir bekennen uns zu einer zeitgemäßen Gesundheits- und Sozialpolitik. (Abg. Dr. Maitz: „Wir auch!“)

Wir wollen keinen Luxus. Wir wollen keine goldenen Nachttöpfe, und wir wollen keine überdimensionierten Spitalspaläste. Aber wir wissen um die Notwendigkeit, daß wir noch immer Bettensäle mit 12, 18

oder 26 Betten haben, und daß es Bereiche gibt, wo sich 60 Patienten ein WC teilen müssen. Gehen Sie hinaus und schauen Sie sich das mit eigenen Augen an. (Beifall bei der SPÖ.) Es geht uns um eine zeitgemäße medizinische Versorgung (Abg. Dr. Maitz: „Wer will das nicht?“) aller Steirerinnen und Steirer in unseren 20 steirischen Landeskrankenhäusern, weil die Steirer einen Anspruch darauf haben. (Abg. Dr. Maitz: „Bravo. Das haben wir schon gesagt – immer wieder!“) Es geht uns auch um die Kliniken, um ihre Aufgaben in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Spitzenmedizin. (Abg. Dr. Maitz: „Selbstverständlich!“) Es geht uns um die Ausschöpfung und Wahrung der in Aussicht genommenen Bundeszuschüsse, weil die Steirer darauf einen Anspruch haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, es geht uns um die Schaffung einer zeitgemäßen Bauqualität gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Und hier wird auch aus berufenem Munde noch eines zu sagen sein: Es geht uns um die notwendigen Investitionen und um die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, weil die Steirer darauf einen Anspruch haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, es geht uns um die Verhinderung einer Demontage des Gesundheits- und Sozialbereiches, und es geht uns um die Verhinderung einer Zweiklassenmedizin, die darin besteht, daß man die allgemeinen Spitäler krankspart und die Reichen, die es sich leisten können, die können in ein Sanatorium gehen. Das ist nicht unsere Meinung, weil die Steirer darauf einen Anspruch haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Diese allgemeinen Grundsätze gelten für alle!“)

Meine Damen und Herren, es geht uns auch, und ich sage das nicht zum ersten Mal, um die Beendigung der ständigen Verunsicherung der Steirerinnen und Steirer, der Patienten, und der Verunsicherung der über 12.000 Mitarbeiter in unseren Krankenanstalten. Wir warten jetzt gespannt auf Ihre Einsparungsvorschläge. (Abg. Dr. Cortolezis: „Den Strenitz als ersten!“) Die steirischen Sozialdemokraten mit ihrem Landtagsklub und mit dem Parteiohmann, Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, bekennen sich zu einer zeitgemäßen Gesundheits- und Sozialpolitik in diesem Land. Und ich sage Ihnen noch eines: Es ist gut, daß die Steirerinnen und Steirer heute wissen, wo der Unterschied liegt, nämlich zwischen konservativem Rückschritt oder sozialdemokratischem Fortschritt. (Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit bei der ÖVP.)

Wir wissen, meine Damen und Herren, und das sollte Sie nachdenklicher stimmen (Abg. Dr. Maitz: „Die Parteitagrede war sehr gut!“), daß Sie in dieser Frage zurückbleiben werden, weil wir wissen, daß die Menschen in dieser Frage mit uns sind. (Beifall bei der SPÖ. – 13.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu den dringlichen Anfragen der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Frizberg** (13.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß einmal dem Herrn Landesrat Strenitz am Beginn gleich gratulieren. (Beifall bei der SPÖ.) Sein Mut, mit dem er hier losgespracht ist, sein Mut, mit dem er auch Sie in Geiselhaft genommen hat, Herr Abgeordneter Flecker, war sehr hoch. Manchmal hatte man den Eindruck, er sei hochmütig, aber es macht ja nichts. Insbesondere am Schluß das Zitat: Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, wir, die SPÖ, stehen dazu. Sie haben ja applaudieren müssen. Es ist Ihnen ja gar nichts anderes übriggeblieben. (Abg. Trampusch: „Bei uns ist kein Klubzwang!“) Sie machen es sich ein bißchen zu einfach.

Die Linie war von Anfang an klar erkennbar. Rechtfertigungslinie. Sparen ist gleich Sozialabbau. Sozialabbau ist gleich ÖVP. Eine Linie, die wir eigentlich seit Jahrzehnten als überaltet betrachtet haben (Abg. Dr. Flecker: „Leider nicht!“), wo man eigentlich geglaubt hat, da ist die SPÖ nicht steckengeblieben in dieser Katze, die sie aus dem Sack lassen will. Die grundsätzliche Frage, in der wir uns hier unterscheiden, können wir aber ohne weiteres und gleich am Beginn der Debatte vollkommen außer Streit stellen. (Abg. Schrittwieser: „Du hast dich so oft getäuscht!“)

Die Sozialdemokraten stehen für Schuldenpolitik, Schulden machen und Verschwendung. Für Verschwendung insbesondere dort, wo sie dann selbst beim Babyküssen und Eröffnen die „Big Spender“ darstellen. Dort ist ihnen kein Geld der kleinen Leute zu teuer. Dort kann nicht genug ausgegeben werden, wo Sie selbst den „Big Spender“ abgeben. Die Frage ist aber nur, zu wessen Lasten gehen denn diese Forderungen? Zu wessen Lasten geht denn diese Hingabe von Geld in Einzelbereiche, in Einzelsektoren, und letztendlich haben wir die bittere Erfahrung machen müssen, ganz egal, ob es in der verstaatlichten Politik ist, ganz egal, ob es andere Bereiche sind, ob es zum Beispiel die Bürokratie im Sozialwesen ist, letztendlich geht die Schuldenpolitik zu Lasten des kleinen Mannes. Da spielt die Österreichische Volkspartei mit Sicherheit nicht mit. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn Sie weiterhin die Politik betreiben wollen, die Zukunft zu belasten, unsere Kinder zu belasten mit Ausgaben, die sich heute nicht in diesem Maße für einzelne Sektoren rechnen. Wenn Sie unbedingt für einzelne das I-Tüpfelchen geben wollen, wo auf der anderen Seite in einer Veränderung eben, wo wir wirklich nicht mehr wissen, wie wir für das Geld für kleine Leute aufkommen sollen, neue Armut entstanden ist und dergleichen mehr, da frage ich wirklich, wer hier Sozialabbau betreibt. Derjenige, der dem einen noch das I-Tüpfelchen dazugeben will, oder ist nicht der der Bessere im Bereich des Sozialen, der sagt, konzentrieren wir uns darauf, das Fundament zu sichern? Konzentrieren wir uns darauf, allen das, was möglich ist, zu gewähren, und nicht für einzelne Bereiche das Geld aller anderen aufzubrechen. Sie kommen mir vor wie jemand, auf den ein Hurrikan zukommt oder eine nahende Flut. SPÖ reagiert darauf zu sagen, ist noch nicht da, interessiert mich nicht, kann vielleicht kom-

en, aber interessiert mich nicht. Ist es nicht gescheiter, rechtzeitig Vorsorge zu treffen? Ist es nicht gescheiter, sich vorzubereiten und so zu überstehen, daß man nachher verstärkt wieder an einen Ausbau in Leistungen denken kann? Sie können es sich selbst überlegen. Die Frage, ob wir hier schwedischen Verhältnissen entgegengehen, stellt sich heute. Es gibt genug Bereiche, wo wir Sorge haben müssen, wie wir durchkommen. Wir sind nicht die, die darauf warten, daß man dann in Beschlüssen 20 Prozent der Sozialleistungen quer Beet, ganz egal, ob es die Reichen trifft oder die Armen, kürzen muß. Das ist nicht der Zeitpunkt, auf den wir warten wollen, sondern wir wollen rechtzeitig handeln. (Abg. Vollmann: „Dann setzt die Maßnahmen!“)

Wir haben selbstverständlich in der Vergangenheit die notwendigen Maßnahmen für die Spitäler mitgetragen, und wir haben sie gerne mitgetragen, insbesondere dort, wo es um Verbesserungen gegangen ist. Wir haben sie gerne mitgetragen, weil sie zu verantworten waren und weil absehbar war, was auf uns zukommt. Aber bitte schön, die Zeiten haben sich geändert. Wenn ich mir anschau, allein zwischen 1990 und 1993 hat sich der Abgang, den das Land Steiermark und damit der steirische Steuerzahler zu zahlen hatte, verdoppelt. Von 1,6 auf 3 Milliarden Schilling. Wenn ich mir anschau, welchen Verhältnissen wir im Budget entgegengehen, dann können wir auch nicht so tun, tun wir so weiter wie bisher, wird schon nichts passieren. Da komme ich schon auf einen gravierenden Vorwurf, den Sie hier erhoben haben, und ich weiß nicht, wie Sie den begründen. Sie haben hier den Baustopp in den Raum gestellt. Haben sich ja eigentlich dazu bekannt, daß es Ihnen durchaus gelegen gekommen ist, daß dieser Baustopp ausgesprochen wurde, um damit Ihre ganze Liste von möglichen negativen Auswirkungen des Budgetprovisoriums darzustellen. Ich weiß nicht, wovon der Herr Landesrat Strenitz gesprochen hat. Wenn ich mir nämlich die Wahrheit anschau, dann ist es so, daß das, was der Herr Landesrat Ressel im Budget vorgesehen hatte für die Spitäler, 2,938 Millionen, exakt das ist, was bei einem Budgetprovisorium für die Spitäler zur Wirkung kommt. Ein Budgetprovisorium verlängert genau das, was sie als Ansatz im Vorjahr hatten. (Landesrat Ing. Ressel: „Das stimmt nicht!“) Das heißt, daß der Ansatz, den der Herr Ressel angesetzt hat, exakt der gleiche Betrag ist, wie es der Herr Landesrat Strenitz im Vorjahr zur Verfügung hatte. (Landesrat Ing. Ressel: „Das stimmt nicht, Herr Kollege, weil wir im Budget 1993 zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt unterscheiden müssen. In meinem Voranschlag 1994 ist der von dir genannte Betrag ausschließlich im Außerordentlichen enthalten!“)

Das ist leider nicht korrekt. (Landesrat Ing. Ressel: „Das ist ein wesentlicher Unterschied!“) Weil in den Gesamtausgaben sind 2,938 vorgesehen, ein Teil im Außerordentlichen und ein Teil im Ordentlichen in der Vergangenheit, und jetzt haben Sie im Ordentlichen 2,938 vorgesehen. Erklären Sie mir bitte, womit Sie den Baustopp begründen. Erklären Sie mir bitte, weshalb ein Baustopp überhaupt im Jahr 1993 bei Ausgaben gerechtfertigt erscheint, die ja bekanntlich durch das Budget 1993 abgedeckt sein müssen, bloß weil heute das Budget für das Jahr 1994 noch nicht ab-

gedeckt ist. Das ist die SPÖ-Maskerade, das ist Panikmache, die Sie betreiben, um die Leute zu verunsichern. Richten Sie Ihre Frage der Verunsicherung an sich selbst, und nicht an die Österreichische Volkspartei. (Abg. Trampusch: „Die ÖVP sagt, sparen bei den Spitälern, und erzeugt Angst und gibt uns die Schuld!“)

Jetzt darf ich Ihnen, Herr Klubobmann, erst einmal eine Antwort geben. Sie sagen Verunsicherung. (Abg. Trampusch: „Sagen Sie konkret, wo Sie im Bereich der Spitäler sparen wollen. Wo bitte?“)

Im Jahr 1991 war es der Herr Landesrat Ressel und war es die SPÖ, die ein Budgetprovisorium wollte. Damals haben die Vorstände der Krankenanstalten sich dagegen gewehrt und haben gesagt, wir wissen dann nicht, wenn ein Provisorium kommt, wie wir finanzieren sollen. Dann hat der Herr Flecker einmal dazu gemeint, bei allem Verständnis für finanzielle Bedürfnisse sei es nicht deren Aufgabe (KAGES), über die Öffentlichkeit den Finanzreferenten wissen zu lassen, welche Budgeterwartungen man eigentlich habe. Der Herr Landesrat Strenitz hat damals angesichts der Frage, ob wir ein Budgetprovisorium haben werden, die Vorstände der Krankenanstalten zurechtgewiesen. Ich zitiere Herrn Landesrat Strenitz – damals hat ihm das Provisorium offensichtlich besser gefallen: „Es wird 1992 genug Geld geben. Die Manager sollen arbeiten statt verunsichern.“

Nicht nur für das Halten des Standards würden im Provisorium genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern auch für die Verbesserungen. Damals hat es anders geklungen. Wo bitte liegt jetzt die Verunsicherung durch die Volkspartei, wenn wir ein Budgetprovisorium machen? Damals war es Ihnen recht, damals haben Sie die Vorstände zurechtgewiesen. (Abg. Trampusch: „Damals hat die rechte Seite des Hauses gesagt, sie wird bei den Spitälern einsparen. Wie begründen Sie die Einsparungen?“) Wir werden Ihnen das schon begründen. Sie werden es noch rechtzeitig bekommen. Für mich ist es jedenfalls ein Skandal, daß auf diese Art und Weise Mißbrauch getrieben wird und Sozialdemokratische Mitarbeiter sich dafür hergeben, von Baustopp zu reden, daß auf diese Art die Mitarbeiter verunsichert werden, wo ich garantieren kann, daß kein einziger Mitarbeiter durch ein Budgetprovisorium eingespart wird, wo wir garantieren können, daß es unsere Politik sein wird – es wird die Politik der Österreichischen Volkspartei sein –, die Vorsorge trifft, daß wir auch in Zukunft von Leoben bis Judenburg, von Mürzzuschlag bis Radkersburg und auch den Ausbau in Hartberg und den auf der Stolzalpe garantieren können. Davon werden wir uns nicht abbringen lassen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Wo wollen Sie einsparen?“)

Ich komme jetzt auf die Verantwortung des Herrn Landesrates Strenitz zurück, wenn Sie mir das erlauben. Die mittelfristige Budgetvorschau hat uns ja einiges zum Nachdenken gegeben, und wenn ich mir anschau, daß in dieser vorsichtigen Prognose des Dr. Lehner, den Sie allseits anerkennen werden, die KAGES den entscheidenden Punkt einnimmt, in der Gefahr der explosionsartigen Inanspruchnahme des Landesbudgets, so muß ich dabei erinnern, daß selbst die pessimistische Annahme des Dr. Lehner immer noch eine Milliarde weniger annimmt, als sie hier von

der KAGES, als sie hier vom Landesrat Strenitz gefordert wird. Und wenn ich davon ausgehe, daß Dr. Lehner hier mit seiner mittelfristigen Budgetvorschau schon nicht recht hat, sondern daß bereits heute um eine Milliarde überstiegen wird, dann frage ich mich doch, ob wir da so zuschauen können, noch dazu, wo nicht einmal die Auswirkungen der Bundeskrankenanstaltengesetzesnovelle darin überhaupt berücksichtigt waren, die weitere 100 Millionen kostet. Da liegt schon eine Verantwortung eindeutig beim Spitalsreferenten. Der Herr Dr. Unzuständig ist nämlich Spitalsreferent schon seit ausreichend vielen Jahren, um zu wissen, wo wir hin tendieren. Der Herr Dr. Strenitz, dem ich das Dr. h. c. für besondere Verdienste um Unzuständigkeiten nach seiner Rede hier gerne verleihen würde, ist verantwortlich dafür, daß der Anteil des Landes am Abgang von 25 Prozent auf 30 Prozent gestiegen ist. Das sind jährlich 500 Millionen Schilling, die das Land Steiermark und der steirische Steuerzahler deswegen zahlen muß, weil es dem Herrn Landesrat nicht der Mühe wert war, entsprechende Verhandlungen zu führen, um auch die anderen Einnahmequellen entsprechend zur Verantwortung zu ziehen. (Abg. Trampusch: „Beim Verteilen von Prädikaten waren Sie ein nebuloser Sparefroh h. c.!“)

Gerade der letzte Bericht des Rechnungshofes, der in den Medien veröffentlicht wurde, hat wieder einmal gezeigt, wo 100 Millionen so mir nichts, dir nichts entschwinden, wo gesetzeswidrig vorgegangen wird und wo dem Herrn Landesrat Strenitz nichts anderes einfällt, nach Jahren der Verantwortung als Landesrat für den Spitalsbereich: „Da werden sich die Vorstände damit beschäftigen müssen.“ Das wird dem steirischen Steuerzahler sehr wenig helfen – diese Aussage, sondern wir fragen Sie, wie werden Sie die zuständigen Herren zur Verantwortung ziehen, und was haben Sie getan, um das zu verhindern? (Landesrat Dr. Strenitz: „Mit einer Weisung, die Sie nicht unterschreiben!“) Um Ihre Verantwortung geht es in der Politik. Und so zieht sich das auch weiter. Der klinische Mehraufwand ist gesetzlich nicht geregelt. Natürlich werden die Innsbrucker nichts dagegen haben. Natürlich werden die Wiener nichts dagegen haben, weil sie wissen, daß sie besser beteiligt werden als die Steirer. Aber der, der die Konsequenz zu tragen hat, der deshalb einen Landeszuschuß erhöhen muß, weil eben die Steirer schlecht abschneiden, der hat es nicht einmal der Mühe wert gefunden zu verhandeln. Und Sie haben uns das ausdrücklich bestätigt in den Verhandlungen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Frizberg, Frizberg! Der klinische Mehraufwand ist gesetzlich geregelt!“)

Wo ist er denn gesetzlich geregelt, Herr Landesrat? Er ist nicht gesetzlich geregelt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Gesetzlich geregelt im Bundesgesetz. Bekommst du noch heute nachmittag!“) Ja, aber hier täuscht du dich. Richtig ist, daß der KRAZAF gesetzlich geregelt ist. Aber für den KRAZAF verhandeln auch die Finanzreferenten. Ich bin gespannt, wie oft der Herr Ressel verhandelt hat in diesen Fragen. Und wie oft der Herr Landesrat Ressel ihn unterstützt hat, das haben wir ja zur Antwort bekommen – nämlich überhaupt nicht. „Ich fühle mich nicht zuständig. Die Vorstände sollen verhandeln.“ (Landesrat Ing. Ressel: „Das habe ich nie behauptet!“) Es ist dem aber nicht so, weil letztendlich müssen diese Verträge auch vom Land bestätigt wer-

den, und letztendlich tragen Sie daher die politische Verantwortung, wenn in diesem Bereich von Ihnen nicht einmal Verhandlungen geführt werden. Und ich sage Ihnen schon eines: Wenn wir heute hier diesen Entwicklungen nicht mehr zustimmen, so auch aus der Sorge und den Bedenken (Abg. Schrittwieser: „Das kann nicht eure Sorge sein!“), daß Sie ja auch in nächster Zukunft sonst nicht verhandeln werden, auch in nächster Zukunft sich nicht zuständig fühlen wollen. Am 1. Jänner 1995 wird die neue Regelung wirksam, wann wollen Sie denn bitte verhandeln, wenn nicht jetzt? Wann wollen Sie denn endlich Ihrer Verantwortung nachkommen, wenn Sie nicht jetzt endlich anfangen damit? (Abg. Trampusch: „Schauen Sie, daß die Regierung eine Mehrheit findet!“)

Ein besonderes Beispiel, wie man die Entwicklung verschläft, indem man sich einfach für unzuständig erklärt, ist für mich die Novelle zum Bundeskrankenanstaltengesetz. Spätestens seit Beginn des Jahres 1993 weiß der Herr Landesrat Strenitz, daß hier enorme Belastungen auf das Land Steiermark zukommen. (Abg. Dörflinger: „Die ÖVP-Abgeordneten, die das im Nationalrat beschlossen haben, wissen das nicht!“) Herr Landesrat, was haben Sie unternommen, und haben Sie Verhandlungen geführt mit dem Bund? Haben Sie Verhandlungen geführt mit den anderen Ländern, um diese Belastung von der Steiermark abzuwenden, oder waren Sie schlicht und einfach unzuständig? (Landesrat Dr. Strenitz: „Wissen Sie, daß es noch keine Verhandlungen gibt und daß die mit der Landeshauptleutekonferenz geführt werden? Vor 1994!“) Unzuständig, das ist zur Kenntnis genommen, ich danke. Herr Landesrat Strenitz, ich glaube, hier sind Sie am falschen Dampfer. (Abg. Trampusch: „Sie am falschen Rednerpult!“) Wenn Sie Verhandlungen über das neue Bundeskrankenanstaltengesetz für Ende 1993 ankündigen, so kommen Sie leider zu spät, weil es schon im Nationalrat beschlossen worden ist. Ich bitte nachzuschauen, weil das Gesetz ist im Nationalrat schon durch. Vielleicht kümmern Sie sich das nächste Mal rechtzeitig darum. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das Absurde ist, daß im Bund die ÖVP zugestimmt hat!“)

Jetzt wird es aber dann noch interessanter: Da legt uns der Herr Strenitz einen sogenannten Krankenanstaltenplan vor – ein Plan, wo das Janusgesicht, auf der einen Seite Moser, auf der anderen Seite Strenitz, für uns sichtbar geworden ist. Erstens einmal, dieses Werk des Herrn Dr. Moser ist allein deshalb schon unbrauchbar, weil es die Krankenanstalten mit dem gesamten Gesundheitsbereich gleichsetzt und keinerlei Verschränkungen vorhanden sind mit anderen Bereichen. Der Herr Dr. Strenitz legt einen sogenannten Gesundheitsplan vor, der sich als Telefonbuch herausstellt. Das ist ungefähr so, als ob ein kleines Kind lauter Legobausteine hinlegt und sagt, das ist das Haus, das ich gebaut habe. (Präsident Dr. Klausner: „Darf ich vorschlagen, daß die Herren Landesräte Dr. Strenitz und Dr. Hirschmann eine andere Gelegenheit zur Privatunterhaltung suchen und den Herrn Kollegen Dr. Frizberg reden lassen!“)

Der Herr Landesrat Strenitz hat ein paar Bausteine vorgelegt und sagt, das ist das Werk. Man muß ihn leider darauf aufmerksam machen, ganz egal, wie viele Legobausteine es für diesen Krankenanstaltenplan

und für diesen Gesundheitsplan gibt, es ist dann ein Werk, wenn Sie entsprechend alles zusammengestellt haben und daraus ein Haus gebaut haben. Aber ich fürchte, auch hier gilt, wie in anderen Bereichen, auf gut steirisch „Sie haben keinen Plan“. Herr Landesrat, die Abgrenzung zur Pflege ist ein besonderes Beispiel für mich, wo eigentlich keinerlei Kooperation stattgefunden hat, auch nicht zu Ihrem geschätzten Kollegen Tschernitz. Auf der einen Seite philosophiert hier die Krankenanstaltengesellschaft von einem Goldenen Age und von allem möglichem rundherum, und auf der anderen Seite haben wir nicht einmal die Lösungen, wie Sie morgen im Bereich des Bettenabbaus kooperieren werden, um diese Betten auch sinnvoll für die Pflegevorsorge zu nutzen. Es war Ihnen bis zuletzt nicht möglich, einen gemeinsamen Plan vorzulegen. Das, was Herr Kollege Tschernitz vorgelegt hat, das kann man höchstens als Anhängsel dazu betrachten, ist aber keine Abstimmung mit Ihrem Plan. Das ist auch ganz charakteristisch für die Vorgangsweise in den Krankenanstalten. Da gibt es einen Finanzvorstandsdirektor Dr. Moser, der seit 1986 die Verantwortung für die Finanzen trägt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das Schöne beim Krankenanstaltengesetz ist, die ÖVP stimmt im Nationalrat zu, und der Hirschmann weint sich bei mir aus!“)

Seit 1986 ist er im Vorstand, Entschuldigung. Der Herr Dr. Moser zieht durch die Lande, geht nach Salzburg, geht nach Wien und kündigt dort tolle Pläne an. Ich habe auch etwas da, und wie steht es da so schön – darf ich um Aufmerksamkeit bitten: Der Herr Dr. Moser sagt das, nicht die ÖVP: Radikaler Sparplan für die Spitäler, Hospital of the Future, Patienten sollen Tee kochen und Bettenmachen. Die Spitalsbetten will der Manager in Hotels zusammenfassen. Dort könne es auch eine Selbstversorgerkomponente geben. Wer seinen Tee selber kocht und das Bett frisch bezieht, der zahlt weniger. (Landesrat Dr. Strenitz: „Die ÖVP stimmt im Nationalrat zu!“) Es ist ja sehr interessant, was er dort für Visionen von sich gegeben hat. Jetzt frage ich mich wirklich, ob das nicht fiebrige Anfälle sind. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man hier über eine Zukunftsvision diskutieren könnte. Aber das, was gleichzeitig von Ihnen verlangt wurde, worüber wir verhandeln sollen, der Krankenanstaltenplan, hat mit Zukunftsvision und dergleichen überhaupt nichts zu tun. Jetzt frage ich mich wirklich: Entweder hat der Dr. Moser die Salzburger belogen und das als seinen Plan dargestellt, obwohl er es nicht ist, oder der Herr Dr. Moser hat uns belogen, wenn er das als seinen Krankenanstaltenplan vorgelegt hat. Jetzt frage ich Sie wirklich: Wissen Sie von beiden Konzepten? Warum haben Sie uns dann eines vorenthalten? Ist es nicht zum Herzeigen oder was? Warum sollen wir mit Ihnen über einen Krankenanstaltenplan verhandeln, wenn Sie gleichzeitig Ihr Janusgesicht Moser hinaus-schicken, der sagt, ich will eigentlich etwas ganz anderes? Der Landtag läßt sich nicht zum Kasperltheater degradieren. (Landesrat Dr. Strenitz: „Die ÖVP stimmt im Nationalrat zu!“) Sagen Sie, was Sie wollen, machen Sie einen ordentlichen Plan, der abgestimmt ist, und wir werden gerne mit Ihnen mitgehen. (Beifall bei der ÖVP.) Der Herr Dr. Moser ist für mich ein Teil der Leute, die Verantwortung tragen, die zu Lasten der Patienten und zu Lasten der kleinen Leute ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das war

die Argumentationslinie Nummer vier. Eure Linie ist ein Kreisell!“) Die Sozialdemokraten argumentieren hier mit der Methode denen, die sich darum kümmern, den Leuten die Augen zu öffnen, zu sagen, ihr sollt mundtot sein. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist die vierte Argumentationslinie!“)

Die SPÖ will sozusagen den Boten zur Verantwortung ziehen, aber nicht diejenigen, die über Jahre hindurch die Entwicklung verschlafen haben, die es über Jahre versäumt haben, für eine entsprechende Organisation zu sorgen, daß so eine Entwicklung nicht auf uns zukommt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Er hat es nicht verschlafen, aber ihr habt es jahrelang verschleppt!“) Ich kann nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Zukunft des steirischen Landesbudgets darin besteht, sich ausschließlich um die Spitäler zu kümmern. Bereits 1997 wären wir nach den Vorstellungen der KAGES so weit, daß 50 Prozent des eigentlichen Landesbudgets von 12 Milliarden Schilling ausschließlich für die Spitäler daraufgehen. Namens der Jugend, namens des Sozialbereiches, namens der Wirtschaft, namens der Arbeitslosen weise ich so eine Vorgangsweise zurück. Da können wir nicht mitgehen. (Präsident Dr. Klauser: „Herr Dr. Frizberg, Sie haben drei Minuten überzogen. Ich gebe noch drei Minuten infolge der Zwischenrufe!“ – Abg. Trampusch: „Herr Präsident, er soll die Zeit nutzen und Sparvorschläge machen!“)

Nehmen wir zur Kenntnis, daß das Land in Zukunft nicht allein Spitalsbedeckung betreiben wird. Nehmen wir zur Kenntnis, daß es die Österreichische Volkspartei ist, die Zukunft schaffen will, und ich erinnere Sie noch einmal mit den mahnenden Worten des Ministerpräsidenten a. D. Lothar Spät – ich zitiere ihn wörtlich: „Angesichts der Unfinanzierbarkeit des Pensions-, Spitals- und Sozialsystems würden gleichzeitig auch über Österreich skandinavische Verhältnisse hereinbrechen.“ Er meint damit die Kürzungen von Sozialleistungen um 20 Prozent und mehr, weil es dort die Sozialdemokraten verschlafen haben, die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erkennen und die sozialen Standards für den kleinen Mann zu sichern. Darum geht es aber uns. (Landesrat Dr. Strenitz: „Die steirischen Spitäler sind finanzierbar, wenn Sie nur wollen!“) Man spricht ja von einem innovationsfreundlichen Klima und fragt sich, ist die Politik in der Lage, hat die Politik die Kraft, den tiefen Strukturwandel, dem wir uns gegenübersehen, auch wahrzunehmen und zu verantworten – rechtzeitig? Herr Landesrat Strenitz, bei Ihnen kann ich sagen, Sie sind wirklich in Ihrer Politik des Schuldenmachens im siebziger Jahr stecken-geblieben. Ich hoffe, daß die SPÖ in der Lage ist, sich davon zu entfernen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Dank Ihrer Sparvorschläge – ja!“ – Abg. Dr. Karisch: „Für's Sparen ist der Referent zuständig!“ – 13.50 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dörflinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dörflinger (13.50 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf namens des SPÖ-Klubs der Frau Kollegin Dr. Karisch, der wir heute schon einmal mit wirklicher

Überzeugung Applaus gespendet haben, danken. Sie hat nämlich in einem Satz in Wirklichkeit mehr gesagt als der Kollege Frizberg, obwohl er sechs Minuten die Redezeit überzogen hat. Wir sind jetzt nämlich genau bei dem Punkt angelangt, und ich bin sehr froh, Frau Kollegin Karisch, daß Sie das gesagt haben, um den es in Wirklichkeit geht. In Wirklichkeit schmeißen wir uns gegenseitig seit Wochen und Monaten heiße Kartoffeln zu. Jeder schmeißt sie weiter in der Hoffnung, irgendeiner wird sich dabei schon die Finger verbrennen. Ich stelle gerade in der Gesundheitsdebatte, und ich sage das hier, weil Vertreter der Belegschaft da sind, weil Vertreter der Krankenanstalten da sind, nirgendwo eine solche Doppelzüngigkeit in der Argumentation fest, wie wenn es um die Spitäler geht.

Ich sage Ihnen ein paar Beispiele: Wir sind auf Einladung des Bezirkshauptmannes Kogler in Hartberg zusammengesessen – Sozialpartnertag hat das geheißt. Dabei sind der Kollege Bacher, der Kollege Lopatka und alle Abgeordneten wie ein Mann hinter dem Bezirkshauptmann gestanden: Wir werden das Krankenhaus Hartberg bauen. Ja, selbstverständlich bauen wir es. Kosten 820 Millionen Schilling. Ich bin mit dem Kollegen Bacher – ein weiteres Beispiel – in einer sehr interessanten Diskussion mit Vertretern der Ärzteschaft und des Personals auf der Stolzalpe zusammengewesen. Mit größter Überzeugung und mit größter Befürwortung haben wir uns dort hingestellt und haben gesagt, was bei der Stolzalpe alles gebaut werden muß. Ich sehe jetzt rundherum, wie die lokalen Abgeordneten draußen sich natürlich nicht getrauen zu sagen, „okay, bei uns wird gespart“, sondern im Moment geht es ausschließlich darum, daß man sagt, ist ja eh klar, der Kollege Frizberg hat das angesprochen, kein Arzt wird gekündigt, keine Krankenschwester wird entlassen, keiner vom Hilfsdienst wird entlassen. Klar. Wir bekennen uns als ÖVP dazu, hat er gesagt. Selbstverständlich von Mürzzuschlag bis Radkersburg, von Murau bis in das andere Ende der Steiermark hinunter, bekennen wir uns auch dazu, daß Spitäler gebaut werden müssen, daß renoviert werden muß, daß etwas weitergehen muß. (Abs. Dr. Frizberg: „Das Wie ist das Entscheidende!“) Nur, der Rechenstift kann da nicht beiseite gelegt werden, und die einfachste mathematische Aufgabe, die ein Mensch lösen kann in der Schule, ist addieren. Gehen Sie bitte einmal her, addieren Sie alle Zusagen, die Sie draußen schon gemacht haben, zusammen, und der Kollege Lopatka ist wahrscheinlich jetzt wieder hereingekommen, weil ihn das interessieren wird. Ich habe bewundert, wie du für Radkersburg im nächsten Jahr die Investitionen zugesagt hast, obwohl in dem Budget für Radkersburg gar nichts drinnen war.

Es ist euch zuwenig, was drinnen ist. Dann kommen wir auf einen Punkt, um auch beim Kollegen Frizberg anzuschließen. 75 Prozent des Budgets der Krankenanstaltengesellschaft entfällt auf das Personal. Es ist jetzt ein lustiges Spiel geworden, der Strenitz ist an allem schuld, was schlecht ist. An allem, was gut ist, ist irgendwer anders schuld. (Abg. Dr. Frizberg: „Da setzt die Kritik ein!“) Der Herr Landesrat Schmid bemüht sich unbedingt, den Kollegen Lopatka als Landespartei sekretär zu übertreffen, aber das ist ja eine andere Geschichte. 75 Prozent des KAGES-Budgets entfällt auf das Personal. Jetzt frage ich mich, wenn

man sagt Sparen, und Strenitz ist schuld, welchen Einfluß hat Strenitz auf das Budget, auf 74 Prozent des Budgets? Der Kollege Frizberg beruft sich immer so stark auf seine unternehmerischen Kenntnisse, auf seine Fähigkeiten. Ich würde dir einmal raten, ein Unternehmen zu führen, wo du auf 74 Prozent des Budgets keinen Einfluß hast. (Abg. Dr. Frizberg: „Einsetzen muß man sie!“)

Wenn ihr nicht lesen könnt, wenn ihr euch die Kompetenzverteilungen nicht anschaut, wenn ihr Wahrheiten negiert, dann kann man schwer mit euch diskutieren. Das Weisungsrecht im Personal hat der Personallandesrat. Der Herr Fischer-Felgitsch, der hinten sitzt, verhandelt mit dem Hofrat Greimel und verhandelt mit dem Personallandesrat, und ich sage Ihnen jetzt ein paar Beispiele.

S-1-Schema: damals 1100 Ärzte, ein Plus von jährlich 75 Millionen Schilling. Mitteilung: Zweizeilenbrief an die KAGES: ist einzustellen ins Budget.

S-2-Schema, wieder vom Personallandesrat verhandelt. Jährlich plus 70 Millionen Schilling. Zweizeilenmitteilung an die KAGES: ist ins Budget einzustellen, ist zu realisieren.

S-1 a-Schema: 100 Primärärzte, 15 Millionen plus, ist ins Budget einzustellen.

Und heuer im Juli 1993, vor dem Sommer noch, ist das S-3-Schema beschlossen worden, für das Personal ein plus von 7,5 Millionen Schilling.

Das ganze summiert ist ein Brocken von knapp 200 Millionen Schilling, die der Herr Personallandesrat dem Personal zugesteht und zu Recht zugestanden hat, sage ich, und die Sie jetzt dem Landesrat Strenitz vorwerfen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Hirschmann wird sparsamer verhandeln!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Darauf kannst du dich verlassen!“)

Wir nehmen zur Kenntnis, daß der ÖVP-Klub offensichtlich von der Regierungsbank geführt wird. Das ist ja durchaus möglich, ist eine Eigenheit, die euch da zusteht.

Ja, ich täte ja wahnsinnig gerne, aber wenn der Hirschmann und der Strenitz sonst nicht miteinander reden und immer hinten plauschen, dann will ich sie ja nicht unterbrechen. (Abg. Dr. Maitz: „Über die Einnahmenentwicklung reden wir nicht?“) Nein, ich weiß nicht, wer ein Problem mit wem hat. Gerhard, wenn ich euch so zuhöre, habe ich den Eindruck, daß ihr ein massives Problem miteinander habt's. (Landesrat Dr. Hirschmann: „In der Sache, und nicht in der Person!“) Das glaube ich, in der Sache. Im Unterschied zu dir geht es uns ja um die Sache. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der neue Personalreferent in nicht so verschwenderischer Weise das Personal dort füttern wird, wie der alte es offensichtlich getan hat. (Abg. Dr. Maitz: „Statt Argumenten Bosheiten – das zieht nicht mehr!“ – Abg. Trampusch: „Das hat er von dir gelernt!“) Also, beim Personal merkt man, daß die Aufregung groß ist. Wir dürften offensichtlich mit dem, was wir gesagt haben, ins Schwarze getroffen haben. Wir werden die Verhandlungen, die der Herr Landesrat Hirschmann mit dem Personal führen wird, künftighin sehr aufmerksam beobachten, und wir werden dann sehen, wie das dann alles anders ausschauen wird. Ich frage mich ja auch, ob wer von Ihnen wirklich glaubt, daß man in der heutigen Zeit Ärzte reduzieren

kann, Schwestern reduzieren kann, Hilfsdienste reduzieren kann. (Abg. Dr. Maitz: „Ist keine Rede davon!“)

Wird nicht der Fall sein. Kollege Maitz, ich danke für die Zusage. Es wird also keine Kündigungen geben, wir werden weiter Personal einstellen, sie werden auch weiter Erhöhungen erhalten. Ist das richtig? (Abg. Dr. Karisch: „Besser organisieren. Die Ärzte sollen am Vormittag in der Klinik und nicht in den Sanatorien sein!“)

Bitte, nur für das Protokoll: Die Frau Kollegin Karisch sitzt auf der falschen Seite, muß ich sagen. Darf man für das Protokoll festhalten, daß die Frau Kollegin Karisch Ärzte kennt, die während der Dienstzeit nicht im LKH sind, die während der Dienstzeit in Privatsanatorien operieren. Und ich darf die Frau Kollegin Karisch bitten, daß sie uns die Namen mitteilt. Das wird natürlich von den zuständigen Leuten sofort abgestellt werden. Ich hoffe, daß Sie uns die Namen sagen.

Wir haben also, meine Damen und Herren, das Personal bei den Spitälern – ich sage noch einmal dazu 74 Prozent – außer Streit gestellt. Sie alle wissen, daß die Personaltangente bei den Erhöhungen, die beschlossen wurden, ich sage dazu 1000 Leute nach Lainz mehr, bei den Erhöhungen, die beschlossen wurden, in Kürze bei 80 Prozent sein wird. Daß 80 Prozent des Budgets der KAGES fürs Personal aufgehen werden. Sie sagen, dort können wir nicht sparen.

Also nehmen wir uns den zweiten Brocken vor. Und der zweite Brocken ist die Frage, wenn wir beim Personal nicht sparen – (Abg. Dr. Frizberg: „Sie kapiieren das noch immer nicht!“) Jetzt hast du 26 Minuten geredet und noch immer nichts gesagt, jetzt mußt du aber drinnen auch nicht weiterreden.

Herr Klubobmann, beim Personal schaffen wir es nicht, gehen wir zum zweiten großen Brocken, gehen wir zu den Investitionen. Meine Damen und Herren, Jux und Tollerei auf der rechten Seite, im blauschwarzen Lager oder, wie der Landesrat gesagt hat, auf der blauschwarzen Bremsspur, werden ja relativ bald zu Ende sein, wenn wir nämlich unseren Beschlußantrag vorlegen werden. Sie können innerhalb von einer Stunde beweisen, daß Ihnen das, was Sie jetzt gesagt haben, ernst ist, daß Sie es ehrlich meinen, daß Sie dazu stehen, was Sie jetzt gesagt haben. Wir werden Ihnen den Beschlußantrag am Ende der Debatte präsentieren, und Sie können dann beweisen, ob Sie dafür sind, daß beim Personal so gehandelt wird, wie der Kollege Frizberg das gesagt hat, und daß man auch bei den Investitionen, und ich sage dazu, welche Investitionen: Bruck, Leoben, Fürstenfeld, Hartberg, Knittelfeld, Mariazell, Müzzuschlag, Rottemann, Wagna, Landes-Nervenkrankenhaus – der Kollege Maitz schüttelt den Kopf, dann hätten Sie das Budget gelesen, tut mir leid. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist längst außer Streit!“) –, Bruck, Leoben, Judenburg, Hörgas, Stolzalpe, Schwanberg und die gesamten Investitionen in Graz, bei den Universitätskliniken, nicht kürzen wird. Das liegt alles im Detail auf. (Abg. Dr. Maitz: „Ist ja da!“) Wenn Sie es wissen wollen, oder wurde es Ihnen im Klub vorenthalten, damit die regionalen Abgeordneten nicht nervös werden? (Abg. Dr. Maitz: „Ist alles da!“) Das allein sind die geplanten Investitionen für das Landeskrankenhaus Stolzalpe, das allein. Im Detail aufgeführt bis auf den

Schilling genau. Wir werden Ihnen heute am Nachmittag noch während dieser Debatte die Gelegenheit geben zu sagen, ob alles das, was Sie im Landtag erzählen, der Wahrheit entspricht, ob es richtig ist, und Sie können unserem Beschlußantrag dann beitreten, dann haben wir einen großen Teil des Budgetdilemmas, in das Sie unser Land hineingebracht haben, jetzt mit einer relativ kurzen Debatte auch beendet.

Eine Frage zu den Einnahmen, weil es immer wieder so dargestellt wird, als ob da einer verhandelt und aus purer Bosheit auf viel Geld verzichtet. 80 Prozent der Einnahmen, meine Damen und Herren, sind bundesgesetzlich geregelt und können von uns nur insoweit beeinflusst werden, als die Steiermark im Konzert der Bundesländer die Möglichkeit hat, Einfluß auf diese Verhandlungen zu nehmen.

Kollege Frizberg hat angeführt das neue Krankenanstaltengesetz auf Bundesebene. Wenn das so eine Katastrophe ist und ihr das alle gewußt habt, dann frage ich mich, wieso haben die steirischen ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat nicht dagegengestimmt? Bis zur nächsten Wahl habt ihr offensichtlich noch Abgeordnete, die hätten immer dagegengestimmen können. (Abg. Dr. Maitz: „Der Herr Landesrat macht die Augen zu. Einplanen muß man das!“) Kollege Maitz, melde dich, dann kannst du ja eh reden. (Abg. Dr. Maitz: „Man muß das einplanen!“) Ich verstehe dich so schlecht. Einplanen? Der Kollege Frizberg hat gemeint, es ist eine Katastrophe, weil es soviel mehr kostet, und Sie sagen einplanen, also was soll es jetzt?

Wir kommen, und wir haben jetzt aus Ihren Reaktionen eindeutig festgestellt, daß wir beim Personal nicht sparen können. Bei den Investitionen wollen wir, werden und können wir nicht sparen, damit sind über 90 Prozent der KAGES-Ausgaben ganz klar determiniert und von Ihnen auch zugesagt. Und da müssen wir jetzt die Frage stellen, und bei unserem Beschlußantrag haben Sie dann die Möglichkeit, eine Antwort darauf zu geben, ob Sie das ernst meinen oder ob Sie es nicht ernst meinen.

Ich komme zum vierten und zum letzten Punkt. Meine Damen und Herren von der FPÖ-, ÖVP-Fraktion, wobei ich sage, die FPÖ sitzt ja mit großem Vergnügen daneben und schaut sich an, wie sich rot und scharz den Schädel einhauen, dürfte ja intendiert sein. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Nein. Ganz sicher nein!“)

Ich gratuliere auch von diesem Platz, daß es der FPÖ gelungen ist, die ÖVP so ins Schlepptau zu nehmen, daß sie ja offensichtlich die Politik schon so weitertreibt, daß Sie nur mehr dasitzen brauchen und zuschauen, wie die ÖVP das ausführt, was Sie im vorigen Jahr nicht zustandegebracht haben. (Abg. Trampusch: „Wir haben nicht gewußt, daß die FPÖ so schnell lernt!“) Um das Grundproblem, meine Damen und Herren, kommen Sie aber auch nicht herum.

In Wirklichkeit haben Sie mit der Ausgliederung der Krankenanstaltengesellschaft – und wir haben schon mehrfach bedauert, daß der Kollege Schilcher nicht mehr da sein darf –, Sie haben in Wirklichkeit mit der Ausgliederung der Krankenanstalten erstens Hoffnungen erweckt, die Sie nicht halten konnten, Sie haben sich sofort wieder zurückgezogen, als Sie gemerkt haben, daß es beim Personal eng wird. Erster Schritt: Angleichung des Personals an den Landesdienst, und jetzt versuchen Sie auf Umwegen, das Personal wieder

in den Landesdienst zurückzuführen. Sie haben ein sechsjähriges Spiel getrieben, indem Sie den Landesrat auf der einen Seite beschuldigt haben, er würde sich immer einmischen, dann haben Sie ihn beschuldigt, er würde sich nicht einmischen. Wenn der Landesrat etwas tut, ist das ein politischer Eingriff, wenn der Landesrat nichts tut, ist das ein Verbrechen, wie Sie es darstellen. Sie müssen sich endlich einmal entscheiden, was Sie von einem Landesrat wollen, und vor allem müssen Sie sich entscheiden, ob Sie das Erbe, das Schilcher dem Landtag und dem Land hinterlassen hat, ernst nehmen, dann muß man die Krankenanstaltengesellschaft auch arbeiten lassen, oder wenn nicht, wenn Sie das Personal zurückführen, dann gehen Sie her und sagen Sie, daß Sie die Gesellschaft auflösen wollen. Denn so einfach, Kollege Frizberg, ist es ja nicht, daß offensichtlich nur von der SPÖ nominierte Vorstandsmitglieder Probleme in den Krankenanstalten haben. Ich frage mich, was taten die Herren Bosch und Möse, und was tut der Herr Fankhauser in einer Gesellschaft, wenn offensichtlich nur die Roten immer an allem schuld sind. Dann ziehen Sie wenigstens die Leute zurück, wäre eine riesige Einsparungsmöglichkeit. Im Personalbereich, überall sind Leute, die von der ÖVP nominiert sind, tätig, und Sie könnten das machen. (Abg. Dr. Maitz: „Lieber den Moser – ist gescheiter!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Können wir uns auf Moser einigen?“)

Zum Schluß, meine Damen und Herren. Es ist auffällig, daß jene in der ÖVP schweigen, die in den Spitälern bedienstet sind, die in den Spitälern was zu tun haben, daß die sich bisher in der langen Debatte nicht zu Wort gemeldet haben. (Abg. Dr. Maitz: „Hat sich schon gemeldet!“) Meine Damen und Herren! Das, was Sie als große Kampfspur gegen die SPÖ und gegen einen sozialdemokratischen Landesrat angezettelt haben, richtet sich in Wirklichkeit gegen die breite Mehrheit der steirischen Bevölkerung und richtet sich gegen die Bediensteten der Krankenanstalten, und wir werden da nicht mitspielen. Das verspreche ich Ihnen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.07 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.07 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, werter Herr Vorredner!

Ich danke für die freundliche Begleitung, aber ich glaube, wir haben jetzt genug gehört, was wir in Zukunft alles tun werden. Wir sollten dorthin zurückkommen, wo wir eigentlich begonnen haben, nämlich dabei, daß wir mit den Zahlen, die wir in der Vorbegleitung des Budgets, in der WIFO-Studie, gefunden haben, einfach nicht mehr zu Rand kommen. Das Szenario, das dort für das Jahr 1997, sofern wir diesen Weg fortsetzen, dargestellt wird, bedeutet eine sehr schwierige, um nicht zu sagen dramatische Situation. Die heutige Debatte hat uns darin nur bestärkt, daß es zum jetzigen Zeitpunkt notwendig ist, alle Bereiche sehr genau anzuschauen, und nicht nur die Wünsche zu repräsentieren und dann irgendwo die Decke einzuziehen nach den Wünschen, sondern die Decke festzulegen und die Wünsche danach zu adaptieren. Dies, meine Damen und Herren, ist eigentlich das, was jede

Familie draußen tut, was jeder Kaufmann draußen tut, was jeder Arbeitnehmer draußen tut, indem er sagt, das ist „die Marie“, die ich habe, das möchte ich gerne machen, heuer mache ich das, nächstes Jahr mache ich das, und übernächstes Jahr mache ich das. In dem Sinne, kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, habe ich auch die Vorschläge des Herrn Landesrates in bezug auf seine Pläne verstanden. Natürlich sind es Wünsche, und die Standards können wir in jeder x-beliebigen Form festlegen. Die Frage ist nur: Quanta costa, und wie werden wir es zahlen. (Abg. Dörflinger: „Das ist ein Widerspruch zur ÖVP!“) Ich bin nicht die ÖVP, Herr Kollege Dörflinger. (Abg. Trampusch: „Gott sei Dank, Herr Kollege!“)

Jetzt gehe ich einen Schritt weiter, und jetzt sage ich, jede Hausfrau tut es, und daher werden wir es im Lande auch tun. Wir werden es nicht nur im Spitalbereich tun, wir werden es auch in allen anderen Bereichen tun, und wir haben gerade heute die ersten entsprechenden Beschlüsse dazu gefaßt. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß wir alle miteinander die gestellte Aufgabe sehr wohl erfüllen werden und dort einige Dinge zutage kommen werden, die wir uns in Zukunft ersparen können. Wobei ich auch in bezug auf die Intention des Sparens befürchte, daß wir selbstverständlich auf einiges daraufkommen werden, mit dem wir nicht gerechnet haben und wo wir eigentlich noch zulegen müßten. Eines aber, meine Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion, halte ich für bedenklich, gefährlich und, wenn Sie mich fragen – und ich bin gerne bereit, mir einen Ordnungsruf einzuhandeln –, für mies, und zwar den Umstand und die Tatsache, daß ich einen bestehenden Budgetvorschlag nehme, der sich bitte in den absoluten Zahlen von dem des Vorjahres durch nichts unterscheidet, und dann damit hinausgehe und einen Bau einstelle, und zwar einen Bau, der durch das heurige Jahr abgedeckt ist und der durch das Budget in weiterer Folge immer wieder abgedeckt sein wird, nur um zu sagen, unser Sozialabbau, unser gesundheitsgefährdendes Verhalten ist schuld daran, daß wir das nicht machen können. Das ist eine bodenlose Schweinerei. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Kollege Schrittwieser, Sie haben sich in der verstaatlichten Industrie schon dadurch ausgezeichnet, daß Sie als großer Wunderverkünder draußen herumgegangen sind und Ihre Genossen und alle anderen braven und biederer Arbeitnehmer des langen und kurzen belogen haben. Sie tun es jetzt mit derselben Panikmache in den Spitälern. Ich sage Ihnen eines: Verantwortung eines Abgeordneten in einer solchen Situation ist etwas ganz anderes als das, was Sie hier in diesem Jahr getan haben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Landesrat Tschernitz: „Das Budget habt ihr abgelehnt!“)

Jetzt darf ich euch noch etwas dazu sagen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine Lehrstunde!“) Die Lehrstunde kommt auch noch, die machen wir zu einem anderen Zeitpunkt. Kollege Schrittwieser, Sie haben sie wirklich notwendig. (Abg. Vollmann: „Impertinenz!“)

Ja, die Impertinenz, über die reden wir beim Bienenzüchter. Jetzt bin ich am Wort. (Abg. Trampusch: „Darf ich bitten, daß diese Lehrstunde nicht mit ‚h‘, sondern mit ‚ee‘ geschrieben wird!“ – Abg.

Dipl.-Ing. Grabner: „Ein Spiel!“ Das hat nichts mit dem Spiel zu tun. Wo ist das Spiel bitte? Die absoluten Zahlen sind eins zu eins. Wozu ist das Gejammer? Wozu muß ich bitte, Herr Kollege Grabner, ein Spital, das jetzt baut und Baumaßnahmen durchführt, ausgerechnet jetzt zu einem Zeitpunkt schließen, nicht weil Regen oder Wetterschicht ist oder weil zufällig zu viel Schnee fällt, sondern nein, weil ich die Gelegenheit benütze und sage, die bösen schwarzblauen Bremspuren, die haben verhindert, daß hier weitergebaut werden kann. Das ist mieseste Panikmache. Das muß ich euch sagen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Kollege Grabner, wir werden das bei der Landesausstellung in Knittelfeld alles wieder hereinbekommen. Da habe ich kein Problem damit. Nur eines bitte: Wenn wir wieder darauf zurückkommen, was wir zu tun haben, wir haben bitte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß wir auch in den kommenden Jahren bemüht sind – und die Zahlen, die im Budget stehen, sind nicht von mir, und die einbegleitenden Worte zum Budgetvorschlag an die Regierung sind auch nicht von mir, die sind von jemand anderem –, die Verschuldung einzubremsen. Wir haben bitte im Jahr 1991 darauf aufmerksam gemacht, nämlich für das Budget 1992 beziehungsweise im Frühjahr 1992. Wir haben für das Budget 1993 darauf aufmerksam gemacht. Ihr seid da gesessen, habt gesagt, jetzt müssen wir etwas tun. Nur, getan wurde nichts. Jetzt sind wir in der Situation, wo wir auf einmal wissen, dort ist der Crash, und da müssen wir uns entscheiden, diese Maßnahmen zu setzen. Wir hoffen, daß wir durch gute Arbeit die Möglichkeit bekommen, diesen Crash erstens einmal wenn möglich zu verhindern und zweitens, wenn er nicht verhindert werden kann, diesen so weit wie möglich hinausschieben. Da bedeutet verantwortliche Politik, nicht, daß ich sage, ich muß das und das haben, das ist mein Plan, friß oder stirb, junktimieren, sondern ich muß mir sehr sorgfältig überlegen, was ich von dem als erstes, als zweites mache. Jetzt gehe ich noch einen Schritt weiter. Wenn dieser sogenannte Rationalisierungsausschuß zu einem Resultat kommt und sagt, das sind die Ausgaben und das die Einnahmen. Ich glaube, daß man auch noch einiges auf der Einnahmenseite tun kann, auch im Spitalsbereich, da muß ich sagen, wird man auch politisch zu entscheiden haben, ob man einen an sich bisher nicht sehr erfolgreichen Weg beschreitet, indem man sagt, durchstarten, wir werden uns Geld aufnehmen, wir werden unsere Schulden vergrößern, und wir werden den blauäugigen Worten des Herrn Landesrates vertrauen und werden das später einmal alles zurückzahlen. Die Realität ist leider Gottes auf Grund der Zahlen der vergangenen sechs Jahre eine andere. Oder wir werden uns auch überlegen müssen, ob wir nicht andere Maßnahmen zu setzen haben, die wir, wenn notwendig, befristen, wenn nicht notwendig, gar nicht brauchen, wie wir die Kosten, die wir unbedingt abzudecken haben, durch zusätzliche Einnahmen decken können. Darüber wird man reden müssen. Das ist eine politische Entscheidung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist weder das eine noch das andere geschehen.

Daher werden wir uns sehr intensiv – und hoffentlich auch mit der Unterstützung Ihrer Fraktion – diesem Thema widmen und alles durchforsten und dann am Ende sagen: das ist es, das muß es sein, und die

Regierung kann sich daraufhin auf ein Gebiet oder auf eine Schiene begeben, die auf der einen Seite das Größtmögliche von dem, was ich heute an Wünschen hier in allen Facetten gehört habe, zu gewährleisten vermag, und auf der anderen Seite den prognostizierten Crash verhindern könnte. Schuldenmachen allein – (Abg. Vollmann: „Alles durchforsten oder nur das Spitalswesen?“) Alles, na klar, keine Frage. (Abg. Vollmann: „Auch die Wirtschaftsabteilung?“) Das ist aber bitte vom ersten Tag an festgestanden. Daß diese Zahlen, die das Spitals- und das Gesundheitswesen mit sich bringen, sicherlich einen sehr großen Posten ausmachen, ist auch klar.

Mit der Sorge, daß in dem Bereich sorgfältig vorgegangen wird, was die Abdeckung betrifft, weil ja ohnehin immer die Sicherheit da ist, daß das Land Steiermark sowieso das Defizit abdecken wird, damit müssen wir leben. Nur, mit einem werden wir bitte nicht leben, mit den Aussagen der Schrittwiesers und der Baueinstellung in dem Zusammenhang, das werden wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen. (Abg. Schrittwieser: „Weißt du, wer eingestellt hat?“) Nein, ich weiß nicht, wer eingestellt hat. Na, bitte erzählts mir doch nicht jetzt, daß die armen kleinen Bauleiter draußen diejenigen waren. Das ist ein konzentriertes politisches Konzept eurer Partei, Dörflinger von A bis Z, ist mustergültig organisiert. Der Herr Landesrat hat heute einen einstündigen Universitätsvortrag zum dritten Mal gehalten. Wir haben ihn im Klub schon gehört, wir haben ihn im Ausschuß gehört, wir haben ihn heute wieder gehört. Ich freue mich, daß ich immer mehr und immer tiefer in diese Materie eindringe. Nur, an den Problemen haben wir leider noch nichts geregelt. Und das wird unsere Aufgabe sein, meine Damen und Herren, und daher haben wir diesen Antrag eingebracht und dafür gesorgt, daß dieser Rationalisierungsausschuß zustandekommt, und nach vier Monaten werden wir weiterreden. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.19 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste am Wort ist die Frau Dr. Grabensberger. Entschuldigen Sie, der Herr Abgeordnete Schrittwieser wünscht eine tatsächliche Berichtigung.

**Abg. Schrittwieser** (14.19 Uhr): (Landesrat Dr. Hirschmann: „Was immer jetzt kommt, du warst großartig!“) Das ist mir klar, weil ihr habt ungefähr den gleichen Stil.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was der Kollege Vesko da gemacht hat, ich verstehe seine Nervosität, denn er hat bei uns in der Region noch nie Verantwortung tragen müssen. Und ich wehre mich dagegen, Kollege Vesko, wenn du so pauschal hinausgehst (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege, bitte zu sagen, was Sie berichtigen!“) und groß erzählst, der Schrittwieser rennt in seiner Region eh nur mit Lügen herum, und er hat seinen Bewohnern, die da oben leben, sowieso nie die Wahrheit gesagt, dann, Kollege Vesko, erwarte ich mir, daß du entweder begründest, warum du das gesagt hast, und nicht nur pauschal hier sagst, denn das ist eine Unterstellung, die ich auf das schärfste zurückweise, aber, Kollege Vesko, die Bewohner hier oben wissen das ohnedies. Und wenn wir zum Brucker Krankenhaus heute kommen – (Abg.

Dipl.-Ing. Vesko: „Ich berichtige!“) Ja, Brucker Krankenhaus – das ist mies, hast du erklärt. (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege, ich warne Sie zum letzten Mal zu sagen, was Sie berichtigen!“) Das andere habe ich schon berichtet, daß das nicht stimmt, was er hier erklärt hat, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Region herumgehen und nicht die Wahrheit sagen, sondern daß die Behauptungen, die hier getroffen wurden, unrichtig sind und wir diese auf das schärfste zurückweisen. Dasselbe ist, es kann lächerlich abgetan werden, wenn das Budget abgelehnt wird, wenn gesagt wird, im Gesundheitsbereich wird kein Schilling mehr ausgegeben, das Budget wird zurückgestellt, und der Verwaltungsdirektor muß 128 neue Beschäftigte einstellen, weil er den Krankenhausbetrieb ansonsten nicht ordentlich führen kann. Und ich frage mich, meine Damen und Herren, wenn ich einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für Personal- und Sachaufwand von 95 Millionen Schilling brauche, um übersiedeln zu können, wie das gehen soll. Und diese Koalition sagt – (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege, das ist keine Berichtigung, ich entziehe Ihnen das Wort. Am Wort ist die Frau Dr. Grabensberger!“) Das war die Veranlassung aufzuzeigen, daß es zu Zusagen kommt, die ja am nächsten Tag von den Verantwortlichen gekommen sind. (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege, verlassen Sie bitte das Pult!“ – Abg. Trampusch: „Verlaß das Pult, der Vorsitzende verhält sich nicht objektiv. Komm!“)

**Präsident Mag. Rader:** Die Frau Dr. Grabensberger ist am Wort. Wenn der Herr Kollege Schrittwieser wünscht, nehme ich seine Wortmeldung gerne zur Kenntnis, wenn er das nicht wünscht, dann nicht. Jetzt spricht jedenfalls die Frau Dr. Grabensberger!

**Abg. Dr. Grabensberger (14.22 Uhr):** Danke! Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen!

Das steirische Gesundheitswesen ist ja, wie man sieht, wieder einmal massiv in Diskussion geraten. Und das nicht ganz zu Unrecht, wenn Sie sehen, welche Kostenschübe in den nächsten Jahren bevorstehen, wenn die KAGES ihre Pläne verwirklicht.

Ich bin an und für sich eine Positivdenkerin, und ich könnte dieser Diskussion sehr viel abgewinnen, wenn sie ein bißchen ein anderes Niveau hätte. Wenn ich mir die Argumentationslinien der Sozialdemokratischen Partei so anhöre, so muß ich leider Gottes feststellen, Sie haben immer noch nicht begriffen, worum es geht und worum es uns allen gehen soll. Und gerade weil wir den Sozialabbau und die Demontage unseres Gesundheitswesens verhindern wollen, die aber unabdingbar bevorstünden, wenn wir diese Kostensteigerung weiter in Kauf nehmen müßten, ohne daß noch dazu gewisse Entwicklungen berücksichtigt sind, die einen weiteren Kostenschub zur Folge hätten, haben wir diesmal zu diesen vorgelegten sogenannten Plänen (Abg. Dörflinger: „Macht konkrete Vorschläge!“) nein gesagt.

Ich möchte ein bißchen etwas zur Vorgangsweise sagen, weil heute so viel erzählt worden ist, wie wir dazu gekommen sind. Wir haben den aufgelegten sogenannten Gesundheitsplan, das Telefonregister, Hermann, damit du weißt, wovon ich jetzt rede, der dem Landtag hätte vorgelegt werden sollen, als

solchen abgelehnt. Und wir haben einen integrierten Gesundheitsplan verlangt, weil heute die Gesundheitsversorgung eines Landes beziehungsweise einer Bevölkerung nur dann optimal, sowohl was die Qualität, als auch was den Bedarf betrifft, funktionieren kann, wenn diese – (Landesrat Dr. Strenitz: „Liegt aber auch schon vor!“) Inhaltlich habe ich es nicht gesehen, vielleicht im Ordner irgendwo. (Landesrat Dr. Strenitz: „Dann müssen Sie es lesen, bevor Sie darüber reden!“) Ja, ich kann nicht lesen, ich werde wieder in die Schule gehen. (Abg. Dr. Maitz: „Pläne, die du schon immer hergezeigt hast, sind inhaltlich nicht aufeinander abgestimmt!“ – Landesrat Dr. Strenitz: „Die Abgeordnete Dr. Grabensberger wird es, wenn sie es gelesen hat, erklären!“ – Präsident Mag. Rader: „Geben wir vielleicht der Kollegin Grabensberger Gelegenheit zu erklären!“)

Ich werde versuchen, in der Zwischenzeit fortzufahren und weiterzureden, was ich meine, was unter einer integrierten Versorgung der Bevölkerung zu verstehen ist. Sie kann nur dann optimal laufen, wenn sie als solche, nämlich in einer abgestuften Form auch, angeboten wird und verläuft. Das bedeutet aber, daß heute wieder mehr denn je der Grundversorgung große Bedeutung zukommt und integriert darin, aber nicht so spezialisiert beziehungsweise nicht so schwerpunktmäßig, die Spitäler. Und ganz wesentlich zu integrieren in die Grundversorgung ist heute die Pflege. Das war unsere Ausgangsargumentation. Es hat sich dann eine sehr konstruktive Arbeit im Gremium zum sogenannten Gesundheitsplan ergeben und entwickelt, der vor allen Dingen die Gesundheitsvorsorge betroffen hat. Das ist ja ein Bereich, der sowohl was die Finanzen, aber auch was die konzertierten Aktionen, wenn man so will, betrifft, noch ein stiefkindliches Dasein fristet. Allerdings einer, der auf Zeit gesehen sehr viel leisten könnte, allerdings nicht so schnell und allerdings nicht so spektakulär, wie die Reparaturmedizin. Wir haben dann auch grundsätzliche Bekenntnisse erarbeitet, so daß dieses Register dann tatsächlich zu einem Plan hätte werden sollen, und wir haben dann auch die Vernetzung mit dem Spitalsplan verlangt, nämlich die inhaltliche Vernetzung, weil dort unter Umständen auch aufgezeigt hätte werden sollen, welche Aufgaben aus den Spitälern auszulagern wären, vor allem aus den Spitalsambulanzen. Wie wesentlich das gewesen wäre, sieht man ja am jetzigen Rechnungshofbericht, der ja aufzeigt, wie viele Aufgaben wir dort erfüllen, zu denen wir gesetzlich gar nicht verpflichtet sind, und wie niedrig der Deckungsgrad dieser Leistungen ist. Das heißt, daß wir dort für die Leistungen nur etwa 30 Prozent bezahlt bekommen. Gleichzeitig gibt es aber heute schon genügend Studien, die auch beweisen, daß bei einem ordentlich aufgebauten extramuralen Bereich bis zu 40 Prozent der Aufgaben aus den Spitälern und aus den Ambulanzen auslagerbar wären. Nun, nach dieser abgebrochenen Sitzung haben wir dann den von der Suter und Suter Kommission erarbeiteten Plan vorgelegt bekommen, und es wurde viel diskutiert, er wurde uns erläutert, und am Ende dieser Sitzung ist dann ein weiterer Termin für die Parteienverhandlungen im Frühherbst versprochen worden. Nachzulesen im Protokoll vom 22. Juni. Er ist leider Gottes niemals festgelegt worden. Inzwischen sind dann die Vorstellungen des Sozialressorts

bekannt geworden, und die finanziellen Auswirkungen desselben haben uns hoffentlich alle aufhorchen lassen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie wissen, daß der Herr Landesrat Schmid diese Verhandlungen als mit der Bäckerinnung geführt bezeichnete!“) Erstens ist mir das nicht bekannt, zweitens hätte vielleicht der nächste Termin alles geklärt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Drittens stimmt es nicht!“)

Jedenfalls ist auch dort die Verschränkung mit dem Gesundheitsplan nicht erfolgt, zumindest soweit ich das lesen und auch inhaltlich feststellen konnte. Das heißt weiter, wir haben drei Pläne vorgelegt bekommen. Jeder für sich ein Wunschkatalog. Jeder für sich allerdings eine Insellösung. Keiner geht auf den anderen ein. Keiner nimmt auf den anderen Bezug, und keiner bedient sich der eventuell freiwerdenden Ressourcen des anderen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Wir werden darüber reden, sofern Kollege Hirschmann einen Termin finden sollte!“) Diese Vorgangsweise bedeutet allerdings, daß wir in all diesen Bereichen Kostenschübe zu erwarten haben, die noch dazu nicht mit der realistischen Finanzplanung des Landes abgestimmt waren. Es war uns daher klar, daß es keinen Sinn hat, sogenannte Pläne zu beschließen, die nicht realisiert werden können und auch nicht finanziert werden können, denn das ist dem Steuerzahler gegenüber unverantwortbar und sogar fahrlässig. Denn er gibt uns sein Geld im guten Glauben, daß wir es sparsam und effizient einsetzen und daß für ihn jene Einrichtungen im Bedarfsfall, ob Krankheit oder Pflege, vorhanden sind, die er braucht. Es ist heute soviel gesprochen worden, was eigentlich die Politik zu tun hat, Zuständigkeit hier, Zuständigkeit da, Politik hin, Politik raus. Die Politik hat schon eine ganz klare Aufgabe im Gesundheitswesen zu erfüllen. Wenn man an eine Planung herangeht, muß man zunächst eine Analyse machen. Wo stehen wir? Wo geht die Entwicklung hin? Was wollen wir eigentlich? Welche Maßnahmen brauchen wir für diese Zielerreichung, und wenn wir diese klaren Zielvorgaben gegeben haben, können wir auch kontrollieren, ob wir sie erfüllen konnten, und schließlich müssen wir auch von der Politik her auch die Finanzierung sichern. Nun, wo stehen wir? Das wurde gemacht durch den meiner Ansicht nach noch immer guten Ansatz der Suter-und-Suter-Studie, eine sogenannte Ist-Analyse, und war ein guter erster Schritt. Keine Frage. Darüber gibt es für mich keine Diskussion.

Zweiter Punkt, wohin geht die Entwicklung? Das heißt, der zweite Schritt wäre gewesen, ein Soll-Konzept zu erstellen, professionell, seriös und datenbasiert. Und hier müßten dann die Aufgaben der einzelnen Krankenhäuser, jedes einzelnen, aber auch untereinander festgelegt werden nach einem Leistungskatalog und die Möglichkeiten der Auslagerung und auch der Kooperation gesucht und gefunden werden. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie wissen, daß Suter und Suter einen genauen Fahrplan vorgegeben hat und uns Schritt für Schritt daran gehalten haben. Wir sind sogar ein Jahr voraus!“) Das ist richtig! Vor allen Dingen, das, was ich jetzt gesagt habe, habe ich nirgendwo gefunden. Weil immer, wenn wir Sie gefragt haben, was wird wo passieren, haben Sie eigentlich keine konkrete Antwort gegeben. Das müssen Sie auch sagen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Zielvorgaben!“)

Ich bin schon bei der Zielvorgabe! Zielvorgabe heißt auch, was wollen wir erreichen. Da hört man immer den stereotypen Satz, eine optimale zeitgemäße Versorgung. Der Satz ist schön, aber er ist zuwenig. Die Inhalte sind einfach nicht nachvollziehbar. Es muß nach genauen Bedarfszahlen, die wir auch nachvollziehen können, berechnet werden. Wo sind Versorgungsdefizite beziehungsweise wo haben wir sogar einen Überhang? Und vereinfacht könnte man sagen, was braucht der steirische Patient wo? Das ist der Zentralsatz diese Zielvorgabe, was ist sinnvoll, und was können wir uns leisten? Hier muß auch die medizinische Notwendigkeit in den Vordergrund kommen. Sie ist wichtiger als vieles andere. Und schließlich, welche Maßnahmen wir zu dieser Zielerreichung setzen. Und hier kommt erstmals die KAGES ins Spiel, weil erst, wenn sie klare Zielvorgaben hat, dann kann sie den operationalen Teil bewältigen. Das ist dann Aufgabe des Marketings, daß Institutionen entstehen, die den realen Bedürfnissen entsprechen, und andererseits sollen aber keine realen Bedürfnisse entstehen, die nicht befriedigt werden können, weil die Institutionen nicht vorhanden sind. Ich weiß schon, daß das Gesundheitswesen unter Druck gerät durch verschiedenste Interessen. Man hat es auch heute wieder gesehen. Persönliche, regionale, parteipolitische, vor allen Dingen aber auch geprägt ist von rasanten Entwicklungen und Veränderungen. Und die müssen aber auch in der Planung berücksichtigt werden. Und zwar sowohl organisatorisch als auch strukturell muß darauf reagiert werden. Es hat ja keinen Sinn, Altes ständig immer nur fortzuschreiben, und wenn Sie Neues wollen, das zusätzlich anzubieten, noch dazu, wo wir wissen, daß im Gesundheitswesen das Angebot erst die Nachfrage induziert, ganz im Gegensatz zur Wirtschaft. Die Entwicklungen sind Ihnen allen bekannt von der Demographie her. Wir wissen, daß die Menschen immer älter werden und chronisch krank. Wo haben wir die Einrichtungen für die chronisch Kranken, die liegen weniger gut in den Akutspitälern. Sie bedürfen dieser Infrastruktur nur sehr selten. Die medizinische Entwicklung läuft eindeutig in Richtung Spezialisierung. Die können wir und sollen wir auch von der Politik her nicht mehr aufhalten. Das heißt aber auch, Spezialisierung bedarf einer Schwerpunktbildung. Spezialitäten können nicht überall angeboten werden, weil die Spezialisten brauchen Frequenz, um ihre fachliche Routine zu erhalten. Das Personal muß ebenfalls entsprechend fachlich geschult sein, und die Geräte sind teuer und sollen ausgelastet sein. Und zur Krankheitsentwicklung ist auch bekannt, daß die Zivilisationskrankheiten immer mehr zunehmen. Das heißt, 52 Prozent sterben heute schon an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und 22 Prozent an sogenannten bösartigen Neubildungen, den Krebserkrankungen. Beide Erkrankungen sind aber sehr gut durch Vorsorge zu beeinflussen. Das heißt andererseits wieder, wenn wir ein Bundesland sind mit nahezu der höchsten Spitalsdichte, sind wir in Wahrheit gegen Vorsorge und Volksgesundheit, andererseits aber müssen für die bereits an dieser Krankheit Leidenden die entsprechenden Einrichtungen vorhanden sein. Der vorgelegte Krankenanstaltenplan hat allerdings den geänderten Stellenwert der Krankenhäuser überhaupt nicht berücksichtigt, zumindest habe ich es nicht feststellen können. Es sind die alten Strukturen fort-

geschrieben worden, und eine Reduktion von Akutbetten war vorgesehen, die allerdings, wenn wir sie wirklich ernst nehmen, manche Krankenhäuser auf eine Größe reduziert hätten oder reduzieren würden, die sowohl ökonomisch als auch medizinisch bedenklich wäre. Das heißt, was geschieht dann mit diesen, welche Aufgaben erfüllen sie dann innerhalb der Einrichtungen des Gesundheitswesens, wohin kommen dann beispielsweise chronisch Kranke, was machen wir mit den Patienten auf der Warteliste, das sind alles offene Fragen. Und vor allem müssen diese Fragen beantwortet sein in einem Gesamtkonzept, damit Einzelprobleme und Willkürentscheidungen nicht gefällt werden müssen, weil sie meist nicht ökonomisch sind und auch nicht effizient.

Wir reden da heute sehr viel von Rationalisierung, vom Sparen. Und ich darf noch einmal auf das vom Kollegen Frizberg schon angesprochene fertige Konzept des Herrn Dr. Moser zurückkommen, das ja offensichtlich vielleicht überhaupt dort schon die Lösung beinhaltet. Dieses Konzept wurde bereits vorgestellt, bei der IKAL in Wien, und wie ich weiß, gibt es auch schon einen Wimpel dafür, und es wird als sogenannter Sparplan für die steirischen Spitäler laut „Standard“ bezeichnet. Ich hoffe nur, daß er neben den Einsparungen der Primarii, die seiner Meinung nach die höchsten Kosten im Spitalsbereich verursachen, auch andere Einsparungen, wie etwa in der Zentrale oder vielleicht sich selbst miteinbezogen, bedacht hat. Mich würde nur interessieren, Herr Landesrat, ob das mit Ihnen abgesprochen war und wozu wir dann hier überhaupt noch diskutieren. Vielleicht ist das überflüssig. (Landesrat Dr. Strenitz: „Gnädige Frau, wir diskutieren über das, was seit einem Jahr auf dem Tisch liegt! Schilcher sagte, es geht um die Menschlichkeit!“) Die Vernunft würde ich sagen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ein kluger Mann, er wurde sogar in den Aufsichtsrat entsendet!“) Darf ich vielleicht den Vorschlag machen, daß Sie dafür sorgen, Herr Landesrat, daß wir dieses Konzept oder dieses Modell einmal vorgestellt bekommen, vielleicht liegt dort wirklich das Gelbe vom Ei drinnen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Wir reden, worüber wir reden!“) Ja, wenn dort das Sparkonzept beinhaltet ist, Sie wissen ja, Planungen haben zehn Jahre Vorlaufzeit, das sollte bereits in die Jahrtausendwende wirksam sein, also legen Sie es uns auf den Tisch. (Landesrat Dr. Strenitz: „Phantasie darf ich haben, aber wir reden über das, was auf dem Tisch liegt!“)

Vor allem würde es uns vielleicht viel in bezug auf die KAG-Novelle ersparen, wenn ich an die Patientenrechte denke, die beinhalten eine intensive Betreuung und Aufklärung der Patienten, macht das dann vielleicht der Hoteldirektor, die Hostessen, diese Fragen wären zu beantworten. (Landesrat Dr. Strenitz: „Hat die ÖVP in Wien zugestimmt, aber Hirschmann schließt es aus!“) Ich möchte nur noch einige Bemerkungen zum Verhalten des Herrn Vorstandsdirektors als Vorstandsdirektor eines Dienstleistungsbetriebes sagen. (Abg. Gennaro: „Welche Vorstandsdirektoren haben wir?“) In dem Fall hat nur einer solche Bemerkungen von sich gegeben, Herr Kollege Gennaro!

Es ist eine eigenartige Vorgangsweise eines Vorstandsdirektors, mit seinen leitenden Angestellten, wie die Abteilungsvorstände, so umzugehen, wie er es

tut. Wenn er meint, daß die Gehälter nicht stimmen, dann ist es ihm unbenommen, das mit ihnen zu regeln. Aber sie ständig, periodisch, in Abständen von einigen Jahren, über die Medien anzuschwärzen und runterzumachen, halte ich nicht für den richtigen Weg. Das ist sicherlich keine klimatische Verbesserung, und er müßte wissen, was Motivation von Mitarbeitern in einem Betrieb bedeutet. Ich weiß außerdem, daß es bereits einen Beschluß des Klinikerausschusses gibt, in dem festgeschrieben ist, daß dieser eine Zusammenarbeit mit ihm in Zukunft für ausgeschlossen hält. Ich frage mich, was die SPÖ und Sie, Herr Landesrat, daraus für Konsequenzen ziehen. Und weil er immer so neidvoll auf die Privathonorare der Vorstände schielt, würde mich auch interessieren, ob er für seine Unterhaltungsshows auch Honorare kassiert und in welche Tasche sie dann wandern, zumal er für die Ausarbeitung seiner Konzepte ja immerhin die Mitarbeiter der KAGES verwendet, die wir ja schlußendlich zahlen.

Kastel zeichnen und Visionen haben mag ja schön sein, aber für das Gesundheitswesen ist das zuwenig. Er soll sich vielleicht lieber darauf stürzen, die Organisationen zu verbessern, vielleicht auch die Betriebsergebnisse zu verbessern und zu einer besseren Zufriedenheit der Mitarbeiter im Spital beizutragen.

Ich möchte jetzt zum Schluß kommen und zusammenfassend noch einmal darauf hinweisen, daß es die Aufgabe der Politik und damit der zuständigen oder des zuständigen Regierungsmitglied ist, die Vorgaben für unser Gesundheitswesen so zu konkretisieren, daß eine sinnvolle, eine leistbare Versorgung unserer Bevölkerung nach einer zeitgemäßen Qualität auch wirklich möglichst gesichert werden kann. Man kann vereinfacht sagen: Sie funktioniert dann, wenn die Leistung in der entsprechenden Qualität, Quantität, am richtigen Ort zum richtigen Zeitpunkt zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden kann. Ich weiß, daß das eine sehr simple Diktion war, ich möchte damit nur darauf hinweisen, daß wir noch zahlreiche Gespräche werden führen müssen, um dahin zu kommen, und ich hoffe, daß wir alle uns zusammensetzen müssen, um Konstruktives zu erarbeiten, damit nämlich gerade die Versorgung des kleinen Mannes nicht dem Zufall überlassen wird und nicht gefährdet ist. Und Sie haben heute so viel zurückgeschaut. Ich würde Sie bitten, schauen wir in die Zukunft. Wenn wir Ärzte soviel zurückschauen, wie es heute die Politik getan hat, dann bräuchten wir nicht mehr Spitäler, sondern mehr Friedhöfe.

Und einen letzten Satz noch zur Gynäkologischen Abteilung Judenburg, die Sie angezogen haben. Erstens halte ich das nicht für fair, ich bin für Judenburg nie ins Feld gezogen, ich habe immer das Gesamtkonzept im Auge, aber gerade an dieser Abteilung können Sie sehen, unter welch sparsamen Umständen gute Arbeit geleistet werden kann. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.42 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

**Abg. Dr. Wabl (14.43 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem sich der erste Sturm auf Ihrer Seite gelegt hat, ist meiner Meinung nach der Weg frei, die Frau

Kollegin Grabensberger hat ja diese Chance schon genützt, sich dem so wichtigen Thema Krankenanstalten, Gesundheit, ernsthaft zu widmen. Es gibt ein Sprichwort, das dieses Problem in all seinen Facetten richtig beleuchtet. Das heißt also: „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts!“ Wenn man also die Diskussion – und ich selbst, Kollege Maitz, wir waren am Sonntag noch beisammen, bin eigentlich bestürzt darüber gewesen – ich bin jetzt noch bestürzt –, mit welcher vordergründigen Polemik man Landesrat Dr. Strenitz, mit dem ich auch nicht immer einer Meinung bin, und es gibt viele Diskussionen im Klub, wo mir manche Reformen unter den Nägeln brennen, aber insgesamt muß ich Ihnen sagen, und das traue ich mich auch festzustellen: Ich bin in Feldbach als Richter tätig, ich bin also in Fürstenfeld zu Hause, und ich könnte es mir leicht machen und sagen, schauen Sie woanders hin, wir haben eine Partnerschaft mit osteuropäischen Ländern, und vergleichen wir den Standard unserer Krankenhäuser. Das will ich gar nicht. Aber wenn ich nur nach Feldbach schaue, welch großartiges Spital dort hingestellt worden ist, mit vielen Investitionen, wie sehr dieses Krankenhaus herbeigesehnt worden ist. Und wenn ich nach Fürstenfeld komme, ich muß Ihnen sagen, es gibt viele Menschen, und, Frau Kollegin Grabensberger, wenn Sie schon hinausgehen – sie ist schon weggegangen –, wenn Sie immer davon sprechen, wie wichtig die Spezialisierung ist. Sie haben natürlich nicht unrecht, daß es heute, in der heutigen Zeit, nicht genügt, beim praktischen Arzt sich auf Verdacht untersuchen zu lassen. Es ist wichtig, zum Internisten zu gehen, eine Blutuntersuchung vorzunehmen, die oft sehr viel Geld kostet, weil man dann viel schneller Ursachen, Krankheitssymptome erkennt. Aber insgesamt glaube ich doch, daß gerade die Standardkrankenhäuser, wie in Fürstenfeld, die Berechtigung haben, in ihrer Ganzheit, in ihrer Behandlung des Menschen als Ganzes – und wenn Sie, Frau Kollegin Grabensberger, immer davon sprechen, na ja, die Gebärdstationen, die sind in Fürstenfeld, in Wagner, in Radkersburg – schon aufgelassen worden – zu klein, weil das zuviel kostet. Das ist immer das Argument. Eine Hebamme dort oder zwei Hebammen, das kostet zuviel. Ich sage Ihnen, und der Kollege Majcen, wir haben gemeinsam, er war federführend in dem Fall, eine Aktion gestartet „Daheim geboren werden“, und die hat großartigen Zuspruch gefunden. Einfach deshalb, weil die Menschen vertraut sein wollen. Und, Kollege Strenitz, lieber Herr Landesrat Dr. Strenitz, nur ein Wort dazu, mit den Journalisten kann man ja nachher auch noch reden, das geht anschließend einfach, ich habe in Erinnerung – jetzt kommt ein Lob, es ist sehr selten in diesem Haus gerade für den Gesundheitslandesrat –, wir haben einmal vor einem Jahr eine Aussprache gehabt im Krankenhaus Fürstenfeld mit allen leitenden Ärzten, mit den Krankenschwestern, über den Ausbau des LKH Fürstenfeld. Obwohl Fürstenfeld vom Standard her sicherlich beeindruckend ist, aber es sind gewisse Räumlichkeiten notwendig für die Ambulanz und andere Adaptierungen, die Hunderte Millionen Schilling kosten, und wir haben dort eine Besprechung gehabt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ach so!“)

Der Landesrat Strenitz weiß es nicht. Ich will ihm hier auch keine Rosen streuen, ich brauche auch nichts, ich will auch nichts werden durch seine Befürwortung, aber wir sind – das soll man auch sagen, man kann ja nicht hier hereingehen und sagen, Dr. Inkompetent, und was weiß ich alles, man muß auch zugehen, daß der Herr Landesrat Strenitz seit vielen Jahren hier tätig ist nach bestem Wissen und Gewissen in Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen. Ich sage Ihnen etwas, die Rahmenbedingungen in Österreich werden ja von ihm nicht allein gestaltet. Auch von uns hier nicht. Da gibt es viele bundesgesetzliche Regelungen, die sehr oft vielen Sachzwängen unterworfen sind. Und wir alle wissen, daß die Gesundheit – wir haben heute gehört von der Spezialisierung, die Automatisierung, es heißt schon, wir brauchen Computer, um die vernetzte Diagnostik hier besser herbeizuführen oder zu bewerkstelligen. Und dann wird ihm vorgeworfen, daß er nicht kompetent ist, daß er das laufen läßt und so weiter. Und ich sage Ihnen dort, vom Primar Stenzel angefangen bis zur Krankenschwester, und der Primar Stenzel, den ich sehr schätze, das ist kein von mir Bestellter, oder daß man sagt, na ja, der macht das mir zuliebe, alle waren sie beeindruckt – das getraue ich mir zu sagen, ich habe es ihm noch nicht erzählt – von seiner Kompetenz, von seinem Engagement und von seinem Fachwissen. Und Sie gehen dann her und fangen zum Schreien an, und in den Medien wird verbreitet, da sitzt ein Landesrat, der nichts versteht davon. Wissen Sie, weshalb ich Sorge habe? Die Menschen sind ja sehr sensibel, was ihre gesundheitliche Versorgung anlangt. Sie haben da ein sehr gutes Gespür, und wir erinnern uns noch daran, wie vor ein paar Jahren in den Medien alle Woche eine Meldung war, am Gang ist ein Mensch gestorben, der ist dort allein gelegen ohne Betreuung, was ja immer wieder vorkommen kann. Es gibt immer Unzulänglichkeiten. Wo Menschen arbeiten, gibt es Fehler. Und nächste Woche war wieder was, und dann hat es geheißen, auch schon damals, die Steirischen Krankenanstalten. Und wenn man die Leute draußen gefragt hat, dann haben sie gesagt, das verstehe ich nicht mehr. Wenn ich nach Fürstenfeld gehe, nach Wagner, Radkersburg, nach Feldbach jetzt, sie fühlen sich bestens betreut mit allen Abstrichen oder mit allen Fehlleistungen, die halt manchmal passieren können. Und Sie stehen dann auf in den Medien und sagen, leider Gottes, und das muß ich Ihnen vorwerfen, auch Herr Klubobmann Vesko, ich schätze Sie sonst, aber in dem Fall haben Sie auch in dieses Geheul mitgestimmt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Oho!“)

Sie weniger, entschuldigen Sie vielmals, aber Sie wissen nicht immer, was der Landesrat Schmid macht, aber in dem Fall war es der Landesrat Schmid, der mit einer sagenhaften Inkompetenz – weil er versteht auch von Wohnbau nicht immer sehr viel, aber in dem Fall ist er sicherlich nicht ganz auf der Höhe der Zeit – dem Landesrat Strenitz vorgeworfen hat, mit den übelsten Adjektiven, daß er davon nichts versteht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Berechtigt!“)

Du kannst es ruhig berichtigen, aber ich war entsetzt. Und ich muß Ihnen sagen, als einer, der sich mit Gesundheitsfragen wirklich beschäftigt, nicht nur, weil ich von da hier, von diesem Pult aus, schon erzählt habe, was man alles mitmacht, wir sehen ja, der Medikamentenverbrauch steigt. Die anderen Kosten stei-

gen. Wir müssen uns immer wieder fragen, sind wir deswegen die Sünder? Worauf kommt es an im Gesundheitswesen? Sind es nur allein die Gelder, die notwendig sind? Es ist die persönliche Einstellung wichtig, aber es ist auch wichtig, und das haben wir nach Lainz gelernt, es hilft nichts, wenn ich noch soviel ausbebe, wenn das Geld am Patienten, bei den Krankenschwestern, bei den Ärzten gefehlt hat. Und da waren Sie alle hundertprozentig dafür, daß die Ärzte aufgestockt worden sind, daß die Krankenschwestern aufgestockt worden sind, da habe ich niemanden gehört, der gesagt hat, das ist zuviel, das geht über die Hutschnur, über den Plafond hinaus. Da waren alle froh. Und seien wir doch ehrlich, wenn wir von der Provinz kommen, jeder hat seine Anliegen, jeder hat seine Sorgen, ob das in Fürstenfeld ist, ob das in der Obersteiermark ist, und da habe ich auch noch niemanden gehört. Da habe ich noch keinen Kollegen Bacher gehört, keine Kollegin Grabensberger, ich bin jetzt verantwortungsbewußt, und in meinem Bezirk machen wir jetzt einmal 20 Jahre Investitionspause, weil das zu teuer ist. Und, Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, weil Sie gerade fortgehen, ich möchte einen Punkt anschneiden, der mir besonders am Herzen liegt und den ich schon lange verfolge. Und Sie haben da eigentlich zu wenig Verständnis für mich gezeigt. Ich weiß schon, daß man bei den Primärärzten nicht Welten einsparen kann. Ich weiß schon, daß das im Gesamtbudget relativ wenig ausmacht. Aber bei der ersten Reform, die ist unter dem Landesrat Heidinger passiert, da kann ich mich erinnern, ich habe hier mehrmals vertreten, ich bin für eine ganz konsequente Lösung, Sie lesen das „Profil“ wahrscheinlich auch ab und zu, wenn Sie Zeit haben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Hie und da – relativ selten!“) Relativ selten, vielleicht werden Sie zu wenig wohlwollend behandelt drinnen? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wirklich nicht!“)

Vielleicht haben Sie keine Zeit. Es freut uns, wenn Sie immer im Dienst in der Steiermark unterwegs sind, aber in dem Fall würde ich Ihnen raten, gerade was die Sondergebührenverteilung betrifft, was die Ärztehonorare betrifft, was die Frage der Privatbetten anlangt und die Frage, wann ist einer Privatpatient, wann ist er ein öffentlicher Patient, um das geht es nämlich auch, daß wir dort Ordnung schaffen. Daß wir wissen, ist das ein öffentlicher Patient, ist das ein anderer Patient. Ich bin überzeugt davon, daß in diesem Bereich Millionen von Schillingen verloren gehen, weil wir keine Übersicht haben, was die Aufteilung der Sondergebühren betrifft.

Und der Primar Funovitsch, haben Sie das gelesen? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich sage dir, lieber Martin, ich nehme dich ernst und rede gerne darüber!“) Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe leider einen Termin, den ich einhalten muß, aber wir reden später weiter!“) Freut mich, ja! Vielleicht können Sie dann nachlesen.

Ich kann mich damals erinnern, da hat es geheißt, bei den Sondergebühren kann man nichts antasten. Ich sage Ihnen, der Kollege Vogel hat damals Konsequenzen vorgenommen, er hat damals im Monat schon über eine Million gehabt. Dann haben wir endlich ein Regressionsmodell eingebaut, und heute sind wir

schon wieder in der Situation, daß es Ungleichheiten gibt. In manchen Spitälern ist das weniger, manchmal mehr. Ich sage Ihnen persönlich, es ist höchste Zeit im Interesse einer vernünftigen Spitalpolitik, daß jene Leute, die dort angestellt sind, ob das jetzt ein Primar oder eine Krankenschwester ist, sie sollen fixe, ordentliche, anständige Gehälter bekommen. Das soll nicht so sein, daß das Grundgehalt niedrig ist, und dann muß man sich mit Sondergebühren etwas dazuverdienen. Ich wäre ein Anhänger davon, der ganze Topf gehört dem Land, und das Land bezahlt seine Leute. Dann ist es nicht notwendig, und wir müssen auch verhindern, Kollege Lopatka, du bist ja auch so sozial eingestellt, ich rede zwar nur vom kleinen Mann, daß zu Mittag manche Primärärzte schon in die Sanatorien abwandern oder ab Mittag kein Betrieb mehr ist, weil dort die Operationen passieren. Nicht bei allen, es gibt Leute, die ihre Aufgabe sehr ernst nehmen. Es gibt aber auch Leute, das „Profil“ zeigt es, aber auch viele andere Berichte, es ist höchste Zeit, meine Herrschaften. Und deswegen bin ich so deprimiert, Kollege Hirschmann, er ist inzwischen weg, daß es die ÖVP-Fraktion der Landesregierung nicht für notwendig erachtet, wir hätten auch ein bißchen mehr Druck dahinter geben können, aber man denkt sich, daß der Vorstand aktiv werden wird. Es wird keine Weisung erteilt. Ich bin sehr neugierig, wann endlich ein vernünftiger Vorschlag – Chibidziura, du wirst mir recht geben – kommen wird, daß dort Ordnung geschaffen wird. Ordentliche Bezahlung für ordentliche Leistung und Transparenz in den Einkünften und ein vernünftiges Gehaltsschema. (Abg. Kowald: „Jawohl!“)

Aber bitte, da hat ja nicht der Kollege Strenitz die Kompetenz. Da geht es einfach darum, daß das an uns herangetragen wird und daß da hier – (Abg. Dr. Frizberg: „Er tut sich schwer!“) Er tut sich nicht schwer, also das Wort bitte vom Klassenkampf ist nicht von unserer Seite gefallen. Das hat der Kollege Maitz hier gesagt, um damit zu dokumentieren, daß man den Primärärzten dort vor allem beim Röntgeninstitut, wenn man denen ein paar Schilling wegnimmt, daß das Klassenkampf ist. Wissen Sie, was das ist? Das ist eine vernünftige Lösung, eine vernünftige Reform im Sinne einer gerechten Einkommensverteilung und vor allem auch im Sinne der Patienten. Daher appelliere ich: Verwenden Sie Ihre Energie nicht nur auf das Anschütten von Landesrat Strenitz und auf das Schlechtmachen der Gesundheitspolitik, die bisher im Land üblich ist, sondern verwenden Sie Ihre Energie dafür, daß im Krankenhaus endlich einmal Ordnung herrscht, gerechte Löhne für entsprechende Leistungen, dann werden es die Leute im Lande draußen danken. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.55 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Heibl.

**Abg. Heibl (14.55 Uhr):** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Wir haben in der Beantwortung von Landesrat Strenitz bestätigt bekommen, welche Bedeutung in Wirklichkeit die Krankenhäuser in unserem Lande für die Wirtschaft, aber auch natürlich für die kranken Leute haben. Und ich bin der Meinung, es stimmt

– und das war ja auch die konkrete Anfrage der ÖVP und der FPÖ –, ob wirklich diese drei Baustelle im Landeskrankenhaus Graz eingestellt wurden, das ist der Fall. Und wenn – und ich werde noch darauf zu sprechen kommen – es eines Beweises bedurft hätte, wie falsch die Budgetpolitik, zumindest in dieser Sache, von der ÖVP und FPÖ ist, hier liegt sie vor. Ich habe hier das Telefax vom 11. November, wo zu lesen ist, die Verwaltungsdirektion und der Wäschetrakt sind sofort einzustellen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Von wem ist das?“) Der Kopf dieses Telefax hat die Bezeichnung „Dipl.-Ing. Dieter Eigner“, die Unterschrift unten ist unleserlich. Die nächste Telefaxnachricht, betreffend Lungenabteilung, Einstellung der Baustelle: „Die oa. Baustelle wird auf weiteres mit sofortiger Wirkung eingestellt“. Der Kopf dieses Schreibens: „Dipl.-Ing. Rudolf Brein, Leoben“.

Ich möchte aber dazusagen, daß am nächsten Tag – am 12. November – bereits wieder ein Telefax gekommen ist, wo die Baustelle Lungenabteilung für 15. November wieder in Trab gebracht wurde. Das heißt: „Baustopp aufgehoben mit sofortiger Wirkung“, die Arbeit wird am 15. November wieder aufgenommen. Das Fax, kann ich Ihnen auch sagen, wieder von „Dieter Eigner“. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wer ist das?“) Das ist der Bauleiter, neme ich an, ich bin ja auch nicht involviert in diese Sache, daß die Instruktionen vom stellvertretenden Direktor gekommen sind, haben wir ja vom Landesrat gehört. Und ich bin sicher überzeugt, und jetzt sage ich, was die Einstellung dieser Baustelle betroffen hat, trifft mich natürlich sehr schwer. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wahrscheinlich dieser stellvertretende Direktor „die Hose voll gehabt hat“, auf Steirisch gesagt, weil er ja für 1994 nicht gewußt hat, welches Geld er hat. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber rede nicht! Eine miese Angelegenheit!“) Herr Vesko, da ist keine miese Angelegenheit dabei. Ich sage Ihnen nur, daß die Bauarbeiten für diese drei Baustellen zumindest um einiges schneller waren, als die Vorausschau bedacht war, und daß die Baufirmen auf ihr Geld nicht warten und die anderen Firmen natürlich auch nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das sagen Sie dem Herrn Landesrat, und nicht mir!“) Sehen Sie, Sie sind gut informiert.

Daß es natürlich, Herr Vesko, eine Verärgerung bei den Baufirmen gegeben hat, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wenn von einem Tag auf den anderen oder wenn von einer Stunde zur anderen mittels Fax drei Baustellen einfach eingestellt werden. Sie haben das als mies bezeichnet. Ich kritisiere jedenfalls diese Vorgangsweise, wer immer die Schuld trägt.

Also, wenn es auch in der Lungenabteilung wieder weitergeht, so ist die Baustelle, was die Umbauten Wäscherei und Verwaltungsdirektion betrifft, nach wie vor unklar. (Landesrat Dr. Strenitz: „Weil mich der Schmid ablehnt!“) Und ich kann Ihnen nur sagen, und Sie wissen alle, daß nach dem Wohnbau die Sanierung der Krankenhäuser in unserem Lande mit Abstand der zweitgrößte Auftraggeber ist im Hochbau und daß die steirischen Baufirmen auf diese kontinuierliche Vergabe von Aufträgen angewiesen sind. Und ich sage Ihnen nur, daß das Auftragsvolumen – bitte, ist nicht unbedingt LKH-Sache – in der Steiermark in der Bauwirtschaft 1993 um zirka 12 Prozent zurückgegangen ist, und wir sind an die letzte Stelle, was das Auftragsvolumen betrifft, aller Bundesländer abgesackt.

Meine geschätzten Damen und Herren, die heute Billigbauten beklatschen oder versuchen, die ganze Sache im LKH-Bau hinauszuzögern und sich dafür einsetzen, sind nämlich dann meistens die ersten, die schreien, wenn irgend etwas danebengeht, wenn irgend etwas nicht in Ordnung geht, und sagen „na, warum tuts ihr denn nichts weiter, ihr machts ja nichts!“, diese Leute sind dann in Wirklichkeit die ersten.

Und wir dürfen uns ja, Herr Klubobmann, nicht schrecken, wenn diese Vorgangsweise die Krankenhausinvestitionen, wenn wir sie in Frage stellen beziehungsweise auch ablehnen, zumindest vorübergehend, daß das nur die vorhandene Meinung stärkt, die Politik ist in Wirklichkeit nicht mehr berechenbar. Und die Konsequenzen daraus hat mit Sicherheit die Bevölkerung zu tragen.

Ich bin der Meinung, daß hier teilweise mit Menschenschicksalen umgesprungen wird, das unterträglich ist. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist schon wieder eine Unterstellung!“) Außerdem ist das Ganze, Herr Vesko, eine Pflanzerei der Patienten und der Bediensteten! (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage Ihnen, so nicht! Und ich selbst arbeite sei sieben Wochenenden im Landeskrankenhaus in der Krebsstation unter Anleitung des Herrn Friedensreich Hundertwasser gratis mit meinen Freunden zum Nulltarif, damit wir diesen Menschen eine schönere Umwelt gestalten können. Und ich kann Ihnen sagen, ich weiß, welche Situation und welche bauliche Situation in unseren Krankenhäusern besteht und was es hier noch überall zu renovieren gibt, obwohl sehr viel bereits in den vergangenen Jahren gemacht wurde. Und wir wissen, daß in den letzten Jahren 5 Milliarden in die Bauwirtschaft geflossen sind aus diesem Krankenhausbau und daß es einen Zehn-jahresplan gibt, wo wir jährlich uns einig waren, 1,4 Milliarden für die baulichen Maßnahmen zu investieren.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: So geht das nicht! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Eine Panikmache, eine ganz schändliche Politik!“) Wissen Sie was, ich rate allen, die heute hier in diesem Haus auch darüber hinaus Ferndiagnosen betreiben, die groß reden von den Landeskrankenhäusern: Gehen Sie einmal selbst raus, gehen Sie durch die Häuser und besuchen Sie nicht nur Ihre Bekannten und Verwandten, dann werden Sie sehen, welche Aufgaben noch in diesen Häusern fällig und notwendig sind. Und sagen Sie mir, wo Sie am baulichen Sektor dort einsparen wollen oder können, ich habe Sie heute zumindestens von Ihnen nicht gehört! (Beifall bei der SPÖ. – 15.05 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Am Wort ist der Herr Abgeordnete Bacher.

**Abg. Bacher** (15.05 Uhr: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Heibl, ich weiß nicht, ob du dir bewußt bist, was du gesagt hast. Erstens einmal möchte ich festhalten, daß die steirischen Spitäler für die Versorgung der Patienten da sind. Bestmögliche medizinische Versorgung bedeutet natürlich auch, daß wir gut ausgestat-

tete Häuser haben und auch von der baulichen Adaptierung her am neuesten Stand sind. Aber diese Panikmache (Abg. Heibl: „Kollege Bacher, die ist nicht von mir gekommen! Ich habe gesagt, so geht das nicht!“), diese Panikmache ist schärfstens zu verurteilen. Kollege Heibl, wer hat denn bitte den Bau einstellen lassen, warum ist das passiert, bis Ende 1993 gibt es ein Budget. (Abg. Vollmann: „Kennst du dich in der KAGES aus?“) Wenn ich dann höre: Zwei Tage oder eine Woche später wird der Bau wieder aufgenommen, das kann ja bitte nicht wahr sein. Was soll denn das bitte sein? Ich sage, ihr macht da eine Panikmache!

Herr Kollege Strenitz, warum gelingt es Ihnen nicht, in unsere steirischen Spitäler eine Ruhe hineinzubringen? Ich frage Sie wirklich! (Landesrat Dr. Strenitz: „Da fragen Sie mich!“) Moment einmal, weil Sie haben in Wahrheit diese Standortdiskussion mit dem Einbringen des neuen Krankenanstaltenplanes von neuem angezettelt. Ich habe es auch gesagt in dieser Suter-und-Suter-Kommission. Ich habe nicht nur sachliche Einwände gehabt, natürlich auch politisch, weil ich der Meinung bin, daß diese Spitäler draußen – der Kollege Wabl und jeder, der da herinnen sitzt, natürlich enormes Interesse hat, daß sein Spital in seiner Region erhalten bleibt. Nur, was ist passiert bitte? Wir wissen bis heute nicht, was in Mariazell passiert. Wir wissen bis heute nicht, was in Bad Aussee passiert. Es sind auf der Stolzalpe Investitionen geplant, und wir wissen nicht, was wir zukünftig dort für einen Versorgungsauftrag haben. Dort müssen wir ja beginnen zu sagen, was ist die zukünftige Aufgabe, wie statte ich dieses Krankenhaus aus, und dann setze ich einen Investitionsplan mit Folgekosten dazu, und in welchem Zeitraum baue ich dieses Krankenhaus aus. Das war ja auch das Problem des letzten Krankenanstaltenplanes. Sie selber, Herr Landesrat, haben gesagt, es war eigentlich der Mercedes, den wir uns nicht leisten können. Jetzt haben wir einen VW-Golf, und wir müssen neuerlich umplanen. Das ist Ihre politische Aufgabe zu schauen, daß endlich Ruhe in unsere Spitäler kommt. Das haben letzten Endes die Bediensteten und die Patienten verdient, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich fordere Sie auch auf, endlich einmal im Vorstand klare Worte zu sprechen. Was soll ich davon halten, wenn es Konzepte gibt, eine Art Großwetterlage. Vielleicht ist der Herr DDr. Moser der neue Belcredi der Krankenanstalten. m. b. H., der über die einzelnen Spitalsstandorte Wolken, Sonnenschein und ich weiß nicht was alles aufzeichnet. Das nächste ist die Dezentralisierungsideenskizze des Dr. Moser. Was soll ich davon halten, regionale Ges. m. b. H., Golden Age Ges. m. b. H., Orthopädie Ges. m. b. H., Tiefgaragen Ges. m. b. H., Notfallszentrums Ges. m. b. H. Bedeutet das, daß wir alles verscherneln und verkaufen? Das ist auch Ihre Aufgabe, endlich in diesem Bereich Ruhe zu machen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Die Ges. m. b. H. ist von euch!“)

Der Vorschlag, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ist vom Vorstand der KAGES gekommen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Der Grundgedanke ist von euch!“) So kann man es bitte nicht sagen, weil Aktiengesellschaften haben wir genug!

Der Kollege Wabl hat angeschnitten die Situation bei den besonderen und ambulanten Gebühren. Selbstverständlich soll der Vorstand einen Vorschlag ausarbeiten. Ich bin auch der Meinung, man sollte mit diesen Dingen aufhören. Man sollte die Ärzte ordentlich bezahlen. Und eines fällt mir auf, Herr Landesrat, wenn wir von der Einnahmenseite reden, verweisen Sie immer darauf, daß Sie eigentlich nicht zuständig sind, nichts dafür können, und letzten Endes – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Die Zuständigkeit haben Sie ihm weggenommen!“) Aber er ist doch noch Landesrat für Spitals- und Gesundheitswesen!

Wir warten auf einen Vorschlag von Ihnen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie können das mit uns gerne diskutieren!“) Die Ambulanzgebühren zum Beispiel werden über die Rechtsabteilung 12 verordnet, die unterstützt Ihnen ja. Die Pflegegebührensätze werden über die Rechtsabteilung 12 verordnet. (Landesrat Dr. Strenitz: „Aber sie werden verhandelt durch die KAGES!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Durch Regierungsbeschluß!“)

Bitte, warum seid ihr nicht bereit, in dem Bereich mit uns zu diskutieren? Ihr werft uns nur immer vor, daß wir schwarzmalen, aber in dem Bereich seid ihr nicht bereit, nur einmal mit uns darüber zu diskutieren! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Nehmen Sie das wieder zurück!“)

Bei der letzten Budgetdebatte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hat der Herr Landesrat Strenitz folgendes gesagt: Dort, wo wir Einfluß haben, nämlich im Verrechnungssystem zwischen dem Land Steiermark beziehungsweise der KAGES und der Gebietskrankenkasse, werden wir im nächsten Jahr einen großen Schritt weiterkommen, weil wir dabei sind, die kostenbezogene Verrechnung wahrscheinlich als erstes Bundesland in Österreich unter Dach und Fach zu bringen. Ich frage Sie, Herr Landesrat, wie weit sind wir da bei dieser fallbezogenen Abrechnung als erstes Bundesland von Österreich? (Landesrat Dr. Strenitz: „Es wird zwischen der KAGES und dem Vorstand verhandelt!“) Gibt es einen Abschluß? Gibt es keinen? Wir sind ja kurz davor gestanden. Angeblich? (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Angelegenheit des Vorstandes!“) Nein, Sie schieben interessanterweise immer alles ab. Ich frage mich dann wirklich, wofür Sie zuständig sind. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Es gibt Kompetenzfestlegungen! Das ist eure Konzeption, sind eure Beschlüsse!“) Um das geht es ja bitte nicht. Aber Sie haben eine politische Verantwortung für die Spitäler und für 11.000 Leute und für viele hunderttausend Patienten. Jedesmal, wenn man Sie auffordert, etwas zu unternehmen, sagen Sie, wir sind nicht zuständig. (Abg. Gennaro: „Bacher, paß auf, du sitzt im Vorstand der Kasse!“)

Ich weiß schon, was ich sage, lieber Kollege Gennaro, weil das Spielchen geht immer hin und her. Nur Faktum ist, bei diesen Zahlen, die jetzt vorliegen, daß wir die Verweildauer gekürzt haben, daß wir in der Steiermark eine der niedrigsten Pflegegebührensätze von Österreich haben, daß das Land immer

mehr drauflegen muß. Da haben wir ja auch ein Interesse für ein besseres Finanzierungssystem. Wir bekommen zum Beispiel für eine physikalische Behandlung im Quartal 19 Schilling! Die Bediensteten fragen sich, was ist ihre Arbeit wert, die sie da im Krankenhaus leisten? Und jedes Mal, wenn wir diese Frage an Sie, Herr Landesrat, richten, heißt es, da haben wir keine Zuständigkeit. Es gibt einen Finanzdirektor in der KAGES, der sehr wohl besser mit den Kassen verhandeln muß. (Abg. Dr. Karisch: „19 Schilling ist wenig!“) Bitte, Kollege Gennaro, ich glaube schon, daß das auch den Landesrat betrifft. Und du weißt es ganz genau, daß wir enorme Probleme haben mit der Finanzierung der steirischen Spitäler. Daher ist es wichtig, über dieses Themen zu reden, und daher wird es auch wichtig sein, ganz intensiv über diesen Kontrollrechnungshofbericht der Ambulanzabrechnungen zu diskutieren. (Abg. Gennaro: „Dann kläre deine Kollegin auf!“) Sie werden sich dann selber zu Wort melden.

Abschließend ich bin schon der Meinung, daß Sie nicht nur Spitalslandesrat sind, sondern auch Gesundheitslandesrat. Und es hat Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner beim Spitalsgipfel im Jahr 1991 gesagt, ich habe es mir ganz genau durchgelesen, „wir werden ständig über die Finanzierung stolpern, wenn wir nicht endlich strukturelle Veränderungen in unseren Spitälern machen“ – (Abg. Dörflinger: „Macht einen Vorschlag!“) Kollege Dörflinger, höre zu, „wenn wir nicht mehr finanzielle Mittel für die Vor- und Nachsorge bereitstellen“. Daher glaube ich auch, daß jetzt der Zeitpunkt wäre, mit diesem neuen Krankenanstaltenplan den Beginn zu machen. Und ich halte es wirklich für unzumutbar, daß diese Diskussion von eurer Seite so geführt wird, daß wir die Zusperrer sind, die Verunsicherer sind. Im Gegenteil, nehmen wir die Chance wahr, die wir auch anbieten, über diese Probleme ernstlich zu diskutieren. (Abg. Vollmann: „Sagt, was ihr wollt! Nur herumreden ist zuwenig!“)

Kollege Vollmann, nicht herumreden, sondern einmal bereit sein, auch auf unsere Vorschläge einzugehen. Wir haben gesagt, klare Aufgabenstellung für die einzelnen Häuser. Wo sind die Schwerpunktsetzungen? Vorschläge bitte! (Abg. Dörflinger: „Du bist schlecht informiert! Wir haben gar nicht verhandelt!“) Natürlich haben wir verhandelt! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Laut Regierungsäußerung sind das informelle Gespräche gewesen! Hirschmann, das waren doch informelle Gespräche?“) Kollege Dörflinger, wir sind stundenlang zusammengesessen und haben darüber diskutiert. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das waren informelle Gespräche!“) Kollege Dörflinger, anscheinend redet ihr nicht miteinander. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Es wird informell viel mehr geredet!“) Nein, das glaube ich nicht. Weil der Kollege Dörflinger sagt heute da am Rednerpult, wir sind dagegen, daß die Stolzalpe ausgebaut wird. (Abg. Dörflinger: „Ha, du warst bei einer anderen Sitzung!“) Hast du gesagt, bitte! Ich habe dir sehr genau zugehört. Weißt du in der Zwischenzeit, was zukünftig die Aufgabenstellung ist? Ich weiß ja schon, du hast ja keine Zeit für solche Dinge, weil du ständig demonstrieren mußt für irgendwelche Übernahmen, zum Beispiel Stolzalpenstraße.

Nur abschließend eines, Herr Landesrat, nehmen Sie Ihre Aufgaben wahr, gemeinsam werden wir dieses Problem lösen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.17 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dörflinger gemeldet. Ich nehme an, er weiß, was er berichtet.

**Abg. Dörflinger (15.18 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Kollege Bacher dürfte bei einer anderen Sitzung gewesen sein als ich. Ich habe mir erlaubt festzustellen von diesem Rednerpult aus, daß ich von der ÖVP, vom Herrn Abgeordneten Frizberg, gehört habe, daß erstens das Personal außerhalb jeder Diskussion steht und daß der Abgeordnete Frizberg gesagt hat, von der Stolzalpe bis Leibnitz, von Radkersburg bis Bad Aussee sind auch alle Investitionen außer Frage gestellt. Also, ich habe nie behauptet, daß die ÖVP gesagt hätte, die Stolzalpe soll nicht gebaut werden. Ich habe nur behauptet, daß Sie heute die Möglichkeit haben werden, bei dem Beschlußantrag, das, was Sie blumig und wortreich erklärt haben, mittels Handheben auch tatsächlich zu beweisen, ob Sie es nämlich ernst meinen oder nicht. (15.19 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ja, so macht man eine tatsächliche Berichtigung. Danke schön!

Am Wort ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

**Landesrat Dr. Strenitz (15.20 Uhr):** Meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Kollegen Bacher ganz kurz etwas sagen, und das sage ich jetzt auch in gegenseitigem Respekt, denn ich habe Sie im vergangenen Jahr, vor allem in den Verhandlungen hier, die wir über mehrere Hunderte Stunden geführt haben, schätzen gelernt als einen sehr konstruktiven Mitarbeiter.

Ich sage nur, daß diese Verhandlungen, die Sie geführt haben, ich viele andere, von einiger Seite sehr relativiert worden sind. Aber da können wir nichts dafür. Ich sage, ich habe Sie schätzen gelernt. Ich habe mich nur in einem Punkt gemeldet. Nicht zu einer tatsächlichen Berichtigung, aber weil Sie gemeint haben, Kollege Bacher, man möge aufhören mit der Verunsicherung der Häuser durch den nunmehr vorliegenden Krankenanstaltenplan. Da bitte ich doch, mit mir zu sehen, daß nicht ich es bin, der da eine Verunsicherung hinausgetragen hat, sondern daß ich von Anfang an gesagt habe, Standortgarantie für jedes Haus. Wir wissen schon, wo unsere Differenzen sind: In der Auffassung und in der Philosophie, und ich lege sie auch gerne hier nochmals dar. Es gibt einige Häuser, über deren medizinisches Angebot, bezogen auf das Jahr 2004, wir nachdenken müssen. Es ist eine Handvoll. Die Insider wissen es, Sie wissen es, ich weiß es. Und da habe ich gesagt, Freunde, es wäre falsch, heute normieren zu wollen, gleichsam vom Sessel eines Zentralkomitees, in Bad Aussee passiert im Jahr 2004 dies, in Mariazell das, in Fürstenfeld das und in Mürzzuschlag das, damit haben wir sie ohnedies schon alle. Das wäre nicht möglich, weil die rasante Entwicklung der Medizin es nicht zuläßt, heute bindend zu sagen, was heute in zehn Jahren wo passiert.

Und weil wir auch glauben, daß wir eine ausgegliederte Gesellschaft und einen Vorstand haben, die eine gewisse Manövriermasse haben soll, die unternehmerisches Denken zeigen soll, und wir sind, Kollege Bacher, gerne bereit, in den jetzt weiterfolgenden Gesprächen die Ideen und Überlegungen des Vorstandes für diese einzelnen, gar nicht sehr vielen, Häuser auf den Tisch zu legen und miteinander zu diskutieren. Das ist aber auch, glaube ich, der einzige Unterschied unserer Auffassungen in diesem Bereich.

Und darf ich noch ein Zweites sagen. Sie haben mich gefragt, was sind die Kompetenzen des Krankenanstalten- und Gesundheitslandesrates? Die sind ganz klar, wie haben sie definiert am 1. Oktober 1992, die politische Kompetenz – und ich glaube, dieser Kompetenz nachgekommen zu sein – in der Frage Erlassung des Gesundheitsplanes, wie immer Sie im Augenblick dazu stehen, dieses Ziel-, Zeit- und Aktionsvorsorgeprogrammes, des Krankenanstaltenplanes, des stationären Pflegebettenprogrammes, die Abstimmung dieser Dinge mit Gebietskrankenkasse und Ärztekammer und, und, und. Ob das von Ihnen jetzt als gut oder nicht gut bewertet wird, ist etwas anderes. Ich habe diese Dinge auf den Tisch gelegt.

Und ein Zweites: Wo liegen meine Kompetenzen? Sie sind in diesem Regierungsbeschluß vom 17. Juli 1992 eindeutig definiert. Ich merke mir dieses Datum immer deshalb so gerne, weil der 17. Juli auch mein Hochzeitstag ist. Aber sie sind in diesem Regierungsbeschluß eindeutig definiert über mindestens drei Seiten. Die Zustimmung zu Neubauten, zu Umbauten, zur Errichtung oder Schließung von Abteilungen, zur Anschaffung von Großgeräten und, und, und – drei Seiten. Aber nichts steht drinnen – und da bitte ich wirklich um Aufmerksamkeit – über eine Kompetenz des Regierungsmitteldes zur Beschaffung von Einnahmen. Das ist seinerzeit in den Parteiengesprächen immer wieder diskutiert worden, aber es ist hinausgekommen. Das ist die Situation, und die wollte ich in aller Ruhe dem Hohen Haus schildern. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Am Wort ist der Herr Klubobmann Trampusch.

**Abg. Trampusch (15.25 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte jetzt den Beschlußantrag meines Klubs einbringen. Bevor ich das aber tue, darf ich bitten, drei Feststellungen treffen zu dürfen. Die erste betrifft, nach dem Verursacherprinzip, daß wir uns alle noch einmal überlegen, wieso wir heute eine so ausführliche Spitalsdebatte führen. Und da gilt wirklich das Verursacherprinzip. Nicht jetzt uns zu unterstellen, wir machen Panikmache. Denn, wie war denn der Ablauf?

Der Landesrat Ressel hat einen Budgetentwurf eingebracht. Die Regierung hat diesen Entwurf zwar weitergeleitet, aber sozusagen mehrheitlich nicht gutgeheißen. Und im gleichen Atemzug und laut in der Öffentlichkeit wurde von der ÖVP, aber auch von der FPÖ gesagt, daß sozusagen die Kostenexplosion bei den Spitälern das Landesbudget in Zukunft unmöglich macht, daß man daher sparen muß. Das heißt: Jeder, der das gehört hat in der Steiermark, muß doch zu dem Schluß kommen, bei den Spitälern muß gespart wer-

den. Das steht im Raum. Und das ist das Verursacherprinzip, und jetzt wundert man sich da auf der rechten Seite des Hauses, wieso plötzlich Leute Angst kriegen und glauben, daß nicht mehr weitergebaut wird, daß nicht mehr das notwendige Personal sichergestellt ist. Ja Leute, da muß man wirklich einmal fragen, wieso stellt man Ablehnung des Budgets 1994 sozusagen in einen Satz mit der Bemerkung, die Kostenexplosion bei den Spitälern ist schuld, daß wir diesem Budget 1994 nicht zustimmen können? Wenn ich danach vorgehe, dann ist ganz klar, wer hier in der Steiermark Verursacher dieser heutigen Debatte und aller dieser Befürchtungen, die in den letzten Tagen laut geworden sind, ist. Da lassen wir uns die Schuld dafür sicher nicht in die Schuhe schieben.

Zweite Bemerkung: Gerade weil heute immer davon geredet worden ist, der Landesrat Dr. Strenitz ist sozusagen für die Finanzierung verantwortlich. Ich darf jetzt – und da sind wir uns alle einig, daß möglichst viel gebaut werden soll – einen stolzen Rundbrief unseres Abgeordneten und Landesparteisekretärs Lopatka nur auszugsweise zur Kenntnis bringen, er ist leider nicht da.

Der hat am 11. Juni 1991 voll Stolz an alle Haushalte im Bezirk Hartberg geschrieben unter anderem, „der Neubau wird mehr als 600 Millionen Schilling kosten“ – inzwischen wissen wir, daß es mehr wird –, „valoriert bis zur Fertigstellung 825, 10 Millionen hat der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer bereits im diesjährigen Budget für Architektenwettbewerbe bereitgestellt, die weiteren Mittel hat der Landeshauptmann Dr. Krainer für die nächsten Jahre zugesichert“. Also das heißt, das Spital Hartberg ist längst vom Landeshauptmann Dr. Krainer finanziert. So ist es in einer Haushaltsabdeckung im ganzen Bezirk schon längst verkauft. Aber es steht unten als letzter Satz, Herr Kollege, „mit den besten Wünschen für erholsame Urlaubstage“. Die ÖVP ist anscheinend seither auf Urlaub gegangen. Wenn sie heute das Gegenteil behauptet, daß sozusagen der Landesrat Dr. Strenitz schuld ist, wenn irgendwo was nicht finanziert wird. Ist ja schon längst verkauft als Erfolg der ÖVP. (Beifall bei der SPÖ.)

Letzte Vorbemerkung: Der Herr Dr. Frizberg hat zu Beginn dauernd davon geredet, daß man mehr wirtschaftlich denken soll. Aber er hat keinen einzigen Sparvorschlag dazu eingebracht. Ich kann mich doch da nicht herstellen und sagen, wir können sparen, sozusagen das Landesbudget sanieren und langfristig die Spitäler, also die Aufwände und auch die Investitionen für die Spitäler damit absichern. Und dann gehe ich wieder und setze mich hin und bringe keinen einzigen Vorschlag. Meine Damen und Herren, das wird euch genau so – (Abg. Schützenhöfer: „Drei Sparvorschläge sofort!“) Entschuldigung, du hast einen Vorschlag gebracht, den du beim Moser abgeschrieben hast: Die Patienten sollen selbst Tee kochen. Ich berichtige, das war ein Sparvorschlag, den du dir ausgeliehen hast, aber zu dem wir nicht stehen, das sage ich auch gleich dazu.

Aber ein Letztes, und das wird uns bei der Einbringung, bei der Beschlußfassung des Provisoriums, das sich die Mehrheit wünscht, und dann irgendwann im nächsten Jahr bei der Budgetdebatte genau so gehen, wenn man sehr konkrete Sparvorschläge haben will,

dann ist niemand da von eurer Fraktion, der tatsächlich Vorschläge macht, und daher sind wir der Auffassung, man soll nicht nebulos Sparefroh spielen, wenn man in der Praxis nicht in der Lage ist, auch nur einen einzigen konkreten Vorschlag in diesen wichtigen Bereich einzubringen.

Weil gesagt wird, wir setzen einen Ausschuß ein, ich erkläre heute schon, für das Budget 1994 ist es ein Alibiausschuß und nichts mehr, denn wenn dort wirklich was erfunden wird, was man eigentlich schon längst wissen mußte, weil – wie heute der Herr Landeshauptmann Schachner gesagt hat – das Budget ist nicht ausgebrochen bei der Regierungssitzung, sondern die Eckdaten waren längst vorher bekannt, dann wird man bis Februar nicht diese Wunder erfinden, die notwendig sind, und plötzlich ein ganz anderes Budget 1994 zu machen. Es gibt eine Möglichkeit. Wir ändern Gesetze im Hohen Haus und reduzieren Pflichtausgaben. Und das wird irgendwann im Herbst 1994 oder vielleicht zu Beginn 1995 wirksam, und damit wollen Sie das Budget 1994 gestalten. Also, wenn die Zeitrechnung stimmt, meine Damen und Herren, dann können Sie wirklich nicht einmal den Kalender lesen.

Aber ein Letztes, ich möchte das jetzt einbringen, was ich angekündigt habe, den Beschlußantrag der gesamten SPÖ-Landtagsfraktion, betreffend das Budget 1994 der steirischen Krankenhäuser. Das ist Gegenstand unserer jetzigen Diskussion: Ich zitiere:

Im Interesse einer zeitgemäßen – (Abg. Schützenhöfer: „Ihr seid zuständig!“) du kannst mich unterbrechen, wenn du einen Vorschlag hast, aber du hast keinen! – medizinischen Versorgung aller Steirerinnen und Steirer in unseren 20 steirischen Landeskrankenhäusern, der Kliniken, ihrer Aufgaben in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Spitzenmedizin, der Wahrung und Ausschöpfung der in Aussicht stehenden Bundeszuschüsse, für 1994 672 Millionen, mittelfristig 50 Prozent von 9,1 Milliarden, im Interesse der Schaffung einer zeitgemäßen Bauqualität in unseren Landeskrankenhäusern, der gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendigen Investitionen und der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Verhinderung einer Demontage des Gesundheits- und Sozialbereiches, der Verhinderung einer Zweiklassenmedizin und der Beendigung der ständigen Verunsicherung der Steirerinnen und Steirer, der Patienten und der über 12.000 Mitarbeiter unserer Krankenanstalten stellen die gefertigten Abgeordneten daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens als ermächtigendes Organ für die Generalversammlung durch Beschluß das Investitionsbudget 1994 der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft in Höhe von insgesamt 1,930 Milliarden – beinhaltend die nachstehenden Projekte – sicherzustellen, und ich zähle auf ganz punktuell, weil um das geht es in Wirklichkeit, meine Damen und Herren:

Leoben/Eisenerz – Umbau Frauenhaus, Planung; Fürstenfeld – Planung erste Bauphase; Hartberg – Neubau, Planung; Knittelfeld – Zubau, Planung; Mariazell – Zielplanung; Mürzzuschlag – Planung Zubau Phase eins; Rottenmann – Adaptierung EGBau, zweite Planung; Wagna – Zubau, Planung; Landes-Nervenklinik – Planung B-10, ebenso Planung D-West.

Dann in den anderen Krankenhäusern: Bruck – Neubau; Leoben/Eisenerz; Mürzzuschlag – Küche/OP; Judenburg – Sanitär/Ausbau erste Etappe; Mariazell – Maßnahmen aus Zielplanung; Hörgas-Enzenbach – Generalsanierung Enzenbach; Landes-Sonderkrankenhaus – Stationsumbau C7, C8; ebenso im gleichen Krankenhaus Dachsanierung, Fassaden; Stolzalpe – Operatives Zentrum (Haus eins); Schwanberg – Frauen II, Umbau des restlichen Teiles; Feldbach – Radiologie.

In diesem Zusammenhang die Maßnahmen für das Jahr 1994: 362 Millionen.

Dann weiters: Landeskrankenhaus Graz, Universitätskliniken, Projekt „LKH 2000“. Und hier: Neubau Tiefgarage, Neurochirurgisch-Intensiv, Unfall-OP, Renovierung Zentralröntgen EG, medizinischer Erweiterungsbau 1, Renovierung Augenklinik, Renovierung OP Derma, Renovierung Frauenklinik, Tunnel/Haus-technik, Generalsanierung Kinderklinik/Zubau, Renovierung Infektion HNO, Neubau Haupteingang, Renovierung Lungen – Psychische.

Gesamt: 822 Millionen Schilling, wovon noch – bitte zuhören – nur 150 Millionen Landesmittel sind. Weil ja sozusagen in diesen 822 Millionen die Bundesleistungen im weitesten Sinne beinhaltet sind.

Zweitens den Beschluß fassen, im Personalbereich der Steiermärkischen Krankenanstalten keine Kündigungen oder Reduktionen zuzulassen und drittens den Beschluß zu fassen, den für 1994 im Personalbereich gemäß internationaler Richtlinien vorgesehenen Standard sicherzustellen.

Ich darf um Annahme dieses Beschlusses bitten und überreiche ihn hiermit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

**Abg. Dr. Lopatka (15.35 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vieles ist schon gesagt worden. Ich möchte es aber noch einmal auf den Punkt bringen, der uns in dieses Dilemma, was die Spitalspolitik betrifft, in der Steiermark gebracht hat. Es freut mich, daß der Spitals- und Gesundheitslandesrat heute plötzlich nicht erkrankt ist, sondern hier anwesend ist. Am Mittwoch, dem 27. 10., als es um die Schlußbesprechung des Landesrechnungshofberichtes über die Verschwendung von Millionen bei den Ambulanzgebühren gegangen ist, hat Landesrat Dr. Dieter Strenitz kurzfristig krankheitshalber absagen müssen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich gebe Ihnen gerne die Telefonnummer meines Hausarztes, da können Sie sich informieren!“) Noch einmal, ich habe überhaupt nichts zum Bericht gesagt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Meine Gesundheit geht Sie einen Schmarren an!“) Ich wiederhole, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt – (Landesrat Dr. Strenitz: „Unerhört ist das!“) schauen Sie, was habe ich gesagt. Ich habe nur Fakten wiederholt: Am 27. 10. – (Landesrat Dr. Strenitz: „Frechheit!“) Ich komme jetzt weiter, Sie werden gleich wissen, warum sich der Herr Landesrat, Entschuldigung (Landesrat Dr. Strenitz: „Die Frechheit eines jungen Mannes ist das!“), der Herr Landesrat weiß, warum er sich jetzt so erregt hat.

Am 27. 10., am Mittwoch, als die Schlußbesprechung des Landesrechnungshofberichtes über die Versenkung von Millionen bei den Ambulanzgebühren angesetzt war, hat sich Landesrat Dr. Dieter Strenitz krankheitshalber entschuldigt. (Abg. Tramusch: „Ist das ein Verbrechen?“) Einen Tag später, am Donnerstag, dem 28. 10., ist der Herr Landesrat pumperlgesund, um einen Logenplatz in der Grazer Oper einzunehmen, um die Galapremiere des „Barbiers von Sevilla“ mit seiner Anwesenheit zu beehren. Der Logenplatz, das ist der Platz, der Ihnen am besten gefällt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie sind ein kleinlicher Giftspritzer!“) Herr Landesrat, der Logenplatz, das ist der liebste Platz, den Sie sehr gerne haben. Fußfrei, den Blick auf die Bühne des Geschehens zu werfen, das behagt dem Herrn Landesrat! (Abg. Tramusch: „Das ist kein sachlicher Beitrag! Wenn ihr keine besseren Vorschläge habt, dann lassen Sie es bleiben!“) Das ist sehr sachlich. Wenn es um den Inhalt geht - (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte den Herrn Abgeordneten Lopatka, sich etwas zu maßigen!“) Ja!

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es nicht um die Sache ginge, hätte ich es nicht gesagt. Wenn es um den Inhalt geht, ist der Herr Landesrat unzuständig, oder er ist krank. Er hat am 27. 10. krankheitsbedingt bei der Schlußbesprechung nicht teilnehmen können, einen Tag danach, ich wiederhole mich, ist der Herr Landesrat pumperlgesund - wie wir Steirer sagen -, um in der Loge in der Oper Platz zu nehmen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber mit dem Hausarzt!“) Der Hausarzt? Das weiß ich nicht, ob der dabei war. Der Logenplatz, das ist der liebste Platz des Herrn Landesrates, fußfrei, den Blick auf die Bühne des Geschehens zu werfen. (Abg. Dörflinger: „Wo sonst immer der Herr Landeshauptmann Platz nimmt!“) Besprechungen mit dem Landesrechnungshof, das gefällt dem Herrn Landesrat nicht.

Wenn es stimmt, was in den letzten Tagen in den steirischen Tageszeitungen zu lesen war, und wenn ich mir heute die Verantwortung des Herrn Landesrates anhöre; dann kommt es ja noch dicker. Er steht hier und behauptet von sich aus, daß er nicht zuständig sei, was die Ambulanzgebühren betrifft. Faktum ist, daß auf Grund der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung Landesrat Dr. Strenitz zuständig ist oder anders gesagt, dem Landesrat Dr. Dieter Strenitz obliegt die Genehmigung der zwischen den Versicherungsträgern und der KAGES abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarungen über die Ambulanzgebühren.

Die in den vertraglichen Vereinbarungen aufgenommenen Limitierungen von Ambulanzgebühren hätte Landesrat Dr. Dieter Strenitz nicht genehmigen dürfen, da sie nicht gesetzeskonform waren. Wenn das dem Herrn Landesrat nicht bekannt ist, dann tut es mir sehr leid. (Abg. Dörflinger: „Was willst du sagen?“) Faktum ist, daß die Aussage von Landesrat Dr. Strenitz, daß er nicht zuständig sei, Abgeordneter Dörflinger, nicht den Tatsachen entspricht. Er ist zuständig. (Abg. Dörflinger: „Du wiederholst dich!“) Was ich daraus schließe, ist, daß dem Land Millionen verloren gehen, weil er sich auf der Einnahmenseite nicht kümmert, was hier passiert. Das schließe ich daraus.

Und das ist das, was ich hart formuliert habe, die Spitalslüge. Wenn Landesrat Dr. Dieter Strenitz immer

wieder von neuem behauptet, er sei nicht zuständig. Dort, wo er sich dann mit der Ausrede der Unzuständigkeit nicht abmelden kann, dort wird er dann krank. Und mit ihm werden dann auch die Krankenhäuser krank, und das ist unser Problem. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist ein Lausbub, er erzählt solche Sachen!“) Und deswegen ist es richtig - (Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege Lopatka! Darf ich bitte einen Augenblick um Aufmerksamkeit bitten. Herr Kollege Lopatka, der Herr Landesrat Strenitz hat aufgeklärt, daß er selbstverständlich tatsächlich krank war. Ich glaube, wir gehen nicht so weit, uns gegenseitig eine Krankheit aus politischen Gründen vorzuwerfen. Ich würde daher bitten, daß Sie diesen Bereich künftig unterlassen!“) Ich wollte damit nur sagen, daß es schon eigenartig ist, einen Tag vorher krank sein, am nächsten Tag aber dann gesund jenen Platz einzunehmen, mit dem er auch seinen Regierungssitz verwechselt, nämlich mit Logenplatz, von dem aus er in aller Ruhe das Geschehen beobachten kann. Und das ist nicht die Aufgabe eines Landesrates.

Noch einmal, wenn es darum geht - (Präsident Mag. Rader: „Bitte, jetzt fortsetzen zu lassen!“) Wenn es darum geht, Landesrechnungshofberichte rechtzeitig hier ins Haus zu bringen, damit wir hier Kenntnis erlangen, welche Millionen dem Land durch die Tatenlosigkeit, durch die Ideenlosigkeit, durch die Hilflosigkeit von Landesrat Strenitz verloren gehen, dann gibt es Gründe. Entweder er behauptet, wie hier und heute, daß er unzuständig sei, obwohl er ganz genau weiß, daß er zuständig ist, denn er muß es wissen, denn das wäre das noch größere Armutszeugnis, würde er nicht wissen, wofür er zuständig ist, und das wollte ich hier aufzeigen. Daß Ihnen das weht tut, das glaube ich, das tut Ihnen sicherlich weh.

Wenn ich heute hier die sozialistischen Vorredner gehört habe, niemand denkt nach, was die Einnahmenseite betrifft, denn das Land soll nur zahlen. Und wir lassen es nicht zu, daß das Land durch diese Unfähigkeit nicht nur zum Zahler, sondern auch zum Draufzahler wird. Und das wollte ich sehr deutlich sagen. (Abg. Gennaro: „Du bist bekannt für deine Aussagen! Du hast mich damals einen albanischen Agenten genannt!“)

Kollege Gennaro, wir waren es nicht, die festgestellt haben, daß Landesrat Dr. Dieter Strenitz unzuständig sei, Verhandlungen zu führen. Er redet sich immer auf das hinaus. Und es stimmt aber nicht. Er ist zuständig für die vertraglichen Vereinbarungen. Noch einmal: für die Ambulanzgebühren. Und wenn hier, was ich den Zeitungen entnehme, der Landesrechnungshof Verluste für das Land in Millionenhöhe feststellt, dann muß man das hier sehr deutlich und sehr laut sagen.

Und im übrigen möchte ich Ihnen nur sagen, daß uns nicht Aufregung Ihrer Seite und die Nervosität Ihrer Seite hier weiterhilft, sondern das einzige, was uns weiterhilft, wenn Landesrat Dr. Strenitz wieder zur konkreten Arbeit zurückkehrt. Das war es, und ich hoffe, daß auch die SPÖ-Abgeordneten wieder zur Arbeit zurückkehren werden! (Beifall bei der ÖVP. - 15.45 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Am Wort ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

**Landesrat Dr. Hirschmann** (15.45 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Es wäre mir an sich recht, wenn der Herr Landesrat wieder hereinkäme, er ist im Moment nicht da. Ich möchte nur einige Dinge trotzdem klarstellen.

Es ist da gegangen von ihm heute einerseits um die Frage, ob da irgendein Termin in den nächsten Tagen zustande kommt. Ich möchte Sie damit nicht belästigen, selbstverständlich kommt er gerne jederzeit zustande. Ich habe gebeten, in seinem Büro morgen den Termin stattfinden zu lassen. Nur, ich habe nebenbei einige andere Dinge auch noch zu tun. Es geht bei dem Termin um ein Gespräch um den Krankenanstaltenplan, weil zu Recht der Herr Landesrat Schmid zuletzt in der Regierung festgestellt hat, es wäre gescheit, wenn man den in der Regierung einmal besprechen würde, weil man ihn dort auch beschließen muß. Und es muß nicht alles, was die Regierung beschließt, von der beschlossen werden, ohne daß man davon eine Ahnung hat, noch dazu, wo es sich um ein gewichtiges Werk handelt. Es kommt nur dazu in dem Zusammenhang, daß wir gemeint hätten, daß ein Krankenanstaltenplan – und das trifft sich mit der heutigen Debatte sehr gut – natürlich gerne schon gewußt hätten, wie die Kostendeckung ist. Und das scheint mir jenseits verschiedenster Standpunkte zu dem einen oder anderen sachlichen Problem in dem Zusammenhang schon eine Frage, die man einfach ernsthaft stellen wird dürfen noch angesichts noch dazu des Zustandes öffentlicher Haushalte, daß ich frage, wenn es ein Plan sein soll, beschließe, der letztlich Milliarden und Abermilliarden an Folgekosten hat, von den Investitionen rede ich gar nicht und von den Dingen, die wir uns damit im Zusammenhang selber vorschwindeln. Bitte, dieser Bund-Land-Vertrag, wo es darum geht um diese 9 Milliarden Investitionen, ich möchte nicht sagen, das ein Danaergeschenk ist. Aber man muß einmal wissen, das ist ja nur bestenfalls die Hälfte der Seite einer Medaille, denn dahinter kommt ja die Frage der Folgekosten einerseits, und andererseits ist ein ungeklärtes Problem, und ich nenne, weil da hinten einige Herren der KAGES sitzen, das auch ganz offen. Ich fürchte mich davor nicht so wie der Kollege Strenitz. Natürlich ist die Frage des Verhältnisses des Landes Steiermark zu den Kliniken ein unendlich großes, kostenintensives Problem. Das werden wir heute nicht lösen, wahrscheinlich auch nicht morgen in der Früh. Aber wenn wir so grundsätzliche Fragen nicht bereit sind zu überdenken und anzugehen im Sinne einer Lösung, dann wird das in Zukunft dort insgesamt immer unlustiger werden. Ich darf den Dieter Strenitz zitieren aus seiner Budgetrede aus dem Jahre 1992, wo er mit einem Teilaspekt darauf Bezug nimmt und sagt: „Ich sage, daß das Land viel, viel getan hat für die Grazer Kliniken, die ohne das Land nicht leben könnten. Das muß auch einmal klar ausgesprochen sein. Das Land hat zum Beispiel in den letzten vier Jahren auf den Kliniken 400 Dienstposten geschaffen und finanziert, während der Bund lediglich 20 Dienstposten finanziert hat.“ So Dieter Strenitz Anfang April des Jahres 1992. Ich möchte ihm da gar nichts unterstellen, sondern sagen, das ist natürlich genau der Kern dieser Problematik, wo wir uns einfach sehr, sehr schwer tun, und ich kann nicht

einfach die Dinge nur positiv verkünden und sagen, klass, daß wir wieder mehr Personal haben, so wünschenswert das, meine verehrten Damen und Herren, insgesamt selbstverständlich ist. Aber da sind ja Finanzierungsfragen im Zusammenhang damit zu klären, und das wollte ich in diesem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, dann auch ansprechen, daß dieser Krankenanstaltenplan nur dann beschlossen werden kann und beschlossen werden soll, wenn es dazu bitte auch einen Kostenplan gibt. Ich hätte gemeint, ich möchte da nicht in die Kompetenz des Dieter Strenitz eingreifen, ich kann auch gar nicht, will auch gar nicht, und ich verstehe von den Dingen im Detail viel zu wenig, nur, meine verehrten Damen und Herren, wenn es um Projekte in Milliardenhöhe geht und ich dann sage, bitte, ich überlege mir gar nicht, wie die Kosten im Zusammenhang damit abgedeckt werden, das ist doch bitte unverantwortlich meiner Meinung nach. Also, das zur Frage Kliniken, das zur Frage des Termines.

Eine zweite Richtigstellung darf ich noch anbringen, weil hier heute auch die Frage der Sondergebühren, meine verehrten Damen und Herren, zum x-ten Mal angesprochen worden ist und das sicherlich ein Problem ist, das uns ja nicht neu ist, das wir immer wieder auch diskutiert haben, hin und wieder auch einige Einschleifregelungen probiert haben. Lieber Günter Dörflinger, da haben wir kein Problem, und ich sehe das nicht unter dem Stichwort „Klassenkampf“ oder was immer auch – Moment, darf ich kurz die Sache aus meiner Perspektive darstellen. Ich glaube, man soll sich das in aller Ruhe anschauen. Ich glaube auch, daß hier einige Dinge nicht in Ordnung sind. Das ist überhaupt keine Frage, aber bitte, ich möchte, daß Leute, die sich in dem Zusammenhang auskennen, die richtigen Handlungen setzen, sprich einmal, richtige Vorschläge machen. Ihr wißt ganz genau, daß dieses Problem mehrere Seiten der Betrachtung hat. Das heißt, es sollen sich Leute einmal das anschauen und richtige Vorschläge machen. Bitteschön, meine verehrten Damen und Herren, so weit war es auch. Das ist mein Informationsstand, und der, der mir das gesagt hat, dem vertraue ich in dem Zusammenhang. Und wenn der Herr Landesrat Strenitz meint, er braucht eine Weisung, um hier dieser – hoffe ich – gemeinsamen Vorstellung, hierorts jedenfalls, zum Durchbruch zu verhelfen, dann stimmt das nicht, bitte. Er kann zum Beispiel über die Rechtsabteilung 12 jederzeit von sich aus die Sache in die Hand nehmen. Ich sage es nur dazu, wäre in dem Fall nicht notwendig gewesen, denn es hat sehr, sehr intensive Besprechungen in dieser Frage gegeben. Nur, ihr wißt ganz genau auch, daß man gewisse Dinge auch möglichst lang, so sensible Geschichten, ein bißchen unter der Tüchert besprechen soll, bevor man vorschnell hinausstartet, und so ist es dann auch passiert, und die Sache dann wieder zusammenfällt.

Und ein Letztes dazu möchte ich schon anmerken: Ein Aspekt war in dem Zusammenhang, daß es unter dem Strich ja nicht zu einer Umverteilung kommt, wogegen ich persönlich gar nichts hätte, das sage ich ganz offen, sondern unter dem Strich wieder eine riesen Mehrbelastung herauskommt. Und wenn das stimmt – das ist meine Information –, sind wir genau wieder bei dem Punkt, wo wir – glaube ich – heute

durchaus sehr sinnvoll auch vieles über gewisse Polemiken hinweg in diesem Zusammenhang diskutiert haben. Also bitte noch einmal, wenn der Dieter Strenitz diese Sache regeln will, dann kann er sie regeln, dazu braucht er keine Weisung, und er hat mich in dem Zusammenhang, was diesen Brief anbelangt, jedenfalls hier falsch zitiert: (Abg. Dörflinger: „Es ist kein Klassenkampf?“) Nein, es ist überhaupt kein Klassenkampf für mich persönlich, damit wir uns nicht falsch verstehen. Schau, bei uns ist die Bandbreite der Meinungen etwas breiter, Gott sei Dank, da darf auch jeder eigentlich sagen, was er will. (Abg. Dörflinger: „Weil der Klubobmann von einem Klassenkampf gesprochen hat!“) Günter, es kann klassenkämpferische Töne bekommen. Aber wie gesagt, in der Substanz sehe ich da persönlich nichts in dem Zusammenhang.

Ich möchte eine dritte Geschichte noch ansprechen, die der Dieter Strenitz in den letzten Tagen auch mehrfach strapaziert hat. Ich verstehe ihn da, ich bin da nicht nachtragerisch, nämlich, er hat sich bemüht gefühlt, einige Male dann doch ein bißchen einen Miniklassenkampf zu entfachen zwischen hier: öffentlich Bedienstete in der Verwaltung des Landes, und dort: dem Personal in den Spitälern. Damit wir das klarstellen, ich glaube, da gibt es aber letztlich, wenn er sich das genau überlegt, in dem Zusammenhang auch mit ihm kein Problem. Sind wir froh, daß wir die einen haben, sind wir froh, daß wir die anderen haben. Im überwiegenden Bereich machen alle eine exzellente Arbeit. Ich möchte den Herrn Dr. Strenitz als Senatsrat – er ist Senatsrat der Stadt Graz – in dem Zusammenhang schon bitten, die Dinge ein bißchen sensibler auch in diesem Bereich zu handhaben, weil es bringt uns nichts, wie gesagt. Wenn ich aber nur einige Zahlen in dem Zusammenhang anmerken darf, und nicht, um irgendwem wieder irgendwas wegzunehmen oder irgendwem wehtun zu wollen, aber weil es mich dann zum vierten und letzten Punkt führt, es ist schon die Frage der Kosten relativ interessant in dem Zusammenhang. Wenn ich ausgehe vom Jahr 1986, haben wir damals Personalkosten im Land Steiermark von 2,4 Milliarden gehabt und jetzt im Vorschlag 1994 von 3,4 Milliarden, während das Personal in den Krankenanstalten damals 3,4 Milliarden, mittlerweile bei 6,4 Milliarden ist. Ich möchte nicht so schnell in dem Zusammenhang verstanden werden, sondern nur das unterstreichen, was der Herr Landesrat in diesem Zusammenhang gesagt hat.

Das ist klass, daß wir relativ viel Personal in den Spitälern haben. Man muß wissen – und das ist, glaube ich, der Ausgangspunkt der Diskussion für heute und für die nächsten Monate, wenn sie einen Sinn haben soll –, daß wir in dieser Situation uns einfach den Kopf zerbrechen und Handlungen setzen müssen, um die Finanzierung der Spitäler nicht für das Jahr 2006, sondern für das Jahr 1996, 1997 und 1998 abzusichern. Und das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, und, wie gesagt, ich möchte in diesem Zusammenhang die Polemik da nicht aufgreifen, die Hofräte des Dr. Hirschmann, die sind mir in diesem Zusammenhang, verstehen Sie mich nicht falsch, relativ egal, wie gesagt, noch dazu, wenn es ein Senatsrat der Stadt Graz sagt, der hat da keinen besonderen Grund, sich aufzuregen, die kosteten nämlich 60 Milliarden Schilling, da möchte ich, wie gesagt, nicht nachfragen, auf Grund welcher schulischen Kenntnisse er auf diese

Ziffer gekommen ist, gemeint war wahrscheinlich das gesamte Personal bis zum Jahr 2006. Was er aber gesagt hat, und das möchte ich in diesem Zusammenhang schon auch dazusagen, nur damit wir uns auch hier wieder die Dimensionen vor Augen halten, bitte, der KAGES-Zuschuß wird sich auf Grund der Vorschau der KAGES selbst in diesen Jahren ungefähr auf rund 80 Milliarden, allein der Zuschuß des Landes Steiermark, belaufen. Also, ich täte ihn bitten, daß er solche Vergleiche läßt, weil sie, wie gesagt, in der Sache selber gar nichts bringen.

Und wenn ich damit beim vierten und letzten Punkt – (Abg. Trampusch: „Er hat die zweite Spitalsklasse gemeint!“) Schau, auf das gehe ich gar nicht, wer dort das Personal eingestellt hat und warum und hin und her. Da könnte ich ihn stundenlang zitieren aus diversen Gesprächen, weil er gemeint hat, da hat mein Vorgänger, der Herr Präsident Hasiba, diese Dinge verhandelt, er war erstens immer dabei, der Dieter Strenitz, no, na net. Aber das bringt uns auch nichts. Ich glaube, diese Art Diskussion hilft uns keinen Millimeter weiter. Sondern noch einmal, und damit möchte ich zum Abschluß kommen, zwei Punkte noch aufgreifend.

Es gibt einen WIFO-Bericht, Wirtschaftsforschungsinstitut Wien, im Auftrag des Herrn Landesrates Ressel erstellt, und ihm zugegangen wie allen anderen Regierungsmitgliedern vor einigen Wochen. Und bitteschön, nur dort auch noch einmal auf Seite 25 zu finden, wo das Land Steiermark, und das darf ich mit einem Kompliment an den heutigen Präsidenten Hasiba verbinden, ob seiner restriktiven Personalpolitik, er wird das Wort gar nicht gerne hören, damit ist aber gemeint, daß man halt sorgsam mit Dienstposten umgeht, gelobt wird, während für den Bereich der Spitäler auf Seite 29 davon gesprochen wird, daß das eine der ganz zentralen schweren Finanzierungsaufgaben der Zukunft sein wird, wo es halt auch zu gigantischen Zuwächsen in den letzten Jahren gekommen ist und auch er, wenn er auch von der untersten Prognose der KAGES an Zuschußbedarf für die nächsten Jahre ausgeht, noch immer bei, wie da steht, ungefähr 25prozentigen Zuwachs anbelangt.

Und, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir daraus einen Schluß ziehen wollen, dann bitte folgenden: Ich habe persönlich dem Herrn Landesrat Ressel am Abend des 5. November ein Papier übergeben, ein Positionspapier der Österreichischen Volkspartei. Und da ist drinnen die Rede von Überprüfung des LKH 2000 auf allfällige Rationalisierungspotentiale und vor allem im Hinblick auf die dann anfallenden Folgekosten. Es ist im zweiten Punkt die Sache, die heute mehrfach angesprochen wurde, aufgeführt, die Schere zwischen den Umsatzerlösen und Zuschüssen einerseits, und andererseits dem Zuschuß, den das Land Steiermark immer mehr zu seinen Lasten übernehmen muß. Drittens sind die Ambulanzleistungen angesprochen, und viertens war dann noch davon die Rede zu überprüfen, ob es nicht billiger wäre, ganz nüchtern gesagt das Personal ins Land wieder zurückzuholen. Und fünftens die Frage der Auswirkungen der KAG-Novelle auf das Land Steiermark.

Das Papier habe ich dem Herrn Landesrat Ressel übergeben, und lieber Günter, höre jetzt her. Nichts anderes haben wir seither verhandelt, haben wir seit-

her gesagt, und der Herr Landesrat Ressel hat mir gesagt, Herr Dr. Hirschmann, ich bin mit allen fünf Punkten einverstanden, einziger Vorbehalt, ich muß meinen Parteivorsitzenden und den zuständigen Referenten noch fragen. Das ist bitteschön die Wahrheit, fragen Sie ihn selbst. Um nichts anderes ist es in den letzten Tagen gegangen. Damit sind wir eben beim Kern der Sache. Wenn es jemandem ernst ist mit der Sicherheit in den Spitälern, nämlich auch einer mittelfristigen Finanzierung, wenn es jemandem ernst ist, daß wir das Budget soweit in der Hand haben, daß wir einige andere Dinge auch noch finanzieren können und wollen in den nächsten Jahren, dann muß man hier auch einen Hebel ansetzen, und deswegen wäre unsere Meinung gewesen und durchaus im Sinne einer Bitte an die sozialdemokratische Fraktion, sich das noch einmal zu überlegen. Es geht nicht um – ich sage es ganz leger – ein paar 100 Millionen Schilling mehr oder weniger im Voranschlag für das Jahr 1994 – (Abg. Dörflinger: „Warum habt ihr dem nicht zugestimmt?“) momenterl, insgesamt oder für die Spitäler alleine, sondern es geht darum, wie man für die nächsten zwei, drei Jahre das Budget insgesamt absichern kann. Und ich sage da noch etwas ganz offen dazu: Wenn man es ehrlich betrachtet, dann gibt es überhaupt nur einen Punkt zu sagen im Bereich der Spitäler. Paßt's auf, wir machen aus für die nächsten drei Jahre, damit dort auch im Hinblick auf notwendige Investitionen, vor allem im Hinblick auf die Absicherung des Spitals, eine Summe ausgemacht wird, eine Steigerungsrate, und damit man ihnen hier und jetzt, nicht heute, aber in den nächsten Monaten, sagt, paßt's auf, damit kann die KAGES rechnen, aber um keinen Groschen mehr. Und was sie damit machen, das sollen sie uns vorhupfen, vorturnen, dafür sind sie dort auch installiert, dafür haben wir dort auch ein breites Management, und wenn wir das in den nächsten Tagen und Wochen ausdiskutieren, dann können wir, glaube ich, insgesamt in dieser heiklen Frage einen notwendigen Schritt weiterkommen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.03 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Löcker.

**Abg. Ing. Löcker (16.04 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem Kollege Heibl sich früher zu Wort gemeldet hat und seine Sorgen um Einstellung der Baustellen und der damit verbundenen Gefährdung von Arbeitsplätzen richtigerweise kundgetan hat. Wenn das stimmt, habe ich mir erlaubt zu recherchieren. Herr Kollege Heibl hat die Kündigung beziehungsweise den Baueinstellungsauftrag an die Firma Eigner mit unleserlicher Unterschrift zitiert. Ich bin dem ganzen Fall nachgegangen und habe festgestellt, daß die Baueinstellung natürlich vom Vorstand des Landeskrankenhauses über die Technische Direktion ausgelöst wurde. Und im entsprechenden Schreiben an diese Unternehmung steht drinnen: „Im Zusammenhang mit der aktuellen Budgetsituation des Landes Steiermark – es muß mit einem Budgetprovisorium für 1994 gerechnet werden – sehen wir uns leider gezwungen, die laufenden Bauarbeiten (in diesem Fall Wäscherei und Direktionsgebäude) ab sofort zu

stoppen.“ Dieses Fax erging am 12. 11., der Budgettermin war mit Mitternacht, Freitag, 5., befristet, und üblicherweise arbeiten Vorstände am Samstag und Sonntag nicht, so daß hier also sehr rasch reagiert wurde, innerhalb von nur vier Arbeitstagen wurden diese Baustellen eingestellt. Nicht nur diese, sondern auch die Lungenabteilung, die bekannterweise nach einem Tag wieder in Betrieb gesetzt wurde. Und hier muß man differenzieren. In diesem Schreiben steht noch weiter, ich erlaube mir dieses Zitieren nur deswegen, weil auch der Kollege Heibl dieses Schreiben schon erwähnt hat. Vor dem 30. 6. 1994, also in einem halben Jahr, wird weder von den beteiligten Firmen noch von Ihnen Rechnung gelegt, es sei denn, der Baustopp wird vor diesem Zeitpunkt aufgehoben. Also, man war sich im Spital schon einig, daß das Provisorium ein halbes Jahr dauern wird. Andererseits aber die Aufhebung des Baustopps innerhalb eines Tages in der Lungenabteilung, wo es um die direkte Versorgung der kranken Menschen gegangen ist. Und hier drängt sich wohl folgender Schluß auf: Daß diese ganze Angelegenheit politisch motiviert ist, daß man um die Sorge der Arbeitnehmer und um die Sorge der Gesundheit der Menschen in unserem Lande ein politisches Spiel betreibt. Denn die Finanzierung wäre mit dem Budgetprovisorium geleistet gewesen. Ich bedaure diese Vorgangsweise außerordentlich. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.05 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

**Abg. Dr. Flecker (16.06 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu dir, lieber Kollege Lopatka, ganz ernst gesagt, deine Gemeinheiten bewegen sich im Rahmen deiner Möglichkeiten. Und das ist die eigentliche Gemeinheit deiner Rede gewesen. Darf ich vielleicht auf einige Aussagen Bezug nehmen:

Frau Kollegin Grabensberger, ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, daß die Politik Zielvorstellungen der Standards vorzugeben hat. Und Tatsache ist, daß der Herr Landesrat Dr. Strenitz einen Krankenanstaltenplan uns zu den Verhandlungen vorgelegt hat, ausgestattet mit einer Standortgarantie, und darüber können wir dann diskutieren, wollen wir diese Standards, wollen wir sie nicht. Das ist politische Willensbildung. Es ist Ihnen aber bis heute noch nicht gelungen, in irgendeiner Form einen Gegenvorschlag zu machen. Und das ist ja an sich das Traurige der Geschichte. Ihr Gegenvorschlag war, wiederum die Firma Suter und Suter zu einer Begutachtung einzuschalten und sozusagen die Fachleute zur Festlegung politischer Willensbildung heranzuziehen. Und das ist ein Weg, den wir ablehnen, weil wir politischen Willen haben. Und Sie haben auch gesagt, im Gesundheitswesen ist es so, daß das Angebot die Nachfrage steuert. Und ich habe aus Ihrer Wortmeldung herausgelesen, und ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich das falsch verstanden habe, daß wir an einem Überangebot an Gesundheitseinrichtungen leiden. Ich glaube, das soll man hier sehr klar auf den Tisch legen, daß Sie und Ihre Fraktion der Meinung sind, den Steirerinnen und Steirern steht ein Zuviel an Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung. Wir bieten den gesun-

den, aber auch den kranken Menschen zuviel an zur Vorsorgemedizin und zur Gesundung, und wir sind halt der Meinung, daß es für den kranken Menschen und auch im Sinne der Vorsorgemedizin nicht genug an Einrichtungen geben kann. Da trennen sich unsere Wege, und das sollen wir durchaus offen und ehrlich eingestehen. Ich komme da zum Herrn Klubobmann Vesko, weil dort ja auch genau dieser Unterschied hervorkommt mit seinem Budgetmanagement by Hausfrau. Er meint, wir legen einfach einen Betrag fest und nach dem hat sich das Gesundheitswesen, wahrscheinlich auch das Sozialwesen und dergleichen, zu orientieren. Und ich sehe es in meiner Verantwortung als Abgeordneter und vor allem als Sozialdemokrat so, daß es unsere Aufgabe ist, für soziale Standards zu sorgen, daß es unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß der kranke Mensch in unseren Spitälern bestens gepflegt wird, und daß es unsere Sorge ist, daß auch die Bediensteten in den Krankenanstalten zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten. Und nach der Festlegung dieser Standards hat die Allgemeinheit eben ihren Beitrag zu leisten, sei es durch Umschichtungen, sei es durch Einnahmensuche. So ist unser Verständnis von Politik, Sie haben ein anderes. Das ist kein Unglück, das ist unsere Auseinandersetzung. Und nachdem Sie von der rechten Seite gemeinsame Meinungen haben, dürfen Sie es uns nicht vorwerfen, wenn wir Ihre Koalition angreifen. Und es ist auch ganz klar, da komme ich auch zum Management by Hausfrau zurück, wenn ich sehe, daß ich im heurigen Jahr nicht mehr das Geld habe auf Grund des Beschlusses oder eines im Raume stehenden Provisoriums, daß ich gewisse Maßnahmen nicht mehr zahlen kann, so muß ich im Interesse der Wirtschaft gewisse Maßnahmen eben nicht mehr setzen, weil ich es nicht verantworten kann. Bitte, wir können es nicht verantworten.

Wenn Sie das Verständnis dafür haben, ist es wieder eine Umkehr Ihrer Philosophie. Ich darf auch noch – und jetzt, lieber Herr Landesrat Hirschmann, bin ich bei Ihnen. Sie haben von der restriktiven Personalpolitik gesprochen und gesagt, die Krankenanstalten laufen uns davon. Ich glaube, daß es nicht richtig ist – und da bin ich völlig mit Ihnen einer Meinung, daß man beide Sachen vergleicht. Wir vergleichen da Äpfel und Birnen, wir vergleichen Sozialleistungen mit einer durch eine Verwaltungsreform sparsam gestalteten Verwaltung. Wenn wir einmal eine gute Verwaltungsreform haben, werden wir auch noch sparsamer und noch restriktiver in der Personalpolitik des Landes tätig werden können. Aber das soll uns nicht verleiten, das mit den notwendigen Sozialleistungen im Gesundheitswesen zu verwechseln. Und zu Ihrem Papier vom 5. 11., und ich bin sehr froh, daß Sie das heute angesprochen haben. Dieses Papier, das Sie heute angesprochen haben, das Sie dem Landesrat Ressel übergeben haben, war sozusagen ein Highlightpapier in etwa zwei Stunden vor Ende der Deadline für die Budgetverhandlungen. Und Sie haben gesagt, wir wollen, daß die SPÖ-Fraktion diesem Papier zustimmt, weil es sind eh nur Prüfungsmöglichkeiten, es ist etwas zu untersuchen, und dann haben wir auch für unser Budget keine Probleme mehr. Und Sie haben richtig gesagt, der Herr Landesrat Ressel ist zu Ihnen gekommen, hat gesagt, na gut, an diesem Papier wird dieses Budget nicht scheitern. Wir verstehen uns zu

diesen Prüfungen. Daß Sie dann dennoch diesem Budget nicht zugestimmt haben, wirft ein ausreichendes Bild auf Ihre Taktik, nämlich die Taktik, ganz einfach kein Budget haben zu wollen und die Spitäler zum Boykott, zum Zweck des Boykotts dieses Budgets heranzuziehen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Er hat das Papier nicht durchgebracht!“)

Herr Landesrat! Der Herr Landesrat Ressel – Sie haben früher gesagt, der Herr Landesrat hat zugestimmt! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ist Demagogie!“) Mir können Sie bitte nicht erzählen, was der Herr Landesrat Ressel mit uns im Klub und im Verhandlungskomitee besprochen hat. Er hat uns gesagt, daß er Ihnen zugestimmt hat, das war abgesprochen. Sie suchen jeglichen Weg, um aus Ihrer Verantwortung für ein Nichtbudget herauszukommen. Aber das ist Ihr Problem, und glaubwürdig sind Sie damit in keiner Weise. Es ist halt die Fortführung (Beifall) des Koalitionsweges, den Sie seit Sommer haben. Es gibt die Beispiele Ennstrasse, Postenschacher beim Präsidenten des Rechnungshofes, in der Frage der STEWEAG, und Sie nehmen Soziales und Gesundheitswesen als Aufhänger für populistisches Spargeschrei. Aber das Entscheidende ist, Herr Landesrat Hirschmann, ich weiß schon, daß Sie der einzige sind, der in Ihrer Riege in der Lage ist, doch teilweise halbwegs sinnvolle Zwischenrufe zu machen, tun Sie das weiter, dann werde ich mich bald umdrehen, Herr Landesrat, es ist nur so, daß Sie zwar das Neinsagen beherrschen, aber offenbar die konstruktive Kritik, nämlich das Anbieten von Alternativen, nicht beherrschen oder nicht beherrschen wollen, weil Sie die Destruktion an sich wollen. Es ist ja so, daß die Frau Abgeordnete Dr. Karisch ja sehr offenherzig gesagt hat, na, für die Sparmaßnahmen wollen wir keine Verantwortung übernehmen, dafür ist der Herr Landesrat Strenitz zuständig.

Und genau da, liebe Frau Abgeordnete Karisch, ist der Sigmund Freud durchgekommen, und die tatsächlichen Berichtigungen Ihrerseits kennen wir. Sie sind uns schon lange abgegangen. Meine Damen und Herren, die Krankenanstalten, und das wissen Sie alle, die sind nicht über unseren, sondern über Ihren Wunsch ausgegliedert worden im Jahre 1986. Und ich kann mich noch an manch flammende Rede des Herrn Landesratspräsidenten, damaligen Klubobmannes, Schilcher erinnern und die Auseinandersetzungen mit Gerhard Heidinger. Heute, und das sei genauso vermerkt, gehen Sie auf Distanz zu ihm, zu dieser Idee. Es mag vielleicht auch daran liegen, daß sich Ihr Schicksal in dieser Krankenanstaltengesellschaft permanent mit personellen Mißgriffen verbunden hat.

Ich denke, meine Damen und Herren – (Abg. Dr. Maitz: „Das ist schon wieder eine Verdrehung!“) Herr Dr. Maitz, wer war denn 1986 für die Finanzen zuständig? (Abg. Dr. Maitz: „Damals ging es noch gut!“) Nein, wer war denn zuständig? Der Herr Dr. Bosch. Und, Herr Maitz, warum habt ihr den Dr. Bosch dann abgezogen? (Abg. Dr. Maitz: „Weil ihr ihn herausgeschossen habt!“) Ah, wir haben euch euren hinausgeschossen – ist das lieb! Herr Dr. Maitz, Sie sollten wissen, daß es damals eine Parteienvereinbarung gegeben hat, daß man den Direktor, den man vorgeschlagen hat, nur im eigenen Einvernehmen zurückziehen kann, und nicht einer dem anderen den

Direktor hinausschießen kann. Schon gar nicht eine Minderheitspartei, Herr Dr. Maitz. Aber danke für das Kompliment.

Und nach dem Herrn Dr. Bosch oder Dkfm. Bosch ist der Herr Dr. Möse gekommen. Der Herr Dr. Möse, der das freundliche Spital geprägt hat, das wir auch sehr sympathisch finden. Auch der ist Ihnen abhanden gekommen. Und letztlich trägt die Verantwortung von 1986 in dieser Gesellschaft bis 1992 Ihr Herr Landeshauptmann als Vertreter in der Generalversammlung mit. Ich meine nur, daß Sie voll mit eingebunden sind. Ich will ja nicht behaupten, daß wir keine Zuständigkeit hätten, sondern Sie können nicht so tun, als hätten Sie in dieser Gesellschaft nichts zu tun. Sie haben sie ins Leben gerufen, Sie haben culpa in eligendo begangen und beklagen sich heute darüber, daß in der Gesellschaft Ihrer Meinung nach Probleme da sind. Und heute wollen Sie nach einer Entpolitisierung, die im Jahr 1992 beschlossen wurde, wieder eine Politisierung dieser Gesellschaft. Eine Politisierung einer entpolitisierten Gesellschaft, in der Sie im Aufsichtsrat mit Mandataren vertreten sind, in der im Aufsichtsrat sämtliche Beschlüsse einvernehmlich gefaßt wurden, indem der Vorstand einstimmige Beschlüsse gefaßt hat. Offensichtlich gefällt Ihnen eben die Entpolitisierung nicht. Und jetzt kommen Sie wieder mit der Politisierung, wollen das Personal wieder zurückholen, weil der Dr. Hirschmann ist ja sonst nicht ausgelastet. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nicht nur das Personal, ich nehme das gesamte Ressort von Strenitz!“) Bitte, das ist eine gefährliche Drohung! Herr Dr. Hirschmann, ich weiß, daß Sie unausgelastet sind, sonst hätten Sie nicht das teure Spielzeug der Olympiade für sich gewählt.

Meine Damen und Herren, bisher ist in dieser Gesellschaft alles einvernehmlich gelaufen, heute verfolgen Sie eine Taktik des Streits, heute wollen Sie verpolitisieren, heute skandalisieren Sie diese Krankenanstalten der Steiermark, selbst auf die Gefahr einer Effizienzsenkung hin, und heute stimmen Sie gegen den Gesellschafterzuschuß 1994, obwohl er sich um keinen Schilling höher zeigt als der 1993 einvernehmlich beschlossene. Sie zeigen keine Alternativen auf, Sie sind eine ganz neue Art der Koalition, nämlich einer Koalition der Obstruktion, weil Sie die Mehrheit haben und die, die Verantwortung zu tragen bereit sind (Abg. Dr. Maitz: „Das sind wir!“), behindern. Die Sozialdemokratische Partei in diesem Land steht zu etwas. Wir stehen zu den steirischen Spitälern. Wir stehen zu einem Budget 1994. Wir stehen auch, Herr Klubobmann, zu Straßenprojekten und lassen sie nicht so fallen und wollen dann Volksabstimmungen nicht gelten lassen. Wir stehen zur Sozialgesetzgebung und all ihren Folgen.

Meine Damen und Herren, die Politik der steirischen Volkspartei und damit auch ihres Obmannes und Landeshauptmannes ist leider unverlässlich und unberechenbar geworden. (Abg. Vollmann: „Undurchschaubar!“) Na gut, darf ich Ihnen ein paar Beispiele - hören Sie mir bitte ein bißchen zu. (Abg. Dörflinger: „Er ist nicht da!“) Er ist nie da. Aber wenn Sie so lieb sind und mir zuhören. Die Regierung war 1991 anlässlich ihrer Konstituierung einer Meinung, daß wir vor einem Investitionsstau stehen. Folglich steht in dieser Regierungsvereinbarung, daß die Spitäler ein Son-

derfinanzierungsprogramm bekommen. Diese Vereinbarung trägt die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes. Er ist abgesprungen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Er will sie gar nicht wegrationalisieren!“)

Zweitens, der Antrag des Herrn Landeshauptmannes - und ich zeige jetzt nur Ihre Verlässlichkeit auf - zur ennsnahen Trasse trägt seine Unterschrift. Er ist abgesprungen. Genauso ist in dieser Regierungsvereinbarung von einer Verwaltungsreform die Rede, bis 1992. Er kommt wieder mit dem Paradigmenwechsel, lieb ist er. Genauso ist die Rede von der Verwaltungsreform, die bis 1992 hätte fertig sein sollen. Der Herr Landeshauptmann hat sich davon distanziert, weil er nichts vorgelegt hat. Und vor zwei Sitzungen haben wir über die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes unter eine Vereinbarung betreffend die STEWEAG diskutiert. Auch davon will der Herr Landeshauptmann nichts mehr wissen. Es sei den Leuten anheimgestellt, was die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes noch wert ist und wie weit Sie überhaupt noch ein Verhandlungspartner sind, der pakt- und vertragstreu ist.

Es ist das, Herr Kollege Schützenhöfer, in all Ihrer Nervosität verstehe ich Sie, es ist das die Folge, daß man sich in eine Politik einbinden läßt, die in einer unerträglichen Leichtigkeit des Seins vom Herrn Dr. Hirschmann als Taktik betrieben worden ist und die heute die Erfolge zeigt.

Und es war ja nicht unlustig, oder eigentlich es war nicht sehr lustig zu sehen, wie es hier auf der Regierungsbank zugegangen ist, als der Herr Dr. Strenitz seine Anfrage beantwortet hat. (Abg. Dr. Maitz: „Wo ist er jetzt?“) In welcher Art und Weise Sie Zwischenrufe (Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist Landesrat Dr. Strenitz?“) Ihrem Regierungskollegen gegenüber gemacht haben. Und es mag als Symbol gewertet werden, daß der Herr Landeshauptmann seinen Sitz verlassen hat. (Abg. Dr. Cortolezis: „Wo ist Herr Landesrat Dr. Strenitz?“) Ich hoffe, wir haben Nettospielzeit, weil sonst kann ich auf eure Zwischenrufe nicht hören.

Meine Damen und Herren, der Kollege Bacher hat Ruhe für die Spitäler verlangt. Also bitte, willst du jetzt zwischenrufen oder willst du nur so herumdeuten? Hast du Sehnsucht nach dem Landeshauptmann? (Abg. Dr. Cortolezis: „Wo ist Landesrat Dr. Strenitz?“) Du, lieber Candidus, der Herr Landesrat Strenitz und ich und wir haben uns schon so oft mit dem Problem der Spitäler befaßt, daß er weiß, wie wir zu ihm stehen. Während er von euch wahrscheinlich nichts zu erwarten hat. (Abg. Kanduth: „Wie ihr zur Frage steht, muß klar sein! Nur, wie wir dazu stehen?“) Das ist ja das Problem. Erstens hat er sich euch angehört, lieber Kollege Kanduth, und zweitens haben Sie mit einer derartigen Penetranz Ihre Taktik fortgeführt, uns keine Antworten zu geben und keine Gegenvorschläge zu machen, daß das mit der Zeit uninteressant wird.

Aber wenn Sie mich weiterreden lassen, ich habe nur 20 Minuten, habe ich 23 oder 26, wie der Kollege Frizberg, bitte, wenn Sie mich ein bißchen weiterreden lassen. Bringen Sie, meine Damen und Herren, wieder Ruhe in die Spitäler, das hat der Kollege Bacher verlangt. Und ich glaube, daß das nur möglich ist, wenn wir eine offene und berechenbare Politik machen, nicht eine Politik, die in einem reinen Nein besteht, sondern in einer Politik, die mit einem Mut zur Verant-

wortung und zu Gegenvorschlägen verbunden ist. Es wäre, wenn man das, was der Herr Dr. Frizberg gesagt hat, daß er nämlich zu allen diesen investiven Maßnahmen steht, ein Akt der Selbstverständlichkeit von Ihnen, daß Sie unserem Beschlußantrag zustimmen; wir rechnen damit, dann wissen wir auch, daß Sie Schaumschlägerei in der Ablehnung gemacht haben. Wenn Sie weiterhin unserem Beschlußantrag nicht zustimmen, dann wissen wir, was wir von Ihrer Haltung zu unseren Spitälern zu halten haben. (Beifall bei der SPÖ. – 16.30 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Karisch** (16.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Flecker hat mir einen Freudschen Versprecher vorgeworfen. Es war kein Freudscher Versprecher. Ich habe in meinem Zwischenruf, auf den er Bezug genommen hat, früher im Laufe der Debatte ganz bewußt eine Aussage gemacht, die er nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte. Ich möchte sie daher noch einmal erklären. Ich bin eine Abgeordnete dieses Landtages so wie Sie alle. Wir Abgeordneten sind primär nicht dafür zuständig, ein Budget zu machen. Erst sekundär – Sie gestatten, daß ich Ihnen das sage, denn scheinbar ist es nicht bekannt –, primär hat der Herr Landesrat Strenitz als Krankenanstalten- und Spitalsreferent seinen Budgetteil einzubringen. Der Herr Finanzreferent hat dazu die Bedeckung zu machen. Die Regierung hat das zu genehmigen oder nicht. Sie hat es nicht genehmigt. Dann kommt das Budget in dieses Haus, und dann bitte können wir uns erst damit beschäftigen. Es ist nicht meine Aufgabe, und es ist auch nicht die Aufgabe dieser Abgeordneten in diesem Hause, Sparvorschläge dem Herrn Strenitz zu seinem Budgetentwurf von vorne hereinzulegen. Das ist nach der Verfassung – bitteschön, Herr Kollege Flecker, ich glaube, das wissen Sie – nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe, und deswegen haben wir diese Anfrage heute gestellt, ist es, für eine ordentliche Krankenversorgung in diesem Lande zu sorgen. Hier sind wir bitte wirklich besorgt. (Abg. Gennaro: „Ist das eine tatsächliche Berichtigung?“) Ja, das ist eine tatsächliche Berichtigung. (Abg. Vollmann: „Das ist keine tatsächliche Berichtigung!“) Ja, das tut mir leid!

Es ist heute gesagt worden, daß wir destruktiv seien. Ich möchte das berichtigen. Das sind wir nicht. Wir haben im Gegenteil eine große Verantwortung für das Land. Eine Verantwortung für die Finanzen. Ich möchte Ihnen entgegnen.

Eine tatsächliche Berichtigung. (Abg. Dr. Flecker: „Wir weden neu diskutieren!“) Jawohl, werden wir neu diskutieren.

Einen Satz noch: Der Herr Kollege Flecker hat gesagt, die Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, für die sozialen Standards in diesem Lande zu sorgen. Da stimme ich mit Ihnen voll überein, aber die sozialen Standards in diesem Land, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist in Zukunft nur dann gesichert, wenn wir heute unsere Gesundheitsversorgung nicht auf Kosten unserer Kinder machen. Wenn wir heute mittels Defizitspending dieses Budget finanzieren, die-

ses Spitalsbudget, dann nehmen wir den Kindern das Geld weg. Sie werden zukünftig das zurückzahlen müssen, was wir heute heilen. Wir werden gesund sein und gut leben, und unsere Kinder werden ihre Generation nicht mehr heilen können, und das ist unverantwortlich! Ich bitte Sie, mich recht zu verstehen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.32 Uhr.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Gennaro, bitte!

**Abg. Gennaro** (16.32 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wahrscheinlich wird nach meiner Wortmeldung die Frau Abgeordnete Karisch auch wieder die Möglichkeit zu einer tatsächlichen Berichtigung haben. Aber ich möchte vorweg bitte den Kollegen Löcker hier an dieser Stelle auffordern, das Schreiben, das er hier zitiert hat, vorzulegen, denn mir wurde mitgeteilt, und bitte im Zuschauerraum sitzen die Verantwortlichen, daß von der technischen Direktion kein Schreiben ergangen ist. Ich bitte, das Schreiben vorzulegen, von wem du diese Aussage getätigt hast.

Meine Damen und Herren! Im Grundsatz möchte ich sagen, es ist eine Schande, wie heute diese Diskussion abgeführt wird, und ich weiß, daß ich in guter Gesellschaft bin. Wir brauchen uns nicht wundern, wenn in der Öffentlichkeit dann der Eindruck über Politikverdrossenheit besteht, denn in welche Lade hier heute gegriffen wurde, ist eine Schande, meine Damen und Herren! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Eine Schande für wen?“) Für uns alle, für das Parlament, für die Abgeordneten!

Ich weiß schon, daß ihr nervös seid. Ich bin nicht schmal im Austeilen, aber mit der Diskussion braucht niemand glauben, daß er sich irgendwo ein Federl, ein politisches, auf den Hut stecken kann und daß damit diese Verunsicherung, die durch die letzten Tage und Wochen in der Diskussion entstanden ist, beigelegt wurde. Im Gegenteil, ihr wollt ja alles haben. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Durch wen?“) Von euch, die dementsprechend bis zur Ablöse des Landesrates gehen. Das ist es ja unter dem Strich, nur hat es heute keiner konkret gesagt. Aber in der Öffentlichkeit ist es gesagt worden, ihr wollt den Landesrat weg haben, es wird euch aber nicht gelingen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Den haben wir heute um zwei Jahre verlängert!“) Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren, darf keine Spielwiese sein, weil die Erwartungen der Bevölkerung – das wissen wir alle, und auf das sollen wir uns besinnen, die sind ganz andere. Wenn jemand krank ist oder der Hilfe bedarf, dann möchte er in das Spital kommen, möchte Hilfe bekommen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist nichts Neues!“) Du, Kollege, ich sage dir dann schon noch was, du mußt über etwas reden; wo du dich auskennst, sonst mußt du still sein! Von seinen Zwischenrufen, wo er sich nicht auskennt, soll er wirklich nichts sagen. Ich bin auch kein Hans Dampf in allen Gassen.

Aber, meine Damen und Herren, der gesunde Mensch hat tausend Wünsche, aber der Kranke hat nur einen, daß er wieder gesund wird. Und ich bin dem Herrn Landesrat Strenitz dankbar, daß er den steirischen Krankenanstaltenplan eingebracht hat, daß er im Anhörungsverfahren war, nur haben wir von Beginn an bei allen Parteiengesprächen vorweg zur

Kenntnis nehmen können, daß ja gar niemand ernstlich gewillt war von den blauschwarzen Bremsern, irgendwas ordentlich zu tun. Das möchte ich einmal sagen. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Hirschmann: „Endlich wird es sachlich!“)

Ich gebe nur das wieder, da kommt Freude auf, sage ich immer. Da kommt Freudé, jetzt kommt Kurt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist kein Gewerkschafter!“) Ich habe auch noch nichts über Gewerkschaft geredet, Herr Kollege. Aber vielleicht wäre es gut, wenn wir einmal reden darüber. Es ist auch heute bereits die Akutbettensituation von der Frau Dr. Grabensberger angesprochen worden. Ich möchte hier ein offenes Wort sagen. Natürlich gibt es die auf Grund der Statistiken und Erfahrungswerte, die belegbar sind, daß wir in Österreich einen Überhang an Akutbetten haben. Da gibt es eine schöne Weltgesundheitsorganisationsempfehlung, bei 1000 Einwohnern maximal fünf bis sieben. Wir haben in Österreich durchschnittlich zehn Betten, und in der Steiermark sind wir sogar noch drüber. Und zwangsläufig aus der Situation ergibt sich die Diskussion der Bettenreduzierung. Aber, meine Damen und Herren, schauen wir doch hinaus in die Spitäler in den Bezirken, was sich da abspielt. Da müssen Sie einem einmal klar machen, daß man ein Bett reduzieren kann, wenn er auf der einen Seite sehr lange Wartezeiten hat, wenn wir Abteilungen haben, wo ein Mangel an Spitalsbetten ist, wo Patienten in Notbetten untergebracht werden müssen, und dementsprechend lange Wartezeiten auf eine stationäre Behandlung. Und, Frau Dr. Grabensberger, weil Sie auch sagen sparen, grundsätzlich bekennen wir uns sicherlich, wie der Kollege Frizberg, dazu und wollen keine Verschwendungspolitik. Ich möchte schon sagen, das müßt ihr einmal klarlegen, wo ihr im Spitalsbereich oder im Sozialbereich der Sozialdemokratie Verschwendungspolitik vorwerfen könnt. Das muß man einmal klar an den Tag legen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich sage dir ein Beispiel: Wenn Landesrat Ressel einen Viermillionenauftrag gibt, Landesrat Tschernitz eine sündteure Studie in Auftrag gibt, das ist Verschwendung!“)

Kollege Lopatka, jetzt bist du mir ins offene Messer gerannt. Bei den Parteienverhandlungen ist von eurer Fraktion eine neuerliche Studie zu Suter und Suter verlangt worden, nicht von uns. (Beifall bei der SPÖ.) Das wäre Verschwendungspolitik. Und ich wundere mich schon, warum das in Vergessenheit geraten ist, weil Frau Dr. Grabensberger, bei der Budgetdebatte im Protokoll nachzulesen, mir gesagt hat, als wir die Sondergebühren und die Geschichten angeschnitten haben, bezüglich Privatordination im Spital, daß entsprechende Kosten auch verrechnet werden und, und, haben Sie gesagt „wegen Ihnen werden wir vielleicht die Verträge ändern!“. Das wäre schon ein Beispiel, daß man sagt, auch da kann man sparen. (Abg. Dr. Grabensberger: „Wo steht das?“) Steht im Protokoll, nachzulesen im Landtagsbudget. Ich habe es mit, ich zeige es Ihnen dann. (Landesrat Dr. Strenitz: „Was noch Verschwendung ist: Wenn die ÖVP zusätzlich zum Gutachten Suter und Suter ein weiteres Gutachten durch die SAWA-Klinik-Ges. m. b. H. unter dem Titel ‚Überprüfung 2000‘ anfordert!“) Das hat der Kollege Lopatka noch nicht gewußt, aber so Kleinigkeiten muß man wegstecken. Ich sage immer, was kümmert

sich der Adler um das Gekrächze einer Krähe. (Beifall bei der SPÖ.) Aber ich darf vielleicht noch weiterfahren, meine Damen und Herren.

Eines müssen wir auch zur Kenntnis nehmen – und es ist heute schon angeschnitten worden, aber es ist ein bißchen untergegangen. Ich möchte es noch einmal aufwärmen. Selbst habt ihr seinerzeit die Möglichkeit gehabt, eine Zeitlang im Aufsichtsrat zu wirken. Und ich kann die Situation heute noch ganz gut nachvollziehen, wie es geheißen hat, ja, was mischt sich der Landesrat drein, der Aufsichtsrat, der Vorstand hat die Geschäfte zu führen in allen Bereichen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Jetzt hast du ihm geschadet!“) Das ist nicht von uns gekommen, das ist auch von euch gekommen!

Und dann sind die Dinge explodiert, sind einige Situationen entstanden, und deswegen hat sich auch der Aufsichtsrat entpolitisiert, man hat gesagt „Politiker raus“, bei uns hat man sich daran gehalten, bei euch war es nicht so, aber ihr habt sie dann in der weiteren Folge abgezogen. Aber eines müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, wenn von allen drei politischen Parteien ein Aufsichtsrat besetzt wird, wenn die Personalvertretung im Aufsichtsrat ist, dann wundere ich mich ja wirklich, daß der Kollege Fischer-Felgitsch noch so lange die Nerven bewahrt und nicht schon einmal herübergeschrien hat in irgendeiner Form, weil ihr bringt ihn in eine schwierige Situation.

Wenn das draußen publik wird, was ihr da verzapft bezüglich Bedienstete und Personal, möchte ich schon dazusagen – unverständlich! Wenn die einstimmig die Beschlüsse fassen, Konzepte vorlegen und, und, und, dann gehen wir her und schreien „Politik raus“, dann nehmen wir wieder das Federl am Hut und sagen, wir sind die großen Entscheider, und alles, was dort gemacht wird, entscheidet die Politik, dann muß ich fragen, was brauchen wir einen Aufsichtsrat, dann machen wir wieder die alte Konstruktion – das wollen wir nicht.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube nach wie vor, daß auch im Bereich der Spitalsbettengeschichten nach wie vor Probleme vorhanden sind und daß wir selber wissen. Ich möchte ein Beispiel bringen, natürlich braucht man Visionen, und wenn vor 75 Jahren, wie die Spitäler gebaut wurden – die Chronik haben wir schon alle diskutiert –, damals Entscheidungen nicht getroffen hätten, die zur damaligen Zeit viel utopischer gewesen sind wie die heute, schaute die Welt vielleicht auch noch ganz anders aus, aber zum Nachteil für uns. Und besinnen wir uns, Gott sei Dank haben wir auch, vielen Unkenrufen zum Trotz, das Pflegegeldgesetz nicht bis ins letzte Detail ausdiskutiert, sonst gäbe es dieses Gesetz heute noch nicht. Jetzt haben wir das Gesetz, jetzt gibt es natürlich auch noch ein paar Probleme, aber die werden wir auch gemeinsam lösen. Nur, wir haben das soziale Gesetz erreicht, und das gleiche münze ich um auf die Spitäler. Vielleicht könnte man auch noch überlegen, ob diese Spitalsbettenreduktion nicht so durchzuführen wäre, daß man vielleicht die Betten tatsächlich kostengünstiger umwandelt, weil ich ja eine gewisse Infrastruktur habe, was ich in den Pflegeheimen, die sich da in Zukunft ergeben werden, nicht habe. Auf das soll man auch Rücksicht nehmen. Denn viele, viele zittern im Spital, weil sie raus müssen, und die An-

gehörigen haben kein Pflegebett und wissen nicht, wohin mit den Leuten. Ja, vielleicht können wir da manche Bereiche dementsprechend umstrukturieren, aber das kann ich nicht mit Einsparen machen, sondern mit Mut, daß ich da sage, mir sind lieber ein paar Schulden mehr, und ich kann die Öffentlichkeit befriedigen. Zu dem bekenne ich mich.

Und vielleicht zum Schluß kommend. Es ist in der letzten Zeit immer so, für all die Versäumnisse und in manchen Diskussionen man ausweicht – und ich sage das sehr offen, weil dann kommen immer die Sozialversicherungen zum Handkuß, der Herr Kollege Vesko hat gesagt, da wird schon noch was kommen, jetzt bin ich dort –, es ist fast eine Manie geworden. Dort, wo die zuständigen Stellen sich absentieren, wo die Länder zurückschrauben, KRAZAF-Diskussion und alles, und wo man weiß, man kann es nicht mehr finanzieren, dann hackt man eben auf die Sozialversicherungen hin, vergißt aber dabei, daß da viele sitzen, die selbst ihre Beiträge zahlen und wissen, wie es ausschaut.

Und, Frau Dr. Karisch, wenn Sie in einem Nebenruf sagen, die Kassen ersparen sich etwas, dann muß ich Ihnen sagen, vielleicht gibt Ihnen der Kollege Bacher, den ich sehr schätze, das ist der einzige, der bis jetzt von eurer Couleur im Vorstand der Kasse sitzt, der wirklich auch etwas von der Materie versteht und der sachlich diskutiert. Ihr Zwischenruf war Ihrer Position, ich schätze Sie persönlich, aber nicht würdig, wie Sie das gemacht haben.

Ich darf Sie nur aufmerksam machen, wir tun nichts in die Sparschatulle oder zurückhalten oder uns bereichern, wie Sie es gesagt haben! Und wir haben seitens der GKK für das 1993er Jahr, nur damit Sie es wissen, weil Sie auch immer große Forderungen stellen über Konsumentenberatung, bereits 124 Millionen Schilling Defizit. Wir sind verpflichtet, daß wir die Rücklagen mindestens für zwei bis drei Monate liegen haben, wenn irgendeine Epidemie ausbricht. Pro Tag geben wir alleine von der Gebietskrankenkasse – ich lade Sie einmal ein, gehen wir gemeinsam hinunter, ich zeige Ihnen alles, gehen wir den ganzen Tag durch – 25,1 Millionen Schilling aus.

Und es ist ja nicht so, daß die Krankenkassen in der Öffentlichkeit immer verantwortlich gemacht werden können, und der Herr Landesrat Schmid, das werden wir heute am Abend sehen, falls wir noch zu „Steiermark heute“ kommen, hat ja heute schon gesagt, die Ambulanzen, die sollen der Gebietskrankenkasse zugeteilt werden, dort sollen sie dann mit dem Defizit, das sie verursachen, das zumachen. Wir können nur die Beiträge, die wir einnehmen, ausgeben, und auch hier gibt es klare Unterlagen über die Steigerungen. 9,7 Milliarden Budget, davon ein Drittel für Spitals- und Krankenanstaltenpflege, zusätzlich werden noch Mittel an den KRAZAF überwiesen, die kommen ja auch zurück, wenn schon nicht alles, aber wir zahlen bitte fast in Summe 80 Prozent, wenn ich das dazu nehme, was wir außertürllich fast 500 Millionen an den KRAZAF schicken müssen. Die Pflegeversicherung unterm Strich zahlen die Krankenversicherungen. Offiziell zahlt's der Bund, aber ich sage es Ihnen, bei den Pensionisten haben wir weniger Einnahmen zu erwarten, daher kann man nur sagen, heraus mit der Farbe, Leutln, ihr müßt's viel mehr Beiträge zahlen, so

wie in Deutschland, wo man jetzt zurückschraubt, wo man nie jemandem etwas vorgemacht hat, die Beitragszahlungen sind gestiegen. Trotz der Steigerung ist das in andere Kanäle geflossen, und heute müssen sie Leistungen reduzieren. Das wollen wir aber nicht. Ich bitte nur um Sachlichkeit in der Form, nicht immer die Kassen oder die Sozialversicherung als die Prügelknaben hinzustellen, sondern sich, bevor man so etwas in der Öffentlichkeit sagt, zu erkundigen.

Und wenn, meine Damen und Herren, ihr mit unserem Beschlußantrag nicht mitgeht, dann bin ich mir sicher, habt ihr in der Öffentlichkeit das zu verantworten, was ihr da versucht habt, in stundenlangen Duellen und Schreiduellen und Untergriffen klarzumachen, zu sparen. Ihr seid für alles, aber kosten darf es nichts, das wird es auf der ganzen Welt nicht geben. (Beifall bei der SPÖ. – 16.45 Uhr.)

**Präsident:** Es gibt wieder eine tatsächliche Berichtigung, und zwar durch den Herrn Abgeordneten Löcker. Nach ihm bitte ich den Herrn Präsidenten Rader an das Rednerpult.

**Abg. Ing. Löcker (16.45 Uhr):** Herr Abgeordneter Gennaro, ich verstehe nicht Ihre Aggressivität, ich habe nur jenes Schreiben zitiert, das der Kollege Heibl vor mir erwähnt hat hier in diesem Landtag, und ich habe es schwarz auf weiß in der Hand. (Abg. Gennaro: „Du hast gesagt, das Schreiben ist von der technischen Direktion ausgegangen!“) Es ist von der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H., Auenbruggerplatz 1, ergangen. Es hat der Kollege Heibl schon zitiert. (Abg. Gennaro: „Wer hat das geschrieben?“) Bitte, das soll man intern abklären!

Ich bin ja bereit, das vorzulegen. (Abg. Gennaro: „Ich lasse mich nicht als Spielball verwenden!“) Bitte, ich nehme nicht an, daß jemand der Krankenanstalt unbefugt einen Baustopp verordnen darf! Wenn ihr das annehmt, dann können wir darüber reden. (Abg. Trampusch: „Das ist keine tatsächliche Berichtigung, wenn er nicht sagt, was berichtigt wird! Darf ich bitten, daß wir bei der nächsten Präsidiale darüber reden, was eine tatsächliche Berichtigung ist!“)

**Präsident:** Herr Präsident Abgeordneter Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader (16.47 Uhr):** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Hätte ich in den letzten Tagen und Wochen Illusionen darüber entwickelt, was uns erwartet, wenn wir den Versuch unternehmen, eine Trendwende im Budget vorzunehmen, dann hätte ich heute und spätestens bei der Wortmeldung des Kollegen Gennaro diese Illusionen verloren. Hätte ich aber auch jegliche Zweifel gehabt, daß dieser Weg notwendig ist, so hart er auch ist, auch diese Zweifel hätte ich bei der heutigen Debatte verloren. Und es hat freundlicherweise der Herr Finanzreferent in Verfolgung der vom früheren Finanzreferenten und jetzigen Präsidenten immer vorgelegten langfristigen Budgetvorschauen auch diesmal gemeinsam mit dem Budget eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes vorgelegt. Und in dieser Studie finden Sie auf Seite 8 den Grund, warum wir

der Meinung sind, daß wir – sagen wir es ganz offen – die Notbremse ziehen müssen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt nämlich, daß der Anstieg der Neuverschuldung die erheblichen Probleme des steiermärkischen Landeshaushaltes zeigt, und dann noch einmal wörtlich: Die Neuverschuldung erhöht sich von 1,11 Milliarden Schilling im Voranschlag 1993 auf rund 3,2 Milliarden im Voranschlag 1997, der Schuldenstand würde sich dadurch in den Jahren 1993 bis 1997 um fast 14 Milliarden Schilling auf etwas mehr als 30 Milliarden am Ende dieses Vorschauzeitraumes erhöhen. Das sind die Randbedingungen, die wir am Tisch liegen haben. Und jetzt hat es schon im Jahr 1991 eine Debatte gegeben über die Spitäler, über alle Bereiche, und alle haben gesagt, um Himmels willen, wir beschließen dieses eine Budget noch, weil wir Dezember haben. Aber dann, im Verlaufe des nächsten Jahres, setzen wir uns zusammen und versuchen umzustrukturieren. Auch bei einem Budget Spitäler, überall, wir müssen irgendwo einen Deckel einziehen. Und das Budget war beschlossen, das Jahr ging vorbei, es war wieder Dezember, es war wieder dieselbe Situation, das Budget wurde wieder beschlossen. Meine Freunde, und ich habe ohnehin schon nicht mehr mitgetan, aber es wurde beschlossen – Beschluß des Landtages, selbstverständlich, und wieder ging ein Jahr vorbei. Jetzt haben wir Ende 1993 und diese Prognose am Tisch, die sagt: Wenn wir so weitermachen wie jetzt, bei allem bestem Willen – ich unterstelle bitte niemandem, daß da jemand Geld hinaus-schmeißt beim Fenster, verschwendet, verschludert, was auch immer, nein, ich glaube, daß jeder einzelne versucht, das Beste herauszuholen für seinen Bereich. Aber die ganz nüchterne Feststellung, wenn wir so weitermachen, dann haben wir am Ende 1997 über 30 Milliarden Schulden, also eine Steigerung von mehr als 14 Milliarden. Das ist nahezu, wenn man es genau nimmt, eine Verdoppelung. So schauen wir aus. Und daher, meine Damen und Herren, war es völlig logisch, daß wir in allen Bereichen gesagt haben, so, eine neuerliche Beschlußfassung eines Budgets, damit dann wieder in Ruhe ein Jahr vergeht, kann erst sinnvollerweise und glaubwürdigerweise stattfinden gegenüber der Bevölkerung, wenn wir gezeigt haben, daß es eine Trendwende geben kann. So, vor dieser Situation stehen wir jetzt in allen Bereichen, nicht nur bei den Spitälern. Die heutige Debatte ist in meinen Augen ein Vorspiel zu den Debatten, die wir in den nächsten Wochen zu erwarten haben. Und ich sage noch einmal, hätte ich Illusionen gehabt, dann hätte ich sie heute verloren, diese Illusionen, was uns bevorsteht. Aber ich glaube, daß wir keine Sekunde vom Weg, den wir eingeschlagen haben, abgehen sollen. Gerade unter diesen Vorzeichen, die uns eine sehr harte Zeit zeigen.

Wir werden daher in der nächsten Landtagssitzung, ich habe gehofft, am gestrigen Abend noch einstimmig, heute weiß ich, daß das nicht der Fall sein wird, soll sein, tut mir leid, aber soll sein, versuchen, mit einer kleinen Arbeitsgruppe des Landtages Vorschläge zu erarbeiten in aller Härte, die versuchen sollen zu signalisieren, daß es eine Trendwende geben kann. Ich weiß, was uns da erwartet. Das haben wir heute den ganzen Tag schon gehört. Sagen Sie doch endlich, was Sie einsparen. Sagen Sie doch endlich, was Sie nicht mehr zahlen, sagen Sie doch endlich,

was Sie den Leuten wegnehmen wollen. Der letzte Satz des Kollegen Gennaro, „sie werden dann in der Öffentlichkeit in stundenlangen Debatten das zu vertreten haben“. Ja, das werden wir. Und wir werden uns davor auch nicht fürchten (Beifall bei der FPÖ.), weil es im Endeffekt darum geht – und der Kollege Vesko hat das gut herausgearbeitet –, daß irgendwann einmal Schluß ist mit dem Versuch, die Decke so auseinanderzustrecken, wie die Wünsche sind, sondern daß man irgendwann einmal genau das tun muß, was jeder tut, nämlich schauen, wie groß die Decke ist, und dann seine Wünsche darauf zu reduzieren.

Und ich habe gerade vorgestern ein Gespräch mit dem Vorstand der KAGES gehabt. Ja selbstverständlich, das sind Technokraten, völlig richtig. Die sagen okay, wenn das Land Steiermark sagt, bitte, das können wir uns als Eigentümer leisten in diesem Prozentsatz, dann entwerfen wir selbstverständlich auch eine Krankenanstaltengesellschaft und eine Gesundheitsversorgung über die Krankenanstalten, die dieser Decke entspricht. Natürlich sind viele Wohltaten, viele Entwicklungen, viele Möglichkeiten, die man sonst hat, da möglicherweise nicht mehr, sondern später enthalten, mit einem späteren Ausbauprogramm. Dazu muß man sich dann eben bekennen. Und ich weiß jetzt schon, dann wird die politische Diskussion kommen und sagen, das habt ihr verhindert, und dann fahren alle hinunter nach Radkersburg und sagen das, und dann sitzen alle in Hartberg und sagen das, und alle sitzen dort und sagen das – gut, dann wird hält die Mehrheit, die das trägt, in diesem Hause dieses Spiel künftig nicht mehr mitspielen. Ganz einfach! Und ich glaube, man könnte das umso leichter tun, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin, daß auch in der Politik ein Paradigmenwechsel – wenn Sie wollen – eingetreten ist. Der künftige glaubwürdige Politiker wird nicht mehr der sein, der den Leuten alles verspricht und sagt, die anderen sind schuld, wenn sie es nicht bekommen, sondern der künftig glaubwürdige Politiker wird der sein, der den Menschen geradeheraus ganz offen sagt, was künftig nicht mehr möglich sein wird und welche Versprechungen nicht eingehalten werden können, weil sie nicht finanzierbar, nicht machbar sind. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir halten Wort!“)

Und das wird natürlich grauslich sein, da werden immer wieder welche aufstehen und uns sagen „eine Schweinerei“. Bei dem muß man sparen, und bei dem und immer bei einem anderen, na selbstverständlich. Das muß so sein, und das wird so sein. Aber, meine Damen und Herren, wir werden das aushalten. Und ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind noch vor einer zweiten schwierigen Situation. Ich weiß schon, der Kollege Wabl lächelt wieder freundlich, er schaut nämlich nur so unscheinbar aus. In Wahrheit ist er ein begnadeter Mann, der auf diesen Klavieren zu spielen versteht. Ich verwende dafür kein Vokabel, aber du weißt, was ich meine. Es macht dich ja gelegentlich sympathisch, aber halt nur gelegentlich. Wir stehen vor einer zweiten schwierigen Situation. Und wenn ich mir die Debatte heute den ganzen Tag angehört habe, dann gibt es natürlich noch eine zweite Befürchtung. Wenn der Stil in der Arbeit des Rationalisierungsausschusses so weitergeht, wie er sich heute angekündigt hat, dann tritt das ein, was einige natürlich voll Häme lächelnd erwarten, daß unterm Strich

die Leistungen noch erhöht werden und unterm Strich das Budget noch größer ist, als es bis jetzt schon ist. Natürlich, weil jeder Wünsche transportiert, weil jeder der Meinung ist, daß etwas noch besser gemacht werden muß. Das verstehe ich ja auch. Er hat ja sein Klientel, dem gegenüber er das zu vertreten zu sollen glaubt. Meine Damen und Herren! Dieser Landtag steht in dieser Situation, in die wir ihn nicht unüberlegt gebracht haben. Ich bekenne mich dazu, daß das Erreichen dieser Chance, daß der Landtag sich bewähren kann, durchaus mit ein Kalkül der Vorgangsweise war, und wir gestehen, damit haben wir den Landtag in eine Situation gebracht, daß er vor einer sinnvollen Bewährungsprobe steht. Wir können alle Reden, die wir in den letzten Jahren und letzten Jahrzehnten gehalten haben und die gelautet haben, der Landtag muß das in die Hand nehmen, dann wird alles besser, mit einem Schlag vergessen, wenn wir an dieser Aufgabe scheitern. Und ich weiß, daß es genug gibt, ich setze einmal fairerweise voraus, keinem in diesem Hause, aber ich weiß, daß es genug gibt, die darauf warten, daß dieses Unternehmen „der Landtag setzt Randbedingungen“ schiefeht. Und ich gebe schon zu, daß das Risiko ein ungeheuer hohes ist, und ich gebe auch zu, daß möglicherweise nicht alle zwangsläufig dieses Risiko in seiner Größenordnung auch abschätzen können. Es ist ungeheuer viel, was wir uns vorgenommen haben. Und wenn der Stil so weitergeht, dann wird das auch eine furchtbar, furchtbar grauenhaft harte Arbeit sein, durch die wir ganz einfach durch müssen.

Und daher, meine Damen und Herren, möchte ich ganz ehrlich diese Debatte benutzen, um einen Appell an Sie zu richten. Ich verstehe schon, wir sind jetzt im November und im Dezember 1993 in einer emotional sehr schwierigen Situation, alle sind wir das, auch ich. Sollte ich gelegentlich zu emotional sein, tut mir das leid, passiert mir ohnehin selten. Aber daher wäre es klug, daß wir den Vorschlag durchziehen, den wir vorgeschlagen haben, eine Abkühlungsphase bis April uns selber zu verordnen, nicht in diesem Klima da jetzt Budgetposten hin- und herzuschieben, dann in aller Gemeinsamkeit versuchen, wirklich die unangenehmen Dinge zu tragen. Alles, was der Rationalisierungsausschuß herausbringen wird, wird unangenehm sein, nichts – aber schon gar nichts – wird dazu geeignet sein, hinauszugehen in die Bevölkerung und hier Wohltaten zu verbreiten und zu sagen „sehts her, was wir für klasse Burschen sind, und das machen wir für euch!“. Wer diese Illusion hat, daß er mit dieser Geschichte beliebt werden kann, soll diese Illusion blitzartig vergessen. Niemand von denen, die sich für diese Arbeit zur Verfügung stellen, wird sich damit beliebt machen, alle werden sich unbeliebt machen. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen, was vor uns steht, wenn wir diese Aufgabe nicht übernehmen, und wir müßten uns eigentlich vor uns schämen und auch vor diesem Haus, wenn wir uns vor dieser Aufgabe drücken. Und wir müßten uns noch mehr schämen, wenn wir diese Aufgabe torpedieren.

Ich appelliere daher, das nicht zu tun. Und ich gehe nach wie vor – auch nach der heutigen Debatte, in der Luft abgelassen wurde – davon aus, daß alle Mitglieder dieses Hauses sich der Verantwortung bewußt sind und daran ernsthaft mitarbeiten werden. Ich bitte

Sie jedenfalls darum wirklich inständig, nicht, weil wir Angst haben zu scheitern, sondern weil der Landtag auf dem Prüfstand steht und wir alle eigentlich gemeinsam mitarbeiten sollen, auf diesem Prüfstand positiv zu bestehen. (Beifall bei der FPÖ. – 16.59 Uhr.)

**Präsident:** Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger.

**Abg. Dr. Grabensberger (16.59 Uhr):** (Abg. Dr. Wabl: „Eine tatsächliche Berichtigung?“) Herr Präsident, Hohes Haus, Herr Kollege Wabl!

Eben nicht, die tatsächliche Berichtigung, weil es so diffizil festzustellen ist, was darf man dabei noch sagen oder nicht. Deswegen eine reguläre Wortmeldung zum zweiten Mal, wenn Sie gestatten. Danke! Mir ist heute anlässlich dieser Debatte eingefallen ein Satz von Cyrus Vance, der gesagt hat, es ist nicht immer populär, die Dinge so zu nennen, wie sie sind, es ist aber durchaus notwendig und wichtig. Ich wollte zuerst nur eine tatsächliche Berichtigung machen zur Anschuldigung des Kollegen Flecker, ich hätte gesagt, es gäbe ein Überangebot an medizinischer Versorgung. Das stimmt nicht. Das ist aus dem Zusammenhang gerissen. Ich habe gesagt, es muß nach objektiven Bedarfszahlen festgestellt werden, wo wir beispielsweise eine Überversorgung haben und wo große Versorgungslücken bestehen. Das möchte ich einmal dazusagen, weil sonst fährt er im Land herum und sagt, die Grabensberger behauptet, es gibt ohnehin schon nicht nur genug, sondern schon zu viel.

Ich möchte zu Suter und Suter II etwas sagen, weil uns das vorgehalten wird. Warum ist diese Idee entstanden? Wenn einmal eine Ist-Analyse gemacht wird, dann ist es wohl logisch, daß daraus eigentlich ein Soll-Konzept folgen soll. Und weil eine Planung im Gesundheitswesen so komplex geworden ist, daß wir, die wir hier sitzen, sicher mit diese Aufgabe überfordert sind, sollte es von einer professionellen Planungsfirma gemacht werden unter Einbeziehung zahlreicher Fachleute. Wie immer diese Planungsfirma heißt, ist mir egal. Nennen Sie sie Suter und Suter, oder nennen Sie sie SANA, oder welche immer es sonst gibt. Wenn diese Planung dann am Tisch liegt, kann erst die politische Willensbildung erfolgen, und wenn wir dann dazu nein sagen, dann geben wir in Wahrheit eigentlich zu, daß uns andere Interessen, persönliche, regionale oder parteipolitische, wichtiger waren als die Sache selbst. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 17.01 Uhr.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Vollmann, bitte.

**Abg. Vollmann (17.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich verstehe schon, daß ein Budget alle erregt, jeder will ein möglichst großes Stück von diesem Kuchen haben, und im Endeffekt geht es ja darum, was jeder verteilen kann.

Nun, es scheint, daß es diesmal nichts mehr zu verteilen gibt, und daran entbrennt im Endeffekt der Streif. Ich muß nur auf den Kollegen Rader zwei Dinge richtigstellen. Das eine ist die Frage, was der WIFO-Bericht aufzeigt. Ich habe mir hier den WIFO-Bericht über die mittelfristige Vorschau 1993 bis 1996 herge-

nommen und habe mir auf der Seite 34 angeschaut, was da drinnensteht. Da steht nämlich bereits im letzten drinnen: Das ergibt sich insbesondere durch die wachsende Nachfrage nach Wohnungen, die Anforderungen im Erziehungsbereich, Vorschul- und Schulbereich, im Gesundheits- und Umweltbereich, aber auch in der Infrastruktur und nicht zuletzt im sozialen Bereich. Der finanzielle Spielraum wird durch den steigenden Finanzschuldenaufwand zusätzlich eingeengt. Wenn Sie die Zusammenfassung des WIFO-Berichtes der Vorschau 1994/97 anschauen, so steht dasselbe wieder drauf, nur ist es umgekehrt. Man führt diesmal an erstens den Wohnbau, zweitens den Gesundheitsbereich und drittens die Sozialausgaben sowie der Umweltbereich, dazu kommen noch die Maßnahmen in der Infrastruktur. Diese Bereiche entscheiden über die künftigen Entwicklungschancen eines Landes.

Meine Damen und Herren, wertere Kolleginnen und Kollegen, wenn man darüber diskutiert, wo die Einsparungen stattzufinden haben, so bin ich dafür. Gemeinsam darüber nachzudenken, jeder Verantwortliche, jedes verantwortliche Regierungsmitglied in seinem Ressort, wo es nach Möglichkeit noch etwas gilt einzusparen, um das zu verhindern, von dem der Kollege Rader geredet hat. Zu verhindern, so meine ich – aber das ist nur meine persönliche Meinung –, ist das sowieso nicht. Denn es beginnt der Bund auf das Land abzuschieben, das Land auf die Gemeinden und die Gemeinden im Endeffekt als der Letzte, der etwas zu vollziehen hat, auf den, der bezahlt, und das ist der Bürger. Und so kann es ja doch im Endeffekt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch nicht gehen, daß jeder seinen Verantwortungsbereich nur auf den anderen verschiebt, mit dem Finger auf ihn zeigt und sagt „du spar ein, du tu etwas, und du streich etwas!“. Irgend jemand hat einmal gesagt seinerzeit, die Ausstellungssänger waren unterwegs, ich habe mich damals auch eingereiht gehabt, und jetzt sind die Spitalssänger unterwegs. Jeder in seinem eigenen Bezirk hat ein Spital. Ich habe auch eines in Mürrzusschlag, wo dringende Sanierungsarbeiten notwendig sind, wo wir in einer gemeinsamen Sitzung am 22. September Einigung darüber erzielt haben, was zu sanieren ist. Nur im Vergleich zum Neubau und zur Neuplanung von Hartberg und anderen Bereichen sind wir noch – verzeihen Sie mir den steirischen Ausdruck – „Lapperln“.

Und so bitte ich, im Endeffekt daran zu denken, daß wir ja nur Steuergelder einzusetzen haben, damit wir anderen helfen können. Ich bin ein Gegner davon, daß wir diese Problematik, in der wir uns befinden, auf die Ärmsten der Armen im Endeffekt abschieben, das sind die Patienten.

Ich bin dagegen, meine Damen und Herren, daß wir grundsätzlich nur darüber reden, daß wir immer neues Personal in diese Krankenhäuser hineinbringen wollen. Denken wir an die Ausbildung von Krankenschwestern, und alle jammern wir, daß wir keine mehr haben. Ja, mit der Methode, mit der wir jetzt vorgehen, nämlich mit dem Holzhammer, werden wir ja gerade nicht Freude erwecken und neue Leute für diese Bereiche bekommen. Und ich meine auch, daß die Spitäler gerade auf einem Gang in die Europäische Gemeinschaft den Gegebenheiten der Zeit und den Anforderungen der Zeit anzupassen sind, in ihrem

Inneren, in ihrer medizinischen und ärztlichen Betreuung, und auch in ihrem Äußeren. So ist das, was heute hier beklagt wird, nämlich der Mangel an finanziellen Mitteln, im Endeffekt nichts Neues. In der Zusammenfassung des Budgets kann es nur heißen, wir wollen versuchen, nach Möglichkeit den Anforderungen, die an dieses Budget, an uns, an den Landtag und an die Regierung gestellt werden, nachzukommen und damit auch die notwendigen Befriedigungen zu erledigen. Verzeihen Sie mir, wenn ich sage, mir hat in der ganzen Frage der Priorität, wie sie von Lopatka und Hirschmann genannt worden ist vor einigen Tagen, etwas gefehlt. Da hat man gesagt, das Spital in Hartberg, das Krankenhaus in Radkersburg, das Krankenhaus in Bruck an der Mur, und ich glaube, Wagna war das vierte, von dem man geredet hat, es gibt in jedem Bezirk, ich sage das noch einmal, ein Krankenhaus und überall Wünsche, die – das bezweifle ich nicht – berechtigt sind. Sie sind dort, wo es notwendig ist, zu erfüllen. Um das bitte ich Sie auch, denn so kann man mit den Menschen nicht umgehen, wie wir versuchen, in dieser Verunsicherungspolitik des Budgets alle im Endeffekt aus den Möglichkeiten der Verantwortung herauszulassen und die Verantwortung auf andere abzuschieben. Ich glaube nicht, daß ein Ausschuß, der gesondert eingerichtet wird neben dem Finanz-Ausschuß, etwas Neues bringt, daß ihm etwas Neues einfällt. Ich meine, der Finanz-Ausschuß sollte sich in seiner Gesamtheit zusammensetzen, von mir aus auch mit Fachleuten. Aber untersucht, so meine ich, ist genug geworden. Zutode untersuchen kann man viel. Ich bitte, untersuchen wir dieses Budget, untersuchen wir unsere Gesundheitspolitik nicht zutode, sondern versuchen wir, daraus auch etwas Ordentliches zu machen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Maitz.

**Abg. Dr. Maitz (17.08 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich unseren Beschlusantrag vortragen möchte, der inzwischen auch allen Fraktionen ausgegeben wurde, möchte ich am Ende dieser etwa fünfständigen Debatte das wiederholen, was ich am Anfang gesagt habe, weil ich glaube, daß es viele nicht verstehen wollten oder nicht verstanden haben. Ich habe am Anfang gesagt, weil wir selbstverständlich zu unseren Landeskrankenanstalten stehen, weil wir selbstverständlich die Arbeit der Spitalsbediensteten, Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltung und Hilfsdienste außerordentlich schätzen, und weil wir diese steirischen Landeskrankenanstalten in ihren Funktionen auch in der Zukunft sichern wollen, deshalb ist für uns die Finanzierungssicherung für mittel- und langfristige Vorhaben wesentlich. Und deshalb treten wir gegen jede Verunsicherung ein und wollen gemeinsam einen Weg finden, diese Finanzierungssicherheit auch zu garantieren. Es ist dann gesagt worden, wir hätten irgendwelche Leute verunsichert mit unseren Aussagen. Ich stelle fest, es war stets die gleiche Aussage, den Betrieb sichern, das Budgetprovisorium, das möglicherweise tatsächlich nun kommt, hat dieselben Ansätze wie 1993, der Betrieb ist gesichert. Die Investitionen in den Bezirken können planmäßig durchgeführt werden, es gibt Notwendigkeiten, die sofort

selbstverständlich weiter fortgesetzt werden müssen, und es gibt solche – zum Beispiel im Grazer Landeskrankenanstaltenbereich „LKH 2000“, wo man nicht sagen kann, alles und zwar sofort, alles, und zwar sofort, können wir uns nicht leisten. Daher muß man auch im Plan für die Umsetzung sich überlegen, was mache ich im Jahr 1994, was mache ich 1995, 1996, 1997 oder eben noch ein Jahr später. Damit in der zeitlichen Abfolge, in der zeitlichen Staffelung es tatsächlich zu schaffen ist, das, was notwendig und richtig ist, zu investieren, aber nicht alles, und zwar sofort – das geht nicht. (Abg. Vollmann: „Steht im Landeskrankenanstaltenplan drinnen!“)

Ist aber zu teuer, wie wir sehen. Wir müssen das neu überlegen. Es ist, wie es jetzt vorgesehen ist, nicht finanzierbar. Und das ist das Problem, und da müssen wir sagen, das Notwendige sofort, das Wünschenswerte nach Prioritäten. Und diese Prioritäten sind gemeinsam zu erarbeiten, damit nicht der eine oder der andere durchs Land ziehen kann und sagen, haha, die haben das oder jenes herausgestrichen. Das ist ja der Unsinn dabei, dann kommen wir nie zu einem Ende, wenn wir das so machen.

Zu den einzelnen Beiträgen vorher muß noch gesagt werden, wenn der Kollege Flecker sagt, der Baustopp war eine verantwortungsvolle Handlung, ist das durchaus zu akzeptieren. Nur, drei Tage später war die Wiederaufnahme ebenso verantwortungsvoll, nehme ich an. Und in diesen drei Tagen gab es eine Pressekampagne. Also, was war dann daran so notwendig und zu verantworten? Und wenn uns gesagt wurde, ihr tut euch irgendwie ärgern, daß eine Absprache erfolgt ist. Ich sage ausdrücklich von Anfang an. Es ist nichts Unanständiges, wenn sich Bedienstete und Politiker einer politischen Gruppierung absprechen. Ich sage das, damit ja kein Irrtum entsteht. Nur bitte, die Wahrheit ist, daß dieser Baueinstellungsbeschluß oder die Baueinstellung vom Vorstand der Krankenanstaltengesellschaft auf Grund eines Antrages des Herrn Bereichsdirektors Matteschläger in der Sitzung beschlossen wurde, und zwar nicht für die Erste Med. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist völlig falsch!“) In der ersten Sitzung beschlossen wurde, und zwar für die Wäscherei und für die Verwaltung. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich wußte gar nichts davon!“)

Das ist im Protokoll. Das ist leider anders dann, weil die, die dabei waren, haben das so berichtet. Ebenso hat es ein Gespräch – und ich sage, es ist nichts Negatives, nur muß man wissen, was in drei Tagen sich alles abspielt – zwischen dem Abgeordneten Schrittwieser und dem Bereichsdirektor Hecke gegeben, was die Sache Bruck anlangt. Es gibt dort keine Gefährdung, es gibt keine Einstellung. Es gab gar nichts Negatives zu berichten. In einer Veranstaltung wurde dann gesagt, wegen der ÖVP und der FPÖ wird jetzt Bruck nicht weitergehen. Das ist schrecklich, ist falsch, das gibt es nicht. Ich sage auch hier, innerhalb von wenigen Tagen hat sich alles wieder ins Gegenteil verkehrt, die Bauten wurden fortgesetzt (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist völlig falsch. Das sind Unwahrheiten!“), und es gibt kein Problem, und ich rede nicht, wie der Herr Kollege Flecker es gemeint hat – populistisches Spargeschrei oder Skandalisierung –, sondern das sind eben die Fakten. „100 Millionen ver-

loren“ war ein Titel einer Grazer Tageszeitung, und der Kollege Gennaro hat gemeint, die Ambulatorien, die Ambulanzgebühren seien ohnedies gestiegen. Ja, ja, sie sind schon gestiegen, und der Herr Dr. Moser hat es in der Zeitung auch gesagt. Die Ambulanzgebühren insgesamt in ihrer Summe sind gestiegen im letzten Jahr, aber bitte deshalb, weil um 138.000 Fälle mehr in Ambulatorien behandelt werden, und der Deckungsgrad, das heißt, das, was die Gebietskrankenkasse zahlt für die Ambulanzen und das, was wir als Steuerzahler nochmals vom Land dazuzahlen, also der Deckungsgrad, ist zum Beispiel in Graz um 10 Prozent zurückgegangen, von 50,1 im Jahr 1987 auf 41 Prozent im Jahr 1991. Also, so kann man es ja nicht machen, daß man sagt, wir haben ohnedies mehr eingenommen für die Ambulatorien – das stimmt schon, nur, weil man um soviel mehr gearbeitet hat und soviel mehr Fälle gehabt hat. Die echten Gebühren, die von der Gebietskrankenkasse gegeben wurden, sind gesunken, der Deckungsgrad ist gesunken. So! Und der zweite Fall, du hast gesagt, wir sollen konkrete Beispiele nennen. Konkrete Beispiele! Ich frage mich, was jetzt richtig ist. Der Bereich der Dialyse ist im Rechnungshofbericht ausführlich dargestellt; bei den Dialysetarifen zahlt die Gebietskrankenkasse zirka 2500 Schilling, das seien die echt errechneten Kosten. Warum bitte verrechnet man dann für den Selbstzahler 6028 Schilling? Und diese Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung hat der Herr Landesrat Strenitz als verantwortliches Regierungsmitglied eingebracht, und sie wurde so genehmigt. Es ist also wiederum über den Landesrat gegangen, Dialysepatienten Selbstzahler 6000 Schilling, echte Kosten 2500 Schilling. (Landesrat Dr. Strenitz: „Er hat keine Ahnung!“) Das kann man nicht mit einer Handbewegung abtun. (Landesrat Dr. Strenitz: „Er braucht Nachhilfestunden!“) Wir haben bei der Gebietskrankenkasse leider nicht den Erfolg, den wir uns als Land Steiermark wünschen können, weil alles, was die anderen Zahler nicht finanzieren, zahlt das Land Steiermark.

Und der Selbstzahler muß 6000 Schilling zahlen. Was sind jetzt die wirklichen Kosten? (Abg. Vollmann: „Pro Dialyse 2500 Schilling!“) Die wurden verschieden angesetzt. Für die Gebietskrankenkasse ist es billig, für den Selbstzahler ist es teuer. So geht es ja nicht. Ich möchte noch etwas zur Einnahmensuche sagen, wie der Kollege Flecker es ausgedrückt hat. Der Herr Landesrat ist jetzt gerade nicht da, der Herr Landesrat Strenitz, den meine ich. Denn ich möchte schon fragen: Ist er nur zuständig für das vom Land auszugebende Geld? Das Land zahlt alle jene Teile, die die Sozialversicherungen – insbesondere Gebietskrankenkasse – (Abg. Dr. Flecker: „Die sind im KRAZAF festgeschrieben!“) Moment, lassen Sie mich ausreden, ich habe Sie auch ausreden lassen! (Abg. Dr. Flecker: „Das fällt mir schwer!“) Alles, was nicht aus dem KRAZAF kommt, ist schon da, alles, was nicht von den Privatversicherern kommt, wird vom Land bezahlt, alles, was die Sozialversicherung (GKK) nicht bezahlt, wird vom Land bezahlt.

Und jetzt frage ich mich: Wann wollen Sie für die Neuregelung KRAZAF, die am 31. 12. 1994 ausläuft und am 1. 1. 1995 beginnt, verhandeln? Wer verhandelt? Der für das Spital Zuständige muß Interesse

haben, daß die künftige Regelung leistungsgerecht geschieht. Der für die Finanzen Zuständige muß Interesse haben, daß das Land wenig zahlt, nichts anderes haben wir gesagt. Strenitz und Ressel sind aufgefordert und zuständig, für diesen Bereich zu verhandeln. Der Landeshauptmann unterzeichnet quasi als Notar eine solche Vereinbarung nach 15 a der Bundesverfassung. (Abg. Dr. Flecker: „Landeshauptmännerkonferenz!“)

Das ist ja auch wieder so ein Trick von Ihnen, Herr Dr. Flecker. Sie nehmen die Beurkundung und sagen, der sei zuständig, Sie wissen es und sagen es gegen Ihr besseres Wissen, der, der beurkundet, ist nicht das zuständige Regierungsmitglied. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, das ist kein Trick, sondern das ist Wissen!“) Das wissen Sie?

Also: Zu verhandeln hat – unserer Meinung nach –, und das ist sachlich begründet, weil wir alles sonst aus Landesgeld, aus Steuergeld zahlen, was andere nicht bezahlen in dem Bereich, Landesrat Strenitz und Landesrat Ressel. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist gesetzlich so vorgesehen!“) Wir erwarten, daß hier kompromißlos verhandelt wird, so wie es im Papier der Krankenanstaltengesellschaft neuerdings drinnensteht. Die Krankenanstalten haben in ihr neues Papier hineingeschrieben, sie erwarten hier kompromißlose Verhandlungen. (Abg. Dörflinger: „Kommt der Bosch wieder?“) Alles, was die Gebietskrankenkasse nicht bezahlt, zahlen wir. Daher ist dort die politische Verantwortung für kompromißlose Verhandlungsführung wahrzunehmen. Alles, was andere nicht bezahlen – (Abg. Dörflinger: „Stimmt das, daß die ÖVP den Bosch wieder einsetzt?“)

Wir kommen zu dem Beschlußantrag, falls Sie bereit sind zuzuhören – ich weiß, daß Ihnen das sehr schwerfällt! Ich möchte Ihnen daher noch einmal sagen: Kompetenzausflüchte des Herrn Landesrates Strenitz zählen nicht, können keine Geltung haben. Denn ich sage Ihnen was, wo wir heute wären, wenn auch andere Regierungsmitglieder solche Kompetenzausflüchte gehabt hätten. Sie erinnern sich an die Mitte der siebziger Jahre und die zweite Hälfte der siebziger Jahre. Damals hat Landesrat Krainer die Verantwortung für die Ausführung des Straßenbaues in der Steiermark übernommen. Autobahnen, Schnellstraßen – reine Bundessache. Der Bund bestimmt, wann gebaut wird, der Bund bestimmt, wie gebaut, der Bund bestimmt, wann bezahlt wird, der Bund bestimmt. Wir hätten heute noch keine Südo Autobahn, wir hätten heute noch keine Pyhrnautobahn, wir hätten heute noch keine Murtalschnellstraße, wir hätten heute noch keine Mürztalschnellstraße, wenn der Herr Landesrat Krainer sich damals auf den Standpunkt gestellt hätte, das ist Bundeskompetenz, das geht mich nichts an. Was hat er denn gemacht? Er hat im Land Akzeptanz geschaffen, er hat außerhalb des Landes bei der Bundesregierung durch Hunderttausende Gespräche – (Abg. Dörflinger: „Was tut er?“) Ich habe es Ihnen gerade gesagt: Wenn Krainer damals so gehandelt hätte bei Autobahnen und Bundesstraßen, wie jetzt Strenitz sagt, daß er nicht zuständig ist, dann hätten wir heute keine Südo Autobahn, keine Pyhrnautobahn, keine Murtalschnellstraße, keine Mürztalschnellstraße. (Landesrat Ing. Ressel: „Dann hätte man natürlich auch keine Straßen-Ges. m. b. H. gegrün-

det!“) Ich weiß, Sie unterbrechen mich immer, Herr Kollege. Und trotzdem: Die Kompetenzausflüchte zählen dann nicht, wenn es um unser Landesbudget und unser Landesgeld geht. Daher sagen wir nichts anderes, als die Einnahmenseite ist zu verhandeln, und zwar so mit Nachdruck, daß etwas herauskommt. (Abg. Dörflinger: „Für alle Bereiche?“) Selbstverständlich, selbstverständlich!

Daher wollen wir kurzfristig für das Budget 1994 das erreichen, was zu erreichen ist. Ich hoffe, daß das gemeinsam sein wird, und nicht nur durch polemische Bemerkungen des Herrn Kollegen Flecker. Daher wollen wir für mittelfristige Bereiche 1995, 1996 und 1997 die Fortsetzung – (Abg. Dr. Flecker: „Da ist keine Logik drinnen!“) Selbstverständlich werden auch im Budget 1994 und im Jahr 1994 – (Abg. Dörflinger: „Gesetzlich geregelt!“) Ich rede ja nicht mehr vom KRAZAF, aber bitte, wenn Sie nicht zuhören wollen, dann hören Sie eben nicht zu! Ich rede schon lange nicht mehr vom KRAZAF. (Abg. Dörflinger: „Was hat das mit dem Budget 1994 zu tun?“) Sie wollen es vielleicht nicht, weil Sie nicht in der Sache arbeiten wollen. Wir wollen das.

Okay, dann sagen wir es dem Flecker vielleicht. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist gesetzlich geregelt!“) Ja, Ihre Arroganz und Ihr Hochmut ärgert mich sehr oft, aber heute nicht mehr, weil es tatsächlich so ist, daß Sie immer alles so heruntermachen, was nicht Ihre Meinung ist, und das ist Ihre Art, Politik zu machen. (Abg. Dörflinger: „Wenn Sie mittelfristig für 1995 und 1996 etwas machen wollen, warum stimmen Sie dann 1994 nicht zu?“) Weil es auch hier kurzfristige Veränderungen geben soll. Ist das eindeutig? Das werden wir in den Ausschüssen besprechen. Die werden wir dort deponieren, wo sie zu deponieren sind. (Abg. Dörflinger: „Ich habe den Eindruck, Sie sind überrascht, daß wir heuer ein Budget beschließen!“) Ich weiß schon, daß ihr es hier schwierig habt, in der Öffentlichkeit euch darzustellen, daher ist – das Argument des Kollegen Trampusch gilt auch: Lautstärke und ständiges Unterbrechen sind kein Beweis für die Richtigkeit Ihrer Aussagen, das sagte er nämlich immer wieder.

Beschlußantrag der Abgeordneten Maitz, Bacher, Frizberg und Grabensberger, betreffend die weitere Vorgangsweise im Hinblick auf die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m. b. H.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Bund im Sinne des Projektes LKH 2000 eine Übernahme der Kliniken durch den Bund zu erreichen. Mit diesen Verhandlungen ist das Regierungsmitglied für Gesundheits- und Spitalsfragen, Dr. Dieter Strenitz, unverzüglich zu beauftragen.

Zweitens: Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß unverzüglich die vorgesehenen Bauarbeiten in den sogenannten peripheren LKHs (zum Beispiel Sicherstellung der Inbetriebnahme des LKH Bruck an der Mur mit 1. 3. 1994) weitergeführt und die Planungsarbeiten für das LKH Hartberg mit Nachdruck fortgesetzt werden.

Drittens: Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Überprüfung des Projektes LKH 2000 durch die SANA Kliniken Ges. m. b. H., München

auf allfällige Rationalisierungspotentiale unter besonderer Berücksichtigung der durch dieses Projekt ausgelösten Folgekosten (zusätzlicher Personal- und Sachaufwand) zu veranlassen.

Des weiteren ist auch in das Finanzierungsübereinkommen mit dem Bund der Vorbehalt der vertraglichen Projektkontrolle im Sinne des Paragraphen 11 Absatz 1 Ziffer 4 LRH-VG aufzunehmen. (Abg. Dörflinger: „Ist das das Comeback des Ulrich Bosch? Wer ist Geschäftsführer der SANA?“) Der Geschäftsführer der SANA-Klinik in München ist Herr Dr. Bosch. Dieser Herr Dr. Bosch hat einen schlechteren Vertrag, den man ihm angeboten hat in Graz, nicht mehr akzeptiert. Niemand hat ihn hinausgeschmissen, er hat seinen neuen Vertrag nicht akzeptiert. Damit ist auch diese Mär und dieses Märchen entlarvt. Dieses Märchen ist entlarvt. (Abg. Dörflinger: „Jetzt frage ich mich, warum Sie den Bosch hinausgeschmissen haben!“) Also, wenn ihr das alles noch lustig findet, wir nicht! (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz!“)

Viertens: Die Landesregierung wird aufgefordert, einerseits mit dem Bund über die Erhöhung der Beiträge zum klinischen Mehraufwand und andererseits mit den Sozialversicherungsträgern und Privatversicherern im Hinblick auf die auslaufende KRAZAF-Regelung kompromißlos zu verhandeln mit dem Ziel, die Erträge zu steigern. Die Erträge zu steigern ist das Ziel. Mit den Verhandlungen mit den verschiedenen Institutionen sind die Mitglieder der Landesregierung, Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel und Landesrat Dr. Dieter Strenitz, unverzüglich zu beauftragen. Ein Bericht über die Ergebnisse ist bis 1. 3. 1994 der Landesregierung vorzulegen.

Fünftens: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Gesetzesvorschlägen des Bundes, die eine finanzielle Mehrbelastung des Landes zur Folge haben, den Landtag rechtzeitig über konkrete finanzielle Auswirkungen für den Landeshaushalt zu informieren. Bis heute ist kein Ansatz vorgesehen für die KAG-Novelle, die auf Bundesebene beschlossen wurde. Das ist die Erläuterung.

Im Nationalrat ist sie beschlossen, die Ausführungsgesetzgebung im Land werden wir hier gemeinsam zu beraten haben.

Sechstens: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Wege des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung die Ambulanzleistungen der Krankenanstaltenges. m. b. H. nach den Grundsätzen der Effizienz und Subsidiarität unter Berücksichtigung der gesetzlichen Verpflichtungen zu überprüfen. Weiters sind sämtliche Vereinbarungen mit der Sozialversicherung über die Abgeltung der Ambulanzleistungen einerseits auf die Gesetzmäßigkeit und andererseits auf die Erlöseseite hin zu prüfen und gegebenenfalls neu zu verhandeln.

Grund dafür - der Rechnungshofbericht, der Ihnen vorliegt.

Siebtens: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnung über den Krankenanstaltenplan (Landesrat Ing. Ressel: „Noch nicht beschlossenes Gesetz zu diesem Zeitpunkt!“) mit allen Sozialversicherungsträgern, hauptsächlich jedoch Gebietskrankenkasse, als Bestandteil des Integrierten Gesundheitsplanes

erst dann zu beschließen, wenn ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorliegt.

Zur Beratung unserer und des Vorschlages, den die sozialdemokratische Fraktion als Beschlußantrag eingebracht hat, schlage ich im Einvernehmen mit den beiden anderen Klubobmännern vor, die Landtags-sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen, um Gelegenheit zu geben, über die Inhalte zu beraten. (Abg. Trampusch: „15 Minuten Unterbrechung!“) Das wird der Herr Präsident bestimmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 17.29 Uhr.)

**Präsident:** Da die beiden Klubs der SPÖ und der FPÖ gemeint haben, mit 15 Minuten Unterbrechung auskommen zu können, Herr Kollege Dr. Maitz eine halbe Stunde vorgeschlagen hat, werden wir 20 Minuten unterbrechen und den Saal lüften. (Unterbrechung von 17.30 bis 17.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Budget 1984 der steirischen Krankenhäuser.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, betreffend die weitere Vorgangsweise im Hinblick auf die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m. b. H.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich stelle, bevor ich zur Abstimmung schreite, die Frage, ob es noch Wortmeldungen gibt. Bitte, Herr Landesrat Dr. Strenitz.

**Landesrat Dr. Strenitz (17.58 Uhr):** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich doch einige Sätze zum Beschlußantrag, der von der Österreichischen Volkspartei vorgelegt wurde, sagen. Sie fordern im ersten Passus, daß die Landesregierung aufgefordert werde, mit dem Bund Verhandlungen über die Übernahme der Kliniken durch den Bund anzustellen. Darf ich Ihnen sagen, daß mir Herr Wissenschaftsminister und Vizekanzler Busek in einem Brief schriftlich und ausdrücklich mitgeteilt hat, daß er an einer solchen Verhandlung kein Interesse hat und solche Verhandlungen auch nicht zu führen gedenkt. Ich sage aber, daß eine solche Übernahme der Kliniken durch den Bund in jedem Fall eine Verschlechterung der steirischen Situation mit sich bringen würde. Denn der Bund wäre allenfalls an der Führung einer Miniklinik für Forschung und Lehre interessiert mit 400 oder 500 Betten, die Patientenversorgung im Landeskrankenhaus mit dem derzeit großen Universitätsklinikum wäre mit Sicherheit beeinträchtigt. Ich sage aber noch etwas viel Ernsteres dazu. Wenn Sie diese Frage neuerlich aufrollen wollten, dann stelle Sie alle jene Gespräche und Verhandlungen

gen, die seit 1987 mit großem Erfolg geführt wurden und praktisch vor dem Abschluß stehen, wieder völlig in Frage. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als das Investitionsvolumen von 9,1 Milliarden, zu dem der Bund sich bereiterklärt hat, 50 Prozent beizutragen. Seien Sie sich der Verantwortung bewußt, was Sie tun, wenn Sie diese Vereinbarung durch einen solchen Antrag und das Aufrollen-Wollen einseitigerweise durch die Steiermark möglicherweise wieder zu Fall bringen.

Zu Punkt zwei sage ich Ihnen, die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, unverzüglich die Bauarbeiten in Bruck und in Hartberg fortzuführen. Meine Damen und Herren, sind Sie sich dessen bewußt, daß Sie sich damit schon dem Vorwurf politischer Willkür aussetzen. Denn die Bauprioritäten in den steirischen Landeskrankenhäusern sind durch Fachleute lange diskutiert und mit den Prioritäten A, B, C und den entsprechenden Zeitplänen versehen worden. Es ist nicht zulässig, gleichsam aus dem Ärmelbeutel zwei Häuser herauszunehmen und alle übrigen Spitäler in der Steiermark diesbezüglich zu vergessen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die blauschwarze Bremsspur über diese Häuser hinaus in der Summe Einsparungen von rund 600 Millionen Schilling für die nächsten Monate zumindest und das Jahr 1993 wird vorsehen müssen.

Zu Punkt drei: Sie fordern die Landesregierung auf, die Firma SANA-Kliniken München Bosch Ges. m. b. H. mit einer Überprüfung zur allgemeinen Heiterkeit des Hohen Landtages betrauen zu wollen. Ich sage dazu, meine Damen und Herren, es ist das nicht das einzige Gutachten, das Sie in den letzten zehn Tagen beantragt haben entgegen der Spameinung des Herrn Abgeordneten Lopatka, es ist das dritte, denn Sie haben zunächst – Kollege Vesko schaut mich an, er war ja dabei – beantragt eine neurliche Überprüfung durch Suter und Suter. Als wir das abgelehnt haben, war der nächste ÖVP-Vorschlag eine Überprüfung des Gesamtpaketes durch ein österreichisches Gesundheitsplanungsinstitut, und weil auch das nicht sinnvoll erschien, kommen Sie mit der Posch Ges. m. b. H., es ist schon gesagt worden, möglicherweise die letzte Rate der Abfertigung des Herrn Posch, die er 1991 nicht bekommen hat.

Ich komme zu Punkt vier Ihres Antrages. Die Landesregierung wird aufgefordert, mehrere Verhandlungen zu führen. Es ist das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dieselbe Volte, die Sie seit 1986 nunmehr zum fünften Male schlagen. Denn Sie haben am 17. 7. 1992 der Landesregierung insgesamt und dem Referenten im besonderen die Kompetenz zu diesen Verhandlungen mit einem Zweidrittelmehrheitsbeschluß der Landesregierung entzogen und dem Vorstand als Angelegenheit des laufenden Betriebes zugewiesen. Ich sage aber in diesem Zusammenhang noch etwas, weil gerade hier die Ambulanzgebühren so sehr in Diskussion waren.

Es gibt den Rechnungshofbericht des Landes, daß die KAGES gegenüber der Gebietskrankenkasse zu weich verhandelt hätte, und es gibt vom selben Jahr einen Rechnungshofbericht des Bundes, der der Gebietskrankenkasse vorwirft, gegenüber der KAGES zu weich verhandelt zu haben. Es wäre wünschenswert,

wenn sich die Rechnungshöfe diesbezüglich einmal zusammentun würden. Im übrigen sind die Dinge, die Sie fordern, Aufrollen des KRAZAF, verfassungsgesetzlich 15 a bis Ende 1994 fixiert und im Augenblick nicht beeinflussbar. Ein Verhandlungsergebnis bis 1. 3. 1994 vorlegen zu wollen, ist diesbezüglich ja wohl unreal. Daß Herr Landeshauptmann Dr. Krainer diesbezüglich eingeladen wäre, in der Landeshauptleutekonferenz aktiv zu werden, habe ich schon gesagt.

Ich komme zu Ihrem letzten Punkt, zuerst Finanzierungs-konzept, dann Gesundheitsplan. Meine Damen und Herren, das ist der Punkt, mit dem Sie sich seit einem Jahr im Kreis drehen. Wir haben laut Gesetz einen Krankenanstaltenplan vorzulegen, wir haben zu sagen, was wir medizinisch als notwendig und sinnvoll ansehen, dann muß das Land sagen – und das sind Sie jetzt –, was das Land zu geben in der Lage bereit ist, und wir werden uns danach richten.

Summa summarum, meine Damen und Herren, wir können dem Beschlußantrag der Österreichischen Volkspartei nicht zustimmen, weil er in manchen Punkten gesetzeswidrig ist und in manchen Punkten Verhandlungsergebnisse auf das schwerste gefährdet.

Nun, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen folgendes: Es liegen zum Beschlußantrag der Sozialdemokratischen Partei alle Pläne am Tisch, es hat der Herr Landesrat Ressel sein Budget vorgelegt. Sie, meine Damen und Herren von der blauschwarzen Koalition, haben diese Pläne nicht beschlossen, warten nunmehr auf Ihre Vorschläge.

Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil er gesetzeswidrig ist, weil er wesentliche Verhandlungsergebnisse gefährdet. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

Der Beschlußantrag der Sozialdemokratischen Partei bietet die Grundlage einer Sicherheit und Fortführung der medizinischen Leistungen in diesem Lande im Interesse der Patienten dieses Landes, und aus diesem Grunde fordern wir die Erhaltung des Personalstandes und das Fortführen der Bauleistungen entsprechend dem Wirtschaftsplan der KAGES für das Jahr 1994, und wir laden Sie sehr herzlich ein, diesem sinnvollen Antrag im Interesse der Menschen dieses Landes die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ. – 18.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz (18.05 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe die salbungsvollen Worte des Herrn Landesrates Strenitz mit Interesse vernommen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie haben alle mitgestimmt!“) Ich kann wieder einmal sagen: Die ganze Tendenz ist so, für's Positive ist er, für die Probleme sind die anderen zuständig. Wenn die liebe Sonne lacht, dann hat das der Herr Strenitz gemacht, gibt es einmal Regen, ist es die böse ÖVP gewesen. (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt verrätst du die Taktik deines Klubs!“)

Der Flecker ist da eben ehrlich und sagt, so haben wir es gemeint, für alles Schöne wollen wir sein und für's andere die anderen.

Zum Punkt eins, vom Herrn Landesrat Strenitz hier jetzt genannt. Er weiß angeblich, daß der Bund darüber überhaupt nicht reden will. Ich glaube, das ist sein Recht. Ich weiß, daß es nicht so ist.

Er sagt aber gleich dazu, wenn der Bund es übernehmen würde, wäre es für uns sicher schlechter. Das glaube ich nicht. Denn wenn der Bund die Kliniken übernimmt, dann sind unsere Kranken dort ebenso gut und bestens versorgt, und der Bund muß dann mit uns verhandeln, wie unser Anteil für die Krankenversorgung ausschaut. (Landesrat Ing. Ressel: „Seit wann verfolgen Sie diese Idee?“) Und seine Forschungs- und Lehrarbeit hat er selbst dann zu finanzieren. (Landesrat Ing. Ressel: „Bis jetzt war mir nichts bekannt! Ist das heute am Vormittag geboren worden?“) Ich habe heute das Beispiel schon einmal genannt. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich hätte das gerne im Budget vorgesehen!“) Wir hätten heute noch keine Autobahnen, wenn Landesrat Krainer damals auch gesagt hätte, dazu bin ich nicht zuständig, das ist Bundeskompetenz. Das lassen wir nicht gelten. Die Kompetenzausflüchte zählen nicht! Wir sind dafür, daß das noch einmal versucht wird, selbstverständlich im Interesse des Landes.

Punkt zwei hat der Landesrat Strenitz gemeint – Moment – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Karl, warum schreibt dir der Busek eigentlich nicht?“) Es gibt ja auch Zuständigkeiten, und die respektieren unsere Leute immer sehr. (Landesrat Dr. Strenitz: „Warum schreibt er euch nicht? Das ist ein schlechtes Verhältnis!“) Jetzt gibt es eh keine Redebeschränkung mehr, oder? (Abg. Trampusch: „Er hat dem Dr. Strenitz geschrieben, weil dem glaubt er mehr!“)

Zur Argumentation Punkt zwei. Darf ich weitermachen? Zur Argumentation Punkt zwei hat der Herr Landesrat den Text nicht ganz genau gelesen. Denn es steht hier: „Sorge zu tragen, daß unverzüglich die vorgesehenen Bauarbeiten in den sogenannten peripheren LKHs, Klammer auf, zum Beispiel, also nicht nur Bruck, sondern in allen peripheren LKHs – (Landesrat Dr. Strenitz: „Aber eines habt ihr vergessen: das Grazer Klinikum!“) Also in allen peripheren LKHs, nicht nur in Bruck, das wurde falsch interpretiert, es steht hier anders. (Landesrat Dr. Strenitz: „Da werden euch die Kliniker etwas erzählen!“) Klammerausdruck, weitergeführt, und die Planungsarbeiten für LKH mit Nachdruck fortgesetzt werden. (Landesrat Dr. Strenitz: „LKH 2000!“) LKH 2000 ist nochmals zu diskutieren, das war ja doch klar.

Das steht im Punkt drei. Im Punkt drei ist das zu lesen. (Abg. Trampusch: „Es wäre viel einfacher gewesen, hineinzuschreiben, gemäß dem Punkt eins!“) Ich habe Zeit! (Landesrat Dr. Strenitz: „Langsam fürchte ich, daß ihr LKH 2000 zu Fall bringen werdet!“) Nein, das ist nicht der Fall, das ist wieder eine jener Unterstellungen, die in theatralischer Form der Herr Landesrat stets versucht, die aber nicht der Wahrheit entsprechen. Darf ich das in aller Form feststellen? Es ist nach dem Punkt drei nochmals zu überprüfen, ob alles das, was für LKH 2000 in Graz drinnensteht, auch wirklich in dieser Form, in dieser Reihenfolge geschehen muß. Dazu haben wir uns heute verstanden, das soll so bleiben. (Landesrat Dr. Strenitz: „Er hat keine Ahnung!“) Das ist immer die

Unterstellung, wenn man kein Argument mehr hat, Herr Landesrat.

Zum Punkt vier. Unterstützung durch das politische Gewicht der Landesregierungsmitglieder ist selbstverständlich offen und möglich. Aber hier hat der Herr Landesrat Strenitz den Text falsch gelesen oder bewußt mißverstanden.

Nein, es steht nicht drinnen, daß die KRAZAF-Regelung so zu verhandeln ist, sondern es steht drinnen: Die Erhöhung der Beiträge zum klinischen Mehraufwand und andererseits mit den Sozialversicherern, Privatversicherern (Landesrat Dr. Strenitz: „Keine Ahnung!“), deshalb, nämlich im Hinblick auf die auslaufende KRAZAF-Regelung, die wird schwierig. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Für das Budget 1994 – jetzt kenne ich mich aus!“) Ihr vermischt jetzt wieder absichtlich das Budget 1994 mit diesem Antrag, das ist der Versuch des Legers, der wird euch nicht gelingen. Es steht: Im Hinblick auf diese Verhandlungen ... ist vorzunehmen, klinischer Mehraufwand und Sozialversicherungsträger müssen besonders gut und intensiv verhandelt werden, weil die KRAZAF-Regelung in Gefahr steht. Ja, so ist es hier im Text enthalten, nichts anderes ist dem zu entnehmen. Die KAG-Geschichte ist ja auch hinlänglich bekannt. Bis heute ist nirgends vorgesorgt, überhaupt kein Schilling! Dieses neue Gesetz, das wir in Vollziehung dann in Steiermark auch noch beraten und beschließen werden, wird sehr viel Geld kosten. Dazu will ich nicht mehr sagen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Aber die ÖVP hat es in Wien beschlossen, und zu mir kommt ihr weinen!“)

Seit Anfang des Jahres weiß der Herr Landesrat Strenitz, daß diese KAG-Novelle im Nationalrat zur Beschlussfassung steht, die Patientenrechte sind beschlossen, die Lainz-Novelle ist beschlossen, der Herr Landesrat Strenitz hat das nicht zur Kenntnis genommen, hat null Schilling vorgesehen für diesen Fall, null Schilling. (Landesrat Dr. Strenitz: „Und zu mir kommt ihr weinen!“) Sind wir sehr dankbar, ich weiß. Das hat uns der Herr Abgeordnete Martin Bartenstein selbstverständlich berichtet, daß es noch viel teurer gewesen wäre. Und wenn es jetzt 150 oder 200, du machst ja so ständig alle, die du willst, also mache auch diesen bitte. (Landesrat Dr. Strenitz: „Die KAG-Novelle ist Bundesgesetz!“)

Ja, das weiß ich. Der Herr Landesrat Strenitz weiß, was in der KAG-Novelle drinnensteht. Wir wissen es auch. Es ist viel herausverhandelt worden, das ist dem Landesrat Ressel und seinen Kollegen zu danken, ebenso der Fraktion der ÖVP im Österreichischen Nationalrat, nämlich Martin Bartenstein, der geschaut hat, daß ganz bestimmte Geschichten nicht zum Tragen kommen. Und gemeinsam ist es gelungen, daß nicht soviel Kosten entstehen, nämlich 900 Millionen, sondern es werden voraussichtlich etwa 300 Millionen entstehen. Aber auch die sind nicht vorgesehen im Budget.

Siebenter und letzter Punkt, falls die Debatte hier noch fortgesetzt werden soll. Bitte mir zu sagen, wann ich fortfahren kann. Die Verordnung zum Spitalsplan als Teil des integrierten Gesundheitsplanes, ich bin nämlich ein bißchen heiser und habe Halsschmerzen, ja, wenn ein entsprechendes Finanzierungskonzept vorliegt. Das ist ganz selbstverständlich, denn es geht

nicht an, daß man Beschlüsse faßt, alles, was gut und teuer ist, und niemand weiß, wie es finanziert werden soll. (Landesrat Dr. Strenitz: „Hoffentlich brauchst du kein Spital!“) Ich verstehe zwar die Nervosität, aber ich glaube, irgendwann sollte man da wieder zu Ende kommen, nicht? (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Alles neu macht der Mai!“)

So, der Beschlusantrag. (Abg. Trampusch: „Wenn es so weitergeht, gehen wir zur Regierungssitzung und reden dort mit!“) Zum Beschlusantrag der sozialistischen Fraktion. Vielleicht interessiert euch das. (Landesrat Dr. Strenitz: „Glücklich schauen deine Kollegen jetzt nicht aus, Herr Dr. Maitz!“) Darf ich bitte zum Beschlusantrag der sozialistischen Fraktion etwas sagen, ohne daß der Herr Landesrat Strenitz mich ständig unterbricht? Ist das möglich? Gut! Darf ich jetzt zum SPÖ-Beschlusantrag kommen? Der schließt unmittelbar an die letzte Wortmeldung des Herrn Landesrates Strenitz an. Wenn die liebe Sonne scheint, dann sind wir es, wenn der Regen kommt, dann sind es die anderen. Es ist ein durchaus populistisch veranlagtes Papier von allem, was gut und teuer ist. Es darf bitte festgehalten werden (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist der Wirtschaftsplan der KAGES!“), darf ich bitte festhalten, das Projekt 2000 ist zu überdenken.

So, es gibt Teile in diesem selbstverständlich sehr positiven Papier für alles. Zum Beispiel: keine Reduktion und keine Kündigung aus budgetären Gründen muß man natürlich dazusagen in der Krankenanstaltengesellschaft, das ist wohl selbstverständlich. Das brauchen wir nicht beschließen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Nein, fragt den Vorstand!“) Dieser Punkt ist überhaupt kein Problem, selbstverständlich aus budgetären Gründen keine Kündigung, keine – wie hier steht – Reduktionen. Im ersten Teil ist der Populismus pur, dem werden wir nicht zustimmen, und der dritte Punkt ist daher nicht möglich. Sagen Sie es hier am Pult, falls Sie sich noch melden möchten.

Erster Teil nein, Punkt zwei ist kein Problem. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist der Wirtschaftsplan, den der hochkarätige Aufsichtsrat beschlossen hat!“ – 18.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (18.19 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Verständnis, wenn ich meinen Teil der Ausführungen eher in diese Richtung richte, weil wir sind in der letzten Debatte etwas zu kurz gekommen, und ich werde mich auch sehr kurz fassen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-

Blazizek: „Das spricht wieder für dich!“) Danke, die Einser, die du verteilst, freuen mich!

Umarmungen auf beiden Seiten, nur, es werden euch die Arme zu kurz werden, habe ich das Gefühl. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist gut, bravo!“) Ah, so ist es!

Nachdem wir mit beiden Beschlusanträgen nicht sehr glücklich sind, weil sie – vielleicht ändert das die Umarmung wieder – ein Präjudiz für den Ausschuß darstellen, den wir als Rationalisierungsausschuß bezeichnen, und wir mit beiden nicht glücklich sind, wir aber der Floskel des Herrn Landesrates, nachdem die schwarzblaue Bremsspur zwar keine Grundlage, aber zumindest dem Ansehen nach vorhanden ist, werden wir dem kleineren Übel zustimmen und den Antrag der SPÖ ablehnen. (18.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Herr Kollege Maitz, ich frage, ob Ihre Wortmeldung so zu verstehen ist, als ob Sie über die einzelnen Punkte des SPÖ-Antrages eine gesonderte Abstimmung wünschen?

**Abg. Dr. Maitz:** Nein!

**Präsident Dr. Klauser:** Sehr gut! Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen. Erstens über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Budget 1994 der steirischen Krankenhäuser, und zweitens über den Beschlusantrag von Abgeordneten der ÖVP.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Budget 1994 der steirischen Krankenhäuser, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß das die Mehrheit ist.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag von Abgeordneten der ÖVP, betreffend die weitere Vorgangsweise im Hinblick auf die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H., ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Im Anschluß an diese Sitzung findet der Ausschuß für Europäische Integration statt. Ich ersuche dessen Mitglieder und Ersatzmitglieder, sich in den Rittersaal zu begeben.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.21 Uhr.)